

	Seite		Seite
Geburtstagsglückwünsche	3711	6. Beschlußfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“ in Saarbrücken (Drucksache 11/1964)	3725
Begrüßung einer Zuhörergruppe	3711	7. Beschlußfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion und der Bündnis 90/Die Grünen-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“ (Drucksache 11/1969)	3725
Mitteilungen des Präsidenten betreffend		Abg. M ü l l e r (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 11/1964	3725
Bauarbeiten im Bereich des Landtages	3711	Abg. L a n g (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 11/1969	3729
über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben im vierten Vierteljahr 1998	3711	Abg. H a n s (CDU) zur Geschäftsordnung	3732
Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung	3711	Abg. U l r i c h (B 90/Grüne)	3732
Beschränkung von Redezeiten	3711	Ministerpräsident K l i m m t	3734
Änderung der Tagesordnung	3711	Abg. M ü l l e r (CDU)	3737
1. Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder zur 11. Bundesversammlung (Drucksache 11/1970)	3711	Abg. B r a u n (SPD)	3738
Abg. H a n s (CDU) zur Geschäftsordnung	3712	Abg. B o z o k (B 90/Grüne)	3741
2. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung der Haushaltsordnung des Saarlandes (LHO) (Drucksache 11/1962)	3712	Abg. M ü l l e r (CDU)	3742
Ministerin K r a j e w s k i zur Begründung	3712	Abg. G i l l o (SPD)	3743
Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschußüberweisung (HF)	3714	Abstimmungen zum Antrag Drucksache 11/1964, Annahme der Ziffern 1 und 3, Ablehnung der Ziffer 2	3744
3. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Reform der saarländischen Hochschulgesetze und zur Änderung anderer hochschulrechtlicher Vorschriften (2. Hochschulrechtsänderungsgesetz) (Drucksache 11/1961)	3714	Abstimmung über den Antrag Drucksache 11/1969, Annahme des Antrages	3745
Minister W i t t l i n g zur Begründung	3714	9. Beschlußfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend konsequente Förderung der Zweisprachigkeit in Kindergärten und Schulen (Drucksache 11/1941)	3745
Abg. S c h o e n e n (CDU)	3715	10. Beschlußfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Förderung der Zweisprachigkeit in Kindergärten (Drucksache 11/1952)	3745
Abg. G i l l o (SPD)	3717	Abg. B e c k (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 11/1941	3745
Abg. B o z o k (B 90/Grüne)	3719	Abg. E n g e l d i n g e r (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 11/1952	3746
Minister W i t t l i n g	3720	Abg. B o z o k (B 90/Grüne)	3747
Abg. S c h o e n e n (CDU)	3721	Ministerin W a c k e r n a g e l - J a c o b s	3748
Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschußüberweisung (BKW)	3722	Abg. S c h r e i e r (CDU)	3750
4. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Neuordnung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Veterinärverwaltung und der amtlichen Lebensmittelüberwachung (Drucksache 11/1963)	3722	Abg. L e i n e n (SPD)	3751
Ministerin W a c k e r n a g e l - J a c o b s zur Begründung	3722	Minister W i t t l i n g	3752
Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschußüberweisung (FAGS)	3723	Abg. B e c k (CDU)	3754
5. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des saarländischen Architektengesetzes (Drucksache 11/1957)	3723	Abstimmung über den Antrag Drucksache 11/1941, Ablehnung des Antrages	3755
Minister M a a s zur Begründung	3723	Abstimmung über den Antrag Drucksache 11/1952, Annahme des Antrages	3755
Abg. S e i l n e r (CDU)	3724	11. Beschlußfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Perspektiven saarländischer Seniorenpolitik – Solidarität der Generationen (Drucksache 11/1943)	3755
Abg. L a u e r (SPD)	3724		
Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschußüberweisung (UEV)	3724		

Landtag des Saarlandes

11. Wahlperiode



Pl. 11/68
17. 3. 99

68. Sitzung

am 17. März 1999, 9.00 Uhr,
im Gebäude des Landtages zu Saarbrücken

Beginn: 9.04 Uhr
Ende: 19.28 Uhr

(Die Sitzung wird von 14.04 Uhr bis 15.18 Uhr unterbrochen.)

PRÄSIDIUM:

Landtagspräsident K a s p e r (SPD)
Erster Vizepräsident M e y e r (CDU)
Zweite Vizepräsidentin H o l l i n g e r (SPD)
Erster Schriftführer P o r t z (SPD)
Zweite Schriftführerin S t e i t z (CDU)
Dritter Schriftführer Dr. P o l l a k (B 90/Grüne)

REGIERUNG:

Ministerpräsident K l i m m t (SPD)
Minister des Innern L ä p p l e (SPD)
Ministerin für Wirtschaft und Finanzen K r a j e w s k i
Minister der Justiz Dr. W a l t e r
Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft W i t t l i n g
Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales
W a c k e r n a g e l - J a c o b s
Minister für Umwelt, Energie und Verkehr M a a s

Es fehlt:

Abg. Dr. B a u e r (CDU)

(Abg. Braun)

lungseröffnung gehalten hat? Fürchten Sie, daß der, der diese Rede zur Kenntnis nimmt, Ihre Art, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, als oberflächlich entlarven müßte?

(Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Ulrich (B 90/Grüne).)

Befürchten Sie, daß der, der die Rede des Schirmherrn kennt, Ihre Forderung, er solle seine Schirmherrschaft niederlegen, als geradezu absurd empfinden müßte, ja, nach dem Bombenanschlag gar als politisch instinktos?

(Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Ulrich (B 90/Grüne).)

Haben Sie sich vielleicht einmal die Frage gestellt, ob Anzeigen, deren wahres Motiv jeden, der bei klarem Verstand ist, erschauendem läßt,

(Zuruf des Abgeordneten Müller (CDU))

das geeignete Instrument sind, sich mit Kriegsverbrechen angemessen und verantwortlich auseinanderzusetzen? Um ein Zitat von Ihnen zu gebrauchen – in Richtung der Ausstellungsmacher –: Sie klären nicht auf, Sie emotionalisieren!

(Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Ulrich (B 90/Grüne).)

Ist Ihnen jemals der Gedanke gekommen, daß Begriffe wie Nationalgefühl und Vaterlandsliebe dann, wenn es um die Auseinandersetzung mit dem Wahnsinn der Naziherrschaft geht, völlig unangemessen sind? Wie kann man von Nationalgefühl reden, wenn es um die schlimmste Form des Nationalismus geht, um die Abgrenzung der Merkmale der eigenen Wir-Gruppe bei gleichzeitiger Abwertung von anderen Gruppen!

(Abg. Müller (CDU): Wo bitte steht das in der Anzeige?)

In der Anzeige ist die Rede davon – –

(Zurufe von der CDU.)

Sie haben vorhin doch selbst für sich reklamiert, daß – –

(Weiter Zurufe und Sprechen.)

Präsident Kasper:

Meine Damen und Herren, lassen Sie Herrn Braun ausreden.

(Abg. Müller (CDU): Der sagt das Gegenteil von dem, was der Ministerpräsident sagt. Der soll das bitte einmal belegen.)

Abg. Braun (SPD):

Herr Müller, hören Sie auf mit Ihren peinlichen Anmerkungen. Hören Sie auf damit, jeden Redner der SPD in Rechtfertigungszwang zu bringen. Ich will Ihnen nur eines sagen. Ich habe gesagt – und dazu stehe ich –, es macht keinen Sinn, Nationalgefühl zu predigen in einem Zusammenhang, in dem es um die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus geht, und dabei bleibe ich.

(Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Ulrich (B 90/Grüne).)

Wenn Sie hier feststellen, daß Sie stolz darauf sind, ein Deutscher zu sein, ist Ihnen ja gar nicht zu widersprechen. Ich nehme an, es sind viele, die stolz sind, Deutscher zu sein. Ich bin auch stolz, in einem Staat leben zu können, der auf der Verfassung gründet, die wir haben. Das ist meine eigentliche Identifikation mit diesem Staat.

(Beifall bei der SPD.)

Interpretationen, wie Sie sie in Anzeigen liefern, sind offenbar Folge eines politischen Zeitklimas, eines Klimas, das an die Zeit des Historikerstreites erinnert, in dem selbst die alten Grundkenntnisse nicht mehr gelten sollten. Kollege Dr. Bauer spricht in seiner Anzeige als „Sohn eines im Krieg schwerverwundeten Soldaten“. Er will seinen Vater von diesen Ausstellungsmachern und ihren Hilfstruppen nicht un widersprochen als Verbrecher und Mörder diffamieren lassen. Einmal abgesehen von einem eklatanten Mangel an Sprachsensibilität, einmal abgesehen davon, daß Opfer des Krieges für allzu durchsichtige Zwecke instrumentalisiert werden, könnte die Tatsache, daß man Sohn eines schwerverwundeten Soldaten ist, nicht auch zu anderen Schlußfolgerungen führen?

Mein Vater war ebenfalls Wehrmachtangehöriger. Er war 21 Jahre alt, als er während des Rußland-Feldzuges ein Bein verlor, und ich weiß um die Schmerzen, die damit – ich rede nur von den physischen Schmerzen – ein Leben lang einhergehen. Im Gegensatz zu Ihnen sehe ich meinen Vater durch die Ausstellung weder als Verbrecher noch als Mörder diffamiert.

Natürlich weiß ich aus vielen Gesprächen mit Vertretern der Kriegsgeneration um deren Befindlichkeit. Und es sticht mir auch nicht an, Abwehrreaktionen dieser Generation zu verdammen. Alexander und Margarete Mitscherlich haben in ihrem heute noch aktuellen Buch „Die Unfähigkeit zu trauern“ psychische Prozesse in Großgruppen untersucht, als deren Folge sich Freiheit oder Unfreiheit der Reflexion und der Einsicht ausbreiten.

Der Spiegel-Autor Reinhard Mohr merkt in einem Artikel über die von Martin Walser ausgelöste Debatte über die Dauerpräsentation des Naziverbrechens an: „In seinem Filmepos ‚Die zweite Heimat‘ zeigt Regisseur Edgar Reitz in eindrucksvollen Szenen die ganze, manchmal ungerechte Wucht der Attacken gegen die Eltern, die freilich auch eine Reaktion auf die bleierne Verdrängung war, die viele Mütter und Väter zum Selbstschutz aufgebaut haben.“ – Ich denke mal, jeder, der in meinem Alter ist, kennt aus seiner Jugend Diskussionen, die etwa den Tenor hatten „Das mit den Juden, das hätte nicht passieren dürfen, aber ansonsten ...“

Man konnte bisweilen den Eindruck gewinnen, daß vieles von dem, was im Nationalsozialismus war, so in Ordnung gewesen sei. So heillos diese chaotischen Aussprachen meist endeten, so sehr haben sie doch jener mühsamen gegenseitigen Aufklärung gedient, die Deutschland verändert hat. Welchen Sinn, so frage ich, sollte es machen, dieses Niveau einer immer noch unvollkommenen Aufklärung zu mindern, es auf das Niveau ewig Gestriger zu nivellieren? Die Mitscherlichs stellen die Frage: Mehrt oder mindert sich die Toleranz, abweichende Meinungen, auch solche, die uns ärgern, zu ertragen und zu achten? – Ich jedenfalls kann die Chance zur Reflexion, die diese Ausstellung bietet, nicht in Frage stellen. Ich kann sie nur nutzen, um neue Einsichten zu gewinnen, auch wenn sie weh tun.

(Beifall bei der SPD.)

Zeigt nicht gerade der vermutlich rechtsextremistisch motivierte Bombenanschlag auf die Ausstellung, wie notwendig diese Ausstellung ist? Verbrechen, wie sie im Vernichtungskrieg 1941 bis 1944 begangen wurden, werden analysiert. Es wird ein rationaler Zugang zu deren Ursachen – soweit das Irrationale überhaupt rational zu erfassen ist – versucht, und es wird jedem die Chance eröffnet, aus den Analysen eigene Schlußfolgerungen zu ziehen.

Lassen Sie mich zwei Aussagen der Veranstalter zitieren, die mir wichtig sind und die so gar nicht zu den Vorwürfen Ihrer Anzeigenkampagne passen – die im übrigen einen internen Konkurrenzkampf um den schärferen Ton offenbart.

Ich zitiere: „In der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung wird nicht mehr bestritten, daß die Wehrmachtzentrale Verantwortung für die nationalistische Vernichtungspolitik trug. Im öffentlichen Bewußtsein jedoch erscheint der Krieg gegen die Sowjetunion bis heute als ein zwar besonders harter und blutiger, aber nicht als das,

(Abg. Hollinger)

Länder einen bestimmten Sonderwunsch, und es ist versucht worden, einen entsprechend fairen Kompromiß zu finden. In den nächsten sieben Jahren sollen die Subventionspreise für Rindfleisch und Getreide um zwanzig Prozent, der Preis für Milch um fünfzehn Prozent gesenkt werden. Die Senkungen sind bei Rindfleisch und Milch in drei, bei Getreide in zwei Schritte aufgeteilt. Die Reform des Milchsektors, die auch eine Quotenerhöhung um 1,5 Prozent umfaßt, tritt erst 2003 in Kraft. Ziel ist es aber, das Quotensystem für Milch nach dem Jahr 2006 abzuschaffen.

(Abg. Stritter (SPD): Sehr gut!)

Die ursprünglichen Pläne der EU-Kommission sind im Interesse der Landwirte schon deutlich korrigiert worden. Ich nenne nur ein paar Beispiele. Preissenkungen werden über einen längeren Zeitraum gestreckt. Der Ausgleich für die Preissenkungen und die Einschränkung der staatlichen Intervention erfolgt über ein zugebenermaßen recht kompliziertes Beihilfesystem. Es reicht von den sogenannten Sonderprämien für männliche Rinder und speziellen Beihilfen für Mutterkühe über die neu eingeführte Schlachtpremie bis hin zu Extensivierungsprämien für Landwirte, deren Viehbestand je Hektar bestimmte Obergrenzen nicht überschreitet. Die Entwicklung des ländlichen Raumes wird aus dem EU-Haushalt gefördert, einschließlich des Umweltschutzes und der Landschaftspflege.

Der nach langen und zähen Verhandlungen mühsam gefundene Agrarkompromiß steht auf dünnem Eis. Wer an Grundsätzen dieses Kompromisses rüttelt, läuft Gefahr einzubrechen. Ein Mehr an Subventionen wird es nicht geben. Und ich denke, um das als Zwischeneinschub mal zu sagen: Es war doch wohl auch die Position der CDU-Landtagsfraktion in anderen Bereichen, im vergangenen Jahr zu sagen, Subventionen müssen abgebaut werden!

(Abg. Stritter (SPD): Sehr richtig!)

Deshalb verstehe ich jetzt nicht, daß im Bereich der Landwirtschaft noch mal ein drastischer Aufbau an Subventionen gefordert wird.

(Abg. Hartz (SPD): Hört, hört!)

Also, Kolleginnen und Kollegen, im Gegenteil, die Warnung steht im Raum, daß die EU-Staats- und Regierungschefs den Agrarkompromiß, der sehr mühsam zustande gekommen ist, aus Kostengründen immer noch am 24. und 25. März in Berlin zurückweisen können.

Nun, meine Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion wird deshalb den Antrag der CDU-Landtagsfraktion, der zudem in einigen Teilbereichen auf einer, wenn auch nur um Wochen älteren Diskussionsgrundlage beruht, ablehnen. Der Antrag entspricht in mehreren Bereichen nicht mehr dem, was Kompromißgrundlage ist, wie zum Beispiel – ich will es kurz machen – die Flächenstilllegung, die drin ist. Sie haben bei Rindfleisch noch den Interventionspreis, die Senkung von dreißig Prozent, die nicht mehr stimmt, die Beibehaltung der Neunzig-Tier-Grenze. Die ist also abgesichert, jedes Land kann selbst festsetzen, wo es die Grenze setzt. Auch das ist gegeben. Des Weiteren: die Quotenaufstockung um zwei Prozent – es sind 1,5 Prozent. Und so weiter und so fort, Frau Kollegin Steitz.

Der Antrag, wie er vorliegt, entspricht in bestimmten Formulierungen nicht mehr den Tatsachen, auf denen Abänderungsanträge aufgebaut werden könnten. Kolleginnen und Kollegen, die SPD-Landtagsfraktion wird den Antrag der CDU-Landtagsfraktion ablehnen. Wir werden aber im Mai in einer größer angelegten Debatte hier sehr gerne auf die saarländischen Verhältnisse in der Landwirtschaft eingehen. – Ich danke Ihnen.

(Sehr gut! und Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Meyer:

Ich erteile das Wort Herrn Minister Heiko Maas.

Minister Maas:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Herr Präsident, Sie haben soeben das letzte Mal einem Mitglied der saarländischen Landesregierung das Wort erteilt. Ich will deshalb die Gelegenheit nutzen, an diesem Pult im Namen der saarländischen Landesregierung mich ganz herzlich für die kollegiale Zusammenarbeit in diesem Hause zu bedanken. Wir haben uns unter Ihrer Präsidenschaft immer sehr wohl und sehr angemessen behandelt gefühlt. Herzlichen Dank. Ihnen für Ihren weiteren Lebensweg alles Gute, Herr Präsident.

(Lebhafter Beifall des Hauses.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema Agenda 2000 ist eines der großen Reformprojekte, die zur Zeit auf europäischer Ebene, in den einzelnen Mitgliedsstaaten und zwischen den Mitgliedsstaaten diskutiert werden. Es ist tatsächlich eine sehr große Reform, die allerdings auch notwendig ist. Mir ist nicht ganz ersichtlich, wie man es allen recht machen soll. Offenbar ist dieser Anspruch eben hier formuliert worden. Man kann es nicht gleichzeitig dem Steuerzahler und den Landwirten oder der Landwirtschaft recht machen. Wenn eingespart werden soll, wenn Nettzahlungen zurückgeführt werden sollen, muß dafür irgendwo auch Raum geschaffen werden.

Es gibt wesentliche Gründe für die Notwendigkeit einer Reform, auch einer einschneidenden Reform, ich will das in aller Deutlichkeit sagen. Erstens. Es gibt strukturelle Probleme bei der gemeinsamen Agrarpolitik. Weiterhin profitieren vor allem die großen, die viehreichen und flächenstarken Betriebe vom EU-Haushalt. Während der Gewinn der größeren Betriebe zu über 80 Prozent aus EU-Ausgleichszahlungen besteht, haben bei den kleineren Betrieben die EU-Zahlungen nur einen Anteil von ca. 35 Prozent am Gewinn. Mit dieser Politik wurden folglich nur bestimmte Teile der deutschen Landwirtschaft gefördert, was die anhaltende Hofaufgabe von drei Prozent jährlich erklärt. Die notwendige Folge aus diesem dirigistischen Agrarmarkt mit einheitlichen Preisen, lange vor dem Binnenmarkt 1993 und der Einführung des Euro dieses Jahr, waren hohe Kosten, Ärger mit Drittländern und internationalen Organisationen sowie eine enorme Bürokratisierung, die sich von der EU-Kommission bis hin zu den Landwirtschaftsämtern auf Kreisebene erstreckt hat. Das ist ein strukturelles Problem, dieses muß angegangen werden.

Zweiter Punkt, der angesprochen worden ist: die Osterweiterung. Ich will das nur noch einmal kurz ansprechen. Die Einigung über eine gemeinsame Agrarpolitikreform ist notwendig, sie ist Voraussetzung für die Osterweiterung, da der Beitritt neuer Staaten für sie nötig ist und deshalb in dieser Frage Entscheidungen getroffen werden müssen.

Einige Zahlen. Die landwirtschaftliche Nutzfläche wird bei der Osterweiterung um fünfzig Prozent zunehmen – das ist, denke ich, ganz enorm – und die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft sogar um 115 Prozent. Das zeigt die Notwendigkeit wirklich einschneidender Reformen, um auch die Osterweiterung der Europäischen Union zu einem Erfolg werden zu lassen.

Ein weiterer Punkt ist der Liberalisierungsdruck durch die bevorstehenden WTO-Verhandlungen, auch das ist bekannt. Hier werden die großen Agrexporture, die ihre heimische Produktion nur gering oder gar nicht – das gibt es auch – subventionieren, zum Beispiel Neuseeland, Australien, Argentinien oder Kanada, auf weitere Maßnahmen der Liberalisierung des Weltagrarmarktes drängen. Auch hier müssen Antworten gegeben werden. Und ich glaube, es gibt mittlerweile auch einen nicht mehr unerheblichen Druck aus der Bevölkerung für eine Reform der Agrarpolitik. Es mag sein, daß in der Vergangenheit insbesondere die Generationen, die zwei Weltkriege und nachfolgende Hungerjahre, Inflation, Weltwirtschaftskrisen erlebt hatten, Zeiten also, in denen der Erwerb von Nahrungsmitteln zum existentiellen Problem werden konnte, gerne bereit waren, eine gesellschaftliche Sonderstellung der Landwirtschaft zu akzeptieren. Dies scheint sich aufzulösen.

	Seite	
12. Beschlußfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend eine Gesellschaft für alle Lebensalter – Internationales Jahr der Senioren 1999 als Chance für die Gesellschaft begreifen und nutzen (Drucksache 11/1946)	3755	großen Fraktionen zumindest. Die Arbeiten sind mit großem Lärm verbunden, wie wir hören können. Auch unsere Nachbarn sind diesem Baulärm und somit vorübergehend starken Beeinträchtigungen und Belästigungen ausgesetzt. Wir bitten als Landtag dafür um Nachsicht. Um ein Zeichen der Solidarität zu setzen, wollen wir heute ohne Unterbrechung der Bauarbeiten im Einvernehmen mit den benannten Fraktionen unsere Plenarsitzung am angestammten Ort durchführen.
Abg. T e r n e s (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 11/1943	3755	Der Saarländische Rundfunk hat im Vorspann seiner heutigen Berichterstattung aus dem Plenum bereits einen Kameraschwenk über die Baustelle vollzogen und um Verständnis und Sympathie für das Projekt geworben. Dafür ein herzliches Wort des Dankes.
Abg. B a c h m a n n (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 11/1946	3757	(Beifall bei der SPD und der CDU.)
Abg. B o z o k (B 90/Grüne)	3759	Die Ministerin für Wirtschaft und Finanzen hat dem Landtag gemäß § 37 Absatz 3 der Haushaltsordnung des Saarlandes die über- und außerplanmäßigen Haushaltsausgaben im vierten Vierteljahr 1998 übermittelt. Da der Landtag gemäß § 37 Absatz 4 der Haushaltsordnung von den über- und außerplanmäßigen Haushaltsausgaben Kenntnis nehmen muß, habe ich eine Zusammenstellung der Haushaltsausgaben den Mitgliedern des Hauses übersenden lassen.
Ministerin W a c k e r n a g e l - J a c o b s	3760	
Abstimmung über den Antrag Drucksache 11/1943, Annahme des Antrages	3762	
Abstimmung über den – im letzten Absatz geänderten – Antrag Drucksache 11/1946, Annahme des Antrages	3762	
13. Beschlußfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion, der CDU-Landtagsfraktion und der Bündnis 90/Die Grünen-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Entschließung zu Entwicklungsperspektiven des saarländischen Gesundheitswesens (Drucksache 11/1967)	3763	Im Rahmen der Einführung von Gruppen in die Parlamentsarbeit nimmt heute der Lehrgang V 19 der Fachhochschule für Verwaltung unter Leitung von Herrn Rebmann an der Sitzung teil. Herzlich willkommen hier bei uns im Landtag – auch allen anderen Gästen, die heute an der Sitzung teilnehmen.
Abg. L a n g (SPD) zur Begründung	3763	Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Einvernehmen mit dem erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes zu seiner 68. Sitzung für heute, 9.00 Uhr, einberufen und für diese Sitzung die Ihnen vorliegende Tagesordnung festgesetzt.
Abg. V o g t e l (CDU)	3763	Die CDU-Landtagsfraktion hat beantragt, den Antrag betreffend Perspektiven für das Autoland Saarland, der Ihnen als Drucksache 11/1972 vorliegt, in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen. Wer dafür ist, daß unter gleichzeitiger Verkürzung der Verteilungsfrist der Antrag als Punkt 15 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, daß dieser Antrag als Punkt 15 in die Tagesordnung aufgenommen ist. Gleichzeitig ist die Verteilungsfrist verkürzt.
Abg. B o z o k (B 90/Grüne)	3764	
Ministerin W a c k e r n a g e l - J a c o b s	3765	Es wird vorgeschlagen, die Aussprache gemeinsam mit Punkt 8 durchzuführen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.
Abstimmung, Annahme des Antrages	3766	Für den Ablauf der heutigen Sitzung haben die Fraktionen erneut eine Beschränkung der Redezeit auf höchstens fünfzehn Minuten vereinbart. Wenn davon abgewichen werden soll, dann ist Redezeitverlängerung zu beantragen. Dies ist auch bei dem einen oder anderen Punkt so vorgesehen. Die Landesregierung trägt diese Vereinbarung mit.
14. Beschlußfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Agrarteil der Agenda 2000 (Drucksache 11/1968)	3766	Wir kommen zu Punkt I der Tagesordnung:
Abg. S t e i t z (CDU) zur Begründung	3766	Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder zur 11. Bundesversammlung (Drucksache 11/1970).
Abg. H o l l i n g e r (SPD)	3768	Nach § 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung wählt der Landtag die auf das Saarland entfallenden Mitglieder der Bundesversammlung.
Minister M a a s	3769	Die Bundesregierung hat mit der Bekanntmachung über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung vom 18. Februar die Zahl der vom saarländischen Landtag zu wählenden Mitglieder zur 11. Bundesversammlung auf neun festgelegt. Davon entfallen nach dem Höchstzahlverfahren nach d'Hondt auf die SPD-Fraktion fünf Mitglieder und die CDU-Landtagsfraktion vier Mitglieder.
Abg. B e c k (CDU)	3770	
Abstimmung, Ablehnung des Antrages	3771	
Zum Ausscheiden von Vizepräsident Meyer aus dem Landtag	3771	
Abg. M ü l l e r (CDU) zur Geschäftsordnung	3771	
Abg. Dr. T a b i l l i o n (SPD) zur Geschäftsordnung	3771	

Präsident Kasper:

Ich eröffne die 68. Landtagssitzung. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich.

Ich möchte einen Geburtstagsglückwunsch aussprechen. Herr Abgeordneter Hans Albert Lauer ist am 11. März 57 Jahre alt geworden. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall des Hauses.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache zu Beginn der Sitzung eine kurze Bemerkung zu dem Baulärm, der hier neben dem Landtag herrscht. Ich tue dies im Einvernehmen mit Vertretern der

(Präsident Kasper)

Für den Fall, daß ein Gewählter oder eine Gewählte die Wahl nicht annimmt oder als Mitglied der Bundesversammlung ausscheidet, tritt gemäß § 4 Absatz 5 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten der nächste nichtgewählte Bewerber der gleichen Vorschlagsliste ein, so daß auch Ersatzmitglieder zu wählen sind. Die Namen der vorgeschlagenen Mitglieder und der Ersatzmitglieder entnehmen Sie der Ihnen vorliegenden Drucksache 11/1970. – Bitte.

Abg. Hans (CDU):

Ich habe noch eine Frage. Falls der im SPD-Vorschlag auftauchende „Stefan Kunz“ der Fußballer sein sollte, dann wird er mit „tz“ geschrieben. Es könnte sich ja auch um jemand anderes handeln, aber – –

(Zurufe von der CDU und der SPD.)

Präsident Kasper:

Es handelt sich um den Fußballer Stefan Kuntz, und das Versehen nehme ich auf meine Kappe. Das ist ein Versehen der Landtagsverwaltung. Ich bitte um Verständnis.

Wer für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder gemäß der Ihnen vorliegenden Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, daß die Mitglieder und Ersatzmitglieder einstimmig gemäß dem Vorschlag gewählt sind. Ich werde die Gewählten auffordern, schriftlich zu erklären, ob sie die Wahl annehmen.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung der Haushaltsordnung des Saarlandes (LHO) (Drucksache 11/1962).

Zur Begründung erteile ich das Wort Frau Ministerin Christiane Krajewski.

Ministerin Krajewski:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat Ihnen einen Gesetzentwurf zur Änderung der Landeshaushaltsordnung vorgelegt, der die Grundlage für eine weitere Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung darstellt. Die derzeit geltende Landeshaushaltsordnung des Saarlandes trat schon am 3. November 1971 in Kraft und war Ergebnis einer umfangreichen bundesweiten Haushaltsreformdebatte, die Mitte der sechziger Jahre begann. Sie paßte damals das noch auf der Reichshaushaltsordnung basierende Haushaltsrecht an die erheblich gestiegene wirtschafts- und konjunkturpolitische Bedeutung des Staatshaushaltes an. Die Anforderungen haben sich seitdem gravierend verändert. Sich schnell ändernde Rahmenbedingungen und die Erkenntnis, daß dezentrale Entscheidungen oftmals zu einer Erhöhung der Wirtschaftlichkeit führen, erfordern während eines Haushaltsjahres mehr Flexibilität. Auch hat sich insbesondere infolge geänderter Rahmengesetzgebung und aufgrund höchstrichterlicher Rechtsprechung ein erheblicher Änderungsbedarf ergeben, der bisher – soweit zwingend erforderlich – im jährlichen Haushaltsgesetz umgesetzt wurde.

Im übrigen erhöhen leere öffentliche Kassen und Koordinierungsprobleme bei der Mittelbewirtschaftung den Druck zur Entbürokratisierung, zu höherer Flexibilität und höherer Effektivität staatlicher Aufgabenerfüllung. Seit Beginn der neunziger Jahre beeinträchtigt bundesweit die massive Verschlechterung der finanzpolitischen Rahmenbedingungen zunehmend die Handlungsfähigkeit des Staates. Dies zeigt sich daran, daß sich seit diesem Zeitpunkt bei einem Rückgang der volkswirtschaftlichen Steuerquote von 23,2 Prozent auf 21,9 Prozent die öffentliche Verschuldung in Deutschland auf über zwei Billionen DM verdoppelt hat und infolgedessen ein jährlicher Anstieg der Zinslast auf nunmehr 150 Milliarden DM zu verzeichnen ist. Dies zwingt Bund, Länder und Gemeinden gleichermaßen zu umfassenden Reformüberlegungen.

In die Diskussion um eine Strukturreform der öffentlichen Verwaltung wird auch das Haushaltswesen einbezogen. Aus all diesen Gründen besteht Einigkeit darin, daß das Wirtschaftlichkeitsdenken der einzelnen Verwaltungseinheiten weiter verbessert werden muß und Anreize für den effizienteren Einsatz der Haushaltsmittel geschaffen werden müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in seiner Regierungserklärung am 25. November 1998 kündigte Ministerpräsident Reinhard Klimmt für das Saarland eine umfassende Verwaltungsmodernisierung an, die diese Zielsetzungen konsequent umsetzen wird. Der vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung der Landeshaushaltsordnung berücksichtigt diese notwendigen Veränderungen und schafft die dazu erforderlichen Rahmenbedingungen im Bereich des Haushaltsrechts.

Das derzeit geltende Haushaltsrecht weist insbesondere folgende Schwachstellen auf. Erstens. Behörden, die durch sparsames Handeln ihre Haushaltsansätze nicht voll ausschöpfen, werden im gegenwärtigen Haushaltssystem oftmals durch die weitgehende Streichung der Ausgabereste und durch einen entsprechend niedrigeren Haushaltsansatz im nächsten Haushaltsjahr für ihr wirtschaftliches und sparsames Verhalten bestraft. Vielmehr wird ein Anreiz zur vollständigen Mittelverausgabung gesetzt.

Zweitens. Die Grundsätze der Mittelverwendung sind in zahlreichen Vorschriften festgelegt. Ein weitgehendes Mitzeichnungssystem verlagert immer mehr Entscheidungen auf die höheren Verwaltungsebenen. Die Konsequenzen sind zum Teil lange interne Verwaltungsverfahren und ein nach Effizienzkriterien eher schwerfälliges Steuerungssystem.

Drittens. Die titelscharfe Vorgabe hinsichtlich der Mittelverwendung erschwert die Berücksichtigung aktueller Probleme und Bedürfnisse im laufenden Haushaltsjahr. Wesentliches Ziel ist daher vor dem Hintergrund knapper werdender Haushaltsmittel, die bisherige starre sachliche und zeitliche Bindung der veranschlagten Mittel und die damit bewirkte Ausgabenmentalität einerseits und die mangelnde Flexibilität bei der Organisation eines wirtschaftlicheren Verfahrensablaufes andererseits zu verbessern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns im Bund-Länder-Arbeitsausschuß „Haushaltsrecht und Haushaltssystematik“ seit August 1996 mit der Reform des Haushaltsgrundsätzegesetzes befaßt. Ziel ist es, für die in den letzten Jahren auf Bundes- und Landesebene versuchsweise eingeleiteten haushaltswirtschaftlichen Reformmaßnahmen eine bundeseinheitliche rechtliche Grundlage zu schaffen, die zugleich die flächendeckende Einführung neuer haushaltsrechtlicher Instrumente erlaubt.

Mit Wirkung vom 1.1.1998 wurde das Haushaltsgrundsätzegesetz durch das Gesetz zur Fortentwicklung des Haushaltsrechts von Bund und Ländern geändert. Der Bund und die Länder sind bis spätestens 2002 verpflichtet, ihr Haushaltsrecht nach diesen Grundsätzen zu regeln. Die Landesregierung will auch im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern frühzeitig die Chancen nutzen, die sich aus der geänderten Rahmengesetzgebung ergeben. Sie hat daher bereits zum jetzigen Zeitpunkt einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, der folgende wesentliche Änderungen vorsieht.

Erstens. Durch die Einführung der Regelung nach § 37 Absatz 6 soll bei übertragbaren Ausgaben die Möglichkeit eines Vorgriffs zugelassen werden, um unvorhergesehene und unabweisbar vorzeitig zu verwirklichende Vorhaben im Haushaltsvollzug einfacher durchführen zu können.

Zweitens. Durch die Änderung von § 38 Absatz 3 soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Fälligkeiten von Verpflichtungsermächtigungen im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wirtschaft und Finanzen vorzuziehen oder hinauszuschieben, ohne daß dadurch der Gesamtbetrag der veranschlagten Verpflichtungen überschritten werden darf.

(Ministerin Krajewski)

Drittens. Das Jährlichkeitsprinzip soll flexibler angewandt werden. Durch eine entsprechende Neuregelung in § 19 soll die Möglichkeit erweitert werden, Ausgaben für übertragbar zu erklären, indem auf die bisher einschränkende Voraussetzung verzichtet wird, daß es sich um eine mehrjährige Maßnahme handeln muß. Darüber hinaus wird eindeutig geregelt, daß es einer Verpflichtungsermächtigung nicht bedarf, wenn im laufenden Haushaltsjahr zu Lasten übertragbarer Ausgaben Verpflichtungen eingegangen werden, die erst im folgenden Haushaltsjahr zur Leistung von Ausgaben führen.

Viertens. Die Deckungsmöglichkeiten zwischen den einzelnen Titeln des Haushaltes sollen durch Änderung des § 20 Absatz 2 erweitert werden. Bisher können Ausgaben für gegenseitig oder einseitig deckungsfähig erklärt werden, wenn ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht. Künftig ist dies darüber hinaus auch dann zulässig, wenn damit eine wirtschaftlichere und sparsamere Mittelverwendung gefördert wird. Ebenfalls zugelassen werden soll die Deckungsfähigkeit von Verpflichtungsermächtigungen.

Fünftens. Der Gesamtdeckungsgrundsatz in § 8 der Landeshaushaltsordnung soll so gelockert werden, daß verstärkte Anreize zur Erzielung von Mehreinnahmen geschaffen werden können.

Weiteres zentrales Element haushaltswirtschaftlicher Reformüberlegungen ist neben der Flexibilisierung die Reorganisation des staatlichen Rechnungswesens. Hauptansatzpunkt dabei ist, daß die staatliche finanzielle Rechnungslegung nicht nur der Budgetkontrolle zu dienen hat, sondern darüber hinaus gerade bei Erleichterungen im Haushaltsvollzug auch die Entscheidungs-, die Steuerungs- und die Kontrollfunktion von Parlament und Regierung unterstützen soll. Dieses Ziel ist mit einer modernen Kosten- und Leistungsrechnung zu erreichen. Daher ist in dem vorgelegten Gesetzentwurf in § 7 Absatz 3 vorgesehen, die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung in geeigneten Bereichen auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen.

Das Saarland hat schon Ende 1997 damit begonnen, die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung konzeptionell vorzubereiten und auf eine einheitliche Softwaregrundlage zu stellen. Dazu wurde eine Landesprojektgruppe unter Federführung des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen ins Leben gerufen, die sicherstellt, daß die Installation in den einzelnen Behörden nach einheitlichen Vorgaben erfolgt. Im Bereich des Ministeriums für Umwelt, Energie und Verkehr laufen seit Beginn des Jahres die ersten Pilotprojekte im Testbetrieb; in diesem Jahr sollen mindestens drei weitere Behörden anderer Ressorts dazukommen. Ziel dieser Kosten- und Leistungsrechnungen ist es, durch eine verbesserte Transparenz von Kosten und Leistungen das Kostenbewußtsein der bewirtschaftenden Stellen zu erhöhen, den Leistungsgedanken in der öffentlichen Verwaltung zu fördern, verbesserte Entscheidungsgrundlagen für Privatisierungsprüfungen zu erhalten und die Ermittlung kostendeckender Gebühren und Entgelte sowie das Controlling weiter zu verbessern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß dieses Themenkomplexes noch auf einen nach meiner Auffassung sehr wichtigen Punkt hinweisen. Der Haushalt und das Haushaltsrecht sind Kernstücke der parlamentarischen Demokratie. Daher dürfen Änderungen in diesem Bereich nicht zur Einschränkung des Budgetrechts des Parlaments führen. Auch bei Umsetzung der eben dargestellten Flexibilisierungsmaßnahmen wird der Haushaltsgesetzgeber - also das Parlament - weiterhin in seiner rechtlich umfassenden Entscheidungs- und Feststellungskompetenz den Haushaltsplan gestalten. Die Inanspruchnahme wird im wesentlichen durch entsprechende Haushaltsvermerke zu steuern sein, die letztlich in der Entscheidungskompetenz des Parlamentes liegen.

Ich will, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch kurz auf einige weitere Änderungen der Landeshaushaltsordnung eingehen, die aus Sicht der Landesregierung notwendig sind. So soll insbesondere der Druck zur Einhaltung der Kreditobergrenze verstärkt

werden. Im Falle einer Überschreitung der durch Artikel 108 Absatz 2 saarländische Landesverfassung gezogenen Kreditobergrenze im Gesetzgebungsverfahren sollen zukünftig nach § 18 Absatz 1 die hierfür maßgeblichen Gründe dargelegt werden. Diese Vorschrift folgt dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18.4.1989, nach dem deutlich werden muß, daß die parlamentarische Mehrheit mit der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes auch den Gründen zustimmt, die Anlaß zur Überschreitung der Kreditobergrenze geben. Der neue Satz 3 erweitert diese Darlegungspflicht auf den Ausnahmefallbestand eines außerordentlichen Bedarfs, wie er sich zum Beispiel im Saarland seit 1974 aus der extremen Haushaltsnotlage ergibt.

Grundlage dafür ist das Urteil des Verfassungsgerichtshofes des Saarlandes vom 16.7.1969, in dem festgestellt wurde, daß sich der durch eine außerordentlich ungünstige Finanzlage bedingte Geldbedarf mithin ohne Zwang dem Begriff „bei außerordentlichem Bedarf“ des Artikels 111 Absatz 1 saarländische Verfassung unterordnen läßt. Der neue § 18 greift dies auf und erweitert den Rechtfertigungszwang ausdrücklich auf diesen Fall. Dadurch wird gewährleistet, daß Regierung und Parlament das Ziel der Beseitigung der strukturellen Unterdeckung stets im Auge haben.

Die Darlegungspflicht, bei einem außerordentlichen Bedarf aufzuzeigen, auf welchem Wege die Überschreitung der Kreditobergrenze beseitigt werden soll, macht nämlich deutlich, daß die strukturellen Probleme des Landeshaushalts auf Dauer nicht über eine Kreditfinanzierung zu lösen sind. Vielmehr ist eine Perspektive nötig, die auch unter Berücksichtigung der Einforderung der solidarischen Hilfe der Bund-Länder-Gemeinschaft aufzeigen muß, wie die Beseitigung der Unterdeckung in überschaubarer Zeit möglich ist.

In § 44 soll das bisher auf der Ebene der Verwaltungsvorschriften festgelegte sogenannte Besserstellungsverbot, wonach es bei der institutionellen Förderung den Zuwendungsempfängern verwehrt ist, ihr Personal besserzustellen als vergleichbares Landespersonal, auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werde. In konsequenter Anwendung dieses Grundsatzes soll das Besserstellungsverbot auch auf Projektförderungen übertragen werden, sofern die Gesamtausgaben des Zuwendungsempfängers überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Der auf der Grundlage von § 64 Absatz 6 Landeshaushaltsordnung geschaffene Grundstücksfonds verfolgt das Ziel, das Grundvermögen des Landes in seiner wertmäßigen Substanz zu erhalten, indem aus der Veräußerung von Grundstücken erlangte Erlöse zeitweilig als Geldvermögen verfügbar gehalten werden, um diese zu gegebener Zeit wieder in Grundvermögen umwandeln zu können. Diesem Substanzerhalt dient auf der Ausgabenseite nicht nur der Ankauf von Grundstücken bzw. Gebäuden, sondern auch die Finanzierung von Eigenbaumaßnahmen, sofern dies lediglich zu einer Umschichtung des Vermögensbestandes des Landes führt. Um diese Gleichbehandlung zukünftig sicherstellen zu können, soll der Verwendungszweck des Grundstücksfonds auch für die Finanzierung eigener Gebäude erweitert werden.

Ich komme zum Schluß. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Saarland befindet sich seit vielen Jahren in einer extremen Haushaltsnotlage, in der eigene Sparanstrengungen ständig und Jahr für Jahr neu einzufordern sind. Angesichts dieser nach wie vor schwierigen Rahmenbedingungen sind alle Möglichkeiten zu nutzen, durch Optimierung und Fortentwicklung vorhandener Strukturen die Wirtschaftlichkeit der saarländischen Verwaltung ständig zu verbessern. Das staatliche Ressourcenmanagement muß so ausgerichtet sein, daß Kostenbewußtsein und die Suche nach der wirtschaftlichsten Lösung ständiger Prüfstein bei der Entscheidung der Mittelverwendung in den einzelnen Behörden der Landesverwaltung sind. Der vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung der Landeshaushaltsordnung verfolgt dieses Ziel, indem die Grundlagen für eine modernere, eine effizientere und eine flexiblere Haushaltsführung geschaffen werden. Ich bitte Sie daher,

(Ministerin Krajewski)

meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, dem vorgelegten Gesetzentwurf der Landesregierung in Erster Lesung zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Kasper:

Wir kommen zur Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuß für Haushalts- und Finanzfragen zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuß für Haushalts- und Finanzfragen ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, daß der Gesetzentwurf in Erster Lesung einstimmig angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuß für Haushalts- und Finanzfragen überwiesen ist.

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Reform der saarländischen Hochschulgesetze und zur Änderung anderer hochschulrechtlicher Vorschriften (2. Hochschulrechtsänderungsgesetz) (Drucksache 11/1961).

Zur Begründung erteile ich das Wort Herrn Minister Henner Wittling.

Minister Wittling:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat seit 1985 die Aufgabe in den Mittelpunkt gestellt, die eigenen Ressourcen in Bildung, Forschung und Entwicklung zu nutzen und auszubauen, um Forschungspotentiale und Humankapital zur Umstrukturierung der Wirtschaft zu mobilisieren und die Lebenskraft des Landes zu stärken. Daher haben wir seit 1985 in unserem Land Bildung und Wissenschaft offensiv und zielorientiert gefördert. Mit erheblichen Investitionen und Strukturmaßnahmen im Bereich Forschung, Wissenschaft und Bildung hat das Land wesentlich zur Unterstützung und Beschleunigung des Strukturwandels im Saarland beigetragen. Wir haben bundesweit damit besondere Aufmerksamkeit und Anerkennung gefunden. In den vergangenen Jahren haben wir eine moderne und leistungsfähige Forschungsinfrastruktur in unserem Lande geschaffen. Die Hochschul- und Forschungslandschaft im Saarland ist in kürzester Zeit zu einem der bedeutendsten Träger und zum Motor für soziale, kulturelle und wirtschaftliche Innovationen in der Region ausgebaut worden.

Meine Damen und Herren, hierzu gehörte natürlich die Notwendigkeit einer ordentlichen finanziellen Ausstattung. Die Landesregierung hat in den zurückliegenden vierzehn Jahren Forschung und Wissenschaft an den Hochschulen eine deutliche Priorität eingeräumt, die in nichts besser ihren Ausdruck findet als darin, daß die Ausgaben für Forschung und Wissenschaft für die Hochschulen in unserem Land doppelt so stark gestiegen sind wie die Ausgaben im Landeshaushalt im übrigen. Das ist Prioritätensetzung. Das ist Prioritätensetzung für Bildung, Forschung und Wissenschaft in unserem Land.

Wir haben dann im zurückliegenden Jahr, im Jahr 1998, nach einer intensiven Diskussion über die Zukunft der Universität, über die Fächer und die Schwerpunkte in den Hochschulen in unserem Land die notwendigen Entscheidungen getroffen auf der Grundlage eines Konzepts zur Modernisierung der Hochschulen, insbesondere der Universität. Diese Modernisierung ist geprägt gewesen von zwei Zielen. Einmal ein strukturelles Ziel, nämlich die regionale Kooperation der Hochschulen, stichwortartig festzumachen an den Begriffen Konzentration, Koordination und Kooperation und Komplementarität, d.h., sich ergänzende Schwerpunkte in Forschung und Lehre an den Hochschulen unserer Region. Inhaltliches Ziel

ist es gewesen, europabezogene und wirtschaftsorientierte Schwerpunkte in Forschung und Lehre zu bilden.

Mit der neuen Universitätsentwicklungsplanung haben wir diesen Entscheidungen, diesen Grundzielen Rechnung getragen und unsere Schwerpunkte und Profile in Forschung und Lehre an den Hochschulen unseres Landes und insbesondere der Universität des Saarlandes gebildet. Zunächst einmal eine Stärkung im mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereich durch Stärkung der Informatik, durch Stärkung der Material- und Werkstoffwissenschaften, durch Stärkung von Elektrotechnik und Physik, durch eine bevorstehende Einrichtung eines zukunftsreichen Studiengangs Humanbiologie mit biomedizinischem Schwerpunkt, mit Schwerpunkten in Recht und Wirtschaft, nämlich der Ausrichtung auf Europa und der Profilierung im Bereich der Betriebswirtschaft; schließlich neuere Sprachen und interkulturelle Kommunikationen sowie Kultur- und Geisteswissenschaften.

Meine Damen und Herren, durch diese Universitätsstrukturreform, wie wir sie im vergangenen Jahr beschlossen haben, werden in erheblichem Umfang Mittel frei, und die freiwerdenden Mittel sollen in großem Umfang dort eingesetzt werden, wo wir die Schwerpunkte bilden. Mittel, die durch das Auslaufen von Studiengängen frei werden, sollen soweit wie möglich zur Stärkung der Schwerpunkte eingesetzt werden, z.B. im Sprachenzentrum, z.B. in der Bibliotheksausstattung und in der Medienausstattung, beispielsweise im Frankreichzentrum oder im Forschungspool und bei der Ausstattung der einzelnen Lehrstühle zum Zweck der Stärkung von Forschung und Lehre in der Universität des Saarlandes; denn eine angemessene Ausstattung der Schwerpunkte war und ist eine *Conditio* für den zwingend notwendigen Modernisierungsgewinn an der Universität des Saarlandes und an den Hochschulen in unserem Land.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, wir machen jetzt einen weiteren Schritt. In einem zweiten großen Schritt schaffen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Hochschulen in unserem Land in den nächsten Jahren, ja ich denke, für das nächste Jahrzehnt. Die Regierung hat dem Landtag Hochschulreformgesetz zugeleitet, die in allererster Linie bestehen aus einem neuen Universitätsgesetz, einem neuen Fachhochschulgesetz und Änderungen der Gesetze über die Hochschule der Bildenden Künste und über die Musikhochschule unseres Landes. Ich will Ihnen die Schwerpunkte dieser Hochschulreformgesetze in aller gebotenen Kürze schwerpunktartig darstellen. Es geht darum, meine Damen und Herren, die Modernisierung der Hochschulen - insbesondere der Universität des Saarlandes - zügig voranzutreiben, und zwar durch vier Schwerpunkte.

Einmal geht es um die Stärkung der Eigenverantwortung und um die Autonomie der Hochschulen. Wir wollen ihnen die Möglichkeit eröffnen, eigenverantwortlich und unabhängig Entscheidungen zur Qualitätssicherung sowie zur inhaltlichen und strukturellen Modernisierung zu treffen. Dazu gehört der Ausbau der Personalhöhe; dazu gehören Selbststeuerungsinstrumente; dazu gehört die Delegation von Aufgaben und Befugnissen des Wissenschaftsministeriums an die Hochschulen. Durch den Abschluß von Zielvereinbarungen zwischen dem Land und der Universität können die Schwerpunktsetzung in Forschung und Lehre sowie der hierfür notwendige Finanzrahmen festgelegt werden. Das wollen wir in den nächsten Monaten auch tun. Denn, meine Damen und Herren, die Art und Weise der Finanzierung der Hochschulen ist eine der Grundfragen der zukünftigen Gestaltung von Hochschulautonomie. Staatszuschüsse werden weiterhin die entscheidende Finanzierungsquelle der Hochschulen bleiben. Der Staat hat ein berechtigtes Interesse daran, daß mit dem Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger der größtmögliche Nutzen erzielt wird. Die Hochschulen sind dafür dem Staat gegenüber in einer Nachweispflicht. Andererseits haben sie ein Anrecht auf Planungssicherheit. Wir wollen mit dem gesetzlichen Instrumentarium der Zielvereinbarung der notwendigen Planungssicherheit für die Hochschulen Rechnung tragen.

(Minister Wittling)

Richtig ist allerdings auch - ich sagte es -, daß die Hochschulen finanziell ordentlich ausgestattet werden müssen. Wir haben dem in den zurückliegenden fünfzehn Jahren dadurch Rechnung getragen, daß die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung doppelt so stark gestiegen sind wie die übrigen Ausgaben im Landeshaushalt. Weil wir der Auffassung sind, daß es in erster Linie eine Aufgabe des Staates ist, die Finanzierung der Hochschulen sicherzustellen, füge ich hinzu: In Studiengebühren sehen wir kein geeignetes Instrument, um die Finanzierung der Hochschulen zu verbessern. Es ist und bleibt Aufgabe des Staates, diese Finanzierung sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD.)

Zu Studiengebühren sagen wir: Für das Erststudium haben sie eine eindeutig abschreckende Wirkung. Sie führen dazu, daß Studienbewerber, die aus den unteren sozialen Schichten kommen, davon abgehalten werden, ein Studium aufzunehmen. Das wollen wir nicht. Wir wollen, daß auch Studienbewerber, die sich ein Studium nicht ohne weiteres leisten können, ein Studium aufnehmen können. Und ich will eines hinzufügen, meine Damen und Herren, auch angesichts der Zwischenrufer. Ich halte es für skandalös, wenn Teile der heutigen Generation, die für sich alle Chancen hatte, von der nächsten Generation nicht nur die Finanzierung der eigenen Ausbildung und Bildung verlangt, sondern auch Vorsorge für die eigene Altersversorgung und die Versorgung der heutigen älteren Generation. Dies darf man der heranwachsenden Generation nicht aufbürden. Wer das tut, setzt die gesellschaftliche Solidarität aufs Spiel. Dies wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD und bei B 90/Grüne.)

Wir wollen auch für Bildung und Ausbildung die gesellschaftliche Solidarität. Das heißt, wir wollen eine ordentliche finanzielle Ausstattung der Hochschulen durch den Staat, wir wollen eine ordentliche staatliche Ausbildungsförderung für die Studenten, die aufgrund ihrer sozialen Lage der staatlichen Förderung bedürfen.

(Abg. Beck (CDU): Das wollen wir alle. - Weitere Zurufe von der CDU.)

Ja, ja. Die CDU, die im Bund über sechzehn Jahre zum Ruin der öffentlichen Ausbildungsförderung beigetragen hat, sollte an dieser Stelle ruhig sein.

(Beifall bei der SPD. - Weitere Zurufe von der CDU.)

Wir wollen durch bessere Rahmenbedingungen an den Hochschulen dafür sorgen, daß ein Studium rascher zum Abschluß gebracht werden kann. Es ist eine berechnete Forderung der Gesellschaft an die Studierenden, ihr Studium in der Nähe der Regelstudienzeiten zum Abschluß zu bringen. Das geschieht in deren eigenem Interesse und aus Solidarität mit denen, die auf einen Studienplatz warten.

(Zuruf des Abgeordneten Schreier (CDU). - Vizepräsident Meyer übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, im Zentrum des Universitätsgesetzes steht die Optimierung von Organisationsstrukturen und Entscheidungsprozessen. Wir wollen eine starke Universitätsleitung mit einem Universitätspräsidenten, der eine herausgehobene Stellung hat. Wir wollen die Aufgaben von Senat bzw. Fakultätsräten auf Grundsatz- und Kontrollaufgaben konzentrieren. Zahl und Größe der universitären Gremien werden reduziert. Das Konzil entfällt. Schließlich wollen wir mit der Einrichtung eines Universitätsrates externen Sachverständigen in die Entscheidungsprozesse der Universität einbeziehen. Dem Rat sollen sechs vom Senat entsandte Vertreter - darunter auch ein Vertreter der Studierenden - sowie fünf von Universitätspräsident und Wissenschaftsminister gemeinsam berufene Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlichem Leben angehören, aus deren Reihen auch der Vorsitzende des Universitätsrates kommen soll. Der Rat soll Beratungs- und Mitentscheidungsbefugnisse in den strategischen Fragen der Uni-

versitätsentwicklung, vor allem der Universitätsentwicklungsplanung haben. Er ist eines der wichtigsten Instrumente zur Steuerung der Hochschulen in der Zukunft.

Wir wollen mit dem neuen Universitätsgesetz auch neue Impulse für Forschung und Lehre setzen, und zwar durch Leistungsanreize bei der Mittelvergabe, durch die Einführung von Studiendekanen, durch Maßnahmen zum Zweck der Studienzeiterkürzung, zu denen auch die Intensivierung der Studienberatung gehört. Das Ziel, die Studienzeit zu verkürzen, setzt voraus, daß Studierende insbesondere von der Notwendigkeit einer studienfremden Erwerbstätigkeit entlastet werden. Auch deswegen ist eine Reform der Ausbildungsförderung dringend erforderlich.

Der Gesetzentwurf sieht darüber hinaus mehr Mitbestimmung für die Studierenden vor. Im Sinne einer Stärkung von Kontrollfunktion und Mitbestimmung werden die Studierenden insbesondere an der Fortentwicklung von Studium und Lehre beteiligt, so zum Beispiel bei Befragungen im Rahmen der Evaluierungsverfahren und über das Vorschlagsrecht bei der Wahl von Studiendekanen. In den Hochschulgremien wird die Repräsentanz der Studierenden gestärkt. Aus dem Anhörverfahren, an dem der AstA der Universität intensiv beteiligt gewesen ist - und zwar nicht nur durch Beteiligung am Verfahren und Abgabe seiner Stellungnahme, sondern auch durch wiederholte intensive Gespräche -, hat sich ergeben, daß dem Wunsch der Studentenschaft, nicht nur an der Wahl, sondern auch an der Erstellung des Vorschlags zur Wahl des Universitätspräsidenten beteiligt zu sein, entsprochen wird. Der AstA-Vorsitzende wird weiterhin dem Senat als beratendes Mitglied angehören. Ich möchte im Zusammenhang mit der Beteiligung der Studierenden kurz darauf hinweisen, daß es auch darum gegangen ist, die Grenzen, die durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aufgezeigt worden sind, zu nutzen, ohne sie zu überschreiten.

Meine Damen und Herren, in erster Linie geht es mit dem Gesetzentwurf darum, die Entscheidungsfähigkeit der Hochschulen zu stärken. Entscheidend für eine gute Entwicklung von Forschung und Lehre in unseren Hochschulen sind eine handlungs- und entscheidungsfähige Hochschulleitung, eine handlungs- und entscheidungsfähige Universität mit entsprechenden Organen, nämlich Senat und Fakultätsräten, und entscheidungsfähige Dekane. Wir wollen damit die Hochschulen unseres Landes in die Lage versetzen, selbst ihren Umstrukturierungsprozeß nach vorn zu bringen. Ich bin der festen Überzeugung, daß mit diesen Reformgesetzen die Hochschulen eine Chance haben. Eine Chance, meine Damen und Herren, kann man verstreichen lassen. Besser ist es, wenn man eine gute Chance entschlossen ergreift. Dazu rufe ich die Hochschulen, ihre Wissenschaftler, die Studierenden und alle auf, die an einer zukunftsweisenden Entwicklung unserer Hochschulen interessiert sind. - Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Meyer:

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen Kurt Schoenen.

Abg. Schoenen (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Rede des Kultusministers darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir eine mörderische Diskussion um die Universität des Saarlandes hinter uns haben. Die Fächerdiskussion und alles, was damit verbunden war, hat die Universität in eine schwere Krise geführt.

(Beifall bei der CDU.)

Diese Krise ist nicht vorbei. Die Universität ist froh, daß jetzt Entscheidungen gefallen sind, und faßt neu Tritt. Sie sollten nicht so tun, Herr Minister, als ob im Bildungswesen an der Saar alles in Ordnung wäre.

(Beifall bei der CDU.)

(Abg. Schoenen)

Sie sind mitverantwortlich dafür, daß 1.000 Lehrerstellen gestrichen worden sind. Es geht nicht nur um die Hochschulen, es geht auch um die Bildung. Es sind Professorenstellen gestrichen worden, Betreuungsrelationen haben sich verschlechtert. Die Lehrerbildung wollten Sie abschaffen. Sie ist auf Druck der Öffentlichkeit und unter Mitwirkung der CDU erhalten geblieben. Jetzt haben wir die Null-Quote bei den Lehramtsstudiengängen. Das sind doch alles Signale, die nicht mehr Sicherheit für die Zukunft bedeuten. Vielmehr heißt das, daß die Universität weiterhin einen schweren Gang geht. Das muß ich eingangs sagen.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, Sie haben sich mit der Fächerdiskussion elend lange Zeit gelassen, Herr Minister. Mit dem neuen Gesetz geht es mal wieder hopplahopp. Der Zeitplan ist wirklich erdrückend eng. Wir hatten vor zehn Jahren, als wir das Universitätsgesetz beraten haben, lange, ausführlich Zeit. Diesesmal geht es hopp, hopp, hopp. Wir haben am Freitag ein Gesetz von sage und schreibe 250 Seiten vor der Nase gehabt. Ich habe es über das Wochenende gelesen; das gehört sich so, darüber beklage ich mich nicht. Aber das ist doch zu besprechen mit vielen Interessierten aus der Universität. Es wird sehr schwer sein, dieses Gesetz ausführlich und eingehend zu beraten und dann über die Hürden zu bringen.

Ich sage aber gleich zu Beginn, wir wollen dem Gesetz die Chance nicht nehmen. Wir enthalten uns, und wenn offene Fragen unsererseits beantwortet werden, soll dieses Gesetz auch seine Chance haben; denn die Universität - ich sagte es schon - faßt gerade neu Tritt. Sie braucht ein Gesetz, mit dem sie besser arbeiten kann, und Sie legen ein solches Gesetz vor. Ich sage allerdings auch zur Sache: Es bleiben Fragen offen. Der Anspruch des Gesetzes heißt, wir passen an das Hochschulrahmengesetz an, wir wollen neue Handlungsspielräume nutzen, um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der saarländischen Hochschulen zu stärken.

Wir müssen natürlich fragen, ob mit dem neuen Gesetz dieser Anspruch erfüllt wird, ob das Universitätsgesetz die Funktionsfähigkeit der Universität sichert, vor allem ob das Gesetz die Funktionsfähigkeit verbessert. Haben wir ein handhabbares Gesetz, praktikabel, quasi eine Handlungsanleitung für die Universität, wie sie ihre Arbeitsweise gestaltet?

Ich sage ein kritisches Wort. An der Universität ist nicht jeder Jurist. Auch hier ist nicht jeder Jurist. Es ist ein typisches Juristengesetz. Ich kann mir vorstellen, daß man da noch manches verbessern kann.

(Zuruf des Abgeordneten Müller (CDU).)

Das muß nicht zwingend schlecht sein, das ist völlig klar, Herr Fraktionsvorsitzender Müller. Aber Gesetze sollten lesbar sein, dann sind sie leichter anwendbar. Das ist nun einmal so. Juristendeutsch ist ein schwieriges Deutsch.

Meine Damen, meine Herren, dieses Gesetz brauchen wir nicht für den Konsensfall. Wir brauchen das Gesetz für den Konfliktfall. Die Uni ist in aller Regel auf Konsens angelegt. Was sie im Konsens regeln kann, ist okay, das läuft ja auch glatt und prima. Aber für den Fall, daß es den Konflikt gibt, brauchen wir das Gesetz. Deswegen muß das oberste Ziel nach unserer Auffassung lauten: Wir brauchen eine saubere Klärung des Zusammenspiels der Organe, wir brauchen eine Klärung der Kompetenzen der Organe, wir brauchen eine sinnvolle Kompetenzverteilung - ich sage es noch einmal - vor allem für den Konfliktfall.

Das Gesetz legt nicht, wie ursprünglich befürchtet, unmittelbar Hand an die Autonomie der Universität. Da ist eine Änderung erfolgt. Wir sind froh darüber. Wir haben dagegen auch massiven Widerstand angekündigt. Das hat sich verändert. Allerdings kriegte die Universität doch eine neue innere Verfassung. Die Machtstrukturen innerhalb der Universität werden beträchtlich verändert,

Konzil und ZHPK fallen weg, der Einfluß wird verlagert, und man muß genau hinsehen, wo dieser Einfluß hingehet und wer ihn kontrolliert.

Da haben wir einen ersten wichtigen Punkt, die Stellung des Präsidenten. Es war und ist eine Forderung auch meiner Partei, daß die Stellung des Präsidenten gestärkt werden muß. Nun wird diese Stellung erheblich gestärkt. Er kann nicht überstimmt werden, Herr Minister. Erste Frage: Was sind der Präsident und die Vizepräsidenten? Sind sie ein Kollegialorgan? Der Präsident kann nicht überstimmt werden. Der Präsident sagt, ich möchte A, die anderen sagen, ich möchte B. Was passiert denn dann? Wie wird das gelöst? Ist das ein Vetorecht, was der Präsident hat? Kann er einsame Beschlüsse fassen? Diese Frage muß noch genau geklärt werden.

Er wird gewählt, meine Damen und Herren, und kann auch abgewählt werden. Jetzt haben wir eine seltsame Konstruktion. Wenn ein Präsident abgewählt ist, bleibt er im Amt. Wir wissen, wie schwer es ist, sich dann auf einen neuen zu einigen. Deswegen glaube ich, daß die Idee des konstruktiven Mißtrauens eine gute Idee ist, daß also der Präsident nur abgewählt werden kann, indem ein neuer gewählt wird. Darüber sollten Sie ernsthaft nachdenken. Das sind Modelle, die wir aus der Geschichte kennen. Man hat leichter einen gestürzt, als einen neuen gewählt. Ich bitte Sie herzlich, sich dieser Idee zu öffnen.

Meine Damen und Herren, der Senat wird völlig neu konstruiert. Über den müssen wir auch noch genau sprechen. Meine Zeit ist sehr begrenzt, ich kann nicht alle Fragen stellen, die mir auf der Zunge liegen. Wichtig sind mit aber die Zielvereinbarungen. Herr Minister, was sind diese Zielvereinbarungen? Stehen die immer unter Haushaltsvorbehalt? Wenn ja, ist im Grunde mit der Öffnung dieser Zielvereinbarungen doch arg Sand in die Augen gestreut. Die Planungssicherheit, die die Universität braucht, wie wird die erfolgen? Kann das mit den Zielvereinbarungen gehen? Darüber hätten wir gerne noch mehr Klarheit.

Ich bedauere ein bißchen, daß der saarländische Landtag, der in Ihrem Referentenentwurf eine eigene Rolle bei diesen Zielvereinbarungen gespielt hat, jetzt draußen ist. Da müßten wir natürlich wissen, warum. Wenn die Antwort heißt: Ihr beschließt im Plenum mit dem Einzelplan für die Universität sowieso, ist meine Befürchtung erst recht bestätigt. Dann haben wir hier die Planungshoheit für die Mittel, und was sind dann die Zielvereinbarungen?

Meine Damen und Herren, es ist sehr oft von Grundsätzen die Rede. Der Senat erarbeitet Grundsätze für die Verteilung von Mitteln, der Universitätsrat ist anzuhören, zuständig ist die Universitätsleitung. Aber was heißt das nun? Geht das alles im Rahmen dieser Grundsätze? Heißt das, unter Beachtung der Grundsätze? Heißt das, gebunden an die Grundsätze? Das muß noch geklärt werden.

Wir haben die Neukonstruktion des Universitätsrates. Im Grunde sollte das der große Wurf werden. Herr Minister, Sie hatten in Ihrem ersten Entwurf diesen Universitätsrat angelegt mit sieben Personen, die alle nicht zugleich der Universität angehören dürfen. Sie haben im zuständigen Ausschuß gesagt, so muß es sein, so soll es sein, so wird es gemacht. Jetzt haben wir es allerdings - Gott sei Dank, füge ich hinzu - völlig anders. Jetzt haben wir elf Personen, sechs aus dem Senat der Universität, die fünf übrigen im Einvernehmen mit der Universität. Herr Minister, Sie haben einen Haufen Kreide gefressen. Für die Sache ist das allerdings gut - das möchte ich betonen -, und die Universität kann damit offenbar besser leben. Da hätten Sie es sich leichter machen können. Hier ist eine Kriegsfront aufgemacht worden ohne jede Not. Und auch hier sage ich, es ist gut, daß wir von Anfang an gesagt haben, das geht nicht mit uns. Es ist auch ganz gut zu erfahren, daß ein klares Wort klare Konsequenzen nach sich zieht - sogar bei dieser Regierung.

(Beifall bei der CDU.)

(Abg. Schoenen)

Es gibt also doch nicht die große Konzernuni mit dem Manager an der Spitze. Das ist die falsche Vision. Die Universität muß eine Stätte für Forschung und Lehre und auch eine Ausbildungsstätte für unsere jungen Menschen bleiben. Der Staat hat für diese Universität eine ungeheure Verantwortung und wird sich da nie herausstehlen können.

Meine Damen und Herren, Evaluation ist ein neues wichtiges Wort. Ich glaube, Evaluation wird wichtig sein, und es wird einen Evaluationsbericht geben, was ich auch für gut halte. Aber nach welchen wissenschaftlichen, objektiven Kriterien wird Evaluation erfolgen? Darüber müssen wir noch sprechen. Wir begrüßen es sehr, daß die Lehre einen höheren Stellenwert erfahren soll. Der Dekan für die Lehre ist eine Idee, die sehr bemerkenswert ist. Darüber müssen wir sprechen. Die höhere pädagogische Qualifikation, die für Professoren gefordert wird, das sind alles alte Forderungen auch der CDU. Wir begrüßen es, wenn Schritte zur Realisierung der Studienzeitenverkürzung erfolgen, zum Beispiel vorgeschriebene Korrekturzeiten für Diplomarbeiten. Wir halten das für gut und wollen sehen, ob das dann in der Praxis auch klappt. Die Festlegung von Regelstudienzeiten, alles das ist prima. Nur, eines muß auch erfolgen, Herr Minister. Alles, was im Gesetz steht, ist zunächst Text. Das steht zunächst auf dem Papier. Wenn ich Regelstudienzeiten fordere, muß ich auch die Rahmenbedingungen schaffen, daß sie eingehalten werden können. Manche Studierende können einfach nicht in der Regelstudienzeit studieren, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen.

Herr Minister, es sind mir auch wichtige Begriffe aufgefallen, wo wir noch Klärungsbedarf haben. Beispielsweise taucht sehr oft der Begriff auf Entscheidung und Beschlußfassung. Hierzu ein Beispiel. Die Entscheidung über den Universitätsentwicklungsplan liegt bei der Universitätsleitung. Die Beschlußfassung darüber liegt beim Universitätsrat. Was ist hier der Unterschied? Das muß noch geklärt werden. Wo liegt die verbindliche Entscheidung? Es wird sehr oft von leistungsbezogener Mittelvergabe gesprochen; wir halten das für richtig. Wenn da objektive Kriterien angelegt werden, halten wir das für richtig. Es darf aber nicht vergessen werden, daß es auch belastungsorientierte Mittelvergabe geben muß. Studiengänge, die nur ein paar Studenten haben, sind anders zu beurteilen als Studiengänge, die sehr viele Studenten haben. Hier gibt es noch Klärungsbedarf.

Ich komme mit zwei kurzen Fragen zum Schluß. Kompetenzzentrum, ein neues Wort, eine neue Konstruktion, eine Sache, der man Aufmerksamkeit schenken muß. Aber ich habe hier einen Verdacht aus langer, bitterer Erfahrung, die ich in der Diskussion um die Universität habe. Das sind ja neue Konstruktionen. Kosten die etwas, auf wessen Kosten geht das, geht das auf Kosten der Fakultäten, oder ist es eventuell nur ein neues Sparpaket? Das muß geklärt werden. Die Universität mußte sparen, daß das Blut aus den Fingernägeln zu tropfen drohte. Das muß noch einmal in Erinnerung gerufen werden.

(Zuruf.)

Doch, es war so. Da bitte ich, daß wir in der Diskussion noch einiges klären.

Letzte Bemerkung, meine Damen und Herren. Die Bibliotheken sind ein Anliegen der CDU. Wir haben in den letzten Jahren immer gesagt, für das wissenschaftliche Schrifttum brauchen wir mehr Mittel, für die Universitätsbibliothek genauso wie für die Fachbibliotheken. Ich habe große Probleme mit der Frage, ob die Eigenständigkeit der Seminarbibliotheken aufgehoben werden soll und das Weisungsrecht an die Universitäts- und Landesbibliotheken gehen soll. Die Eigenständigkeit der Fachbibliotheken, der Seminarbibliotheken soll offenbar aufgehoben werden. Ich habe damit große Probleme und bitte darum, daß wir darüber noch einmal ausführlich sprechen können.

Auch mit den Studierenden ist zu sprechen. In der Tat gibt der Gesetzestext her, daß die Mitbestimmung der Studenten berück-

sichtigt und verbessert wird. Wir wollen sehen, wie die Studenten das jetzt beurteilen, nachdem der Gesetzentwurf ja erst wenige Tage auf dem Tisch liegt.

Alles in allem: Wir wollen dieses Gesetz passieren lassen. Ich hoffe, daß wir nicht im Schweinsgalopp die Dinge über die Bühne bringen müssen, sondern daß wir ausreichend Zeit haben werden, ein paar Fragen zu klären, und dann soll das Gesetz eine Chance haben.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Meyer:

Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Peter Gillo.

Abg. Gillo (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor der Einbringung dieses Gesetzentwurfes sind teilweise sehr kontroverse Diskussionen geführt worden im Bereich der Universität, zwischen Universität und Politik, zuletzt natürlich auch, als es um die Umstrukturierung der saarländischen Universität ging, um die Umstrukturierung der Fächerstruktur, wo es gelungen ist, an der Universität des Saarlandes Schwerpunkte zu bilden. Dies waren Schwerpunkte im Bereich der historischen Wissenschaften, Schwerpunkte im Bereich Recht und Wirtschaft, Schwerpunkte im Bereich der gestärkten Naturwissenschaften und technischen Wissenschaften. Ich finde es richtig, daß es gelungen ist, Mittel zu konzentrieren, Schwerpunkte zu bilden und neue Forschungs- und Lehrmöglichkeiten an der Universität des Saarlandes, auch und gerade im Bereich der neuen Zukunftstechnologien, weiterzuführen bzw. neue Schwerpunkte zu bilden.

Ich finde es auch richtig, daß die Schwerpunkte Informatik, Materialwissenschaften, der Nanotechnologie, der Systemtechnik und der Biomedizin ausgebaut werden. Ich stelle hier einfach für alle noch einmal fest, daß diese neuen Schwerpunkte gegen den Widerstand der Opposition im saarländischen Landtag eingerichtet worden sind. Ich sage Ihnen: Bei diesen Schwerpunkten handelt es sich um Zukunftstechnologien, und wer Zukunftstechnologien an der saarländischen Universität vernachlässigt, der vernachlässigt die dringend notwendigen Veränderungen, den dringend notwendigen Strukturwandel auch in der Wirtschaft des Saarlandes. Deshalb war der Widerstand, den Sie gegen die neue Struktur und die Schwerpunktbildung an der saarländischen Universität geleistet haben, falsch; Ihre Haltung war nicht zukunftsorientiert. Ich bin stolz darauf, daß wir sie trotzdem durchgesetzt haben.

(Beifall bei der SPD.)

Auch andere vorhandene Bereiche gingen gestärkt aus der Umstrukturierung der saarländischen Universität hervor. Ich nenne beispielsweise den Bereich Recht und Wirtschaft, der hin zu einem stärker dienstleistungsorientierten Wissenschafts-, Forschungs- und Lehrbetrieb umgebaut worden ist. Ich nenne den Bereich der Sprachwissenschaften, der eine neue Bedeutung haben wird in der Zukunft von Lehre und Forschung im europäischen Bezug. Ich nenne die historischen Wissenschaften, die ein stärker regionales Profil entwickeln werden. Ich nenne beispielsweise die Bereiche Philosophie, Pädagogik und Psychologie, die jetzt dort erhalten werden und im Gegensatz zu vorher nicht mehr zur Diskussion stehen. Damit diese Bereiche erhalten und gestärkt werden, war es eben notwendig, Schwerpunkte zu bilden, sich dafür zu entscheiden, bestimmte Dinge gut und besser zu machen als vorher. Da war es eben nicht mehr möglich, alles in der Breite, wie wir es bisher gewohnt waren, aufrechtzuerhalten. Schwerpunktbildung ist im Bereich der Wissenschaften einfach notwendig, und es wäre gut, wenn auch die saarländische Opposition zu dieser Erkenntnis käme.

(Beifall bei der SPD.)

(Abg. Gillo)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die SPD begrüßt, daß der Minister nach intensiven Vorberatungen diesen Gesetzentwurf vorbereitet hat. Er entspricht in wesentlichen Punkten dem, was die SPD-Landtagsfraktion vor etwa sechs Monaten im Rahmen eines Zehnpunkteplans vorgestellt hat.

Erstens wird die universitäre Selbstverwaltung gestärkt. Es geht hier insbesondere um den Ausbau der Personalhoheit. Es geht darum, eine ganze Menge von Regelungs-, von Genehmigungsvorhalten durch das Ministerium aus dem Gesetz zu streichen. Es geht beispielsweise darum, daß dem Universitätspräsidenten in Zukunft ein Verfügungsfonds zur Verfügung steht, den er einsetzen kann, um etwa bestimmte neue Forschungsfelder einzurichten oder - um die von Ihnen, Herr Schoenen, gestellte Frage nach der Finanzierung der Kompetenzzentren zu beantworten - Kompetenzzentren, die fächerübergreifend organisiert sind und das Know-how aus verschiedenen Fachbereichen an einem ganz bestimmten Projekt und Thema bündeln sollen, eine Ausstattung zu geben, ohne daß unbedingt aus den einzelnen Fächern und Fachbereichen Geld abgezogen werden muß. Deshalb finde ich es richtig, daß dieser Verfügungsfonds gebildet wird.

Es geht weiter darum, daß die Gremienvielfalt deutlich entschlackt und verringert wird. Es kann einfach bei der Schnelligkeit, mit der sich die Wissenschaft in der Bundesrepublik, in der ganzen Welt entwickelt, bei der Geschwindigkeit, mit der sich das Wissen der Menschheit alle zehn Jahre beim derzeitigen technologischen Fortschritt verdoppelt, nicht mehr sein, daß notwendige Entscheidungen der Universität so lange hinausgezögert werden, wie das in der Vergangenheit leider der Fall war.

Ich will die Universität des Saarlandes - ich sehe Herrn Professor Hönn unter den Zuhörerinnen und Zuhörern - gar nicht kritisieren; denn es war einfach so, daß bestimmte Entscheidungen durch x verschiedene Gremien hindurch mußten, jedenfalls zu häufig abhängig davon waren, daß alle möglichen Gremien zu bestimmten Vorhaben Stellung nahmen. Es ist bei der heutigen Geschwindigkeit der wissenschaftlichen Entwicklung notwendig, schnell und zügig zu Entscheidungen zu kommen. Wir können es uns einfach nicht mehr leisten, notwendige Entscheidungen in Hunderten von Gremiensitzungen durchzunudeln und um Jahre zu verzögern. Das ist einfach nicht mehr zeitgemäß. Es ist deshalb richtig, die Zahl der Gremien zu reduzieren, die Gremienwirtschaft zu modernisieren und die Abläufe zu effektivieren.

Es geht weiterhin darum, daß die Universitätsleitung gestärkt wird. Ich halte es für richtig, daß sie gestärkt wird; denn in der Vergangenheit haben wir feststellen müssen, daß Entscheidungen, die in den universitären Gremien getroffen wurden, unter Umständen gar nicht umgesetzt werden konnten, weil die Leitung, die eigentlich dafür zuständig war, die notwendigen Kompetenzen, die notwendigen Instrumente, die notwendige Machtfülle gar nicht hatte. Deshalb findet es die SPD-Landtagsfraktion ganz klar in Ordnung, daß die Kompetenzen der Universitätsleitung gestärkt werden.

Ich finde allerdings auch, daß es von Seiten des Ministers gut war, die Einwände aus dem Bereich der Universität des Saarlandes heraus aufzunehmen, die darauf gedrängt hat, daß nicht allein der Universitätspräsident diese Machtfülle erhält, sondern daß die Universitätsleitung als Kollegialorgan wie in der Vergangenheit, nämlich mit dem Präsidenten und den Vizepräsidenten, organisiert ist und so wichtige Entscheidungen in einem Kollegialorgan vorberaten, getroffen und mitgetragen werden müssen. Der Präsident soll nach dem derzeitigen Gesetzentwurf nicht überstimmt werden können. Das ist richtig. Aber er wird sich natürlich sehr darum bemühen wollen und müssen, die Zustimmung seiner Kolleginnen und Kollegen im Präsidium einzuholen. Es wäre nichts schlechter, als wichtige Entscheidungen - um einen Bereich herauszunehmen - etwa über die Schließung oder die Neugründung von bestimmten Fakultäten, Fächern oder Fachbereichen durch den Universitätspräsidenten ganz alleine ohne Rückkoppelung zu Kolleginnen und Kollegen oder zum Senat zu treffen. Ich glaube, das würde kein Präsident gerne tun wollen. Deshalb ist es richtig, daß man ein solches Kollegialorgan hier verankert hat.

Ich möchte noch etwas zum Thema Universitätsrat sagen, ein Thema, das in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt hat und sehr kontrovers diskutiert worden ist. Das habe ich persönlich, ehrlich gesagt, gar nicht verstanden. Wenn aus der Idee, einen Universitätsrat zu installieren, der Vorwurf konstruiert wird, daß die Autonomie der Hochschule damit sozusagen eingeschränkt würde, damit geschliffen würde, dann kann ich das nicht nachvollziehen. Es ist einfach notwendig, daß sich die Hochschulen des Saarlandes, daß sich alle Hochschulen in Zukunft verstärkt mit dem auseinandersetzen, was von außerhalb der jeweiligen Hochschule an Notwendigkeiten, an neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen, an wirtschaftlichen Rahmenbedingungen usw. an sie herangetragen wird. Eine solche Idee wird bundesweit, wird in allen Bundesländern, ganz unabhängig von der Farbe der jeweiligen Landesregierung, diskutiert und überwiegend für gut gehalten.

Ich will ein Beispiel aus dem Saarland nennen. Die Hochschule für Technik und Wirtschaft, der es bisher nicht durch ein Landesgesetz vorgeschrieben war, solches zu tun, hat sich selbst einen wissenschaftlichen Beirat ausgesucht und gewählt, in dem Personen von außerhalb des Saarlandes, von anderen Fachhochschulen und Universitäten als beratende Personen Vorschläge machen, Initiativen ergreifen, Initialzündungen geben für die Weiterentwicklung der Hochschule, einzelner Fachbereiche usw. Die Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes hat mit einem solchen Expertengremium die besten Erfahrungen gemacht, wie mir berichtet wurde. Das ist ein vollkommen externes Gremium - anders als das, was der Minister zuletzt vorgeschlagen hat, indem er für den Bereich der Universität des Saarlandes einen Universitätsrat, gemeinsam gebildet von der Universität des Saarlandes und externen Experten, zusammengesetzt hat -, ein vollkommen externes Gremium, mit dem gute Erfahrungen gemacht worden sind.

(Zuruf von der CDU.)

Da aber eine solche Idee in der Hochschule des Saarlandes, insbesondere in der Professorenschaft, soweit ich das sehe, im Rahmen der öffentlichen Diskussion in den letzten Monaten nicht auf Akzeptanz gestoßen ist und stoßen würde, finde ich es richtig, wenn der Minister nach der externen Anhörung sagt, okay, wir wollen es einmal so versuchen, daß externe und von der Hochschule zu bestimmende Mitglieder aus der Hochschule, nämlich Professoren und Studierende - damit ist, glaube ich, auch dem Votum der Studierenden Rechnung getragen, die Mitbestimmung im Universitätsrat haben wollen - und Vertreterinnen und Vertreter aus der Gruppe der Mitarbeiter, in den Universitätsrat entsandt werden, in dem wichtige Dinge beraten werden, wichtige Anstöße für die weitere Entwicklung der Universität des Saarlandes gegeben werden.

Das, glaube ich, ist ganz klar ein Fortschritt gegenüber der bisherigen Situation. Es gehört an die Universität des Saarlandes, es gehört eigentlich an jede Hochschule in dieser Republik auch externer Sachverstand, weil es einfach notwendig ist, in Zukunft stärker über den eigenen Tellerrand hinauszublicken und zu schauen, was denn eigentlich erforderlich ist, wenn man die Wissenschaft an der eigenen Hochschule, die Forschung und die Lehre wirklich an der Zukunft orientieren will.

(Beifall bei der SPD.)

Ich komme zu einem Bereich, mit dem ich persönlich nicht so ganz zufrieden bin und der Gegenstand unserer Anhörungen und Beratungen im Ausschuß sein sollte. Herr Kollege Schoenen, Sie haben einiges genannt. Ich kann von Seiten der SPD-Landtagsfraktion sagen, daß wir einige der Dinge, die Sie angesprochen haben, ähnlich sehen. Ich kann Ihnen zusagen, daß wir intensiv über einzelne Fragen beraten wollen und müssen. Ich nenne beispielsweise die Frage der Evaluierung von Fachbereichen, von Fächern, von Leistungen. Ich bin nicht der Meinung, daß es Aufgabe des Gesetzgebers sein kann, dort Vorgaben zu machen, was denn genau evaluiert, bewertet werden soll und wie die Bewertungsverfahren ablaufen sollen. Ich glaube, wir sollten das nicht tun, Herr Schoenen, weil wir dazu einfach nicht berechtigt sind und weil wir

(Abg. Gillo)

nicht dazu in der Lage sind. Ich glaube, die Hochschule des Saarlandes verfügt selbst über ausreichende Kompetenz und ausreichende Instrumente und Mittel, das zu tun, also Kriterien festzulegen, wie denn Leistung beispielsweise gemessen werden soll. Aber trotzdem sollten wir uns Klarheit im Ausschuß darüber verschaffen, wie so etwas überhaupt funktionieren soll.

Es gibt einen Bereich, den ich noch nicht für ausreichend diskutiert halte, das ist die Zusammenarbeit der Hochschulen nicht nur in der Region, sondern auch der Hochschulen hier innerhalb des Saarlandes. Ich bin davon überzeugt, daß es nichts mit Gleichmacherei zu tun hat – und ich möchte das auch gar nicht. Ich bin davon überzeugt, daß es gut wäre sowohl für die Fachhochschule hier im Saarland als auch für die Universität im Saarland, wenn sie stärker miteinander kooperierten und wenn es auch möglich wäre für die Studierenden, wenn sie die Chance hätten, einzelne Studienabschnitte, beispielsweise im Bereich der Universität, auch beim Wechsel an die Fachhochschule mitzunehmen, die anerkannt werden. Ich glaube, hier gibt es Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit, die sollten wir nutzen.

Alles in allem, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die SPD-Landtagsfraktion der Meinung, daß der vorgelegte Gesetzentwurf sehr gut geeignet ist, um eine Modernisierung der Strukturen der Universität des Saarlandes und der anderen Hochschulen des Saarlandes einzuleiten und über Jahre hinweg zu tragen. Ich wünsche mir einen sicherlich kontroversen, aber offenen und sachlichen Diskussionsprozeß bis zur Verabschiedung des Gesetzes. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Meyer:

Ich erteile das Wort Frau Kollegin Gabriele Bozok.

Abg. Bozok (B 90/Grüne):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schon vor Monaten war er angekündigt, jetzt liegt er also vor: der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Novellierung der saarländischen Hochschulgesetze. Auf die Enge des Zeitplanes hat Herr Kollege Schoenen schon zu Recht hingewiesen. Der Entwurf soll den strukturellen Rahmen vorgeben, um die Fachhochschulen, aber vor allem auch die Universität des Saarlandes für die nächsten Jahre fitzumachen.

Dies, Herr Minister Wittling, wird Ihnen jedoch mit diesem Entwurf nicht gelingen. Viel zu groß ist offenbar Ihre Angst, den Hochschulen den nötigen Freiraum für ihre Arbeit einzuräumen und durch eine klare Aufgabenteilung diese von der Leine der Politik zu befreien. Sicherlich wird die überarbeitete Gremienstruktur an einigen Stellen die universitäre Selbstverwaltung erleichtern. Auch werden die vorgeschlagenen Kompetenzzentren – wo wir noch sehen müssen, wie sie aussehen werden – kurzfristige Forschungsprojekte über die einzelnen Fächer hinaus in Zukunft möglich machen. Doch sind dies zwei Beispiele für Neuerungen, die nur dann einen Sinn machen würden, wenn sich die Politik insgesamt auf das beschränken würde, was eigentlich ihr Aufgabenfeld ist, nämlich die Sicherstellung der finanziellen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit grundsätzlichen Entwicklungsvorgaben.

Wie so etwas aussieht, zeigt das Beispiel Hamburg. Dort hat die Wissenschaftssenatorin Christa Sager, eine Bündnis-Grüne, den Mut gehabt, den Hochschulen die Autonomie, die sie brauchen, zu geben. Es sind Zielvereinbarungen von den Hochschulen und der Politik unterzeichnet worden, die in einer offenen Diskussion erarbeitet wurden.

(Zuruf des Abgeordneten Gillo (SPD).)

Bei uns im Gesetzestext heißt es „kann“: Es „können“ Zielvereinbarungen geschlossen werden. Das machen Sie oder machen Sie nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Gillo (SPD).)

Das werden wir sehen, ob das erst kommt. Hamburg hat auch Globalhaushalt. Es sind Zielvereinbarungen von den Hochschulen und der Politik unterzeichnet worden, die in einer offenen Diskussion erarbeitet wurden und für die nächsten Jahre einen Globalhaushalt mit bereits heute vereinbarten Geldsummen garantieren. Genau das ist in diesem Gesetzentwurf, Herr Kollege Gillo, nicht drin. Beide Seiten haben in Hamburg erkannt, daß es nur mit- und nicht gegeneinander geht.

Ein Modell, das man bereits heute als Erfolg bezeichnen kann, was wir uns hier nicht als Beispiel genommen haben, was sich die hiesige Landesregierung leider nicht als Beispiel genommen hat. Zustände also, von denen wir hier im Saarland nur träumen können. Die Schuld hierfür tragen jedoch nicht die Hochschulen, sondern die Hochschulpolitik dieser Landesregierung. Immer wieder hat man sich wie in einem Selbstbedienungsladen an den Finanzen der Universität und der Fachhochschulen bedient, das letzte Mal vor wenigen Monaten. Herr Kollege Schoenen hat auch darauf hingewiesen. Sie sind verantwortlich dafür, daß sehr wichtige Fächer für eine Universität gestrichen worden sind. Herr Kollege Gillo, mit der SPD-Landesregierung wird die Abwicklung der Sozialwissenschaften und der VWL – –

(Zuruf von der SPD.)

Das ist, wenn wir an europäische Kompetenzen denken, sehr, sehr wesentlich, daß Sie diese Fächer gestrichen haben. Mit Ihnen wird das heimgenhen. Das wird Ihnen anhaften. Das ist, denke ich, nicht vertretbar.

Sie haben in der Vergangenheit das, was die Universität entwickelt hat, nämlich zum Beispiel den Universitätsentwicklungsplan, nicht eingehalten. Es gab Ansätze für eine Universitätsentwicklung aus der Uni heraus. Es gab Vereinbarungen, aber die Landesregierung hat sie nicht eingehalten. Aus diesen Erfahrungen heraus sind wir überzeugt, daß die in § 6 angesprochenen Zielvereinbarungen lediglich ein Lippenbekenntnis sind wie so vieles in diesem Entwurf. Der Begriff „kann“ sagt ja schon alles aus, Herr Kollege Gillo.

(Zuruf des Abgeordneten Gillo (SPD).)

Hinweise, daß dies so ist, gibt es genug. Zwar suggeriert das neue Universitätsgesetz einen Eindruck von mehr Autonomie, doch stellt man auf den zweiten Blick sehr schnell fest, daß dies ein Irrglaube ist. Auch in Zukunft wird der Einfluß des Ministers in keiner Weise geringer, sondern ganz im Gegenteil, er wächst sogar noch. Die Hochschulpolitik wird aus dem Ministerium heraus bestimmt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Gillo (SPD).)

Oder wie wollen Sie, Herr Wittling, es erklären, daß im Streitfall zwischen Universitätsrat und Senat Ihnen nun die Vermittlerrolle zukommen soll? Geht es Ihnen nicht darum, sich die jeweiligen Rosinen aus den Argumenten der beiden Seiten herauszupicken, um Argumente für die eigenen Interessen zu finden und sich anschließend groß als Schlichter zu präsentieren?

Ein zweites Beispiel. Da, muß ich sagen, bin ich auch von Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, und von Ihnen, Herr Müller, insbesondere, doch sehr enttäuscht. Im Frühsommer des vergangenen Jahres sammelten die Studierenden der Universität des Saarlandes Unterschriften für ein Volksbegehren, um den derzeit gültigen § 107 zu ändern, der dem Ministerium die Möglichkeit gibt, die Universität aufzufordern, Fächer und Fachbereiche zu schließen. Zwar sind die Studierenden knapp an der Zulassung gescheitert, doch wurde ihr Anliegen – auf unseren Antrag hin – auch in diesem Hause diskutiert. Sie, Herr Müller, haben damals groß angekündigt, daß Sie sich für die

(Abg. Bozok)

Studierenden in deren Sinne einsetzen wollen. Passiert ist jedoch – wie so oft – nichts. Dabei wäre es von außerordentlich hoher Bedeutung, wenn Sie sich unserer damaligen Gesetzesinitiative angeschlossen hätten, wenn dieser § 107, der in der neuen Fassung nunmehr § 75 ist, geändert worden wäre.

(Zuruf des Abgeordneten Müller (CDU).)

Wir sind in der Ersten Lesung; Herr Müller, ich höre das gerne, wenn Änderungswünsche auch von der CDU mit voller Vehemenz von Ihnen dann mitgetragen werden. Solange nämlich dem Minister die Möglichkeit gegeben wird, jederzeit der Universität seine Entscheidungen aufzuzwingen, so lange wird es im Saarland auch keine wirkliche Hochschulautonomie geben.

Lassen Sie mich noch auf ein zweites Kapitel eingehen, nämlich die Lehre. Wenn in Deutschland in den letzten Jahren etwas außerordentlich unter den Entwicklungen an den Hochschulen gelitten hat, dann war es die Ausbildung der jungen Generation. So haben wir denn auch gehofft, daß die Regierung mit ihrem Entwurf endlich hier die notwendigen Rahmenbedingungen für die längst überfälligen Reformen schaffen würde. Wie wir feststellen mußten, eine vergebliche Hoffnung. Dies ist um so bedauerlicher, als aus den Reihen der Studierenden viele Anstöße zu Verbesserungen kamen. Beispielhaft möchte ich hier nur die Studienbüros nennen. Nach Vorstellungen z.B. des vorherigen AStA sollten an der Universität des Saarlandes fachbereichsunabhängige Institutionen geschaffen werden, die sich um die Evaluation – was ja durchaus noch zu diskutieren ist –, die Studienberatung und die Kontaktknüpfung zu potentiellen Arbeitgebern kümmern sollten.

Ein Modell, das im Vorschlag war, das auch die GEW kürzlich begrüßte und von dem sogar der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft angetan war und Fördermittel für den Fall in Aussicht stellte. Warum also, frage ich Sie, Herr Minister, findet sich in Ihrem Gesetzentwurf ein für diese Aufgaben zuständiger Studiendekan und nicht dieses innovative Modell? – Nun, ich kann Ihnen erklären, warum das so ist. Weil Sie nicht bereit waren, für diese Studienbüros, die das Land etwas teurer kämen, Mittel zur Verfügung zu stellen. Statt dessen wählen Sie das Sparmodell, das in diesem Fall heißt, jeweils ein Professor soll für seinen Fachbereich die Evaluation und Studienfachberatung durchführen. Ganz ehrlich: Sie hätten es besser gleich gelassen, denn das ist kein Fortschritt.

Sie alle kennen doch die verkrusteten Strukturen, die auch an den saarländischen Hochschulen vorherrschen. Sie kennen den Stellenwert, den die Lehre in den Augen der Professoren oftmals einnimmt. Wieso also soll ein Studiendekan, der noch dazu kaum über finanzielle Mittel verfügt, diese Aufgabe zufriedenstellend lösen? Noch dazu, wo er genau weiß, daß sein Nachfolger aus seinem Fachbereich kommt und dann ihn bewerten darf. Herr Minister, dieser Studiendekan ist ebenso eine leere Worthülse wie die im Entwurf erwähnten Teilzeitstudiengänge und die Nutzung von modernen Kommunikationsmitteln, Begriffe, die Sie einfach aufgenommen haben, um gegenüber anderen Bundesländern nicht zurückzustehen.

Weitergehende Konzepte sucht man jedoch vergebens. Dies gilt auch für das Zentrum für Lehrerbildung. Der von Ihnen nun vorgelegte Aufbau und die Ausstattung lassen Zweifel aufkommen, ob dieses Zentrum jemals die Aufgaben erfüllen kann, die normalerweise in seinen Aufgabenbereich fallen und die auch erfüllt werden müssen. Das wurde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen immer wieder gefordert. Zwar begrüßen wir, daß es nun doch eine Geschäftsstelle erhält, doch stellt sich zugleich die Frage, ob Sie bereit sind, die nötigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Sie haben immer wieder von Kostenneutralität gesprochen, auch im Zusammenhang mit dem Zentrum. Und insgesamt heißt es in der Einführung des Gesetzes: Ohne Mehrkosten soll dieses Gesetz umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, in unseren Augen ist der heute zu diskutierende Regierungsentwurf das Schlußkapitel einer hochschulpolitischen Bankrotterklärung dieser Landesregierung.

(Zuruf des Abgeordneten Braun (SPD).)

Sie werden das bemerken, Herr Braun. – Die darin enthaltenen guten Ansätze werden in der Praxis an der mangelnden Bereitschaft des Ministeriums scheitern, die zwingend notwendigen Finanzmittel bei der Finanzministerin zu erstreiten. Unserer Meinung nach kann sich das Saarland nur dann über seine Grenzen hinaus profilieren, wenn es den anderen immer einen Schritt voraus ist. Mit dieser Gesetzesnovellierung ziehen wir jedoch bestenfalls nach. Aus den vorgenannten Gründen werden wir den vorliegenden Entwurf ablehnen. Da die Hochschulpolitik für die zukünftige Entwicklung unseres Landes von entscheidender Bedeutung ist, werden wir statt dessen in der nächsten Sitzung dieses Hauses einen eigenen Entwurf für ein saarländisches Universitätsgesetz vorlegen und werden darin zeigen, wie eine wirkliche Reform auszusehen hat. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei B 90/Grüne.)

Vizepräsident Meyer:

Ich erteile das Wort Herrn Minister Henner Wittling.

Minister Wittling:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich bitte in aller Kürze noch einmal auf ein paar Punkte eingehen, die hier angesprochen worden sind. Zunächst einmal: Wenn ein so umfangreiches Gesetzeswerk vorgelegt wird, liegt es in der Natur der Sache, daß eine Reihe von Fragen damit verknüpft sind. Und dann ist es eine Selbstverständlichkeit, daß wir im weiteren parlamentarischen Verfahren versuchen wollen, diese Fragen zu beantworten. Ich möchte allerdings schon darauf hinweisen, daß der Gesetzentwurf zwar erst vor wenigen Tagen hier eingebracht worden ist und heute in der Ersten Lesung behandelt wird, daß aber der weitaus größte Teil dieses Gesetzentwurfes bekannt ist, auch den Fraktionen dieses Landtages, und zwar seit Dezember des vergangenen Jahres.

Und im übrigen, meine Damen und Herren, ist das allermeiste unstreitig. Die streitigen Punkte sind denkbar übersichtlich, und sie können nach meiner festen Überzeugung in den nächsten Wochen in einem zügigen Meinungsbildungsprozeß auch zu einem Abschluß gebracht werden.

(Abg. Müller (CDU): Sie nehmen sich da die Bundesregierung zum Vorbild.)

Herr Abgeordneter Müller, hätten Sie den Gesetzentwurf, der auch der CDU-Landtagsfraktion im Dezember des vergangenen Jahres zugeleitet worden ist, bereits damals gelesen, dann hätten Sie feststellen können, daß eine Vielzahl guter Gedanken darin sind.

(Abg. Müller (CDU): Dann hätte ich jetzt immer noch den neuen mit dem alten vergleichen müssen.)

Ja, deshalb haben Sie sich dieser Mühe im Dezember des letzten Jahres erst gar nicht unterzogen. Das ist Ihr Problem, nicht das meine.

(Abg. Müller (CDU): Woher wollen Sie das denn wissen?)

Sie haben es gerade gesagt, Sie hätten vergleichen müssen.

(Abg. Müller (CDU): Das habe ich nicht gesagt, Herr Minister, das akzeptiere ich nicht.)

Gut, also wenn Sie – –

(Abg. Müller (CDU): Nehmen Sie das bitte zurück! – Fortdauernde Unruhe.)

Vizepräsident Meyer:

Das Wort hat Herr Minister Henner Wittling.

Minister Wittling:

Wenn Sie den Gesetzentwurf im Dezember des letzten Jahres nach Zuleitung an die CDU-Landtagsfraktion wie an die anderen Fraktionen gelesen haben, dann ist es um so besser. Ich will Ihnen da nicht zu nahe treten.

Zweiter Punkt; Abgeordneter Schoenen, da will ich schon widersprechen. Sie sagten, mit der Fächerdiskussion hätten wir uns endlos Zeit gelassen. Ich rufe nochmals in Erinnerung: Ende März des vergangenen Jahres sind uns die Empfehlungen der Sachverständigenkommission auf den Tisch gekommen. Vor der Sommerpause waren die allermeisten Entscheidungen über die zukünftige Universitätsstruktur insoweit im Einvernehmen mit der Universität des Saarlandes getroffen. Und dann sind weitere drei Monate - bis Ende September, Anfang Oktober - verstrichen, um die restlichen zahlenmäßig relativ geringfügigen Entscheidungen zu treffen. Ich sage Ihnen: Hier sind schwierige Fragen der Universitätsstrukturreform in einem dichten Meinungsbildungsprozeß zügig und nach intensiver Diskussion in unserem Land getroffen worden. Von „viel Zeit lassen“ und „sich lange Zeit nehmen“ kann in diesem Zusammenhang überhaupt nicht die Rede sein.

(Zurufe von der CDU.)

Auch die Kommission hat zügig gearbeitet.

Ich komme auf den zweiten wichtigen Punkt, meine Damen und Herren. Ich denke, es ging doch jetzt bei der Hochschulgesetzgebung insgesamt um mehrere Fragen. Zunächst einmal darum, die Konsequenzen aus dem neuen Hochschulrahmengesetz zu ziehen. Auch diese Diskussion wird ja wohl an niemandem vorbeigegangen sein.

Zweitens kam es darauf an, die Lehren aus der Vergangenheit, aus den zurückliegenden Jahren zu ziehen. Die wichtigste Lehre, die ich daraus ziehe, lautet: Entscheidungsfähige, handlungsfähige Organe der Hochschule schaffen! Das findet seinen Ausdruck in einer gestärkten Universitätsleitung mit einem stärkeren Universitätspräsidenten. Das findet ferner seinen Ausdruck darin, daß es darum ging, externen Sachverstand für die Hochschulen zu mobilisieren.

Da gibt es international zwei Modelle. Da gibt es einmal in den Vereinigten Staaten überwiegend das sogenannte Board-Modell, d.h. externer Sachverstand für die Hochschule. In Großbritannien gibt es ein integriertes Modell, so wie wir es hier jetzt gewählt haben. Mir kam es immer darauf an, in diesem Zusammenhang für die strategische Weiterentwicklung der Universität des Saarlandes externen Sachverstand zu mobilisieren und ihn für die Hochschulen und für die Universität nutzbar zu machen. In welcher Weise das geschieht, ist dabei eine sekundäre Frage gewesen. Deshalb ist es doch für mich überhaupt kein Problem gewesen, am Schluß dieser Diskussion mit einem aus elf Köpfen bestehenden Universitätsrat - sechs davon sind aus der Universität, fünf extern - ein handlungsfähiges Gremium zu schaffen, bei dem auch externer Sachverstand für die Hochschule mobilisiert wird. Wenn dies das Instrument ist - international bewährt z.B. in Großbritannien -, dann ist doch das Ziel erreicht, und dann braucht man keine Klimmzüge an diesem oder jenem Modell zu machen. Dann ist es eine vernünftige Lösung. Ich bin der festen Überzeugung, daß diese vernünftige Lösung auf Dauer trägt.

Dritte Bemerkung. Frau Abgeordnete Bozok, ich sehe das so. Ich muß annehmen, daß Sie den Gesetzentwurf entweder nicht gelesen oder ihn nicht verstanden haben, und zwar aus folgendem Grund.

(Abg. Bozok (B 90/Grüne): Frech! Ein frecher Minister! Unverschämte! Er beleidigt hier die Abgeordneten. Ich finde das unmöglich. - Zurufe von der CDU.)

Es geht - da haben Sie völlig recht - um die Autonomie der Hochschulen. Aber es geht doch auf der anderen Seite auch darum, die Subsidiarität der Rolle des Staates zu sichern. Das ist eindeutig die Philosophie des Gesetzentwurfs; das heißt, soweit Autonomie der Hochschule wie möglich,

(Abg. Bozok (B 90/Grüne): Wer entscheidet?)

prioritäre Entscheidungen in der Hochschule.

(Abg. Bozok (B 90/Grüne): Prioritäre Entscheidungen haben Sie.)

Schauen Sie sich den Gesetzentwurf an. Es ist ein roter Faden, der sich durch den Gesetzentwurf zieht, und am Ende - an dieser Stelle stimmen offenbar CDU-Landtagsfraktion und Regierung überein - muß dann, wenn die Universität selbst nicht entscheidet, in wichtigen Fragen die Entscheidung des Staates stehen.

(Abg. Bozok (B 90/Grüne): Entscheidung des Ministers.)

Allerletzte Bemerkung: Zusammenarbeit der Hochschulen in der Region, auch hier in unserem Land. Das betrifft in allererster Linie die Frage der Zusammenarbeit der Universität mit den anderen Hochschulen, hier der Fachhochschule. Und da will ich auch ein deutliches Wort sagen. Universitäten und Fachhochschulen haben einen unterschiedlichen Bildungsauftrag und spezifische Ausbildungsprofile. Ihnen muß Rechnung getragen werden.

Aber ich bin auch dafür, den Übergang zwischen den unterschiedlichen Systemen von Universitäten und Fachhochschulen möglich zu machen und ihn soweit wie möglich einfacher zu gestalten. Es macht keinen Sinn, die Universitäten gegen die besonders qualifizierten Abgänger der Fachhochschulen zu verschließen oder ihnen den Übergang durch mangelnde Anrechnung ihres Studiums sowie den Abschluß einer Promotion an der Universität zu erschweren. Daß dieses nicht geschieht, ist in unserem Gesetzentwurf vorgesehen. Es ist eine wichtige Weichenstellung für den erleichterten Durchgang für qualifizierte Abgänger der Fachhochschule zur Universität. Auch dieses sollte genutzt werden.

Meine Damen und Herren - ich komme noch einmal auf den Ausgangspunkt zurück -, ein Gesetzentwurf dieses Umfangs wirft eine Reihe von Fragen, von Diskussionen auf. Das ist natürlich. Wir wollen uns diesen Diskussionen stellen. Und ich glaube, am Ende kann man dann insgesamt zu einem guten Ergebnis kommen. Der Gesetzentwurf enthält eine Fülle von Chancen. Wenn man sie nutzt, kann es nur gut für die Zukunft der Hochschulen in unserem Lande und insbesondere der Universität sein. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Meyer:

Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Kurt Schoenen.

Abg. Schoenen (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur eine Bemerkung: Ich wünschte mir, daß in allen Fraktionen dieses Hauses der jeweilige Fraktionsvorsitzende sich der Hochschul- und Bildungspolitik so annehmen würde, wie das Peter Müller macht. Das wünschte ich mir wirklich.

(Beifall bei der CDU.)

Das war die erste Bemerkung. Die zweite. Das Gesetz wird in entscheidenden Punkten geändert. Natürlich sind nicht 250 neue Seiten geschrieben. Das muß herausgearbeitet werden, Herr Minister. Und dann muß ich auch sagen: Sie haben gerade in der Besetzung des Universitätsrates gesagt, so ist es, so wird es gemacht, basta! Das war die Situation gewesen. Jetzt muß ich, wenn Sie die Schärfe in die Diskussion bringen, auch sagen, Sie sind da eingeknickt. Sie haben einen völlig neuen Universitätsrat.

(Beifall bei der CDU.)

(Abg. Schoenen)

Wenn das, was Sie vorher gefordert haben, das allein richtige war, muß ich fragen: Machen Sie jetzt etwas Falsches? Warum dieses unnötige Aufbauen einer Front?

(Zuruf.)

Er hätte es sich leichter machen können. Das muß ich dann auch sagen. Das ist in der Universalität nicht durchsetzbar, okay. Aber warum dann vorher diese Sache? Wir haben, Herr Minister, was das Gesetz nun angeht, das weitere Verfahren. Das ist ja wohl unbestritten ein enger Zeitrahmen. Dennoch sagen wir, das Gesetz soll seine Chance haben, und Ihr Angebot, wir klären die Fragen, ist gut. Ich muß allerdings darauf hinweisen, wie rasch Gesetze immer mehr durchgepeitscht werden. Also das geht nur in Bonn noch viel schneller: „Rin in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln“.

(Zuruf der Abgeordneten Bozok (B 90/Grüne).)

Das ist viel schlimmer, aber das paßt uns nicht. Das Universitätsgesetz ist und bleibt ein wichtiges Gesetz für die neue Verfassung der Uni. Da wäre mehr Zeit gut gewesen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Meyer:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe deshalb die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuß für Bildung, Kultur und Wissenschaft zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 11/1961 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuß für Bildung, Kultur und Wissenschaft ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Vielen Dank. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ist stelle fest, daß der Gesetzentwurf in Erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuß für Bildung, Kultur und Wissenschaft überwiesen ist.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Neuordnung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Veterinärverwaltung und der amtlichen Lebensmittelüberwachung (Drucksache 11/1963).

Zur Begründung erteile ich das Wort Frau Ministerin Barbara Wackernagel-Jacobs.

Ministerin Wackernagel-Jacobs:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute bringt die saarländische Landesregierung das Gesetz über die Neuordnung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Veterinärverwaltung und der amtlichen Lebensmittelüberwachung ein, mit dem die behördlichen Strukturen und der Aufgabenumfang neu geregelt werden sollen. Dieses Gesetz soll dazu dienen, die Anpassung des ÖGD, des öffentlichen Gesundheitsdienstes, an die gewandelten Strukturen im Gesundheitswesen zu dokumentieren und Standards in der Aufgabenwahrnehmung zu gewährleisten. Es soll einen richtungweisenden, einen klaren und verbindlichen Handlungsrahmen vorgeben, der aber auch Schwerpunktsetzung derjenigen, die diesen Rahmen umsetzen sollen, erlaubt. Der öffentliche Gesundheitsdienst hat sich in den letzten Jahrhunderten von einer polizeilichen Aufgabe zu einer Aufgabe der Daseinsvorsorge gewandelt. Aus den ersten Grundsätzen der öffentlichen Hygiene mit detaillierten Empfehlungen zur Städtereinigung, zur Nahrungsmittelhygiene sowie der Besichtigung von Spitalern und Apotheken, wie es damals hieß, entwickelten sich die Medizinal-

ordnungen und Gesetzgebungen des 18. Jahrhunderts, in denen erstmals der Begriff der medizinischen Polizei auftaucht.

1876 wurde mit der Gründung eines preußischen Gesundheitsamtes erstmals eine oberste Gesundheitsinstanz geschaffen. Mit dem Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens von 1934 wurden die kommunalen Strukturen zerschlagen und mit der Position des Amtsarztes ein für alle gesundheitsrelevanten Bereiche ermächtigt und unter staatlicher Aufsicht stehender Arzt installiert. Auf dieser gesetzlichen Grundlage haben wir bisher gearbeitet. Das Aufgabenspektrum des ÖGD hat aber seit der Schaffung dieser Gesetzesgrundlagen von 1934, 1935 einschneidende Veränderungen erfahren. Durch Verbesserung der sozioökonomischen und auch der hygienischen Bedingungen konnten große Aufgabenbereiche, wie beispielsweise Seuchenbekämpfung und Bekämpfung dieser Gesetzessterblichkeit, reduziert werden. Weitere Aufgaben sind in den Bereich der nichtstaatlichen ärztlichen Versorgung übergegangen, so zum Beispiel die Vorsorge und die Früherkennungsmaßnahmen. Andere Dienste, wie Versorgungsgutachten, sind an die Versorgungsämter übergegangen. Medizinische Gutachten sind an die medizinischen Dienste übergegangen. Und im sozialfürsorglichen Bereich sind viele Aufgaben an freie Träger übergegangen.

Nach dem Krieg schien es zunächst, als bräuchte man den öffentlichen Gesundheitsdienst durch den hohen Stellenwert der kurativen Medizin nicht mehr. Es war nicht zuletzt das Auftreten auch von Krankheiten wie Aids oder die gesundheitliche Problematik der Versorgung sozialer Randgruppen, aber auch die Erkenntnis, daß wir durch die zunehmende Individualisierung der gesundheitlichen Versorgung über den Gesundheitszustand unserer Bevölkerung kaum etwas wissen, was dazu beigetragen hat, den öffentlichen Gesundheitsdienst wieder mehr zu beachten und ihm wieder mehr Bedeutung zuzuschreiben.

In einem langen Diskussionsprozeß um den öffentlichen Gesundheitsdienst im Saarland, der intensiv mit den Akteuren, nämlich mit den Landkreisen und dem Stadtverband, mit dem Landkreistag und mit dem Städte- und Gemeindetag, geführt wurde, ist der vorliegende Gesetzentwurf über eine zeitgemäße Aufgabendefinition im Gesundheitswesen konzipiert worden, ein Entwurf, der dem veränderten Aufgabenspektrum Rechnung trägt und der die erforderliche Weiterentwicklung zuläßt. Dadurch konnten vor Ort ein breiter Konsens über die Aufgaben des ÖGD und ein entsprechendes Engagement für diese Bereiche erzielt werden.

Zur Frage nach den Kosten, die auf die Landkreise und den Stadtverband möglicherweise zukämen, möchte ich klarstellen: Es werden keine neuen Aufgaben begründet und somit auch keine neuen Kosten ausgelöst, sondern die Aufgaben werden entsprechend den neuen, modernen und oben genannten Erfordernissen zeitgemäß modifiziert mit den handelnden Personen. Dieser Gesetzentwurf bietet eine Bündelung, eine Neugewichtung der Rolle der Gesundheitsämter hin zu einer Beratungs- und Servicefunktion für Bürgerinnen und Bürger. Schwerpunktaufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes werden sein die Gesundheitsberichterstattung, die Gesundheitsförderung und die Gesundheitshilfen, die Kinder- und Jugendgesundheitspflege sowie der Gesundheitsschutz.

Zum ersten Aspekt, zur Gesundheitsberichterstattung. Die Gesundheitsberichterstattung als beschreibende und bewertende Darstellung der gesundheitlichen Lage und der gesundheitlichen Versorgung sowohl in den Gemeindeverbänden als auch auf Landesebene wird in diesem Gesetz festgeschrieben. Sie ist Grundlage der gesundheitsbezogenen Planungen. Ich will es an einem Beispiel einmal deutlich machen. Der Gesundheitsbericht für Deutschland, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, der sich speist aus den Zahlen, die die Länder in der Gesundheitsberichterstattung erfassen, weist unter anderem folgende Zahlen auf. Die Sterblichkeitsrate der verschiedenen Krebsarten ist regional sehr unter-

(Ministerin Wackernagel-Jacobs)

schiedlich. 1995 zum Beispiel war neben Mecklenburg-Vorpommern im Saarland die Lungenkrebssterblichkeit mit 52,9 pro hunderttausend Einwohner am höchsten. Am niedrigsten ist die Lungenkrebssterblichkeit in Baden-Württemberg mit 30,9 pro hunderttausend Einwohner. Ein anderes Beispiel. Am unwahrscheinlichsten ist es, in Bayern als Mann und im Saarland als Frau an einer alkoholbedingten Todesursache zu sterben, so der Bericht.

Solche Zahlenbeispiele aus der Gesundheitsberichterstattung, aggregiert und ausgewertet, werden im Zusammenhang mit der Gesundheitsförderung dann zu einem Programm, das auf das Saarland zugeschnitten werden muß. So haben wir in den vergangenen Jahren gerade beim Thema Krebs bei Mann und Frau dieses Thema aufklärend in die Öffentlichkeit getragen.

Die Gesundheitsförderung, der zweite Schwerpunkt, ist insbesondere im Bereich der Gesundheitsämter als Querschnittsaufgabe angesiedelt und steht vor allem als Beratung von Bürgern, Behörden und Institutionen sowie für die Koordinierung und Initiierung von Maßnahmen im Mittelpunkt, so wie ich es eben auch beschrieben habe.

Der kinder- und jugendärztliche Dienst, der dritte Schwerpunkt, soll ähnlich einem Betriebsarzt überwiegend den „Arbeitsplatz“ Schule betreuen. Dazu gehören unter anderem die Beratungs- und Koordinationsaufgaben bei der schulischen Betreuung behinderter Kinder, die Beratung in Fragen institutionsbezogener Hygiene, die Durchführung von Schutzimpfungen in den Schulen sowie die Untersuchungen der Kinder einschließlich der Dokumentation der Befunde. Darüber hinaus wird aber im Bereich des jugendärztlichen Dienstes die sozialkompensatorische Aufgabe nach wie vor eine wichtige Rolle spielen, um die Kinder zu betreuen, die von dem bestehenden System der individuellen Gesundheitsversorgung und auch von der Vorsorge nicht erreicht werden.

Das saarländische Untersuchungs- und Dokumentationsverfahren für die Schulreihenuntersuchung als Teil der Gesundheitsberichterstattung liefert über seine bis auf die Schulebene reichende Regionalisierung eine sehr gute Informationsbasis und muß ebenfalls in Präventionsprogramme umgesetzt werden.

Der Gesundheitsschutz, insbesondere der umweltbezogene Gesundheitsschutz, als weiterer wichtiger Baustein des ÖGD umfaßt künftig in zeitgemäßer Art die gesundheitliche Beurteilung und Verbesserung des Lebensumfeldes der Menschen. Die Bedeutung von Umwelteinflüssen auf die Gesundheit des Menschen macht diese Aufgabe zur Pflichtaufgabe mit entsprechendem Handlungsrahmen für die Gesundheitsämter, wobei auch hier der präventivmedizinische Aspekt Vorrang haben soll und muß.

Um den Gesundheitsämtern auch den Einsatz externen Sachverständigen zu ermöglichen, wird die Beauftragung von ehrenamtlich tätigen Ärzten und Ärztinnen als Medizinalräte im öffentlichen Gesundheitsdienst analog den Regelungen bei der Überwachung des Arzneimittelverkehrs ins Gesetz aufgenommen. Für die Berufe des Gesundheitswesens werden Ermächtigungen aufgenommen, ausstehende Zulassungs- und Ausbildungsvorschriften zu schaffen und Berufsordnungen aufzustellen. Die Gesundheitsämter haben die Berufsausübung und die Erfüllung der Berufspflichten der Gesundheitsberufe mit Ausnahme der verkammerten Gesundheitsberufe zu überwachen.

In Artikel 2 des Gesetzes regeln wir das öffentliche Veterinärwesen und die amtliche Lebensmittelüberwachung durch die entsprechenden Zuständigkeitsregelungen und eine Aufgabenbeschreibung auf der Basis des bestehenden Rechts. Die Schaffung und Erhaltung der Gesundheit sowie des Schutzes der Tiere ist eine vorrangige Aufgabe aller verantwortlichen Behörden und Einrichtungen. Das öffentliche Veterinärwesen und der gesundheitliche Verbraucherschutz haben darüber hinaus dafür Sorge zu tragen, daß der Mensch auch vor Gefahren und Schädigungen durch Tier-

krankheiten sowie durch Lebensmittel und Erzeugnisse tierischer und nichttierischer Herkunft geschützt wird.

Damit ein konsequenter und wirkungsvoller Vollzug der aufgelisteten Vorschriften möglich ist, werden den Lebensmittelüberwachungs- und Veterinärbehörden die Befugnisse von Polizeiverwaltungsbehörden eingeräumt. Bereits im letzten Jahr wurden auf Vorschlag der Gemeindeverbände die Lebensmittelkontrolleure mit den Befugnissen der Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft ausgestattet. Auch dies dient der Effizienzsteigerung der Lebensmittelüberwachung vor Ort. Konsequenterweise wird den Gemeindeverbänden nun auch die Zuständigkeit im Rahmen dieses Gesetzes für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Lebensmittel- und Bedarfsgegenstandesgesetz übertragen.

Ich betone noch einmal: Dieser Gesetzentwurf ist Ergebnis eines intensiven Diskurses mit den für die Umsetzung Verantwortlichen. Er ist nicht über deren Kopf hinweg entstanden, sondern im Dialog mit ihnen konzipiert worden. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, den Gesetzentwurf in Erster Lesung anzunehmen und ihn zur weiteren Beratung an den zuständigen Ausschuß zu überweisen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Meyer:

Ich eröffne die Aussprache. – Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuß für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 11/1963 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuß für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, daß der Gesetzentwurf in Erster Lesung einstimmig angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuß für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen ist.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Architektengesetzes (Drucksache 11/1957).

Zur Begründung erteile ich das Wort Herrn Minister Heiko Maas.

Minister Maas:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen zu einem weiteren interessanten Punkt der Tagesordnung, dem Gesetz zur Änderung des Saarländischen Architektengesetzes, mit dem die Einbeziehung der Berufsgruppe der Stadtplanerinnen und Stadtplaner in die Architektenkammer und der Schutz der Berufsbezeichnung Stadtplanerin und Stadtplaner bezweckt ist. Damit sollen die Rechtsstellung dieser Berufsgruppe verbessert und die Qualität der Orts- und Stadtplanung gefördert werden.

Stadtplanung ist ein Teil unserer Umweltgestaltung im umfassendsten Sinne. Sie hat aber auch Auswirkungen auf unsere soziale Umwelt, auf die Bewohner unserer Städte und Gemeinden. Aufgabe der Stadtplanung ist es, die räumlichen Entwicklungen in einer sich ständig ändernden Lebensumwelt zu erfassen und zu gestalten. Gelingende Stadtplanung trifft deshalb Vorsorge für die Zukunft, ist somit ein Zukunftsthema. Sie trägt zum Ausgleich von Interessenkonflikten bei, berücksichtigt soziale Veränderungen, fördert die Harmonisierung der gesellschaftlichen Gruppen und räumlicher Gemeinschaften. Sie zielt letztlich auf eine optimale Nutzung der räumlichen und ökologischen Ressourcen ab. Sie beeinflusst wesentlich die Gestaltung des gegenwärtigen und zukünft-

(Minister Maas)

tigen Erscheinungsbildes unserer Städte und Dörfer sowie die Umwelt- und Lebensqualität. Es geht ganz einfach auch darum, sich dort wohlfühlen, wo man wohnt. Wegen dieser erheblichen Wirkungen der Stadtplanung auf uns alle halten wir eine Qualitätssicherung für geboten.

Dem trägt der vorliegende Gesetzentwurf Rechnung. Bezweckt ist, den Berufsstand der Stadtplanerinnen und Stadtplaner in die Architektenkammer aufzunehmen, ihn damit zu schützen und qualitativ aufzuwerten. In den meisten anderen Bundesländern ist dies bereits erfolgt. Unbedingte Voraussetzung für die Ausübung des Stadtplanerberufes sind räumlich gestalterische Fähigkeiten. Seine Ideen muß der Stadtplaner letztlich bildnerisch, mit welchem geeigneten Medium auch immer, umsetzen und veranschaulichen können. Wegen des engen Zusammenhanges mit der baulichen Planung liegt die Einbeziehung der Stadtplanerinnen und Stadtplaner in die Architektenkammer näher, als sie in die Kammer der Beratenden Ingenieure einzubeziehen. Auch die anderen Bundesländer, die diesen Berufsstand regeln, sehen die Mitgliedschaft der Stadtplanerinnen und Stadtplaner in der jeweiligen Architektenkammer vor.

Im Saarland sind derzeit zwei größere Stadtplanungsgesellschaften tätig, deren geschäftsführende Gesellschafter bereits Mitglieder der Kammer der Beratenden Ingenieure sind. Als Mitglieder der Kammer der Beratenden Ingenieure sind sie zur Führung der Bezeichnung Beratender Ingenieur berechtigt. Sofern sie zusätzlich die Berufsbezeichnung Stadtplaner führen wollen, müssen sie auch Mitglied der Architektenkammer werden. Die damit verbundene Belastung mit zusätzlichen Mitgliedsbeiträgen halten wir für zumutbar aus den eben genannten Gründen. Im übrigen betrifft sie ebenso Architekten, die neben der Berufsbezeichnung Architekt auch die Berufsbezeichnung Beratender Ingenieur führen wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei den Beratungen zu dem Ihnen vorliegenden Gesetzentwurf stießen wir auf ein weiteres Problem. Einerseits berechtigen die bestehenden Architektengesetze nur natürliche Personen zur Führung einer Berufsbezeichnung und schließen damit Gesellschaften aus, andererseits würde das für im Saarland tätige Stadtplanungsgesellschaften bedeuten, daß sie die Bezeichnung „Stadtplaner“ aus ihrem Firmennamen streichen müßten, was nicht sachgerecht wäre. Dies zu verhindern rechtfertigt die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in das Saarländische Architektengesetz. Dies ist eine Konsequenz aus der Realität, denn der zunehmende Trend von Freiberuflern, sich aus wirtschaftlichen Gründen in Gesellschaften zusammenzuschließen, ist kein berufsspezifisches Phänomen. Auch in anderen Bereichen wurde darauf bereits mit entsprechenden Regulierungen reagiert. So wurden etwa in die Bundesrechtsanwaltsordnung im vergangenen Jahr Regelungen für Rechtsanwaltsgesellschaften aufgenommen. Auch Architektengesetze anderer Bundesländer enthalten bereits entsprechende Bestimmungen für Architektengesellschaften.

Meine Damen und Herren, das ist der Kern der Ihnen vorliegenden Änderung. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Meyer:

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort Herrn Kollegen Thomas Seilner.

Abg. Seilner (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie der Herr Minister eben ausgeführt hat, will die Landesregierung mit dieser Änderung des Architektengesetzes die Berufsgruppe der Stadtplaner in die Architektenkammer aufnehmen. Diese Initiative geht auch zurück auf die Architektenkammer des Saarlandes und wird von der CDU-Landtagsfraktion unterstützt. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Gesetzentwurf geht weit über dieses Ziel hinaus. Ich nenne zwei Hauptpunkte. Erstens. Sie entziehen den Architekten die Mitwirkung zum Erlaß von Wettbewerbsrichtlinien. Sie entziehen ihnen die Befugnis,

Wettbewerbsrichtlinien für Architektenwettbewerbe zu erlassen. Zweitens. Die Garten- und Landschaftsarchitekten verlieren als Berufsaufgabe die Mitwirkung bei der Landes- und Raumplanung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir halten beide Punkte für sehr bedenklich, und deshalb enthalten wir uns in Erster Lesung der Stimme. Wir wollen in der Anhörung die entsprechenden Berufsgruppen befragen über Auswirkungen und wie sie dazu stehen und dann unsere endgültige Meinung zu dieser Änderung des Architektengesetzes bilden. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Meyer:

Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Hans Albert Lauer.

Abg. Lauer (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat dieses Gesetz zur Änderung des Saarländischen Architektengesetzes eingebracht, und da gibt es drei gravierende Punkte, die die Zielrichtung dieses Gesetzes angeben. Da ist erstens die Einbeziehung der Berufsgruppe der Stadtplanerinnen und Stadtplaner in das Architektengesetz und in die Architektenkammer; zweitens sind neuere Entwicklungen und Erfahrungen insbesondere bei der Bildung von Berufsgesellschaften in dieses Gesetz, in diese Gesetzesänderung mit einzubringen; drittens soll in Zukunft der Kammer die Zuständigkeit für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten übertragen werden.

Meine Damen und Herren, Berufsaufgaben und Eintragungsvoraussetzung der Stadtplanerinnen und Stadtplaner werden erstmals in diesem Gesetz geregelt. Mit der Einbeziehung dieser Berufsgruppe soll die Rechtsstellung und Qualität der Orts- und Stadtplanung als Beitrag für einen ausreichenden, hochwertigen Städte- und Wohnungsbau gefördert werden. Gleichzeitig dürfen aber nur noch Personen mit entsprechender Ausbildung die Berufsbezeichnung Stadtplanerin oder Stadtplaner führen.

Ich will noch auf ein Problem eingehen. Bisher durften nur natürliche Personen die Berufsbezeichnung nach dem Architektengesetz verwenden. Zunehmend üben aber Architekten, Innenarchitekten, Landschaftsarchitekten und Städteplaner ihre Berufstätigkeit in Gesellschaften aus. Zwangsläufige wirtschaftliche Gründe, Rationalisierung, Kosteneinsparungen führen zu Zusammenschlüssen, und unter diesen Umständen ist es natürlich wünschenswert, auch für Zusammenschlüsse von Architekten die Wortverbindung mit der Berufsbezeichnung zuzulassen. Im Saarland gibt es bereits zwei solcher Gesellschaften.

Es wurden zu diesem Themenkomplex externe Anhörungen gemacht. Herr Kollege Seilner hat es gesagt. Wir werden uns im Ausschuß darüber informieren, in Anhörungen Anregungen aufnehmen und dann darüber reden. Ich bitte, diesem Gesetz in Erster Lesung zuzustimmen bei gleichzeitiger Überweisung an den zuständigen Ausschuß. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Meyer:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich schließe die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuß für Umwelt, Energie und Verkehr zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 11/1957 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuß für Umwelt, Energie und Verkehr ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Vielen Dank. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, daß der Gesetzentwurf in Erster Lesung einstimmig, bei Stimmenthaltungen, angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Energie und Verkehr überwiesen ist.

(Vizepräsident Meyer)

Wir kommen zu den Punkten 6 und 7 der Tagesordnung:

Beschlußfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944“ in Saarbrücken (Drucksache 11/1964),

Beschlußfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion und der Bündnis 90/Die Grünen-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944“ (Drucksache 11/1969).

Zur Begründung des Antrages der CDU-Landtagsfraktion erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Peter Müller. Er hat Redezeitverlängerung beantragt. Dem Wunsch wird stattgegeben.

Abg. Müller (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944“ hat im Saarland zu heftigen Kontroversen geführt. Leistet diese Ausstellung wirklich einen Beitrag zur Aufarbeitung unserer Geschichte? Ist sie Dokumentation oder ist sie Provokation? Zerstört sie Legenden oder baut sie neue Legenden auf?

Ich war in dieser Ausstellung. Ich habe mir - im Gegensatz zu dem, was in durchaus ehrabschneidender Weise ein Kommentator des Saarländischen Rundfunks gemutmaßt hat - diese Ausstellung angesehen, und ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß sie keinen angemessenen Beitrag zur Aufarbeitung unserer Geschichte leistet. Sie ist einseitig, sie ist tendenziös. Ich mache mir das zu eigen, was eine unverdächtige Zeugin, Marion Gräfin Dönhoff, schon vor zwei Jahren zu dieser Ausstellung gesagt hat. Sie hat gesagt: „Alles, was in der Ausstellung gezeigt wird, beruht auf Wahrheit, aber die geschilderte Wahrheit ist eine Teilwahrheit, die durch ihre Generalisierung zur Lüge wird.“

(Beifall bei der CDU.)

Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt. Selbstverständlich gibt es die Pflicht des Erinnerns an die Terrorherrschaft der Nationalsozialisten, an die Millionen unschuldiger Opfer und an das Leid unzähliger Menschen, das die Nationalsozialisten zu verantworten haben. Selbstverständlich ist die Frage nach der Rolle der Wehrmacht in diesem Prozeß zu stellen, denn wir müssen dafür sorgen, daß sich Gleiches nie mehr wiederholt. Wir müssen durch die Pflicht des Erinnerns die Voraussetzung dafür schaffen, daß nie mehr Krieg von deutschem Boden ausgeht.

(Beifall bei der CDU.)

Aber Erinnerung setzt Wahrhaftigkeit voraus. Deshalb muß die Aufarbeitung der Vergangenheit umfassend und differenziert erfolgen. Auch die Aufarbeitung der Geschichte der Wehrmacht muß umfassend und differenziert erfolgen. Für Pauschalierungen und pauschale Verurteilungen ist kein Raum. Die Fakten müssen alle auf den Tisch. Dann muß bewertet werden. Es muß auch verurteilt werden, aber nicht pauschal. Man schneidet sich selbst den Erfolg völlig ab, wenn man zunächst einmal pauschal 19 Millionen ehemalige Wehrmachtangehörige beleidigt oder aber die Kinder dieser 19 Millionen Menschen glauben läßt, ihre Eltern seien Schuldige, man selbst aber sei nun aufgeklärt und moralisch in Ordnung. Es gibt kein kollektives Gewissen; es gibt nur ein persönliches Gewissen. Es gibt keine kollektive Schuld; es gibt nur eine persönliche Schuld. Und schon gar nicht gibt es eine kollektive Schuld der Deutschen.

(Beifall bei der CDU.)

Dies sagt Helmut Schmidt, der Altbundeskanzler, und genau das versucht die Ausstellung zu konterkarieren und in einen anderen Zusammenhang zu stellen.

Niemand, der diese Ausstellung besucht, wird sie ungerührt verlassen. Ihre Bilder zeigen Entsetzliches: Hinrichtungen, Erschießungen, Gehenkte, Deportationen, Zerstörung. All diese schrecklichen Ereignisse haben sich tatsächlich zugetragen. Die Pflicht des Erinnerns fordert, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und sie nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Aber muß nicht gerade angesichts der Entsetzlichkeit des Gezeigten ein besonders hohes Maß an wissenschaftlicher Genauigkeit und Redlichkeit gefordert werden? Ist es damit zu vereinbaren, daß bei mehr als 200 Bildern - nach dem, was andere festgestellt haben - Angaben über Datum, Ort oder Jahr fehlen? Ist es akzeptabel, daß Bilder von Verbrechen gezeigt werden, ohne daß die Beteiligung der Wehrmacht an diesen Verbrechen erkennbar ist? Ich muß sagen, hier muß der Eindruck entstehen, daß es dieser Ausstellung ausschließlich darum geht, einseitig die Wehrmacht, aber auch jeden einzelnen Soldaten für die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges verantwortlich zu machen. Diese Einseitigkeit ist historisch nicht korrekt.

(Beifall bei der CDU.)

Die Aussteller selbst bestreiten diese Einseitigkeit nicht. Die Ausstellung ist zumindest in dreierlei Hinsicht einseitig.

Erstens. Die Darstellung der Wehrmacht reduziert sich auf die Darstellung von ihr begangener oder ihr angelasteter Verbrechen. Historisch korrekte Darstellungen müssen aber umfassend angelegt sein. Wer sich mit den Vorgängen in der Wehrmacht während des Feldzuges im Osten beschäftigt, darf nicht bei der Darstellung der Verbrechen stehenbleiben, sondern muß zum Beispiel ebenso angemessen den Widerstand gegen Unrechtsbefehle aufarbeiten. Er darf nicht nur den Kommissarbefehl zitieren; er muß auch darstellen, daß sich viele in der Wehrmacht geweigert haben, diesen Befehl auszuführen. Dafür ist in der Ausstellung kein Raum, und zwar deshalb, weil es der Intention der Aussteller, die Wehrmacht ausschließlich als verbrecherische Organisation darzustellen, nicht entspricht. Mit historischer Wahrhaftigkeit ist das nicht vereinbar.

(Beifall bei der CDU.)

Zweitens. Die Ausstellung zeigt ausschließlich Verbrechen der Wehrmacht. Selbstverständlich sind Verbrechen nicht aufrechenbar. Selbstverständlich können eigene Untaten nicht mit dem Hinweis auf Untaten anderer gerechtfertigt werden. Selbstverständlich muß man zunächst einmal vor der eigenen Tür kehren. Und selbstverständlich haben die Nationalsozialisten einen Angriffskrieg geführt, der all diese Untaten mit sich brachte. Aber wer Versöhnung will, muß Geschichte vollständig aufarbeiten. Einseitige Schuldzuweisungen oder einseitige Schuldbekennnisse sind unvollständig und damit unzureichend.

(Präsident Kasper übernimmt den Vorsitz.)

Drittens und vor allem: Diese Ausstellung läßt den Eindruck entstehen, die deutsche Wehrmacht habe zu wesentlichen Teilen aus Verbrechen bestanden. Zwar gibt es einen Hinweis darauf, daß es nicht darum gehe, jeden Soldaten pauschal zu verurteilen, und daß Pauschalierungen nicht beabsichtigt seien. Die Ausstellung selbst ist jedoch so angelegt, daß sich dieser Hinweis als salvatorische Klausel erweist, der letztlich keine Bedeutung zukommt. Dies beginnt bereits, wenn am Eingang der Ausstellung der Hinweis erfolgt, daß die Legende von der sauberen Wehrmacht dazu geführt habe, daß Millionen deutscher Soldaten freigesprochen worden seien. Das heißt im Umkehrschluß, daß Millionen deutscher Soldaten nicht hätten freigesprochen werden dürfen, weil sie Verbrechen begangen haben. Die allergrößte Mehrzahl der Angehörigen der Wehrmacht war nicht an Verbrechen beteiligt. Deshalb ist eine solche Aussage unzulässig.

(Beifall bei der CDU.)

Noch deutlicher ist, was Hannes Heer zur Eröffnung der ersten Ausstellung am 2. März 1995 gesagt hat. Er sagte: Es ist das Ziel der Ausstellung, zu zeigen, daß die Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg eben nicht die Ausnahme waren und nicht aus

(Abg. Müller)

den Verfehlungen einzelner Offiziere resultierten, sondern daß sie die Regel waren. Und Herr Reemtsma, der die Ausstellung finanziert hat, wird bei der Eröffnung mit dem Satz zitiert: Verbrechen der Wehrmacht sind potentielle Verbrechen der Jedermanns, Verbrechen von jedermanns Mann, Vater, Bruder, Onkel, Großvater.

Genau dies zeigt, was die Ausstellung will: Sie will darstellen, daß die allermeisten Angehörigen der Wehrmacht Verbrecher waren. Dabei schreckt sie auch vor suggestiven Darstellungen nicht zurück. Für mich ist ihr negativer Höhepunkt eine Darstellung auf einer Schauwand, auf der zwei Photos zusammengefaßt werden. Auf dem einen sieht man deutsche Soldaten, die vor sich eine Stange halten. An der Stange sind gerupfte Hühner aufgehängt. Auf dem anderen Photo sieht man am Galgen aufgehängte Zivilisten. Beide Photos sind zusammengebracht. Die Botschaft, die davon ausgehen soll, ist klar. Sie lautet: Den Angehörigen der deutschen Wehrmacht war es gleichgültig, was sie aufgehängt haben – Hühner oder Menschen. Das ist nicht nur eine ungeheure Geschmacklosigkeit, das ist eine pauschale Diffamierung einer ganzen Generation, und das weisen wir zurück.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb geht es dieser Ausstellung auch nicht um eine ausgewogene Aufarbeitung eines schwierigen und dunklen Kapitels unserer Geschichte. Diese Ausstellung ist Provokation. Diese Ausstellung dient dazu – das ist das eigentlich Fatale –, die Beweislast umzukehren. Das scheint auch zu funktionieren. Die Beweislast wird dergestalt umgekehrt, daß grundsätzlich jeder als Verbrecher anzusehen ist, es sei denn, er beweist, daß er keine Verbrechen begangen hat.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben bei der Eröffnung der Ausstellung gesagt: Mein Vater war selber Soldat der Wehrmacht, ich traue ihm auch heute noch nichts Verbrecherisches zu, aber ich weiß es auch nicht genau. Ich meine, da hat der Mechanismus, der in der Ausstellung angelegt ist, schon ein Stück weit gegriffen. Ich will Ihnen meine Sicht der Dinge sagen.

Mein Vater ist 1925 geboren. Er ist mit 18 Jahren, 1943, eingezogen worden. Er mußte nach Rußland. Er ist im Kessel von Tscherkassij schwer verwundet worden. Er war dann im Kriegsgefangenenlager, er kam nach Hause, mehr tot als lebendig. Er leidet unter dieser Verwundung bis zum heutigen Tag. Er hat die besten Jahre seines Lebens verloren. Deshalb sage ich: Ich habe meinen Vater nicht in Verdacht. Mein Vater war kein Mörder, und er hat einen Anspruch darauf, daß ich das heute klar und deutlich sage. Ich lasse meinen Vater nicht zum Mörder machen

(Beifall bei der CDU.)

Es geht dieser Ausstellung nicht um Aufklärung, es geht dieser Ausstellung um Emotionalisierung, und das auf der Basis einer falschen Begründung. Die Begründung für diese Ausstellung heißt, es ist notwendig, die Legende von der sauberen Wehrmacht zu zerstören. Ich frage mich, ich frage Sie, ob derjenige, der verantwortlich mit diesen Themen umgeht, ernst zu nehmen ist, wenn er die Legende von der sauberen Wehrmacht verbreitet. Diese Legende ist längst zerstört. Diese Legende braucht nicht mehr zerstört zu werden, aber das ist ja ein bekanntes Instrumentarium. Da wird ein Phantom aufgebaut, auf das man heftig einschlagen kann, um etwas zu legitimieren, was eigentlich nicht zu legitimieren ist.

(Beifall bei der CDU.)

Die historische Qualität dieser Ausstellung ist gering. Ich beurteile das nicht aus eigener Fachkenntnis, denn ich bin jemand, der nicht Geschichte studiert hat. Ich beziehe mich auf das Urteil von Fachleuten. Der langjährige Präsident des Verbandes der Deutschen Historiker Christian Meier spricht von einer – wörtlich – haarsträubenden und demagogischen Ausstellung. Der Altbundespräsident Richard von Weizsäcker sagt zu dieser Ausstellung, daß sie ein Pauschalurteil fälle, das „historisch, moralisch und menschlich nicht aufrechtzuerhalten ist“. Professor Eberhard Jäckel, si-

cherlich einer der prominentesten Historiker Deutschlands, sagt: Was wir nach wie vor brauchen, ist ein differenziertes Bild der Vergangenheit. Dem dient diese Ausstellung nicht. Sie will provozieren, statt zu informieren. Deshalb leistet sie einer sachlichen Auseinandersetzung einen schlechten Dienst. Diese Ausstellung dient nicht der Aufarbeitung der Vergangenheit. Sie schafft neue Legenden und schadet ihr damit.

(Beifall bei der CDU.)

Das ändert nichts an der Tatsache, daß es für uns alle die Pflicht des Erinnerns gibt, der allerdings mit dieser Ausstellung nicht Genüge getan wird. Es ändert auch nichts an der Tatsache, daß es die Pflicht des Widerspruchs gegen die inhaltliche Ausgestaltung dieser Ausstellung gibt. Die Pflicht des Erinnerns schließt das Leugnen begangener Verbrechen aus, sie schließt aber auch die pauschale Verurteilung der Angehörigen der Wehrmacht aus.

Tatsache ist, daß das nationalsozialistische Terrorregime für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich war. Tatsache ist, daß Millionen Unschuldiger Opfer dieses Terrorregimes waren, daß unvorstellbares Leid verursacht worden ist. Tatsache ist, daß der Nationalsozialismus zahllose schwerste Verbrechen verschuldet hat, daß er Europa mit einem Eroberungskrieg überzogen hat. Dabei war besonders der Krieg im Osten ein Vernichtungskrieg. Beispiellos in der Geschichte ist der Völkermord an den Juden. Ohne die deutsche Wehrmacht hätte Hitler diesen Krieg nicht führen können. Die Wehrmacht war Instrument einer verbrecherischen Politik, und niemand wird heute bestreiten, daß auch die deutsche Wehrmacht in ihrer Spitze mit Truppenteilen und einzelnen Soldaten in Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes verstrickt war.

Dessen müssen wir uns bewußt werden, daran müssen wir uns erinnern. Deshalb ist es richtig, wenn Volker Rühle – worauf Sie, Herr Ministerpräsident, bei der Eröffnung der Ausstellung hingewiesen haben – gesagt hat: Die Wehrmacht als Institution kann deshalb auch kein Traditionsgeber für die Bundeswehr sein. Ich meine, auch das muß klar und deutlich festgehalten werden. Volker Rühle hat allerdings auch gesagt – und das hätten Sie vielleicht ergänzend zitieren sollen –: Nicht die Wehrmacht, aber einzelne Soldaten können traditionsbildend sein, Soldaten wie die Offiziere des 20. Juli, aber auch viele Soldaten im Einsatz an der Front. Wir können diejenigen, die tapfer, aufopferungsvoll und persönlich ehrenhaft gehandelt haben, aus heutiger Sicht nicht pauschal verurteilen. – Volker Rühle hat auch gesagt: Historische und moralische Wahrhaftigkeit fängt mit einer genauen Betrachtung und einer präzisen Sprache an. Die Wehrmacht bestand im Laufe der Jahre aus Millionen von einzelnen Deutschen, jeder mit eigenen, unverwechselbaren Erfahrungen, eigenen Hoffnungen und Idealen, eigenen Wünschen und Ängsten, jeder mit einer eigenen Würde, und wir haben nicht das Recht, ihnen diese Würde pauschal zu nehmen.

(Beifall bei der CDU.)

Ich unterstreiche jedes Wort davon.

Tatsache ist deshalb auch, daß pauschale Vorwürfe gegenüber Angehörigen der Wehrmacht nicht gerechtfertigt sind. Der allergrößte Teil der rund 19 Millionen Soldaten war weder an Verbrechen beteiligt noch in Verbänden, die solche Verbrechen beobachten konnten. Die allermeisten Wehrmachtsangehörigen waren eher Opfer als Täter,

(Beifall bei der CDU.)

junge Männer, die in einen unmenschlichen Krieg gezwungen wurden. Viele haben ihr Leben verloren. Andere haben Verwundungen gehabt, mußten Gefangenschaft ertragen. Die besten Jahre ihres Lebens waren dahin, als sie zurückkamen. Deshalb sage ich hier: Wir Angehörigen der Nachkriegsgeneration haben Glück gehabt. Wir waren nie in der Situation, in einem solchen Regime leben und uns entscheiden zu müssen. Gerade weil das so ist, dürfen wir es nicht zulassen, daß die Generation unserer Väter

(Abg. Müller)

und Großväter, daß die Kriegsgeneration pauschal auf die Anklagebank der Geschichte gesetzt wird. Das sind wir unseren Vätern und Großvätern schuldig, solche pauschalen Verurteilungen lassen wir nicht zu.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb haben wir, deshalb hat die CDU dieses Landes, deshalb haben Mitglieder der CDU dieses Landes diese Ausstellung inhaltlich kritisiert und der Ausrichtung dieser Ausstellung widersprochen. Deshalb gibt es eine Anzeige zweier Mitglieder der saarländischen CDU, eine Anzeige von Gerd Bauer und von Manfred Hayo, in der die beiden mit ihrer Unterschrift bekunden: Unsere Väter waren keine Mörder.

Diese Anzeige hat den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken veranlaßt, den beiden Politikern vorzuwerfen, sie benutzen fast dieselben Vokabeln wie die Neonazis. Das war der Vorwurf, den der Oberbürgermeister von Saarbrücken erhoben hat: fast dieselben Vokabeln wie die Neonazis. Ich habe die Anzeige hier. Ich habe erwartet, daß Hajo Hoffmann irgendwann einmal sagt, was er damit meint: fast dieselben Vokabeln wie die Neonazis. Er hat den Vorwurf nie konkretisiert. Ich sage, einen solchen ungeheuerlichen Vorwurf zu erheben, ohne ihn zu konkretisieren, ist gänzlich unerträglich und keine Form der Auseinandersetzung von Demokraten untereinander.

(Beifall bei der CDU.)

Ich habe die Anzeige hier und ich frage: Was ist dort „fast“ das Vokabular von Neonazis? Da schreibt Gerd Bauer, da schreibt Manfred Hajo: Mein Vater war kein Mörder. Ist das Vokabular der Neonazis? Da heißt es: Die Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg hat viele Gesichter. Diese Ausstellung zeigt nur das Gesicht, welches die Veranstalter sehen wollen. Der Titel der Ausstellung und ihre bewußte Einseitigkeit verstärken den Eindruck, ihr Ziel sei alleine die pauschale Diffamierung aller Wehrmachtangehörigen. Ich frage, was ist daran rechtsradikal, was ist daran Vokabular der Neonazis? Da heißt es: Wir glorifizieren weder die Wehrmacht noch den Irrsinn des Weltkrieges, aber wir wehren uns gegen die pauschale Diffamierung von Millionen deutscher Soldaten. Was daran ist rechtsradikal? Was ist daran Vokabular der Neonazis? Da heißt es: Wir lassen unsere Väter von diesen Ausstellungsmachern und ihren Hilfstruppen nicht unwidersprochen als Verbrecher und Mörder diffamieren und mit ihnen die vielen Millionen Toten, die sich nicht mehr wehren können. Ich frage noch einmal: Was ist daran Vokabular der Neonazis? Ich sage Ihnen, nichts ist Vokabular der Neonazis, und deshalb ist es ungeheuerlich, was Hajo Hoffmann gesagt hat. Er muß es zurücknehmen.

(Beifall bei der CDU.)

Und dann kann man vielleicht noch zwei Begriffe aufgreifen, die in dieser Anzeige auch enthalten sind, das sind die Begriffe Nationalgefühl und Vaterlandsliebe. Auch da frage ich, dürfen wir uns denn in Deutschland nicht mehr zu unserem Vaterland bekennen? Ich muß Ihnen sagen, ich kenne die dunklen Kapitel der deutschen Geschichte. Ich weiß auch, daß es in der deutschen Geschichte nicht nur dunkle Kapitel gegeben hat. Ich sage ganz bewußt, auch in Kenntnis der dunklen Kapitel der deutschen Geschichte: Ich schäme mich nicht, ein Deutscher zu sein, und ich schäme mich nicht, mein Vaterland zu lieben. Auch das muß man in Deutschland noch sagen dürfen, ohne als rechtsradikal zu gelten.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb habe ich an dieser Stelle, Herr Ministerpräsident, an Sie eine erste Bitte: Das, was Hajo Hoffmann gesagt hat, diffamiert in unerträglicher Weise zwei Demokraten. Sie haben als Ministerpräsident dieses Landes die Garantspflicht für alle Demokraten in diesem Land. Ich bitte Sie – Sie werden anschließend reden –,

sich von dieser Aussage des Saarbrücker Oberbürgermeisters, Hajo Hoffmann, klar und eindeutig zu distanzieren. Das sind Sie der Solidarität der Demokraten schuldig.

(Beifall bei der CDU.)

Natürlich, wir leben in einer offenen Gesellschaft. In einer offenen Gesellschaft müssen auch einseitige, müssen auch polemische Darstellungen Privater möglich sein. Deshalb gehört eine solche Ausstellung in eine offene Gesellschaft, deshalb muß eine solche Ausstellung in einer offenen Gesellschaft stattfinden können. Ich sage nur, wer das Recht der Einseitigkeit für sich reklamiert, der hat auch die Pflicht, sich der Kritik an dieser Einseitigkeit zu stellen und diese Kritik zu ertragen.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb ist es auch viel zu einfach zu sagen, es geht hier darum, für oder gegen die Ausstellung zu sein. Darum geht es überhaupt nicht! Ich kann sehr wohl der Meinung sein, daß in einer offenen Gesellschaft eine solche Ausstellung möglich sein muß, und ich kann trotzdem der Auffassung sein, daß diese Ausstellung inhaltlich einseitig, polemisch diffamierend und umfassend zurückzuweisen ist. Das ist demokratische Toleranz. Demokratische Toleranz heißt: Ich sage klar und deutlich, ich bin nicht deiner Meinung, aber dein Recht, die andere Meinung zu sagen, werde ich verteidigen mit allen Mitteln, die mir zur Verfügung stehen. Das ist unsere Vorstellung, wie mit diesen Dingen umzugehen ist. Dazu bekennen wir uns.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb muß es auch möglich sein, in diesem Zusammenhang auf Bewertungen anderer zurückzukommen, sie zu kritisieren und darauf zu reagieren. Ich werde darauf zurückkommen. Eines kann nicht in Betracht kommen: daß der Versuch gemacht wird, in einer Gesellschaft, die die Meinungsfreiheit und die Freiheit des Wortes schützt, mit Gewalt Meinungen zu unterdrücken. Gewalt ist kein Mittel der demokratischen Auseinandersetzung, und deshalb war der Bombenanschlag auf diese Ausstellung eine abscheuliche, eine kriminelle Tat, die wir in aller Form verurteilen.

(Beifall bei der CDU.)

Gewalt ist kein Mittel der Politik. Wer Gewalt ausübt, stellt sich außerhalb der Solidarität der Demokraten. Ich hoffe, daß der oder die Täter, die diese abscheuliche Tat begangen haben, schnell ermittelt und mit aller Härte des Gesetzes bestraft werden können. Genauso abscheulich ist es aber – auch das sage ich in aller Deutlichkeit –, wenn die inhaltliche Kritik an der Ausstellung in Verbindung gesetzt wird mit diesem Bombenanschlag. Es kann nicht sein, daß diejenigen, die notwendige Kritik an dieser Ausstellung üben, zu den geistigen Wegbereitern eines Bombenanschlages gemacht werden. Dies braucht sich niemand gefallen zu lassen, und dies ist in aller Form zurückzuweisen.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb ist es schlimm, deshalb ist es eine unglaubliche Entgleisung, wenn Herr Heer, einer der Ausstellungsmacher, sagt, daß die CDU mit ihrer Kritik an der Ausstellung in beträchtliche Nähe zu Neonazis gekommen sei und möglicherweise solche Aktionen, auch den Bombenanschlag, zwar nicht verursacht, aber zumindest dazu ermutigt habe. Jetzt kann man zugunsten des Herrn Heer noch geltend machen, daß er ein Privatmann ist. Noch viel schlimmer ist es natürlich, wenn Politiker sich auch auf diese Ebene begeben. Lieber Herr Kollege Gillo, Sie werden als Unterbezirksvorsitzender der SPD im Stadtverband Saarbrücken im „Spiegel“ dieser Woche zitiert mit dem Satz: Vor diesem Hintergrund – so der Vorwurf des SPD-Landtagsabgeordneten Peter Gillo – hätten sich die Täter geradezu ermuntert fühlen können. Lieber Herr Kollege Gillo, ich bitte Sie herzlich, diesen Vorwurf

(Abg. Müller)

an die Adresse der CDU, diese unglaubliche Unterstellung hier im saarländischen Landtag zurückzunehmen. Ich meine, das sind Sie uns schuldig.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn Sie an dieser Stelle den Kopf schütteln und nein sagen, was Sie ja eben getan haben, dann sage ich Ihnen folgendes: Respekt vor dem Innenminister dieses Landes, Friedel Läßle. Er hat am Tag des Bombenattentates und dann drei Tage später noch einmal ausdrücklich gesagt: Jeder, der versucht, die CDU in eine rechtsradikale Ecke zu rücken, müsse mit seinem Widerspruch rechnen. Er ist nicht bereit, diese Diffamierung gegenüber der CDU zu akzeptieren. Kollege Läßle, das war eine angemessene Reaktion, ich bedanke mich dafür.

(Beifall bei der CDU.)

Ich erwarte an dieser Stelle aber - das will ich dann auch sagen - das klärende Wort des Ministerpräsidenten dieses Landes. Herr Ministerpräsident, eben hat ein Mitglied dieses Hauses noch einmal erklärt, die CDU habe Bombenleger ermuntert.

(Abg. Gillo (SPD): Das ist falsch. Dummes Geschwätz.)

Ich erwarte von Ihnen, daß Sie dazu an dieser Stelle, Herr Ministerpräsident, ein klärendes Wort sagen und so, wie Ihr Innenminister es getan hat, ein klares Wort zu der Gemeinsamkeit der Demokraten sagen und klar zurückweisen, daß die CDU irgend etwas mit diesem Bombenanschlag zu tun hat.

(Starker Beifall bei der CDU.)

Herr Ministerpräsident, es gibt eine weitere Bitte an Sie, die Sie kennen, die ich Ihnen öffentlich und im persönlichen Gespräch bereits übermittelt habe. Sie sind der erste, Sie sind bisher der einzige Ministerpräsident, der die Schirmherrschaft über die Ausstellung übernommen hat. Ich meine, Sie haben einen Fehler gemacht, der korrigiert werden muß. Ich sage noch einmal, wir leben in einer offenen Gesellschaft, in der auch einseitige und polemische Äußerungen Privater zulässig sein müssen. Ob dabei die Privaten immer dem, dem sie verpflichtet sind, Rechnung tragen, ist eine andere Frage. Ich habe das nicht zu beurteilen.

Ich will nur am Rande sagen, da ich weiß, daß gleich anschließend der Kollege Lang sprechen wird und der Kollege Lang das Adolf-Bender-Zentrum vertritt und das Adolf-Bender-Zentrum Mitveranstalter dieser Ausstellung ist: Herr Kollege Lang, mir liegt ein Brief vor, aus dem ich Ihnen gerne zitieren möchte, ein Brief der Rechtsanwältin Christiane Schreiber, die Sie kennen.

Ich möchte einen Absatz vorlesen: Zu bemerken ist weiterhin, daß Mitveranstalter der Wehrmachtsausstellung auch das Adolf-Bender-Zentrum ist. Adolf Bender war überzeugter Sozialdemokrat, wegen seiner Gesinnung im KZ und später in der Wehrmacht. Ich habe Herrn Bender nicht nur anwaltlich betreut, sondern ihn auch des öfteren besucht, besonders als er alt und einsam war. Wiederholt hat Herr Bender meinen Mann und mich gebeten, ihm behilflich zu sein und zu vermitteln, daß er vor jungen Soldaten ein Referat halten könnte. Es lag ihm sehr am Herzen mitzuteilen, daß die deutsche Wehrmacht nicht generell so war, wie sie dargestellt werde. Man dürfe diesen Vorwurf nicht verallgemeinern. Als ich dem Adolf-Bender-Zentrum mitteilte, daß die Verallgemeinerung in der Ausstellung nicht im Sinne von Herrn Bender sei, wollte man dieses nicht hören.

Herr Lang, das müßte Sie doch eigentlich nachdenklich machen. Es müßte Sie doch eigentlich veranlassen, noch einmal darüber nachzudenken, ob es dem Gedenken Adolf Benders Rechnung trägt, wenn das Adolf-Bender-Zentrum bei dieser Veranstaltung als Mitveranstalter auftritt.

(Beifall bei der CDU.)

Aber der private Bereich ist der Bereich, den es zu respektieren gilt, dort gilt uneingeschränkte Meinungsfreiheit. Ein anderer Bereich ist der Bereich der Staatsorgane und der staatlichen Institutionen. Dort müssen andere Grundsätze gelten. Staatsorgane sind verpflichtet zur Neutralität und zur Objektivität. Deshalb haben Staatsorgane weder das Recht, sich einseitig und polemisch zu äußern, noch das Recht, einseitige und polemische Äußerungen Dritter zu rechtfertigen.

Dazu zählt etwa die Äußerung des neuen Bundeskulturministers, die Äußerung des Herrn Naumann, die Wehrmacht sei ein marschierendes Schlachthaus gewesen. Auch diese Äußerung ist pauschal, auch diese Äußerung ist inakzeptabel, auch diese Äußerung muß zurückgewiesen werden. Ich weiß, Herr Ministerpräsident, daß Sie sich bei der Eröffnung der Ausstellung von diesem Bild distanzieren haben. Deshalb denke ich, daß wir an dieser Stelle heute hier gemeinsam ein Zeichen setzen sollten. Eine Ziffer unseres Antrages beschäftigt sich ausschließlich mit der Einlassung des Herrn Naumann, daß die Wehrmacht ein marschierendes Schlachthaus gewesen sei, und verurteilt diese Äußerung. Ich möchte, Herr Präsident, darum bitten, daß wir über alle drei Ziffern des CDU-Antrages gesondert abstimmen, damit es zumindest gelingt, Gemeinsamkeit an dem Punkt in diesem Hause zu demonstrieren, an dem es darum geht, die Äußerung des Kulturministers Naumann in aller Form zurückzuweisen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU.)

Wenn staatliche Organe die Verpflichtung zur Objektivität und zur Neutralität haben, dann gilt dies auch für den Ministerpräsidenten. Auch der Ministerpräsident, meine ich, kann mit seinem Amt vereinbaren, einseitige und teilweise polemische Darstellungen durch die Übernahme einer Schirmherrschaft zu legitimieren und aufzuwerten. Man muß sich nur einmal den umgekehrten Fall vorstellen. Was wäre denn, Herr Ministerpräsident, wenn Ihnen die Schirmherrschaft über eine Ausstellung „Die Heldentaten der Wehrmacht“ angetragen würde, in der nur Heldentaten gezeigt werden? Sie würden die Schirmherrschaft ablehnen, und das zu Recht und das mit der Begründung, diese Ausstellung sei zu einseitig. Was in die eine Richtung gilt, muß auch in die andere Richtung gelten. Und deshalb bitten wir Sie, die Schirmherrschaft über diese Ausstellung niederzulegen.

(Beifall bei der CDU.)

Die jetzt in Saarbrücken stattfindende Ausstellung verletzt die Gefühle und die Empfindungen vieler Menschen bei uns. Sie verletzt die Gefühle und die Empfindungen der Angehörigen der Kriegsgeneration. Sie verletzt die Gefühle und die Empfindungen ihrer Angehörigen, ihrer Hinterbliebenen. Jugendliche, die durch die Ausstellung gehen oder durch die Ausstellung geführt werden - dabei gibt es Fälle, in denen zumindest mittelbarer Zwang ausgeübt wurde, an der Führung durch diese Ausstellung teilzunehmen mit dem Hinweis, es könnte ja sein, daß man darüber eine Arbeit schreibt -, müssen diese Ausstellung mit dem Eindruck verlassen, daß ihre Väter, daß ihre Großväter Verbrecher waren. Ich halte es für unverantwortlich, und ich hoffe, daß es nicht passiert, Schülerinnen und Schüler ohne umfassende Vor- und Nachbereitung durch diese Ausstellung zu führen. Es wäre in hohem Maße unverantwortlich, wenn das geschähe.

Diese Ausstellung stempelt in ungerechter Weise eine ganze Generation ab. Deshalb meine ich, verbunden mit der Tatsache, daß mittlerweile die Ausstellungsmacher auch noch eine große demokratische Partei dieses Landes in die Nähe von Rechtsradikalen gerückt haben, daß Ihre Verpflichtung, Herr Ministerpräsident, zu Objektivität und Neutralität, daß Ihre Verpflichtung, als Ministerpräsident alle Menschen dieses Landes zu vertreten, erfordert, daß Sie die Schirmherrschaft zurückgeben.

(Beifall bei der CDU.)

(Abg. Müller)

Diese Ausstellung – das möchte ich abschließend feststellen – klärt nicht auf, sie emotionalisiert. Aufklärung setzt Einfühlung und Differenziertheit voraus. Emotionalisierung ist nicht selten Vorstufe für die Denunziation. Pauschale Verurteilungen weisen nicht den Weg der Versöhnung und sind ungerecht. Wir haben die Pflicht des Erinnerns. Sie beinhaltet, daß Verbrechen nicht gezeugnet werden. Sie beinhaltet aber auch, daß pauschale Verurteilungen unterlassen werden. Deshalb darf diese Ausstellung nicht unwidersprochen bleiben. Deshalb haben wir dieser Ausstellung widersprochen, und deshalb werden wir dieser Ausstellung weiter widersprechen. Dies sind wir, die Angehörigen der Nachkriegsgeneration, der Generation unserer Väter, der Generation unserer Großväter schuldig. Sie werden sich darauf verlassen können, daß wir auch weiter die Stimme gegen ihre pauschale Verurteilung erheben.

(Anhaltender starker Beifall bei der CDU.)

Präsident Kasper:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Begründung des Antrages der SPD-Landtagsfraktion und der Bündnis 90/Die Grünen-Landtagsfraktion erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Armin Lang. Von seiner Fraktion ist für ihn Redezeitverlängerung beantragt worden. Diesem Antrag wird stattgegeben.

Abg. Lang (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies ist eine schwierige Debatte, vielleicht gelingt es uns, sie mit Würde und der gebotenen Ernsthaftigkeit weiter zu führen. Zu dieser Würde und gebotenen Ernsthaftigkeit gehört für die SPD-Fraktion und für mich, daß wir aufpassen müssen, nicht dem Versuch erliegen dürfen, daraus einen kurzfristigen, aber auch möglicherweise kurzfristigen Vorteil zu erhaschen. Er könnte ein gefährlicher Sieg sein.

Die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“ reicht weit über unseren Alltag, über die Präsentation in Saarbrücken hinaus. Sie greift einen tief verdrängten, längst nicht verarbeiteten, viele Betroffene umfassenden Teil unserer Geschichte auf. 18 oder 19 Millionen Deutsche waren Wehrmacht Angehörige. Fast keine Familie war verschont geblieben und ist auch deshalb heute betroffen. Viele Wunden sind noch offen, viel Unverarbeitetes bricht jetzt in vielen auf. Damit war zu rechnen. Es sollte auch so sein. Auch daß die Unbelehrbaren, die Ewiggestrigen einen willkommenen Anlaß suchten zu zündeln, war zumindest einzukalkulieren. Deshalb – weil es bei diesem Thema meines Erachtens keine falsche Frontstellung geben darf – ist zu beachten, jedes unbedachte Wort, jede anheizende Äußerung kann Kräfte freisetzen, die wir alle – alle! – nicht wollen. Deshalb sage ich für die SPD-Fraktion, wir verurteilen mit aller Entscheidung den auf diese Ausstellung ausgeübten Sprengstoffanschlag. Dies war kein politischer, sondern ein krimineller Akt, der mit allen Mitteln des Rechtsstaates verfolgt und verurteilt werden muß.

(Beifall bei allen Fraktionen des Hauses.)

Wir hoffen sehr, daß die Täter möglichst bald ermittelt und einer gerechten Strafe zugeführt werden. Dieser hinterhältige Anschlag muß von allen Demokraten verurteilt werden, ganz gleich, wie sie diese Ausstellung sehen oder zu ihr stehen. Es ist gut so, beide Beschlusanträge stimmen darin überein.

Vielleicht eröffnet diese Aussprache auch noch einen Weg zu weiteren Gemeinsamkeiten in diesem Parlament. Es wäre sehr zu wünschen und für – ich betone – die humane Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, unserer Demokratie auch sehr, sehr förderlich. Ich stelle für mich und meine Fraktion fest: Der sicher weit überwiegende Teil der Kritiker dieser Ausstellung wollte diese Gewalt nicht. Sie haben sie auch nicht provozieren wollen.

Kritik muß möglich sein – auch und gerade zu dieser Ausstellung. Widerspruch ist nicht nur erlaubt, sondern dringend erwünscht, weil – und dies ist das Ziel der Ausstellung – die breite Auseinandersetzung über diesen unstrittigen Teil unserer Geschichte endlich auf breiter Grundlage notwendig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist es doch gerade, was über Jahrzehnte fehlte, was die Aufarbeitung vieler Verbrechen in der Nazizeit gerade durch Teile der Wehrmacht so unendlich schwer machte, das Schweigen und Verschweigen, das Leugnen und Verdrängen. Deshalb sind die Ausstellungsmacher und die Aussteller dankbar für jede kritische Auseinandersetzung.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch diese Frage muß erlaubt sein: Erinnert diese Thematik nicht auch und gerade an Verantwortung, die jeder einzelne bei dem, was er tut, aber auch, was er läßt, in besonderer Weise hat, sogar in bezug auf Zeitungsanzeigen? Ich füge hinzu, dürfen wir uns als Abgeordnete, als Mitverantwortliche, am öffentlichen Meinungsbildungsprozeß häufig besonders prägend beteiligte Politiker so von populistischen Strömungen beeinflussen lassen, daß das, was wir tun, sogar Öl ins Feuer sein kann?

(Beifall bei der SPD. – Zuruf von der CDU.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ist dies nicht auch eine Erfahrung der Weimarer Republik, die den Naziterror legal an die Macht brachte, daß politische Verantwortung mehr sein muß, als kurzfristige, vermeintliche parteipolitische Vorteile zu erhaschen? Zur Solidarität der Demokraten gehört natürlich der Verzicht auf Gewalt, aber auch immer, daß die Stabilität der Demokratie Vorrang haben muß vor allem anderen.

(Beifall bei der SPD.)

Zur Ausstellung selbst. Die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“ wurde vom Hamburger Institut für Sozialforschung produziert. Sie entstand im Rahmen des Forschungsprojektes, eines internationalen Forschungsprojektes „Angesichts unseres Jahrhunderts – Gewalt und Destruktivität im Zivilisationsprozeß“. Das Institut erklärt zu dieser Ausstellung: Die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg zum Gegenstand einer Ausstellung zu machen, lag nahe, war sie doch die größte Organisation des Dritten Reiches und wurde von Hitler selbst als die zweite Säule des neuen Staates bezeichnet. Die Analyse ihres Handelns liefert wichtige Aufschlüsse über den Gewaltcharakter der NS-Herrschaft und über die Entgrenzung des nationalsozialistischen Krieges. Um dieser Aufgabenstellung gerecht zu werden, hat sich die Ausstellung für drei Fallstudien entschieden: die ersten Monate des Partisanenkrieges in Serbien; der Vormarsch der sechsten Armee durch die Ukraine in Richtung Stalingrad; die drei Jahre dauernde Besetzung Weißrußlands. Daraus wird deutlich: nicht „die“ Wehrmacht, nicht „der“ Krieg werden dargestellt, aber wichtige, entscheidende zentrale Teilaspekte.

Die Beispiele, die verschiedenen Frontabschnitte, auch unterschiedliche Perioden dokumentierend, lassen eine generelle Aussage über das Verhalten der Wehrmacht zumindest auf dem Balkan und in der besetzten Sowjetunion zu. Der Blick auf Fronttruppen und Einheiten der rückwärtigen Gebiete zeigt die Truppe bei der Zusammenarbeit mit Himmlers Einsatztruppen und bei eigenverantwortlich durchgeführten Vernichtungsaktionen. Die Ergebnisse sind erschreckend. Die Wehrmacht spielte eine aktive Rolle beim Holocaust, bei der Ausraubung der besetzten Gebiete, bei Massenmord an der Zivilbevölkerung und an den sowjetischen Kriegsgefangenen.

Der Krieg im Osten und Südosten war kein normaler Krieg. Er wurde als Rassen- und Vernichtungskrieg geplant und durchgeführt. Die Wehrmacht als Instrument und Motor dieses Krieges war in diesen Teilen eine verbrecherische Organisation. Dies wird durch die Tatsache belegt, daß sie außerhalb von Kampfhandlungen Millionen von Menschen ermordete.

(Abg. Lang)

Das heißt überhaupt nicht - und das sagen auch die Ausstellungsmacher -, daß die Ausstellung jeden Wehrmachtsangehörigen als Verbrecher bezeichnet. Abgesehen davon, daß ein solches Urteil nur der Justiz, nicht aber der Geschichtswissenschaft zukommt, wäre eine solche Feststellung auch fünfzig Jahre nach Kriegsende eine nicht zu billigende und nicht zu belegende Pauschalisierung.

Allerdings lassen die in der Ausstellung gezeigten Dokumente wie Fotos und auch Feldpostbriefe sowie die Aussagen in Nachkriegsprozessen den Schluß zu, daß diese Großverbrechen nicht nur von einigen kriminellen Feldmarschällen zu verantworten sind oder unter Befehlsnotstand zustande gekommen sind. Die Truppe war, als Teil der nationalsozialistischen Gesellschaft und enthemmt durch Hitlers Vernichtungskrieg, intensiver und bereitwilliger als bisher angenommen an diesen Verbrechen beteiligt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Ausstellung sagt an keiner Stelle, unsere Väter waren alle Mörder. Natürlich nicht, wie könnte sie es auch belegen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen doch auch der Frage nachgehen: Wer war es denn? Millionen und Abermillionen Menschen wurden zwischen 1933 und 1945, insbesondere aber im Vernichtungskrieg im Osten, bestialisch hingemordet und vernichtet. Von Hitler selbst, ganz allein? Vielleicht noch von einer kleinen, längst abgestraften Gruppe, einer Clique verrückter Offiziere im fernen Berlin oder vielleicht auch weiter östlich?

Ich denke, wir alle sollten gründlich darüber nachdenken: Ist es die Wahrheit, die uns weiterführt, wenn wir diesen Fragen nicht nachgehen? Das ist doch gerade ein Mangel bei der Aufarbeitung des Naziterrors: Ganz normale Menschen wurden zu Bestien - aus unserer Nachbarschaft, aus unseren Dörfern und Stadtteilen; Berufs-, Arbeits- und Vereinskolleginnen und -kollegen; ja, sie kamen sogar aus unseren Familien. Es ist richtig, unsere Väter waren keine Mörder, aber auch nicht alle waren im Widerstand, auch nicht alle Deserteure. Sie mußten Soldaten werden, sie waren zum Krieg verpflichtet, und sie wurden auch zum Soldatsein gezwungen. Aber es gab auch - leider - Mitläufer und Mitmacher, ja sogar willige Vollstrecker. Die ganze Wirklichkeit ist äußerst vielschichtig und differenziert.

(Zustimmung von der CDU.)

Und gerade deshalb darf keine Facette, kein Teil der gemeinsamen Wirklichkeit ausgeblendet werden.

(Abg. Ley (CDU): Genau das macht die Ausstellung)

auch nicht der Teil des Vernichtungskrieges in Rußland, auf dem Balkan.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, uns Nachgeborenen steht weder das Recht zur Verurteilung noch Überheblichkeit zu. Davor warne ich ausdrücklich. Ich sage für mich - ich denke, wir können es auch für uns alle sagen -: Wie wir uns damals verhalten hätten, wir wissen es nicht. Vielleicht wären wir auch Täter oder Mitläufer gewesen. Wie wir uns heute verhalten, wenn es um Zivilcourage, Widerspruch, Toleranz und Menschlichkeit geht, ist auch nicht ohne Widerspruch und Tadel. Dennoch, unser Wertesystem, unsere Werteordnung haben sich gewandelt. Dies macht die Stabilität unserer Demokratie heute aus. Aber wie anfällig wir sind, zeigen Krisenzeiten. Auch die Reaktion auf die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht - Vernichtungskrieg“ zeigt und belegt: Aufarbeitung, Wertebildung, Sensibilisierung, Erinnerungsarbeit sind nach wie vor dringend notwendig. Viele Leserbriefe belegen: Da ist noch viel zu tun.

(Beifall bei der SPD.)

Alle Großverbrechen der Menschheit sind analysierbar. Die dieser Ausstellung vorausgegangene Forschungsarbeit ist Teil eines solchen Projektes. Ihre Ursachen und Zusammenhänge herauszufinden, ist Aufgabe der Wissenschaftler. Ihre Erkenntnisse allgemein-

verständlich vermittelbar zu machen - zugegeben, zugespitzt und konzentriert -, ist und war Aufgabe der Ausstellungsmacher. Die militärgeschichtliche Forschung, ergänzende Analysen von historischen Instituten, auch des Ausstellungsmaterials, Stellungnahmen namhafter Historiker, insbesondere auch des Chefs des Bundesarchivs in Koblenz, belegen: An den Fakten, Berichten, Bildern gibt es nichts, aber auch gar nichts zu deuteln. Sie haben sogar mehreren gerichtlichen Überprüfungen standgehalten. - Soweit zur Ausstellung.

Diese zu verarbeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen, und damit ganz persönlich Rückschau zu halten, muß aber auch „Ein-Sichten“ vermitteln, ganz persönliche Erkenntnisse, die daraus zu ziehen sind, ja sogar bis zum ganz persönlichen tatsächlichen Kennenlernen von jedem von uns selbst. Das ist unsere Aufgabe. Das ist auch die Aufgabe derer, die sich diese Ausstellung ansehen.

Ich wiederhole: Vorsicht vor Überheblichkeit und Selbstüberschätzung. Wir wissen nicht, wie wir selbst gehandelt hätten. Es ist ein schmaler Grat zwischen Zivilisation und Barbarei. Auch die alltägliche Unmenschlichkeit, die wir um uns herum erleben, auf dem Balkan oder ganz in unserer Nähe, etwa bei Kindesmißhandlungen, zeigt, wie schmal dieser Grat ist. Vorsicht aber auch vor sogenannten Befreiungsschlägen - wir haben nichts gewußt, es waren die Nazis, nicht wir.

Es ist wahr, das Unrecht geschah vor aller Augen. Zuerst die Denunzierung, Verhaftung, dann die Internierung und die Vernichtung politisch Andersdenkender; dann der Juden, der Sinti, der Roma und vieler anderer. Die Täter waren vorher ganz normale Menschen, die Opfer zuerst die Nachbarn, dann die Juden, und dann die Slawen, Serben, in Rußland und auf dem Balkan. Die Verhältnisse, die Indoktrination, die Erziehung, diese Prägung des Krieges brachten das Unmenschliche hervor. Gerade deshalb ist diese Erinnerungsarbeit so ungeheuer wichtig und notwendig.

(Beifall bei der SPD.)

Ja, die Erinnerungsarbeit ist notwendig, um Ursachen solcher Prozesse herauszufinden, zusammenzubringen, aufzudecken, um Werte und Haltungen herauszufinden, Korsettstangen eben, die friedens-, toleranz-, humanitätsfördernd sind, und solche, die das Gegenteil bewirken können. Dem dient diese Ausstellung. Das ist die eigentliche, tiefere Bedeutung der Ausstellung.

Ich will mich aber auch mit der Kritik auseinandersetzen und dies differenziert tun. Der CDU-Vorsitzende sagt ja zur inhaltlichen Kritik, die Ausstellung sei einseitig, tendenziös, teilweise polemisch. Aber er sagt auch - dies ist nachzulesen in der Zeitung und zu hören gewesen beim Saarländischen Rundfunk -: Die Ausstellung zeigt die Wahrheit.

(Abg. Müller (CDU): Teile der Wahrheit.)

Müller fragt dann auch nach der wissenschaftlichen Gründlichkeit. Aber ist es nicht eher eine Verlegenheitsfrage?

(Abg. Ley (CDU): Haben Sie eben nicht zugehört?)

In der historisch-wissenschaftlichen Geschichtsschreibung sind diese Verbrechen völlig unstrittig. Die Ausstellung thematisiert und dokumentiert das Geschehene, mit Originalaufnahmen der beteiligten Soldaten. Meine Damen und Herren, ich frage: Genügt dies nicht? Zeugnisse, Dokumente der Handelnden selbst?

Ein anderer Kritikpunkt: Die Ausstellung erhebe pauschale Vorwürfe. Aber die Ausstellungsmacher sagen hierzu klar nein. Und viele, viele Betrachter sagen dies ebenfalls. Weder von Wissenschaftlern, Ausstellungsmachern, Ausstellern noch vom Schirmherrn wird diese pauschale Betrachtungsweise geteilt. Der Schirmherr hat meines Erachtens das besondere Verdienst, in seiner Rede

(Abg. Lang)

hervorragend die Komplexität der aufgezeigten Geschichte und auch die Bedeutung der Ausstellung differenziert gewürdigt zu haben. Und dafür sagen wir ihm Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Einseitigkeit wird von manchen Betrachtern thematisiert. Ich frage: Könnte dies vielleicht auch Vorwand sein? Möglicherweise ein gezieltes Mißverständnis, um populistische Zeichen zu setzen?

Lieber Kollege Müller, es ist auch Vorwand, was Sie gestern in der Presse erklärt haben, die CDU sei zu einem gemeinsamen Antrag bereit gewesen, wären die Vorwürfe nicht gewesen. Ich sage für die Fraktion, wir haben Ihnen am Tag nach der Eröffnung der Ausstellung den im niedersächsischen Landtag von allen drei Fraktionen dort – SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen – einstimmig verabschiedeten Antrag zur gemeinsamen Beschlußfassung hier vorgelegt, und die CDU-Fraktion hat dies abgelehnt.

(Beifall bei der SPD und bei B 90/Grüne.)

Und deshalb sage ich zum Vorwurf der Einseitigkeit, die Wehrmacht werde auf die begangenen Verbrechen reduziert: Ja, so ist der Titel der Ausstellung. Diese Einseitigkeit war richtig. Sie war Absicht. Es gibt auch andere Ausstellungen, beispielsweise solche, die den Widerstand dokumentieren, die die Geschichte der Deserteure belegen, das Verhalten der Polizei und der Verwaltungen in Nazideutschland aufzeigen. Auch diese wären oder waren oder sind einseitig – natürlich –, weil sie immer einen Teilausschnitt, sogar eine Minderheit in den Vordergrund rücken. Wie ist es möglich, in solchen Ausstellungen alles insgesamt, komplett darzustellen? Dies ist in solchen Dokumentationen nicht möglich, und dies muß ertragen werden. Dies muß auch verarbeitet werden, erst recht bei dieser Ausstellung.

Ich bitte auch darum zu beachten, daß diese Ausstellung nicht allein und nicht für sich steht. Mehr als fünfzig Begleitveranstaltungen mit mittlerweile vielen tausend Besuchern im kulturellen, im wissenschaftlichen, im historischen Bereich zeigen, wie groß das Interesse und auch wie die Absicht der Aussteller ist, nämlich in Zusammenhängen zu denken und in Zusammenhängen zu argumentieren.

Sie haben mich angesprochen haben als Vorsitzenden des Adolf-Bender-Zentrums. Dieses Zentrum besteht seit 1985. Wir haben in dieser Zeit mehr als 40 Ausstellungen durchgeführt, die sich überwiegend mit der Geschichte des Nationalsozialismus und ihrer Bedeutung für heute auseinandersetzen. In allen Facetten haben wir bisher diese Auseinandersetzung beleuchtet. Und wir haben zunehmend Zustimmung. Breite Schichten der Bevölkerung nehmen an diesen Ausstellungen und Veranstaltungen teil. Ich lade Sie jetzt schon ein: Zu Beginn des nächsten Jahres, vielleicht auch früher, wird es hier in Saarbrücken eine weitere große Ausstellung geben, nämlich die Geschichte der Anne Frank, dieses jüdischen Mädchens, das ein grausiges Leben während der Nazidiktatur hatte. Wir werden auch mit dem Staatstheater zusammenarbeiten und vielfältig diese Geschichte dokumentieren. Dies ist auch ein Teil der Geschichte, die wir gemeinsam zu verantworten haben.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Grüne. – Abg. Hans (CDU): Was sagen Sie zu dem Brief der Genossin Schreiber?)

Diesen Brief kann ich voll akzeptieren, denn er sagt klar und deutlich, daß nicht die ganze Wehrmacht, jeder Wehrmachtangehörige hier neu verurteilt wird. Dies habe ich bereits mehrfach gesagt, und dies ist auch die Aussage aller Aussteller. Von daher wird der Inhalt dieses Briefes auch von niemandem zurückgewiesen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, zu dem Einseitigkeitsvorwurf gehört aber auch der Vorwurf, die Leiden und Opfer der deutschen Seite würden verschwiegen. Ja, auch dies ist Thema und Absicht der Ausstellung. Es geht diesmal um die Leiden und Opfer der an-

deren und um die Taten der Deutschen. Diese Einseitigkeit ist in dieser Ausstellung wirklich beabsichtigt. Wir müssen doch kritisch bekennen, und ich sage das mit Bedacht und ohne dies zu verurteilen: Mehr war vielleicht in dieser Zeit nicht möglich. Einen Volkstrauertag, um insbesondere unserer eigenen Opfer zu gedenken, den hatten wir schnell. Wir sollten ihn auch behalten und pflegen, denn er erinnert, er mahnt. Um einen Holocaust-Gedenktag zu bekommen, brauchten wir mehr als fünfzig Jahre. Über ein entsprechendes Denkmal, über ein würdiges Gedenken des Holocaust streiten wir immer noch. Ich frage deshalb, gebietet nicht geradezu das Mitleid mit den Opfern der anderen, die Trauer über ihren grausigen Tod nicht endlich, auch sie wenigstens bei dieser Ausstellung in den Mittelpunkt zu rücken?

(Beifall bei SPD und B 90/Grüne.)

Ich sage klar und deutlich nein zu den Rechtfertigern: „Die anderen waren es auch, sie zuerst, so und so viel.“ Und ebenso entschieden sage ich nein zu den Aufrechtern: „Zuerst die Opfer bei uns, dann die anderen.“ Unsere Verfassung sagt, alle Menschen haben die gleiche Würde, und deshalb darf es heute weder Rechtfertigung noch gegenseitige Aufrechnung geben.

(Beifall bei SPD und B 90/Grüne.)

Auch dies ist eine wesentliche Kritik, der sich auch die CDU angeschlossen hat. Aber ihr Vorsitzender sagte im Saarländischen Rundfunk und in der Saarbrücker Zeitung: Aufrechnen gilt nicht.

(Abg. Müller (CDU): Wer hat denn etwas anderes gesagt?)

Eigene Untaten können nicht durch den Hinweis auf andere gerechtfertigt werden. Ich stimme zu. Wer Versöhnung will – ich zitiere immer noch –, muß Geschichte vollständig aufarbeiten. Natürlich, deshalb war und ist diese Ausstellung ja gerade so notwendig und längst überfällig.

(Beifall bei SPD und B 90/Grüne.)

Gerade weil dieser Teil der Geschichte des Naziterrors am längsten und intensivsten verdrängt, verschleiert und verschwiegen wurde, gerade deshalb. Vielleicht ist auch gerade dieses besonders schmerzhaft an dieser Ausstellung. Ich sagte es eben: 18, 19 Millionen Soldaten, dies hat fast jede Familie betroffen. Die Ausstellung macht aber auch klar, es muß Schluß sein mit dieser Lebenslüge des Nachkriegsdeutschlands: Die Wehrmacht war nicht verstrickt, nicht beteiligt, eher Opfer als Täter.

(Abg. Hans (CDU): Wer sagt das? – Abg. Müller (CDU): Wer sagt das?)

Auch dies ist kein pauschaler Vorwurf. Es geht jedoch um die ganze Wahrheit, mit der es sich zu beschäftigen gilt.

Es stimmt mich auch nachdenklich: Die Forderung nach ausgewogener Aufarbeitung kann ja auch die Forderung nach einer relativierenden sein. Aber kann es bei dieser Barbarei und Vernichtung Ausgewogenheit geben? Es wird auch behauptet, es werde bei dieser Ausstellung nicht deutlich genug herausgearbeitet, daß nicht alle Wehrmachtangehörigen an den Verbrechen beteiligt waren. Sie bezweifeln ja selbst diesen Vorwurf. Ich stimme Ihnen zu. Sie bezweifeln diesen Vorwurf, denn Sie sagen ja, „es kann der Eindruck entstehen“. Aus der Vorsicht der Formulierung spricht natürlich dieser Zweifel, und dies ist gut so. Sie wissen, daß diese Ausstellung – und das bitte ich, ein für allemal zu akzeptieren – keine Pauschalverurteilung ausspricht.

(Abg. Müller (CDU): Doch!)

Sie kann es nicht, sie will es nicht, sie tut es nicht, und deshalb stehen wir zu dieser Ausstellung.

(Beifall bei SPD und B 90/Grüne.)

(Abg. Lang)

Aber relativieren kann man das Geschehene auch nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Müller (CDU).)

Man kann sicher über die eine oder andere Bildmontage streiten.

(Abg. Müller (CDU): Rechtfertigen Sie das Bild von den Hühnern und den Menschen? Rechtfertigen Sie das?)

Hören Sie zu, ich bin gerade dabei. Man kann sich streiten über die eine oder andere Bildmontage. Aber muß eine Ausstellung nicht auch anstößig sein, damit sie anstößt? Und ich frage wirklich, wurden nicht doch im Vernichtungskrieg und in Nazideutschland Menschen häufig wie Vieh behandelt? Ich wiederhole: Menschen wurden wie Vieh behandelt in Nazideutschland.

(Abg. Müller (CDU): Rechtfertigt das diese Darstellung?)

Ich fasse zusammen. Seitdem bekannt ist, daß die sogenannte Wehrmachtsausstellung auch in unserem Land Station macht, bewegt diese Thematik viele Menschen. Es ist richtig, die Botschaft dieser Ausstellung wirkt in fast jede Familie hinein. Sie wühlt auf, sie weckt Erinnerungen, sie stößt an. Die Veranstalter haben ihre Intention früh klargemacht. Sie haben gesagt, wir wollen darüber aufklären, was Menschen Menschen antun können. Sie wollen sensibilisieren gegen inhumanes, menschenverachtendes Handeln. Die Aussteller sagen, sie wollen weder neue Gräben aufwerfen noch neue Verurteilungen aussprechen. Sie wollen auch durch schonungslose Aufklärung der Wahrhaftigkeit dienen und damit Brücken zwischen den Generationen bauen.

Ich füge hinzu: Weil in den vergangenen fünfzig Jahren häufig und vielfältig verhindert wurde, die für alle Zukunft wichtige Diskussion über die Frage zu führen, welche gesellschaftlichen Verhältnisse und welche politisch-ideologischen Traditionen es möglich machten, eine zivilisierte Nation in einen Zustand zu versetzen, der mit dem Wort Barbarei nur unzulänglich beschrieben ist, verbinden wir mit dieser Art Erinnerungsarbeit die Hoffnung, daß diese Diskussion nun vielfältig geführt wird. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die humane Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Dies geht uns alle an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche uns allen, daß wir in diesen Wochen Erinnerung auch als ganz persönliche Umsetzung von Geschichte erleben, daß wir spüren, was diese Ausstellungsbilder auch für uns selbst vielleicht sogar ganz persönlich bedeuten. Vielleicht spüren wir auch dem Täter und dem Mitläufer in uns selbst nach. Auch heute fällt es vielen leicht, auf randalierende Skins zu zeigen, vom Ausländerhaß anderer zu reden und der Politik Untätigkeit vorzuwerfen. Dabei weiß jeder aus Erfahrung, was Schuld durch Gleichgültigkeit bedeutet. Immer gilt: Das Reden über die Vergangenheit bleibt fruchtlos, wenn es nicht die Gegenwart einbezieht. Deshalb braucht eine zukunftsfähige Demokratie immer und immer wieder eine lebendige Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit, um den Grundkonsens über soziale und politische Werte ständig zu erneuern.

(Beifall bei SPD und B 90/Grüne.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gleiches gilt auch für die Reflexion unserer Erziehungs- und Bildungsziele gerade in diesem historischen Kontext. Die Werte Loyalität, Gehorsam und Treue brauchen die Ergänzung für wen und für welche Ziele. Gibt uns die Erfahrung zwischen 1933 und 1945 nicht ganz besonders den Auftrag, auch zum Ungehorsam zu erziehen, zum Widerspruch, zur Zivilcourage, zum aufrechten Gang? Man kann spekulieren: Hätte es zwischen 1933 und 1945 mehr ungehorsame Deutsche gegeben, vielleicht wären Auschwitz und der Vernichtungskrieg nicht passiert.

(Anhaltender Beifall bei SPD und B 90/Grüne.)

Präsident Kasper:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zum weiteren Debattenverlauf eine Anmerkung meinerseits. Ich erteile jetzt das Wort an den Herrn Abgeordneten Hubert Ulrich, dann spricht der Ministerpräsident. Ich werde beide Beiträge wegen des Sachzusammenhanges und der besonderen Bedeutung dieses Tagesordnungspunktes noch vor der Mittagspause ablaufen lassen. Ich bitte um Verständnis dafür. - Zur Geschäftsordnung Herr Hans.

Abg. Hans (CDU):

Ich sehe ebenfalls die besondere Bedeutung der Debatte. Deshalb sollten wir in der Lage sein, diese Debatte in der Gänze zu Ende zu führen, bevor wir dann in die Mittagspause eintreten.

Präsident Kasper:

Dieser Antrag kommt auch meiner Vorstellung entgegen. Ich sehe Zustimmung bei der SPD-Fraktion und den Grünen, daß wir so verfahren. Das heißt, wir führen diese Debatte in jedem Falle vor Eintritt in die Mittagspause zu Ende. Ich bedanke mich für diese Vereinbarung und für dieses Verständnis. Ich erteile jetzt das Wort Herrn Abgeordneten Hubert Ulrich.

Abg. Ulrich (B 90/Grüne):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944“ ist nun schon seit einigen Jahren in Deutschland unterwegs. Noch immer erhitze sie die Gemüter. Sie erschreckt, sie macht traurig, sie weckt Erinnerungen, sie bringt zum Nachdenken, und sie läßt Wut und Zorn aufkommen. Uns Deutschen wurde in den sechziger Jahren die Unfähigkeit zum Trauern attestiert. Vielleicht holen wir ja jetzt unsere Trauer nach und stellen uns endlich unserer eigenen Geschichte auch auf diesem Gebiet.

Die Reaktionen auf die Ausstellung sind sehr unterschiedlich und zum Teil radikal und emotional auch in unseren eigenen Reihen, obwohl wir inhaltlich gar nicht so weiter auseinander sind. Im Antrag der CDU heißt es nämlich: „Das nationalsozialistische Regime hat zahllose und schwerste Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges zu verantworten. An solchen Kriegsverbrechen waren auch Teile der Wehrmacht beteiligt.“ Aber, meine Damen und Herren von der CDU, mehr will auch die Ausstellung eigentlich nicht sagen. Die Ausstellung will mit der Legende aufräumen, daß die Wehrmacht völlig sauber geblieben sei und in die Vernichtungsaktionen der SS, des Sicherheitsdienstes und der Polizei nicht verstrickt gewesen sei. Natürlich muß man bei der Bewertung dieser Verbrechen die Situation der Soldaten auch im einzelnen berücksichtigen, ich glaube, auch da sind wir uns einig: Die Anspannung unter dieser Extremsituation, die Angst sowohl vor den Feinden als auch vor den eigenen Vorgesetzten, die Indoktrination von Feindbildern und die Nazi-Ideologie.

In einem verbrecherischen und menschenverachtenden Regime ist es kaum möglich, sauber zu bleiben. Krieg - das dürfen wir alle nicht vergessen - ist letztlich immer unmenschlich. Diese Rahmenbedingungen müssen berücksichtigt werden. Aber das werden sie auch in den vielen Informations- und Diskussionsveranstaltungen der Veranstalter und in den Medien.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich fordere Sie auf, zur Sachlichkeit in dieser Diskussion zurückzukehren.

(Widerspruch von der CDU.)

Sie selbst haben Sachlichkeit gefordert, aber Ihr Verhalten läßt an mancher Stelle davon leider sehr wenig erkennen. Lassen Sie mich hierfür vier Beispiele aufzeigen. Erstens. Der Begriff Mörder wurde nicht durch die Ausstellungsmacher in die Diskussion gebracht, sondern durch Ihre Zeitungskampagne, durch die Zeitungskampagne des Herrn Bauer. Das ist so.

(Abg. Presser (CDU): Vorsicht!)

(Abg. Ulrich)

Zweitens. Sie kritisieren, die Ausstellung sei einseitig und tendenziös. Die Ausstellung heißt „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“. Diese Verbrechen sind zwar kaum faßbar, aber sie müssen dennoch thematisiert werden. Daß diese Ausstellung entschieden und deutlich dafür eintritt, daß sich solche Ereignisse nie wieder ereignen dürfen, das, glaube ich, kann von allen Seiten nur begrüßt werden.

Drittens. Ihre Forderung nach Überarbeitung der Ausstellung zieht ob gewollt oder nicht gewollt – das ist dabei gar nicht so sehr die Frage – die Wissenschaftlichkeit der Ausstellung in Zweifel. Mit solchen Aussagen und Forderungen werden aber Geschichtsfälscher und diejenigen bestärkt, die diese Verbrechen eben nicht wahrhaben wollen. Das ist genau das Problem.

Viertens. Eine pauschale Verurteilung der Angehörigen der ehemaligen deutschen Wehrmacht findet durch diese Ausstellung nicht statt. Wer dies behauptet, hat die Ausstellung entweder nicht gesehen oder will sich der Auseinandersetzung mit der Geschichte nicht stellen.

(Abg. Presser (CDU): Waren Sie dort?)

Die Ausstellung zeigt anhand von Beispielen, daß die Wehrmacht eben auch in die Naziverbrechen mit eingebunden war, und zwar die Wehrmacht als Institution. Allerdings bedeutet dies nicht, daß jeder deutsche Soldat ein Kriegsverbrecher war. Auch ich käme nie zu der Dreistigkeit, das zu behaupten. Das wäre eine falsche Behauptung. Da besteht völlig Einigkeit. Jeder Schüler kennt Graf Stauffenberg. Die Erinnerung an Graf Stauffenberg und all die Soldaten der Wehrmacht, die am Ende des Krieges versucht haben, dieses Regime zu stürzen, wird ja auch hochgehalten – natürlich mit einer gewissen Einseitigkeit, zu Recht mit einer gewissen Einseitigkeit. Dort wird das positive Bild eines Teils der deutschen Wehrmacht gemalt. Zu Recht, ich betone dies ganz bewußt. Aber die Verbrechen der Wehrmacht müssen genauso berücksichtigt werden wie der Widerstand gegen das Hitlerregime, und darum geht es bei der Ausstellung letztendlich. Wir sollten die Diskussion umfassend und differenziert führen.

Meine Damen und Herren, Sorgfalt und Einfühlungsvermögen in die damalige Situation erreicht man nicht nur durch das Schlechtreden dieser Ausstellung. Die Forderung der CDU nach der Niederlegung der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten entbehrt unserer Auffassung nach jeder Grundlage. Ich erkläre im Gegenteil hier für Bündnis 90/Die Grünen verbindlich und ganz klar: Hut ab vor Reinhard Klimmt, daß er die Schirmherrschaft für diese Ausstellung übernommen hat.

(Beifall bei der SPD.)

Gerade wenn die intensive und differenzierte Auseinandersetzung mit diesem Kapitel unserer Geschichte geführt werden soll, muß die Diskussion durch die Regierung und die Parteien geführt und gefördert werden. Heute haben wir noch die Chance, differenziert zu diskutieren. Für zukünftige Generationen wird nicht mehr die Möglichkeit bestehen, die für uns heute besteht, mit Zeitzeugen darüber zu reden. Immer wieder entstehen in der Ausstellung und in Rahmenveranstaltungen Gespräche zwischen den Generationen. Diese Chance sollten wir alle nutzen.

Gerade angesichts der Situation, daß in einigen Tagen vielleicht deutsche Soldaten im Kosovo-Konflikt eingesetzt werden, sollten wir uns an dieser Stelle mit unserer Geschichte sehr genau und eingehend auseinandersetzen. Natürlich ist dort die Situation eine völlig andere; aber gerade weil die Bundeswehr nicht in der Tradition der Wehrmacht steht, weil sie zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Völkermord in die Krisenregion geschickt wird, sollten diese Soldaten wissen, welche Verbrechen von deutschen Soldaten vor mehr als fünfzig Jahren auch und gerade auf serbischem Boden begangen wurden. Diese Ausstellung mahnt, solche Ereignisse für die Zukunft zu verhindern. Alle demokratischen Parteien sollten sich hinter diese Ausstellung stellen und die Auseinandersetzung fair und differenziert führen.

Meine Damen und Herren von der CDU, kommen Sie aus Ihrem Schmollwinkel in dieser Frage heraus. Die CDU Saar, die sich an der Unterschriftenaktion gegen den Doppelpaß nicht beteiligt hatte und sich als Partei der Mitte positioniert hat, ist an dieser Frage für meine Begriffe nicht mehr wiederzuerkennen, wirklich nicht mehr wiederzuerkennen. Ich denke, allein die Art der Diskussion, die in den vergangenen Wochen um die Wehrmachtausstellung geführt wurde, muß uns alle hier zutiefst beschämen. Da wird die Forderung erhoben, Schulklassen sollten diese Ausstellung nicht mehr besuchen.

(Zuruf von der CDU: Wer hat das gefordert?)

Die Stadt Saarbrücken ist die 31. Station dieser Ausstellung, aber diese Forderung wurde zum erstenmal erhoben.

(Zuruf von der CDU: Von wem?)

Herr Bauer, ich weiß nicht, ob Sie wissen, wo und von wem diese Forderung erhoben wurde, aber Sie sollten es wissen. Die Forderung, daß Schulklassen diese Ausstellung nicht mehr besuchen, wurde, als die Ausstellung in Salzburg gezeigt wurde, von Jörg Haider erhoben. Um es hier ganz klar zu sagen.

(Abg. Müller (CDU): Das ist natürlich genau die richtige Art. – Weitere Zurufe von der CDU.)

Herr Müller, Sie brauchen gar nicht zu schreien, um es hier ganz klar zu sagen. Ich ziehe keinen Vergleich zwischen Gerd Bauer und Jörg Haider. Das liegt mir fern. Gerd Bauer hat mit Jörg Haider nichts zu tun. Um das ganz klar zu sagen. Ich mache damit nur deutlich, welche Menschen aus dem rechten Spektrum mit ähnlichen Argumenten vorgehen. Gerade Schulklassen sollten diese Ausstellung besuchen, damit nie wieder ein solch menschenverachtendes System entstehen kann, wie es das System der Nazis war.

Herr Bauer und Herr Vogtel, Sie haben behauptet, das Magazin Focus hätte nachgewiesen, daß Bilder mit falschen Erläuterungen in die Irre führten und entfernt werden müßten. Sie haben aber verschwiegen, daß das Bundesverfassungsgericht das Magazin Focus zu einer Gegendarstellung verurteilt hat. Mit derartigen Vorwürfen versuchen Sie, die Verantwortlichen der Ausstellung in Mißkredit zu bringen. Das ist nicht in Ordnung. Letztlich diskreditiert Sie das aber nur selbst. Daher fordere ich Sie auf, sich der Diskussion um unsere Geschichte zu stellen.

Meine Damen und Herren, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verabscheut zutiefst den feigen Bombenanschlag gegen die Wehrmachtausstellung in Saarbrücken. Sie tun das auch. Das habe ich sehr wohl zur Kenntnis genommen. Ich hätte auch nichts anderes erwartet. Gerade jetzt ist es aber notwendig, daß alle demokratischen Kräfte zusammenstehen, um eine faire und offene Diskussion um die geschichtlichen Ereignisse führen zu können. Vor allem brauchen die Veranstalter der Ausstellung die Solidarität aller Demokraten. Ihnen gebührt besonderer Dank, daß es möglich war, die Ausstellung nach dem schweren Bombenanschlag in derart kurzer Zeit wiederzueröffnen. Demokratie lebt von solchem Engagement.

Herr Müller, Sie haben hier in die Diskussion noch einen anderen Aspekt hineingebracht, nämlich den ganz persönlichen, Ihren Vater. Auch mein Vater war Soldat der deutschen Wehrmacht. Er war in Afrika, er war in Rußland. Mir persönlich ist nie zu Ohren gekommen, daß er von Kriegsverbrechen wußte, daß er an irgendwelchen Kriegsverbrechen teilgenommen hat. Trotzdem bin ich der Meinung, daß die Ausstellung schonungslos die Verbrechen einzeln in der Wehrmacht aufzeigen muß. Da trenne ich ganz klar die Diskussion. Ich kenne aber auch eine andere Diskussion aus meiner eigenen Familie. Ein anderer naher Verwandter aus meiner Familie war Mitglied der Résistance. Er wurde geschnappt. Er war im KZ. Er hat es überlebt. Er ist vor acht Jahren gestorben,

(Abg. Ulrich)

und er hat mir sehr viel erzählt, auch als ich sehr jung war. Ich habe durch diese Erzählung immer auch ein anderes Bild der deutschen Wehrmacht gehabt.

(Abg. Feibel (CDU): Was sagt denn Ihr Vater zu dieser Ausstellung?)

ein Bild, das viele, insbesondere viele junge Menschen, nicht haben. Diese Ausstellung trägt dazu bei, ein solches Bild erst einmal zu formen. Eben kamen immer wieder Zwischenrufe aus den Reihen der CDU, die sagten, das ist einseitig, man muß auch einmal das andere darstellen. Herr Müller, Sie selbst, und da zuckte ich eben ein bißchen zusammen, haben davon gesprochen, man muß auch einmal die Heldentaten diskutieren.

(Zurufe von der CDU.)

Entschuldigung, dann habe ich Sie falsch verstanden. Keine Aufregung! Aber dieses Wort „Heldentaten diskutieren“, jetzt einmal egal, wie Sie es gemeint haben, muß man auch einmal vor einem anderen Hintergrund sehen. Die Heldentaten der deutschen Wehrmacht werden in diesem Land seit fünfzig Jahren in ich weiß nicht wie vielen Publikationen dargestellt. Es ist fast egal, in welche Bücherei Sie gehen, Sie finden regelweise irgendwelche Bücher, Veröffentlichungen über die Heldentaten der deutschen Wehrmacht.

(Zuruf: Wo denn?)

Wieviel kriegsverherrlichende Literatur gibt es denn in Deutschland? In allen anderen Ländern auch. Nur, die kriegsverherrlichende Seite ist in der gesamten Literatur völlig überproportional vertreten. Es ist leider Gottes so. Es ist eine Tatsache. Es ist eine traurige Tatsache. Auch vor diesem Hintergrund ist es mehr als angebracht, daß eine solche Ausstellung vielleicht auch einseitig, natürlich einseitig und bewußt einseitig, mal die Verbrechen darstellt, die begangen wurden. Diese Ausstellung hat das Verdienst, daß sie vor allen Dingen einmal die öffentliche Diskussion über diese Verbrechen eröffnet hat. Das ist eigentlich das wichtigste dabei, daß seit einiger Zeit einmal offen über dieses Problem diskutiert wird, daß nicht weiter glorifiziert wird.

Es ist eben hier eine Sache gesagt worden, von Ihnen, Herr Müller; Sie haben so ein bißchen das Bild hier erweckt, als wäre diese Ausstellung nicht in allen Punkten wissenschaftlich klar. Ich war in der Ausstellung drin. Ich war bei der Eröffnung dabei, da wurde ganz klar gesagt: Diese Ausstellung zerfällt in zwei Teile. Der eine Teil sind ganz konkret belegte und nachgewiesene Verbrechen, mit Ort, mit Datum; das ist auch so dargestellt. Der andere Teil sind allgemeine Fotodokumentationen, wo Ort und Datum unklar und unbekannt sind. Das wird ganz offen so gesagt. Gerade weil es offen so gesagt wird, wirkt es in keiner Weise verzerrend und diskreditiert diese Ausstellung in keiner Weise.

Ich bin jedenfalls als Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen froh, daß es diese Ausstellung gibt. Ich unterstütze sie nachhaltig und hoffe, daß sie noch in vielen Städten der Bundesrepublik Deutschland gezeigt wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei B 90/Grüne und bei der SPD.)

Präsident Kasper:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Herr Ministerpräsident Reinhard Klimmt.

Ministerpräsident Klimmt:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider kommen wir heute nicht zu einer gemeinsamen Erklärung hier im saarländischen Landtag, wie sie in Niedersachsen und übrigens auch in einer Großstadt, Kassel, möglich war. Dort haben sich die Parteien darauf verständigt, daß auch die Stadt Mitausrichter dieser Ausstellung ist. Daß unsere gemeinsame Erklärung nicht zustande gekommen ist, hat mehrere Ursachen. Die eine ist, daß sich die CDU in einigen Äußerungen ungerecht beurteilt fühlt, die

im Zusammenhang mit dem Anschlag gemacht worden sind. Ich erkläre hier von meiner Seite aus ganz eindeutig: Ich bin der Auffassung, daß die CDU als große demokratische Volkspartei nicht die geringsten Absichten hat, ein Attentat auf die Meinungsfreiheit zu unterstützen oder gar zu billigen. Ich bin auch nicht der Meinung, daß sie irgend etwas dazu getan hat, dieses Attentat herbeizuführen. Es ist vielmehr von einem Kriminellen begangen worden, von einem Uneinsichtigen, der mit niemandem hier in diesem Hause irgend etwas zu tun hat.

Es gibt Debatten, die an verschiedener Stelle stattgefunden haben, unter anderem auch im Bundestag, in dem die verschiedenen Gruppen und Gruppierungen sehr differenziert diskutiert haben. Ich halte diese Ausstellung für notwendig. Ich halte sie für eine notwendige Aufarbeitung der Vergangenheit, weil sie mit einem Bild aufräumt, das in der Bundesrepublik Deutschland noch sehr lange die historische Diskussion und auch die Erinnerungskultur verstellt hat. Es war die verzweifelte Hoffnung – ich kann sie sehr gut verstehen –, daß es in dem diktatorischen System des Nationalsozialismus mindestens einen intakten Bereich gegeben habe, der nicht in irgendeiner Weise in das System verstrickt gewesen sei. Und weil so viele Menschen Soldaten waren, haben viele gehofft, daß die Wehrmacht vielleicht diese eine Institution hat sein können. Dies ist aus vielen Gründen leider nicht die Wahrheit. Denn schon ein Grund ist, daß die Wehrmacht von sich aus angeboten hatte, den Eid auf Hitler zu leisten und nicht – wie es bei uns geschieht – auf das Land und seine Verfassung. Deswegen halte ich es für notwendig, daß wir uns mit diesem Thema befassen und auseinandersetzen.

Ich muß an dieser Stelle aber auch sagen, daß ich die Äußerung „die Wehrmacht sei ein marschierendes Schlachthaus gewesen“, wie sie von Staatsminister Naumann gemacht worden ist, für ein falsches Bild halte. Es führt in die Irre und verstellt eher den Blick auf die Wahrheit, als daß es ihr dient. Deshalb distanzieren mich von dieser Äußerung ausdrücklich.

(Beifall des Hauses.)

Ich bitte aber auch, Sie und meine Kolleginnen und Kollegen, zu überlegen, ob es in diesem Hause jetzt Usus werden soll, daß wir uns von jeder möglicherweise deplazierten Äußerung, die ein Politiker der anderen Couleur an einer Stelle macht, per Plenum distanzieren.

(Beifall bei der SPD.)

Ich werde bei der von Ihnen beantragten Einzelabstimmung nicht mitstimmen – das sage ich eindeutig –, weil ich es für unangemessen halte, so zu reagieren. Das, was ich zu sagen habe, habe ich, glaube ich, von dieser Stelle aus überdeutlich zum Ausdruck gebracht.

Die Ausstellung ist bereits in vielen Städten gezeigt worden. Bei ihrer Eröffnung haben sehr viele Menschen gesprochen und sich auf diese Art und Weise zur Ausstellung und ihrer Notwendigkeit bekannt. Dazu gehören u.a. Klaus von Bismarck, Erhard Eppler und Winfried Vogel, der 1996 Brigadegeneral im Bundesverteidigungsministerium war, also zu einer Zeit, als ein CDU-Politiker das Verteidigungsministerium geführt hat. Dieser muß ihm wohl die Erlaubnis gegeben haben, bei der Ausstellungseröffnung in Mönchengladbach zu sprechen. Gesprochen haben auch Diether Posser, Gerd Schuchardt und Jutta Limbach, die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts. Gesprochen hat Christian Ude, Oberbürgermeister von München. Gesprochen hat Hans Eichel auch in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident des Landes Hessen. Gesprochen haben Ignatz Bubis und Friedrich Kahlenberg, der 1989 zum Präsidenten des Bundesarchivs berufen wurde. Es hat auch der Ihnen ja nicht ganz unbekannt Michel Friedmann zur Eröffnung der Wehrmachtsausstellung gesprochen. Weiterhin haben gesprochen Hans Jochen Vogel, Johannes Rau und Georg Lewandowski, der kürzlich wiedergewählte CDU-Oberbürgermeister von Kassel. Wenn ich die Reihe derjenigen sehe, die sich dieser Ausstellung gestellt haben und dazu ihre jeweils persönlichen Ge-

(Ministerpräsident Klimmt)

danken vorgetragen haben, wie ich es auch getan habe, dann ergibt sich daraus schon mein Unverständnis gegenüber Ihrer Forderung, ich möge die Schirmherrschaft über diese Ausstellung zurückgeben.

(Beifall bei der SPD.)

Ich habe einen zweiten ganz persönlichen Grund dafür, daß ich die Schirmherrschaft übernommen habe. Für mein politisches Engagement und meinen Werdegang in der Politik war die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus ausschlaggebend. Ich bin in einer kleinen, überschaubaren Dorfgemeinschaft aufgewachsen und habe mich gefragt, wie der Nationalsozialismus möglich war und warum die Menschen, die ich als sympathische Familienväter, freundliche Nachbarn und engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kennengelernt habe, in dieses System hineingezogen werden konnten und damit – in einer gestuften Form selbstverständlich – eine Form von Mitschuld an den Verbrechen hatten.

Ich spreche mich nicht für Kollektivschuld aus. Es gibt vielmehr eine gestufte Verstrickung großer Teile des deutschen Volkes in das nationalsozialistische System. Der Wille, dem entgegenzutreten und eine Gesellschaft mitzuformen, in der die Menschenwürde geachtet wird und Krieg kein Instrument der politischen Auseinandersetzung mehr sein darf, hat mich in die Politik getrieben. Das war der Grund. Ich wäre eigentlich lieber Journalist geworden, weil es etwas einfacher und bequemer ist, die Dinge nicht handelnd zu gestalten, sondern von außen zu beobachten, zu beschreiben, zu werten und zu kommentieren. Aber diesem Berufswunsch, der dazu geführt hat, daß ich Geschichte studiert habe, ist der in mir irgendwie vorhandenen Verpflichtung gewichen, mich selbst der Verantwortung zu stellen und daran mitzuarbeiten, daß so etwas nicht mehr vorkommt.

Die Ausstellung zeigt aus dem breiten Spektrum der nationalsozialistischen Vergangenheit allerdings nur einen Teil. Es ist der Teil der furchterlichen zwölf Jahre, in denen die deutsche Wehrmacht vor allem in Osteuropa Unglaubliches mitgetan hat. Ich zitiere jetzt noch einmal aus meiner Rede zur Ausstellungseröffnung in Saarbrücken, damit ich auch in den Nuancen dasselbe sage wie damals. Ich sagte bei der Eröffnung: „Die Ausstellung zeigt kein umfassendes Bild der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Es geht bei dieser Ausstellung nicht um eine pauschale Anklage gegenüber der gesamten Wehrmacht.“ Ich sage es so, wie ich es sehe und empfinde. Sie mögen es anders sehen und empfinden. Ich kritisiere Sie dafür nicht, sondern ich sage es so, wie ich es empfinde. Es geht also nicht um eine pauschale Anklage gegenüber der gesamten Wehrmacht.

Weiterhin habe ich folgendes gesagt – und da sind wir in der Formulierung fast deckungsgleich –: „Noch viel weniger geht es um eine moralische Verurteilung aller im Krieg eingesetzten deutschen Soldaten, von denen der größere Teil nicht aktiv an diesen Verbrechen beteiligt war und nur wenig davon wußte. Das Thema sind nicht die deutschen Soldaten, sondern die nachweisbaren Verbrechen von Soldaten, ihre Verstrickung in den Weltanschauungs- und Vernichtungskrieg, der 1941 bis 1944 in Osteuropa geführt wurde.“

Das ist meine Wertung dieser Ausstellung und setzt sie in den richtigen Rahmen. Daraus ableiten zu wollen, ich sei der Meinung, daß alle unsere Väter und Großväter Mörder gewesen seien, daß die gesamte Wehrmacht verbrecherisch gewesen sei, würde meine differenzierte Wertung nicht treffen, sondern würde sie in grober Weise verfälschen.

(Beifall bei der SPD.)

Die Ausstellung hat auch ausdrücklich den Titel „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“. Das ist im Titel eindeutig gesagt. Damit ist auch die Einschränkung auf den Bereich, um den es geht, eindeutig gegeben. Natürlich war der Weltkrieg unterschiedlich in seinen jeweiligen Schauplätzen. Es hat den Überfall auf Frankreich gegeben. Das war ein Krieg, der

in hegemonialer Absicht geführt worden ist, um Konkurrenten in der europäischen – wahrscheinlich auch im Weltmaßstab gedachten – Politik zu besiegen und sie sich zu unterwerfen. Das war die Absicht.

Aber der Krieg im Osten hatte eine ganz andere Natur, eine ganz andere Funktion. Schon der Überfall auf Polen war getragen von einem Element, das anders war, nämlich dem deutschen Volk Lebensraum im Osten zu verschaffen. Es war ein Eroberungskrieg, um sich Lebensraum zu verschaffen. In dem Zusammenhang ist dann auch erkennbar, warum in einer teilweise derart unverständlichen und gegen alle Absprachen verstoßenden Art mit den sowjetischen Kriegsgefangenen umgegangen worden ist. Natürlich waren es schwierige Bedingungen in den Kriegswintern damals, aber dennoch sind unzählige sowjetische Kriegsgefangene in der Verantwortung der Wehrmacht umgekommen. Um diese Menschen tut es mir heute noch leid.

Der Krieg war auch ein Weltanschauungskrieg. Es ging darum – so war das auch in den Wehrmachtsbefehlen definiert –, den Bolschewismus niederzuwerfen. Und in der Bekämpfung dieser Weltanschauung des Bolschewismus war jedes Mittel legitimiert. Dazu gehörte unter anderem der Kommissarsbefehl, der besagte, daß jemand, der als politischer Aufseher der kommunistischen Partei eine Abteilung des sowjetischen Militärs begleitete, sofort ohne jeden Prozeß und ohne jedes Federlesen erschossen werden konnte und sollte.

Dieser Krieg war auch ein als solcher geplanter rassistischer Vernichtungskrieg, in dem es vor allem darum ging, die in großer Zahl in Osteuropa lebenden Juden auszurotten. Das war der eindeutige und ausdrückliche Befehl. Die Aufgabe war nicht an die Wehrmacht gerichtet. Auch das sage ich hier völlig eindeutig. Die Aufgabe war gerichtet an die Einsatzgruppen. Diese Einsatzgruppen waren gebildet aus Einheiten des SD, der SS, der Sicherheitspolizei – wozu auch die Gestapo und die Kriminalpolizei gehörten –, und sicher war auch die Ordnungspolizei in diesen Einheiten mit vertreten.

Aber die Trennung zwischen diesen Einsatzgruppen und der Wehrmacht, die vielleicht ursprünglich einmal gedacht und von einigen Befehlshabern der Wehrmacht gewünscht war, ließ sich nicht aufrechterhalten. Das ist sehr lange bekannt, und deswegen zitiere ich noch einmal aus einer Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte von 1981 folgendes: „Vielmehr war es teils aus Schwäche und Willfährigkeit der obersten Führung des Heeres, teils aus wachsender Übereinstimmung einer wachsenden Zahl von Offizieren und Soldaten mit Ideologie und außenpolitischer Zielsetzung der nationalsozialistischen Machthaber, teils wohl auch aus Furcht vor den Folgen eines offenen Aufbegehrens, doch sicherlich am wenigsten aus einem verabsolutierten soldatischen Gehorsam heraus zu einer weitgehenden, in ihrem Ausmaß erschreckenden Integration des Heeres in das Vernichtungsprogramm und die Vernichtungspolitik Hitlers gekommen.“ Das ist die Aussage, die durch die Ausstellung belegt wird.

Vielfach wird die Authentizität der Bilder bezweifelt, was auch in der heutigen Debatte schon zweimal eine Rolle gespielt hat. Dazu möchte ich das vortragen, was der Direktor des Bundesarchivs, der 1989 in diese Funktion berufen wurde, zu dem Thema der dort dokumentierten Fotos gesagt hat.

Er sagt: „In der Ausstellung werden mehr als 40 Fotodokumente aus dem mit mehr als 900.000 Einzelaufnahmen überlieferten Bestand der Bildberichterstattung der Propagandakompanien aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges gezeigt. Von sämtlichen dieser Aufnahmen liegen im Bundesarchiv die Originalnegative vor. In den meisten Fällen kennen wir die Namen der Fotografen, jener, die die Aufnahmen gemacht haben, und ihren jeweiligen Einsatzort bzw. den Namen der Einheiten, denen sie zugewiesen waren. Ich erachte es als meine Pflicht, zu unterstreichen: Ein jeder Zweifel an der Authentizität der gezeigten Bildquellen aus dem Bundesarchiv ist unbegründet. Die in der Ausstellung gezeigten Aufnahmen sind echt.“

(Ministerpräsident Klimmt)

Num sind das nicht nur Aufnahmen aus dem Bundesarchiv. Deswegen sagt er weiter: „Für die Bildquellen aus dem russischen Staatsarchiv für Film- und Fotodokumente in Krasnogorsk, aus dem belorussischen Archiv für Film- und Fotodokumente in Derschinsk und jenen aus dem Museum des Großen Vaterländischen Krieges in Minsk, die ich im Juli 1992 bzw. im Juni/Juli 1993 selbst gesehen habe, kann ich dies ebenso bezeugen. Sie wurden in ihrer überwiegenden Mehrzahl mit deutschen Kameras gefertigt, wurden von deutschen Soldaten aufgenommen. Offensichtlich wurden sie von Einheiten der Roten Armee bei deren Vorrücken erbeutet. Wiederum habe ich zu bezeugen: Zweifel an der Echtheit der in der Ausstellung gezeigten Fotodokumente sind unberechtigt.“

Ich sage das, damit man nicht versucht, in der Richtung auszuweichen, es werde dort nicht die Wahrheit dargestellt, auch wenn es nur ein Ausschnitt des Ganzen ist.

Wir dürfen nicht vergessen: Das NS-System hatte die gesamte Gesellschaft durchdrungen. Es gab eine gestufte Beteiligung. Widerstand war nicht die Regel, Widerstand war die Ausnahme. Mancher Widerstand kam spät, kam zu spät. Auch das muß gesagt werden, daß diejenigen, die schon sehr früh, 1933, in den Jahren des aufkeimenden Nationalsozialismus und seiner Herrschaft sich ihm widersetzt haben, nicht unbedingt die Unterstützung von denjenigen fanden, die dann zu einem späteren Zeitpunkt, als sie merkten, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen war, sich dazu entschlossen, Widerstand zu leisten.

Bereits 1935, als bei uns die Saarabstimmung war, war bekannt, wie es in Deutschland ausgesehen hat. Nicht nur, daß Hitler Regierungschef war, nein, es gab keine Parteien mehr. Es gab nur noch eine Partei. Die Demokratie war abgeschafft. Es war auch bekannt, daß das parlamentarische System, das Zusammenspiel von Parlament und Regierung abgeschafft war. Es war das Ermächtigungsgesetz, das damals die nationalsozialistische Regierung in die Lage versetzt hat, jede Form von Gesetzen zu verabschieden. Es war bekannt.

Es gab keine Gewerkschaften mehr. Die sind schon sehr früh, 1933, aufgehoben worden und in ein Zwangssystem des nationalsozialistischen Staates hineingepreßt worden. Auch das war bekannt. Es gab den Rechtsstaat nicht mehr. Die Gestapo war in ihren Möglichkeiten allmächtig. Man konnte in einem Gerichtsverfahren freigesprochen werden - Gerichtsverfahren gab es noch -, zum gleichen Zeitpunkt nahm dann die Gestapo den Freigesprochenen fest und konnte ihn in ein Konzentrationslager bringen. Die Tatsache, daß es Konzentrationslager gab, war auch bekannt.

Also, der Verfall der Sitten, um es einmal so zu formulieren, begann schon mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Und alle, die das toleriert haben, mitgetragen haben, akzeptiert haben, sind in irgendeiner Form daran mitbeteiligt, was am Ende daraus geworden ist. Sie haben es sicherlich nicht gewollt. Auch das will ich hier eindeutig sagen. Wer sich damals entschieden hat, Hitler zu unterstützen, hat deswegen nicht für Auschwitz votiert. Wer damals Hitler unterstützt hat, hat nicht die Verbrechen 1941 bis 1944 in Osteuropa legitimiert oder sie vorhersehen können. Aber es ist ein Miteinbezogenheit in diesen gesamten verbrecherischen Komplex, in den das deutsche Volk nun einmal zu großen Teilen verstrickt gewesen ist.

Es ist gefragt worden, was mit den Verbrechen der anderen ist. Wer wollte das leugnen? Wer bekommt nicht auch Tränen in die Augen, wenn er etwas liest über die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten? Es gibt darüber auch eine Vielzahl von Dokumentationen. Wer wollte die Bombardierung von Dresden rechtfertigen? Aber das ist ja nicht etwas, das man aufrechnen kann gegen das, was an anderer Stelle geschehen ist. Das muß als solches gewürdigt werden, und ich spreche es hier auch aus.

Natürlich sind wir als Deutsche nicht ein spezifisch verbrecherisches Volk. Allerdings haben wir in dieser Zeit des Nationalsozialismus uns in einem Ausmaß in der Richtung hinreißen lassen, wie es von anderen kaum zu sagen ist. Dennoch bitte ich alle, weil es nicht nur darum geht, unsere Frage hier in Deutschland zu betrachten und sich darüber ein Urteil zu bilden: Krieg ist immer damit verknüpft, daß in den Menschen nicht, wie das vielleicht einmal gehofft worden ist, das Ritterliche geweckt wird, die Fähigkeit zum Mitleid und die Hilfsbereitschaft, sondern im Krieg wird eher die Bestie im Menschen wachgerufen. Wir brauchen ja nur nach Jugoslawien zu schauen. Wir brauchen ja nur zu sehen, was zum Beispiel britische Soldaten im Falklandkrieg - das ist gar nicht lange her - angerichtet haben, was in Algerien war, was in Vietnam war. Wir können diese Reihe von Kriegsverbrechen und Bestialitäten unendlich fortsetzen, aber das spricht uns nicht davon frei, daß wir uns in einem starken Maße, gerade in Osteuropa, mit Schande bedeckt haben. Und das muß dann, wenn wir es vermeiden wollen, daß sich so etwas wiederholt, auch ertragen werden, wenn es ausgesprochen wird.

(Beifall bei SPD und B 90/Grüne.)

In vielen Briefen, die zu dieser Ausstellung geschrieben worden sind - und ich habe Verständnis, daß man sich individuell rechtfertigen will -, hat mich erschreckt, in welcher Selbstgerechtigkeit teilweise vorgegangen wird und wie wenig Mitleid für die Opfer eine Rolle gespielt hat. 20 Millionen sind in Sowjetrußland umgekommen. Sie sind nicht im direkten Kampf Soldat gegen Soldat umgekommen. Sie sind teilweise auf fürchterliche, auf bestialische Art und Weise verreckt. Und das ist eine Tatsache, die dann auch bitte gewürdigt werden muß. Es darf nicht sein, daß die Scham, die wir berechtigterweise haben und daß der Wunsch, damit nicht immer belästigt zu werden, was eine menschlich verständliche Reaktion ist, das Mitleid mit den Opfern überwuchert. Ich glaube nicht, daß dies die richtige Reaktion auf die Vergangenheit ist.

(Beifall bei SPD und B 90/Grüne.)

Es gibt noch einen anderen Punkt, weswegen es so wichtig ist, darüber zu reden, und da liegen wir Gott sei Dank auch nicht so weit auseinander. Das ist die Frage, wo wir die Bundeswehr in unserer Gesellschaft verankern. Ich muß das hier an dieser Stelle sagen. Es kann sehr schnell kommen, daß wieder deutsche Soldaten auf dem Balkan eingesetzt werden. Ich hoffe nicht, daß es dazu kommt, aber ausschließen kann ich das nicht. Die Frage ist dann, wie wir in einem solchen Fall zu diesem Einsatz stehen, auch angesichts der Dinge, die von deutschen Soldaten in Serbien zum Beispiel angerichtet worden sind. Das ist eine Frage, die wir uns stellen müssen. Das ist auch wichtig für unsere jungen Soldaten, die das dann ausbaden müssen. Das sind ja nicht wir hier.

Das Leitbild der Bürgers in Uniform ist das Leitbild, das wir glaubhaft umsetzen und vertreten müssen. Und ich bin dankbar, daß bei uns in der Bundeswehr Befehl und Gehorsam an den Gedanken der Menschenwürde gebunden sind und daß das Recht besteht, einen Befehl zu verweigern, wenn er die Menschenwürde verletzt oder wenn er ohne dienstlichen Auftrag erfolgt. Und ich finde es gut und deswegen werde ich, obwohl Sie ihn auch schon zitiert haben, jetzt noch einmal Volker Rühle zitieren. Er hat im Bundestag dazu gesagt: „Die Wehrmacht war als Organisation des Dritten Reiches in ihrer Spitze mit Truppenteilen und mit Soldaten in Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt. Als Institution kann sie deshalb keine Tradition begründen.“ - Es heißt an anderer Stelle: „Die Werte, für die Frauen und Männer des Widerstandes gelitten haben und starben, gehören heute zu den ideellen Grundlagen unserer Nation und zum moralischen Fundament der Bundeswehr.“ - Davon sollen und müssen wir ausgehen. Und das legitimiert auch, daß wir wieder eine Armee haben. Das macht es legitim, daß wir eine Bundeswehr haben, die sich auf diesen Auftrag berufen kann. Ich sage es noch einmal, ich hoffe, daß sie nicht in kriegerischen Verwicklungen im Balkan eingesetzt werden muß.

(Beifall bei der SPD.)

(Ministerpräsident Klimmt)

Erinnern tut weh, und wir können uns unsere Geschichte nicht aussuchen. Das haben Sie auch gesagt. Wir müssen und ich meine wir können miteinander leben. Sowenig wir uns eine andere Vergangenheit aussuchen können, sowenig können wir uns ein anderes Volk aussuchen. Wir gehören zum deutschen Volk. Ich will das auch gar nicht, ich will nur kein anderes Volk aussuchen. Es gibt genug Anknüpfungspunkte, auf die auch ich stolz sein kann und auf die wir stolz sein können. Es gibt überhaupt keinen Grund, sich über die Generationen, die vor uns waren, erheben zu wollen.

Die Generation unserer Väter und Großväter hatte in der Tat ein ungleich schwereres Schicksal als wir. Mein Vater ist 1960 gestorben, vielleicht auch an den Folgen des Krieges, an denen er auch gelitten hat. Er hat – zu Beginn des Jahrhunderts geboren – den Ersten Weltkrieg, dann die Diktatur, den Zweiten Weltkrieg, die Wiederaufbauphase miterlebt, aber dann hat er den weiteren Vollzug einer Gesellschaft, in der ich bis jetzt gut leben konnte und das bessere Los vor uns beiden gezogen habe, nicht mehr miterleben können. Die Generation vor uns hatte ein ungleich schwereres Schicksal; das möchte ich hier auch noch einmal deutlich sagen. Sie haben die Passage meinen Vater betreffend zitiert. Ich will das jetzt noch einmal aufgreifen und mit diesem Ende meiner Rede im Staatstheater auch schließen.

Mein Vater war selber Soldat der Wehrmacht. Ich traue ihm auch heute noch nichts Verbrecherisches zu, aber ich weiß es auch nicht genau – und jetzt hätten Sie weiterlesen müssen –, so wie ich mich vielleicht selbst nicht kenne. Carl Amery hat die Frage nach den Abgründen in uns selbst wie folgt gestellt. Als ehemaliger Soldat der Wehrmacht soll er das letzte Wort haben und auch für mich sprechen: Das Geschwulst, das noch immer eitert, die Wunde, die sich nicht schließen will, ist die Frage, wie hätte ich als Soldat X gehandelt, wenn ich – sagen wir nach Kragujevac in Serbien – abkommandiert worden wäre, um ganze Schulklassen zu fusillieren als Vergeltung? Hätte ich den Mut gehabt, den Befehl zu verweigern? – Diese Frage sollten wir uns alle stellen, wenn wir über dieses Thema diskutieren. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender starker Beifall bei der SPD.)

Präsident Kasper:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Peter Müller.

Abg. Müller (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben sich zu Beginn Ihrer Rede deutlich von denjenigen distanziert, die im Zusammenhang mit der Diskussion um diese Ausstellung versucht haben, die CDU in eine rechtsradikale Ecke zu rücken. Sie haben sich deutlich von denjenigen distanziert und denjenigen widersprochen, die der CDU eine Mitverursachung, eine Ermunterung im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag zugewiesen haben. Wir haben diese Erklärung mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Wir meinen, daß diese Erklärung Respekt verdient.

(Beifall bei der CDU.)

Es ist eine Distanzierung von Äußerungen, die auch im politischen Bereich stattgefunden haben, und es hebt sich wohltuend ab, Herr Kollege Lang, von Ihrer Einlassung mit Blick auf Anzeigen, die da sagt, dadurch werde Öl ins Feuer gegossen und die Stabilität der Demokratie gefährdet. Sie haben an keiner Stelle eine inhaltliche Einwendung gegen diese Anzeige erheben können. Statt dessen haben Sie pauschal davon geredet, daß Öl ins Feuer gegossen wird. Ich sage Ihnen, wenn in einer Anzeige darauf hingewiesen wird, daß die pauschale Verurteilung einer ganzen Generation nicht hinnehmbar ist, dann heißt das nicht, daß man Öl ins Feuer gießt, sondern dann bedeutet dies, daß das notwendige Maß an historischer Gerechtigkeit eingefordert wird. Das gefährdet nicht die Stabilität der Demokratie, sondern das stabilisiert die Demokratie.

(Beifall bei der CDU.)

Sie haben, Herr Ministerpräsident, sich auch von dem Begriff des „marschierenden Schlachthauses“ distanziert. Auch dies haben wir mit Applaus begleitet. Ich finde dies notwendig. Ich sage allerdings auch, ich verstehe nicht, wieso Sie an diesem Punkt nicht unserem Beschlußantrag zustimmen. Wenn diese Äußerung falsch ist, dann kann man auch entsprechend abstimmen. Ich sage Ihnen auch, da geht es nicht um irgendeine Äußerung. Da geht es um eine Äußerung über das Leben einer ganzen Generation. Und deshalb ist es notwendig, daß man sich mit dieser Äußerung befaßt und zu dieser Äußerung seine Meinung sagt.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, das Thema sind nicht die deutschen Soldaten. An diesem Punkt unterscheiden wir uns. Das Thema dieser Ausstellung sind die deutschen Soldaten in ihrer Gesamtheit. Ich habe mir vorgestellt, was geschehen würde, wenn ich mit meinem Sohn durch diese Ausstellung ginge. Mein Sohn würde am Ende sagen: Papa, war unser Opa auch ein Verbrecher? – Das ist der einzige Eindruck, mit dem man diese Ausstellung verlassen kann. Deshalb sage ich, es geht in dieser Ausstellung nicht um die Wehrmacht, es geht um die deutschen Soldaten pauschal, und das macht diese Ausstellung so schwer erträglich.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb, Herr Kollege Lang: Die Ausstellung zeigt Wahrheit, natürlich. Alles, was in dieser Ausstellung gezeigt wird – ich habe das heute morgen wiederholt –, ist wahr. Das Problem ist nur – auch das habe ich heute morgen gesagt –, daß auf diesen Teilaspekt die gesamte Wahrheit reduziert wird, daß durch die Generalisierung der Wehrmacht als verbrecherische Organisation kein Raum mehr bleibt für Menschlichkeit, für Ehrlichkeit, für Mitmenschlichkeit, für Widerstand. Die Wahrheit wird reduziert auf einen einzigen Aspekt, den Aspekt des Verbrechens. Deshalb ist es durch die Generalisierung eine Lüge, auch wenn jedes einzelne Dokument wahr ist. Das ist der Punkt, über den wir im Zusammenhang mit dieser Ausstellung reden müssen.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn in dem Zusammenhang von Ihnen der Name Graf Stauffenberg genannt worden ist

(Zuruf)

oder vom Kollegen Ulrich – irgend jemand hat sich auf Graf Stauffenberg bezogen –, dann will ich darauf hinweisen, im Begleitbuch zu dieser Ausstellung ist ein Kapitel über den Widerstand. Dieses Kapitel beschäftigt sich ausschließlich damit und hat ausschließlich die Tendenz, auch die Angehörigen des Widerstands als Kriegsverbrecher zu qualifizieren. Das zeigt, worum es geht: Es geht um pauschale Diskreditierung, um pauschale Diffamierung.

Es geht um die deutschen Soldaten. Und deshalb hat diese Ausstellung auch – das will ich klar sagen – einen Ministerpräsidenten als Schirmherrn nicht verdient. Es ist ein Unterschied, ob bei einer Eröffnung gesprochen wird – da hat man die Möglichkeit, seine Position zu bezeichnen und Differenzierung einzufordern – oder ob man eine Schirmherrschaft übernimmt. Mit Übernahme der Schirmherrschaft ergreift man Partei. Mit Übernahme der Schirmherrschaft gibt man ein positives Urteil ab.

(Zuruf der Abgeordneten Bozok (B 90/Grüne).)

Diese Ausstellung verdient kein positives Urteil, weil sie unsere Väter diskreditiert.

(Beifall bei der CDU.)

(Abg. Müller)

Das Schlimme an dieser Ausstellung ist die Umkehrung der Beweislast. Das Schlimme an dieser Ausstellung ist, daß grundsätzlich jeder zum Verbrecher abgestempelt wird und er dann beweisen muß, daß er kein Verbrecher war.

(Abg. Lang (SPD): Das ist Interpretation.)

Negative Tatsachen sind nicht beweisbar. – Nein, lieber Herr Kollege Lang, das ist nicht Interpretation. Eine Ausstellung – ich greife dieses Bild noch einmal auf; niemand hat dazu etwas gesagt, das bedauere ich eigentlich –, die nebeneinanderstellt deutsche Soldaten, die Hühner aufgehängt haben, und Zivilisten, die am Galgen aufgehängt worden sind,

(Zuruf des Abgeordneten Lang (SPD))

eine Ausstellung, die sagt, deutschen Soldaten war es egal, ob sie Hühner oder Menschen aufgehängt haben, ist eine Ausstellung, die pauschaliert. Das ist eine Feststellung und keine Interpretation. Da ist für Interpretation kein Raum mehr.

Herr Kollege Lang, Sie haben gefragt: Sind die Menschen nicht behandelt worden wie Vieh? Dadurch können Sie doch nicht eine solche Darstellung rechtfertigen. Natürlich sind Menschen behandelt worden wie Vieh. Dies rechtfertigt aber nicht, daß Herr Heer, daß das Institut für Sozialforschung deutsche Soldaten pauschal diskreditiert, indem sie ihnen unterstellen, es war ihnen egal, ob sie Hühner oder Menschen aufgehängt haben.

(Beifall bei der CDU.)

Es wird immer wieder gesagt, diese Ausstellung mußte Schluß machen mit der Lebenslüge von der sauberen Wehrmacht. Herr Ministerpräsident, Sie selbst haben Dokumente aus dem Jahr 1981 zitiert; das sind übrigens nicht die ersten Dokumente, es gibt auch noch Dokumente aus früheren Jahren. Wenn bereits im Jahr 1981 das geschrieben worden ist, was Sie selbst zitiert haben, dann, sage ich Ihnen, brauchen wir im Jahr 1999 diese Ausstellung nicht mehr, um die angebliche Lebenslüge von der sauberen Wehrmacht zu zerstören.

(Zuruf der Abgeordneten Bozok (B 90/Grüne).)

Die öffentliche Debatte ist auch in diesen Jahren geführt worden. Auch das will ich Ihnen sagen. Ich selbst habe diese Debatte in der Schule – und das ist ein paar Jahre vor 1981 gewesen – führen können, ausführlich führen können. Auch damals kam niemand auf die Idee zu sagen, die deutsche Wehrmacht war sauber. Diese Behauptung, lieber Herr Kollege Maas, wird von niemand aufgestellt.

(Zuruf der Abgeordneten Bozok (B 90/Grüne).)

Sie haben – ich will das gern übers Mikrofon wiederholen – jetzt mehrfach gesagt: Das ist der Schlußstrich.

(Minister Maas: Mentalität!)

Das ist die Schlußstrichmentalität. Lieber Herr Minister Lang, ich will Ihnen etwas sagen – in aller Deutlichkeit.

(Zurufe: Herr Minister Maas!)

Herr Minister Maas, Entschuldigung. Lieber Herr Minister Maas, ich will Ihnen etwas sagen – in aller Deutlichkeit. Wahrhaftigkeit in der Erinnerung einzufordern, hat mit Schlußstrichmentalität nichts zu tun.

(Anhaltender Beifall bei der CDU.)

Deshalb bleibe ich bei dem, was ich gesagt habe.

Es ist eben das fehlende Mitleid mit den Opfern angesprochen worden, Herr Ministerpräsident. Das ist ein wichtiger Hinweis, den ich sehr ernst nehme. Wenn wir aussöhnen wollen, müssen

wir zu Trauer und zu Mitleid fähig sein mit allen Beteiligten – egal auf welcher Seite sie gestanden haben. Diese Ausstellung ist ohne jedes Mitleid. Sie ist voller Selbstgerechtigkeit, voller Hämne und ohne jedes Mitleid.

(Beifall bei der CDU.)

Ich zitiere an der Stelle noch einmal Helmut Schmidt. Er hat gesagt: Man soll nicht den Eindruck erwecken, man selber sei nun aufgeklärt, moralisch in Ordnung und wäre, hätte man damals gelebt, Widerstandskämpfer geworden. Zitat weiter: Ich sehe sie alle vor mir, die großen Widerstandskämpfer von 1968. Ich sehe sie alle mit ihrer großen persönlichen Tapferkeit vor mir. Das ist meine eigentliche Kritik an dieser Pauschalierung.

Das möchte ich gerne aufgreifen und unterstreichen. Diese Ausstellung trieft vor Selbstgerechtigkeit und vor Verurteilung einer ganzen Generation. Ich sage es noch einmal: Die allermeisten Angehörigen der Wehrmacht, die allermeisten deutschen Soldaten waren an Kriegsverbrechen nicht beteiligt, waren noch nicht einmal in Verbänden, in denen sie Kriegsverbrechen beobachten konnten. Die allermeisten waren nicht Täter, sie waren Opfer.

Die Aussage der Ausstellung, die in Saarbrücken gezeigt wird, ist genau die entgegengesetzte. Die Aussage ist, jeder ist grundsätzlich als Täter zu behandeln, es sei denn, er beweist seine Unschuld. Das ist mit Grundbegriffen des Rechtsstaates nicht vereinbar, das ist eine pauschale Diffamierung einer ganzen Generation. Deshalb sage ich: Wir werden weiter dieser Ausstellung widersprechen. Unsere Väter, unsere Großväter haben verdient, daß wir angesichts dieser ungerechten Verurteilung das Wort erheben, daß wir widersprechen. Es ist eben Zivilcourage eingefordert worden. Wir haben die Zivilcourage, unseren Vätern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU.)

Präsident Kasper:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die laufende Debatte liegen mir noch zwei Wortmeldungen vor. Das Wort hat Herr Abgeordneter Reiner Braun.

Abg. Braun (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß die Intention der Ausstellung von vielen mißverstanden wird, ist psychologisch erklärbar und damit auch verstehbar. Nicht erklärbar, nicht akzeptabel aber ist es, dieser Ausstellung wider besseres Wissen eine Intention zu unterstellen, die sie nicht hat.

(Beifall bei der SPD.)

Schon die Thematik der Ausstellung – der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen – „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“ macht klar, daß es um einen begrenzten Ausschnitt des Zweiten Weltkrieges geht, den so gar nicht alle Wehrmachtsangehörigen mit ihrem eigenen Erleben in Einklang bringen können. Aber auch diejenigen, die unmittelbar am Krieg auf dem Balkan und in der Sowjetunion beteiligt waren, werden durch die Ausstellung nicht in pauschaler Weise des Mordens bezichtigt, nicht in pauschaler Weise angeklagt und verurteilt.

Wer sich mit der Ausstellung auseinandersetzt, wer ihre wirkliche Intention zur Kenntnis nimmt, der kann nicht ernsthaft den Eindruck erwecken wollen, die Ausstellung wolle unsere Väter und Großväter pauschal als Mörder diffamieren.

(Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Ulrich (B 90/Grüne).)

Warum nehmen Sie nicht die Texte zur Kenntnis, die sich mit der notwendigen Differenziertheit, mit der notwendigen Nachdenklichkeit mit der Ausstellung auseinandersetzen? Warum zitieren Sie nicht die Rede des Schirmherrn, die er aus Anlaß der Ausstel-

(Abg. Braun)

was er tatsächlich war, ein nicht nur gegen das feindliche Militär, sondern auch gegen die Bevölkerung gerichteter Vernichtungskrieg.“

Es ist ähnlich schon einmal formuliert worden, aber ich denke, nachdem alle diese Einwände bisher nicht gefruchtet haben, ist es ein letzter Versuch, um die Intention der Ausstellung noch einmal zu verdeutlichen: „Die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung bahnt den historischen Erkenntnissen den Weg in die größere Öffentlichkeit. Dies ist uns der erste Grund, sie zu zeigen. Indem die Ausstellung Aussagen macht über den Charakter des Krieges gegen die Sowjetunion, sagt sie noch nichts über den einzelnen daran beteiligten Soldaten. Was die Wehrmacht als Organisation tat, ist nicht identisch mit dem, was der der Organisation Angehörige individuell tat. Auch wenn die Ausstellung sich nicht auszuspochen scheut, daß die Truppe sich bereitwilliger als bisher angenommen an den Wehrmachtsverbrechen beteiligte, so verallgemeinert sie diese Aussagen nicht so, daß sie auf alle Soldaten zuträfen. Keineswegs stellt die Ausstellung in Abrede, daß die meisten Wehrmachtssoldaten nicht die Freiheit hatten, sich dem Krieg zu entziehen oder gegen die Verbrechen Widerstand zu leisten.“

Sieht so eine pauschale Diffamierung der Wehrmachtsangehörigen aus? Wenn Sie schon – um in Ihrem Jargon zu bleiben – einen Feldzug gegen die Einseitigkeit initiieren, warum reden Sie dann vom Nachweis des Nachrichtenmagazins Focus, Bilder mit falschen Erläuterungen führten in die Irre und hätten entfernt werden müssen, ohne zu sagen, daß das Bundesverfassungsgericht das Magazin Focus zum Abdruck einer Gegendarstellung zu dieser Behauptung verurteilte?

Warum verschweigen Sie, daß dem CDU-Landesverband Schleswig-Holstein per Urteil vom 21.12.1998 die Verbreitung der Aussage, nach der der Leiter der Ausstellung ein Lügner und Fälscher sei, unter Androhung einer Ordnungshaft bis zu zwei Jahren oder einem Ordnungsgeld bis zu 500.000 DM untersagt wurde?

Diese Behauptung findet sich in keiner Anzeige von Ihnen, aber sie wird so in ähnlicher Form suggeriert, als würde es sich hier um Lügner und Fälscher handeln.

(Beifall bei der SPD.)

Wie wohltuend hebt sich von dieser Rhetorik die Haltung des saarländischen Innenministers ab, der nicht nur zur Mäßigung in der Diskussion aufgefordert hat, sondern auch den Vorwurf des Rechtsextremismus, gerichtet an die Saar-CDU, nicht gelten läßt, ihn gar verurteilt! Während Friedel Läßle bemüht ist – –

(Zurufe von der CDU.)

Ihren Zwischenrufen entnehme ich, daß für diese Fragen bei Ihnen die notwendige Sensibilität fehlt.

(Beifall bei der SPD.)

Ich entnehme Ihren Zwischenrufen, daß Sie nicht in der Lage sind zuzuhören. Auch das gehört zu einer von Ihnen geforderten demokratischen Auseinandersetzung. Das ist ein Merkmal von Toleranz, daß Sie endlich einmal in der Lage sind, zumindest bei einem solchen Thema zuzuhören und nicht ständig dazwischenzubrüllen mit unqualifizierten Äußerungen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Daß es auch weniger verständnisvolle Reaktionen als die des Innenministers gab, daß es Reaktionen gab, die nicht frei von Wut und Zorn waren, will ich nicht verschweigen. Daß dabei die Erinnerung an andere CDU-Kampagnen eine Rolle gespielt haben könnte, in denen man die Gefahr des Mißverständnisses bewußt in Kauf nahm, könnte eine Erklärung sein. Die routinemäßige Betroffenheitsrhetorik angesichts des Bombenanschlags, die Kennzeichnung der Tat als die eines wahnsinnigen einzelnen zu einem Zeitpunkt, als die Ermittlungsbehörden noch überhaupt keine Aus-

sage treffen konnten, die Behauptung, daß eine solche Tat nicht der saarländischen Neonaziszene zuzuordnen sei: all das macht unfreundliche Reaktionen erklärbar. Daß Sie sich energisch dagegen verwehren, wenn der Bombenanschlag in einen unmittelbaren Zusammenhang zu Ihrer Anzeigenkampagne gebracht wird, ist nur zu verständlich. Niemand, der ernst zu nehmen ist, wird Ihnen unterstellen, daß Sie so etwas gewollt haben. Ich kann aber auch jene verstehen, die der Auffassung sind, daß die Erzeugung eines vergifteten politischen Klimas solche Taten eher begünstigt als erschwert.

(Heftiger Protest von der CDU. – Abg. Hans (CDU): Wer vergiftet die Debatte? Pharisäer!)

Ich erinnere mich noch gut an jene Zeit der unsäglichen Sympathisantendiskussion, in der Unionspolitiker nicht davor zurückschreckten, Willy Brandt eine Mitverantwortung am Terror der RAF zuzuschreiben; in der Springers „Welt“ nicht davor zurückschreckte, die Liberalen Genscher und Maihofer beim Düngen des Umfeldes zu ertappen.

(Abg. Schreier (CDU): Ich würde mich schämen! Weitere erregte Zurufe von der CDU.)

Sie sind nicht in der Lage zuzuhören. Ich habe ein „einerseits-andererseits“ formuliert. Ich bitte jetzt den Präsidenten – –

Präsident Kasper:

Ich bitte jetzt auch, dem Herrn Abgeordneten Braun zuzuhören.

(Abg. Gehring (CDU): Da kann man ja nicht zuhören. Das ist beleidigend.)

Abg. Braun (SPD):

Was wurde in jener Zeit Heinrich Böll nicht alles unterstellt – gewissermaßen im geistigen Hintergrund ein Mitveranstalter dieser Ausstellung –, der mit keinem Wort je Gewalt gepredigt hat. Die „Quick“ damals: „Die Bölls sind schlimmer als Baader/Meinhof“. Böll hat einmal errechnet, daß er in seinem Leben 150.000 Zeilen – Gott sei's geklagt, wie er selbst sagte – geschrieben und publiziert habe. Wer da immer nur anderthalb Zeilen zitiere, begehe Denunziation. Manche Reaktion auf die Wehrmachtsausstellung läßt erahnen, daß man sich nicht einmal mit anderthalb der vielen Zeilen auseinandergesetzt hat, die Aufklärung darüber bieten, was diese Ausstellung eigentlich will. Sie liefert Erklärungen dafür, wie es zur Eskalation des Tötens kommen konnte. Daß diese Eskalation nicht erst im Rußlandfeldzug ihre Wurzeln hatte, weiß jeder, der sich mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt hat. Verhindert wurde, so formulieren es die Veranstalter, die für alle wichtige Diskussion über die Frage, welche gesellschaftlichen Verhältnisse und politisch-ideologischen Traditionen es möglich gemacht hatten, eine zivilisierte Nation in einen Zustand zu versetzen, der mit dem Wort Barbarei nur unzulänglich beschrieben ist. Die Hoffnung, daß diese Diskussion von nun an geführt werde, ist uns der zweite Grund, die Ausstellung zu veranstalten.

Daß viele junge Menschen die Ausstellung besuchen, zeigt, daß diese Hoffnung nicht vergebens ist, daß es Menschen gibt, die – obwohl in jeder Beziehung schuldlos – bereit sind, Trauerarbeit zu leisten. Und Sie haben vorhin die Befürchtung geäußert, daß Schüler, die diese Ausstellung besuchen, das Gefühl haben müßten, ihre Großväter seien Verbrecher und Mörder. Ich sage, das ist eine Reaktion, die die Schüler genau nicht an den Tag legen. Ich weiß es auch von meiner Tochter, politisch einigermaßen wach und in der Schule intensiv beschäftigt worden mit der Frage des Nationalsozialismus. Sie empfindet ihre Großväter – mit einem hat sie noch tagtäglich zu tun – in keiner Weise, obwohl beide Wehrmachtsangehörige, als Verbrecher und Mörder. Sie weiß sehr wohl zu trennen zwischen dem, was den einzelnen Soldaten ausmachte, und dem, was die Wehrmacht insgesamt ausmachte.

Fünfundzig Jahre danach und dennoch wissen, was geschah, darum geht es auf dieser Ausstellung. Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. So hat es

(Abg. Braun)

Adorno ausgedrückt. Die Ausstellung leugnet den Zusammenhang zwischen Vernichtungskrieg und Auschwitz nicht. Sie entspricht damit Adornos Forderung, ohne in die schlechte Tradition der Postulatspädagogik zu verfallen.

Ich betone zum Schluß noch einmal: Niemand will mit dieser Ausstellung unsere Väter und Großväter pauschal als Mörder diffamieren. Niemand will leugnen, daß auch die Alliierten Verbrechen begangen haben. Deutsche Opfer aber gegen Opfer der Alliierten aufzurechnen und damit eine Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen daraus abzuleiten, wäre eine Verhöhnung der Opfer beider Seiten.

(Beifall bei der SPD und B 90/Grüne.)

Wenn es möglich ist, so sagt es einer der Ausstellungsmacher, daß ganz normale Menschen unter bestimmten gesellschaftlichen Umständen Unsägliches tun, dann ist das entsetzlich, grauenhaft und ein Appell, alles zu tun, damit gesellschaftliche und politische Umstände herrschen, die uns vor uns selbst schützen. Begreifen wir diesen Appell als unsere gemeinsame politische Aufgabe, dann hat sich die heutige Debatte gelohnt. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und B 90/Grüne.)

Präsident Kasper:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Gabriele Bozok.

Abg. Bozok (B 90/Grüne):

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist zu begrüßen, wenn sich das saarländische Parlament mit der deutschen Geschichte und dem Versuch, historische Ereignisse und Abläufe zu vergegenwärtigen, zu beleuchten und zu bewerten, befaßt. Es ist auch nichts gegen den Anspruch einzuwenden, sich den verschiedenen Versuchen, gesellschaftliche Debatten über die Vergangenheit in Gang zu setzen, kritisch zu nähern, ganz im Gegenteil.

Dennoch muß es möglich sein, beispielsweise im Rahmen einer Ausstellung eine öffentliche Diskussion, die seit dem Zweiten Weltkrieg nie geführt wurde und die um so notwendiger wird, je mehr Zeit vergeht, zu führen. Mit dem Argument jedoch – und das spricht gegen die Anzeige, über die wir heute mehrfach geredet haben –, unsere Väter seien keine Mörder gewesen, wird versucht, jeden Ansatz einer angemessenen und sachlichen Debatte von vornherein zu verhindern.

Meine Damen und Herren, es geht nicht um Schuldzuweisungen. Es geht darum, ob wir emotional mit einem geschichtlichen Tatbestand umgehen oder gerade bei so schwierigen Tatbeständen uns um eine sachliche und angemessene Debatte bemühen. Es geht auch nicht darum, wessen Vater ein Mörder war. Im übrigen ist dieser Begriff, wie schon gesagt, nicht von den Ausstellungsmachern in die Debatte geworfen worden.

(Zuruf des Abgeordneten Müller (CDU).)

Es geht nicht darum, ob für die meisten Soldaten der Vorwurf, sie hätten sich als Wehrmachtangehörige an den Verbrechen beteiligt, begründet ist. Und in keinem Falle ist es das Ziel dieser Ausstellung, die Wehrmacht und ihre Angehörigen pauschal zu diffamieren, heute zigfach gesagt. Es geht um die Teilnahme an einem Herrschaftssystem, die freiwillige oder die erzwungene, die begeisterte oder die widerwillige oder gleichgültige Teilnahme. Es geht darum, die Teilnahme an einem Vernichtungspolitik betreibenden Regime zu diskutieren und zu reflektieren.

Da war das Zitat von Améry dasjenige, was immer wieder als Aufgabe sich uns stellt: Wie können wir diese Gesellschaft so gestalten und aufbauen, daß wir nie vor diese Frage gestellt werden oder in diesen Notstand gebracht werden – wie es in diesem Zitat sehr mitfühlend formuliert ist. Daher ist unsere politische Aufgabe heute, solche Zustände nie mehr zuzulassen und die Demokratie so aufzubauen, daß das nie mehr geschieht. Die

Ausstellung zeigt anhand von Beispielen an der Ostfront, daß Teile der Wehrmacht, und zwar Teile der Führung, aber auch der Mannschaftsgrade, an Verbrechen beteiligt waren. Genau das ist der Punkt, an dem die Ausstellung provoziert, ja provozieren muß. Nicht, wie viele Wehrmachtangehörige an den Verbrechen beteiligt waren, sondern daß die Wehrmacht an den Kriegsverbrechen beteiligt war, ist der Punkt, um den die Debatte kreist.

Die Diskussion, die diese Ausstellung in der Bundesrepublik ausgelöst hat, zeigt, wie wichtig die Beschäftigung auch mit diesem Teil der Vergangenheit noch ist, immer noch ist. Auch das Interesse, das die Ausstellung im Ausland, beispielsweise in Japan, geweckt hat, macht deutlich, wie sehr diese Form der Visualisierung geeignet ist, eine in der Gesellschaft notwendige Diskussion in Gang zu bringen. Um so unverständlicher ist es, in welcher Form Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die Ausstellung kritisieren, in welcher Form Sie das machen, wie Sie es in der Vergangenheit getan haben, zum Beispiel durch diese Annonce.

Vielleicht hilft an dieser Stelle ein Zitat weiter. Auch ich zitiere den ehemaligen Bundesverteidigungsminister Volker Rühle: „Wenn es um die Wahrheit geht, haben wir nur die Möglichkeit, der ganzen Wahrheit ins Auge zu sehen. Der Glaube, die Wehrmacht sei der weitgehend unbefleckte Hort von Anstand und Ehre inmitten der nationalsozialistischen Barbarei gewesen, diese These ist durch die historische Forschung der letzten Jahre widerlegt.“

Soviel zu den Bildern, die Sie auch immer wieder kritisiert haben, Kollege Müller, den Bildern mit den verschiedenen Motiven, einmal Tiere aufgehängt, einmal Menschen aufgehängt. Es ist ein Zeichen für die Barbarei des Regimes damals, wie es stattgefunden hat.

(Beifall bei der SPD und B 90/Grüne.)

Das ist das Zeichen, das diese zwei Bilder nebeneinander uns vermitteln wollen. Entweder man bekommt es vermittelt –

(Zuruf des Abgeordneten Müller (CDU).)

Ich verstehe diese Bilder nebeneinander so, und für mich ist es ein Zeichen, die Barbarei, die unendliche, tiefe Barbarei dieses Regimes darzustellen. Für mich ist diese Darstellung zulässig und kommt auch an.

(Abg. Presser (CDU): Kommt an, da haben Sie recht. – Weitere Zurufe von der CDU: Aber wie!)

Dieses Zitat, das ich eben genannt habe, zeigt doch, daß das ein barbarisches Regime war. Wieso soll es nicht dargestellt werden für diejenigen, die weit, weit weg sind von diesem Regime, zum Beispiel die jetzt zur Zeit aktuelle junge Generation.

(Zuruf der Abgeordneten Beck (CDU).)

Ich würde es begrüßen, wenn auch Sie sich der angemessenen Diskussion und Darstellung dieses Regimes so stellen würden. Denn darüber müssen wir reden: Was war in Deutschland vor sechzig Jahren möglich? Es ist unglaublich, daß so etwas vor sechzig Jahren in Deutschland möglich war, aber es ist geschehen, es ist Tatsache, und deshalb müssen wir uns damit befassen und müssen auch entsprechend provoziert uns damit befassen. Es geht um Differenzierung, um einen angemessenen Umgang mit den Ereignissen während des Zweiten Weltkrieges. Eine differenzierte Betrachtungsweise führt auch zu der Erkenntnis, daß das System des Terrors, das die Nazis seit 1933 aufgebaut und perfektioniert hatten, vielfältige Opfer hatte. Zu diesen Opfern gehörten sicher auch viele Wehrmachtangehörige, die in diesem System nicht die Kraft zur Illoyalität oder gar zur Opposition hatten. Von der Ausstellung wird auch gar nicht beklagt, daß sie diese Kraft nicht hatten.

(Abg. Bozok)

Wir sollten uns aber nicht den Blick verstellen lassen, daß es neben denen, die unter dem System litten, weil sie ein Teil des Systems waren, Opfer gab, die denunziert, bedroht, verfolgt, gequält, ausgebeutet, gefoltert und umgebracht wurden. Wir wissen, wie viele Menschen während des Krieges umgekommen sind. Wir wissen, wie viele Menschen in den Konzentrationslagern auf grausame Weise vernichtet wurden, ohne daß wir uns auch nur im entferntesten die wahrhaft monströsen Ausmaße und die unvorstellbaren Qualen wirklich vorstellen können. Was sollen eigentlich die Menschen, die mit knapper Not überlebt haben, was sollen die Nachkommen der Opfer von uns und von Deutschland halten, wenn jetzt wieder der Versuch unternommen wird, die eigene Verantwortung von sich zu weisen. Was soll das Ausland von uns denken, das registriert, daß in Brandenburg ein Asylbewerber vor kurzer Zeit erst wieder zu Tode gehetzt wurde, daß man sich in Berlin gegen ein Mahnmal für Holocaust-Opfer wehrt, nur weil es an exponierter Stelle gelegen ist.

Gleichzeitig soll aber keine Debatte über die deutsche Vergangenheit möglich sein. Wo bleibt das Verständnis für die Überlebenden, die eben nicht ihren Frieden mit diesem Teil ihrer eigenen und unser aller Vergangenheit gemacht haben? Für viele von ihnen ist es wie eine Befreiung, jetzt endlich über diese Zeit sprechen zu können und mit dieser Belastung endlich nicht mehr alleine zu sein. Meine Damen und Herren, deshalb müssen wir darüber reden, und deshalb ist diese Ausstellung berechtigt. Deshalb ist es gut, daß sie dieses Miteinanderreden und diese öffentliche Debatte initiiert hat.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich verstehe überhaupt nicht den zweiten Punkt in Ihrem Antrag, wo Sie Ministerpräsident Klimmt auffordern, die Schirmherrschaft niederzulegen. Gerade nach dem feigen Anschlag auf die Wehrmachtausstellung wäre die Niederlegung der Schirmherrschaft durch den Ministerpräsidenten das total falsche Zeichen.

(Beifall bei B 90/Grüne und bei der SPD.)

Diese Forderung erstaunt mich doch außerordentlich. Das ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar nach diesem Geschehen, nach diesem Anschlag, denn Demokratie braucht Standhaftigkeit, um lebendig zu bleiben. Und Ministerpräsident Klimmt bleibt standhaft, das war seinen Ausführungen zu entnehmen. Wir unterstützen ihn dabei. Das ist der einzig richtige Weg, wenn heute Anschläge verübt werden, wobei auch durchaus Gefahren für Menschen bestanden haben, wie wir wissen. Es ist der einzig richtige Weg, Standhaftigkeit zu zeigen und auf demokratischen Formen der Auseinandersetzung zu beharren. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei B 90/Grüne und bei der SPD.)

Präsident Kasper:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Peter Müller.

Abg. Müller (CDU):

Es tut mir leid, aber ich muß auf Grundlage der Äußerungen des Kollegen Braun doch noch vier Bemerkungen anschließen. Erste Bemerkung. Dies war mal wieder ein Beispiel für Doppelstrategie. Zunächst hat der Ministerpräsident dieses Landes mit versöhnlichen Worten die unerträglichen Anwürfe gegen die CDU ausgeräumt. Anschließend hat der Kollege Braun hier das Wort ergriffen, ein unverdauliches Gebräu von Unterstellungen, von Behauptungen,

(Abg. Lang (SPD): Zuhören!)

er hat ein Gebräu von Willy Brandt über die RAF bis zu Heinrich Böll aufgelegt und alle Vorwürfe, die erhoben worden sind, wieder in den Raum gestellt. Herr Kollege Braun, dies weisen wir in aller Form zurück.

(Beifall bei der CDU.)

Zweitens, Herr Kollege Braun. Sie haben kritisiert, daß die Begriffe Nationalgefühl und Vaterlandsliebe in der Anzeige des Kollegen Bauer und des Herrn Hayo aufgetaucht sind. Ich will Ihnen dazu folgendes sagen. Beide Begriffe sind jetztbezogen. Sie sind nicht bezogen auf die Zeit 1933 bis 1945.

(Zuruf der Abgeordneten Bozok (B 90/Grüne).)

Liebe Frau Bozok, ich will Ihnen dazu folgendes sagen, damit wir uns da richtig verstehen. Nationalgefühl setzt voraus, daß ich mich mit meiner ganzen Geschichte auseinandersetze und auch die dunklen Kapitel dieser Geschichte nicht ausblende. Ich sage Ihnen, ich schäme mich nicht, ein Deutscher zu sein, auch weil ich um die Zeit von 1933 bis 1945 weiß. Deshalb kann es nicht angehen, Herr Kollege Braun, daß Sie sagen, die Verwendung dieser Begriffe sei mit Blick auf diese Zeit nicht mehr zulässig. Die Verwendung dieser Begriffe ist weiter zulässig. Ich jedenfalls werde diese Begriffe weiter verwenden.

(Beifall bei der CDU.)

Drittens, Frau Bozok, wenn Sie sagen, die Auseinandersetzung müsse jetzt beginnen, dann scheinen wir in unterschiedlichen Welten und in unterschiedlichen Wirklichkeiten zu leben. Ich setze mich seit über zwanzig Jahren mit dem Naziregime auseinander. Ich setze mich seit über zwanzig Jahren auch mit den Verbrechen auseinander, und ich setze mich öffentlich damit auseinander. Diese Auseinandersetzung hat bereits im Elternhaus und in der Schule begonnen. Wenn Sie hierherkommen und sagen, die Auseinandersetzung müsse jetzt beginnen, dann ist das ein Schlag ins Gesicht aller saarländischen Geschichtslehrerinnen und Geschichtslehrer, die diese Themen im Unterricht behandeln.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn Sie mit Blick auf Ihre Tochter sagen, Herr Braun, sie habe nicht so reagiert, daß sie nach Hause gekommen ist und den Eindruck hatte, ihre Großväter stünden im Verdacht, Verbrecher zu sein, dann freut mich das. Ich will Ihnen aber folgendes sagen. Ich habe gestern abend mit einem Mann gesprochen, der an der Instandsetzung nach dem Bombenanschlag beteiligt war, der aufgeregt zu mir kam, mit dem ich weiter gar nichts zu tun habe. Der hat mir gesagt: Meine beiden Töchter waren mit der Schule in der Ausstellung, sie sind aufgewühlt nach Hause gekommen und haben gefragt: Haben unsere Großväter so etwas auch gemacht?

(Abg. Lang (SPD): Das ist die richtige Frage.)

Das ist der Eindruck, der bei dieser Ausstellung geweckt wird. Die Konsequenz ist, Herr Kollege Lang, daß dann plötzlich die Unschuld nachgewiesen werden muß, weil in dieser Ausstellung alle Soldaten immer nur im Zusammenhang mit Verbrechen dargestellt werden. Es gibt demnach kein anderes soldatisches Handeln als nur Verbrechen. Die Beweislast wird umgekehrt, die Geschichte wird auf den Kopf gestellt. Die Mehrheit der deutschen Soldaten war aber an Kriegsverbrechen nicht beteiligt. Genau diesen Eindruck versucht die Ausstellung zu verwischen.

(Beifall bei der CDU. – Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Wenn Sie dann, liebe Frau Kollegin Bozok, mit Blick auf das von mir angesprochene Bild sagen, dieses Bild kommt an, dann will ich Ihnen einmal folgendes erwidern. Dieses Bild zeigt vier namenlose Soldaten. Wir wissen nicht, wie sie heißen, wir wissen nicht, woher sie kommen, wir wissen nicht, was sie getan haben. Das einzige, was man sieht: Sie haben eine Stange, und an dieser Stange sind gerupfte Hühner aufgehängt, daneben hängen aufgehängte Zivilisten. Vier namenlose deutsche Soldaten, daneben aufgehängte Zivilisten. Es sind zwar zwei Bilder, aber beide sind auf einer Wand zusammenmontiert. Deshalb sage ich Ihnen: Es geht nicht um die Institution Wehrmacht. Es geht darum, den einzelnen namentlich nicht benannten Soldaten als Verbrecher abzustempeln.

(Abg. Bozok (B 90/Grüne): Nein.)

(Abg. Müller)

Darum geht es in dieser Ausstellung. Das vermittelt diese Ausstellung. Ich kann Ihnen gerne die Historiker noch einmal zitieren, die ich vorhin schon zitiert habe. Ich kann Ihnen gerne noch mal den Präsidenten des Deutschen Historikerverbandes zitieren, ich kann Ihnen gerne Richard von Weizsäcker noch einmal zitieren. Wissen Sie, was das Schlimme an diesen Pauschalurteilen ist? Das will ich Ihnen dann auch sagen. Ich zitiere Ihnen noch einmal Helmut Schmidt.

(Abg. Schmitt (SPD): Komm, hör auf!)

Kollege Schmitt ruft dazwischen „Komm, hör auf.“ Das ist der Umgang mit diesem Thema in einigen Teilen dieses Hauses. Ich zitiere Helmut Schmidt: „Ich persönlich kann damit leben, wenn man mich - einer dieser 19 Millionen Soldaten - als Angehörigen einer verbrecherischen Organisation bezeichnet. Nur, das führt zu einer doppelten Reaktion. Zum einen kriegen die nachwachsenden Deutschen eine falsche Vorstellung von der deutschen Geschichte.“ Das bekommt jeder, der diese Ausstellung besucht: eine falsche Vorstellung von der deutschen Geschichte. Ich zitiere weiter: „Das halte ich schon für sehr gefährlich.“ Kollege Schmitt ruft dazwischen „So ein Quatsch“. Ich will es nur gerne über das Mikrophon wiederholen, damit man auch an dieser Stelle sieht, wie man sich damit auseinandersetzt.

(Zuruf des Abgeordneten Braun (SPD).)

Ich zitiere weiter Helmut Schmidt: „Ich hatte mal einen Freund, Wolfgang Döring (FDP), früh gestorben in den sechziger Jahren. Der hat mich damals schon gewarnt, ich sollte doch aufpassen, daß ich nicht der nachwachsenden Generation die deutsche Geschichte als ein einziges Verbrecheralbum vorführe, und er hat auch recht gehabt. Die andere Reaktion ist, daß man Leute in eine Ecke treibt, wo sie anfangen, sich vehement dagegen zu wehren. Das halte ich für ganz besonders gefährlich. Nationalismus stirbt nicht aus.“

Das ist genau das Problem. Durch die Unmäßigkeit der Verurteilung in dieser Ausstellung leiste ich keinen Beitrag zur Versöhnung mit unserer Geschichte. Im Gegenteil, ich baue neue Fronten auf. Ich polarisiere, ich treibe neue Gegensätze nach oben. Deshalb sagen wir, und dabei bleibt es: Diese Ausstellung ist kein angemessener Beitrag zur Aufarbeitung der deutschen Geschichte. Die Pflicht des Erinnerns beinhaltet die Pflicht zur Wahrhaftigkeit, und die Pflicht zur Wahrhaftigkeit beinhaltet die Pflicht zur Vollständigkeit. Diese Ausstellung ist nicht vollständig. Sie generalisiert einen einzelnen Aspekt. Deshalb ist sie nicht Aufarbeitung der Geschichte, sie baut neue Fronten auf. Das kann nicht hingenommen werden, das muß kritisiert werden. Das ist unsere Aufgabe, und diese Aufgabe nehmen wir weiter wahr.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Kasper:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Peter Gillo.

Abg. Gillo (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte heute und die Ausstellung, über die wir reden, stellen die Frage, in welcher Weise, in welchem Umfang und in welchem Grad der Intensität die Wehrmacht als Ganzes, einzelne Truppenteile und vielleicht auch jeder einzelne verstrickt war in das System nationalsozialistischer Terrorherrschaft und verstrickt war in diesen Feldzug, in diesen Vernichtungskrieg, dem Millionen von Menschen zum Opfer gefallen sind. Bei der Debatte heute und auch bei der Ausstellung ist deutlich geworden - das wird, glaube ich, von niemandem bestritten -, daß die Wehrmacht nicht nur Instrument und schon gar kein Instrument wider Willen der nationalsozialistischen Herrschaft gewesen ist, daß sie nicht nur Stütze des Eroberungs- und Vernichtungsfeldzuges im Osten gewesen ist, sondern daß sie darüber hinaus auch aktiver Teil, daß sie Träger der nationalsozialistischen Ideologie und Träger der menschenverachtenden grausamen und die Menschen entwürdigenden Rassenideologie und des Rassenhasses gewesen ist, der letztlich zur weit-

gehenden Entthemmung großer Teile der Wehrmacht und vieler Beteiligten geführt hat, ohne die die vielen Massaker im Osten Europas überhaupt nicht möglich gewesen wären.

In der Ausstellung und im Begleitband finden sich Originaldokumente, die die Auffassung widerlegen, alle die grausigen Ereignisse, die in der Ausstellung gezeigt werden, seien das Werk weniger Truppenteile oder seien gar nur das Werk von Einzeltätern. Ich will zwei solcher Dokumente hier zitieren. Es war die Rede vom sogenannten Kommissarerlaß. Wenn er hier angesprochen wird, möchte ich gerne einmal aus diesem sogenannten Kommissarerlaß zwei Zeilen zitieren, und zwar aus einem offiziellen Brief, aus einer offiziellen Mitteilung an die Truppe, Nr. 116, herausgegeben vom Oberkommando der Wehrmacht im Juni 1991. Entschuldigung, im Juni 1941. Ich bitte Sie, gut zuzuhören. „Es heiße“, so steht es dort, „Tiere beleidigen, wollte man die Züge dieser zu einem hohen Prozentsatz jüdischen Menschenkinder tierisch nennen.“ Es geht um die sogenannten politischen Kommissare in den Einheiten der Roten Armee. Ich wiederhole: „Es heiße, Tiere beleidigen, wollte man die Züge dieser zu einem hohen Prozentsatz jüdischen Menschenkinder tierisch nennen.“

Der Kommissarerlaß war keine Ausnahme. Ich zitiere aus einem anderen Dokument, Gerald Reinecke, Chef der Abteilung Kriegsgefangene des Oberkommandos der Wehrmacht. Er beklagt Sabotage, Zersetzungspropaganda, Brandstiftung der gegnerischen bolschewistischen Soldaten, und dann: „Dadurch hat der bolschewistische Soldat jeden Anspruch auf Behandlung als ehrenhafter Soldat und nach dem Genfer Abkommen (über die Behandlung von Kriegsgefangenen) verloren. Rücksichtsloses und energisches Durchgreifen bei den geringsten Anzeichen von Widersetzlichkeit, insbesondere gegenüber bolschewistischen Hetzern, ist daher zu befahlen. Wer zur Durchsetzung eines gegebenen Befehls nicht oder nicht energisch genug von der Waffe Gebrauch macht, macht sich strafbar.“ Fumm, Chef der Abteilung Kriegsgefangene des Oberkommandos der Wehrmacht.

Es ist bekannt bei uns hier im Saarland, daß Hunderttausende von deportierten Kriegsgefangenen und deportierten Zivilistinnen und Zivilisten aus dem Osten Europas auch hier im Saarland im Lauf des Krieges eingesetzt waren. Das waren die sogenannten Röchling-Transporte, von denen heute noch viele Menschen reden, von denen mag jeder schon einmal gehört haben. Allein im Jahr 1944 waren zwischen 60.000 und 70.000 Kriegsgefangene insgesamt als Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der saarländischen Wirtschaft beschäftigt. Das ist nur ein kleiner Beitrag zu dem, wie auch das Saarland damals in das Unrecht verstrickt war, das diesen Menschen widerfahren ist.

Vielleicht noch eine kleine Information dazu, wozu solche rassenideologischen und rassistischen Positionen geführt haben. Während von den amerikanischen und britischen Kriegsgefangenen ein relativ geringer Prozentsatz in der Kriegsgefangenschaft gestorben ist - bei den einen waren es drei, bei den anderen sechs Prozent -, waren es von den russischen Kriegsgefangenen mehr als fünfzig Prozent. Man kann das ja machen, als bolschewistische Untermenschen haben sie, wie wir gerade gehört haben, eh kein Recht darauf, behandelt zu werden wie Kriegsgefangene nach der Genfer Konvention.

Gut, jetzt wird gesagt: Die Ausstellung ist einseitig, weil sie eine andere Seite, die es auch in der Wehrmacht gegeben hat, nicht darstellt oder nicht aufgreift. Ich will einmal ein Beispiel für die andere Seite nennen, die auch in einem von Dr. Werner Brill als Begleitband zur Ausstellung herausgegebenen Buch hier dokumentiert ist. Es geht um eine Handlung, die mich sehr fasziniert, von einem Abwehroffizier namens Helmut Großkurt - ich weiß nicht, ob ich es richtig ausspreche -, der nach einem Massaker an der Bevölkerung im ukrainischen Belaja Tserkow, wo einige tausend Menschen massakriert worden sind und wo neunzig Säuglinge und Kinder überlebt haben, sich der Anweisung widersetzt hat, dafür zu sorgen, daß diese neunzig Säuglinge und Kinder ebenso exekutiert werden. Er hat seiner Einheit den Befehl gegeben, diesen Befehl sozusagen nicht umzusetzen. Es gab damals Konflikte mit

(Abg. Gillo)

der SS. Er hat versucht, die neunzig Kinder zu retten. Es war ein mehr als ehrenwerter Versuch. Die SS hat sich damals leider durchgesetzt. Die neunzig Kinder wurden erschossen.

Das ist ein Beispiel dafür, daß Gott sei dank nicht alle Wehrmachtsangehörigen Befehle unkritisch angenommen und umgesetzt haben. Das ist auch gut so.

(Zuruf des Abgeordneten Presser (CDU).)

Denn sonst wäre das, was wir in der Ausstellung sehen und was wir in den vielen Dokumenten wahrnehmen können, für jeden von uns völlig unerträglich.

Dieses heroische Beispiel bedeutet aber doch nicht, daß wir uns nicht insgesamt mit der Rolle der Wehrmacht auseinandersetzen müssen, und zwar in einer so differenzierten Weise, wie es beispielsweise der Ministerpräsident des Saarlandes heute und bei der Ausstellungseröffnung getan hat. Wenn hier mit einer, wie ich finde, ignoranten Haltung nicht wahrgenommen wird, was eigentlich das Ziel, die Intention und die Grundaussage dieser Ausstellung ist – nämlich daß es um die Verbrechen der Wehrmacht im Rahmen eines Vernichtungsfeldzugs in den Jahren 1941 bis 1944 geht und um die Verbrechen „von“ und nicht „der“ Soldaten –, und wenn hier zehnmal gesagt wird, es gehe nicht darum, alle Wehrmachtsangehörigen pauschal als Mörder zu bezeichnen, dann, muß ich sagen, verstehe ich es einfach nicht mehr, wenn Sie sich konstant und boshaft weigern, die Intention der Veranstalter in dieser Frage überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der SPD.)

Sie erheben den Vorwurf, die Ausstellung sei unwissenschaftlich, unhistorisch und bewußt diffamierend, indem sie alle Wehrmachtsangehörigen als Verbrecher und Mörder abstempelt.

(Zurufe von der CDU.)

Sie nehmen andererseits die Grundaussagen dieser Ausstellung nicht zur Kenntnis.

(Weitere Zurufe von der CDU.)

Das ist die Grundaussage meiner Presseerklärung vom 9. März dieses Jahres gewesen. Damals habe ich der Saarbrücker CDU vorgeworfen, mit der Anzeige habe sie gezeigt, daß sie nicht dazu bereit sei, sich mit der Ausstellung und ihren Grundaussagen sowie mit den Intentionen der Aussteller auseinanderzusetzen. Ich frage Sie: Zeigt sich diese Weigerung nicht eigentlich auch schon darin, daß sich weder der Fraktionsvorsitzende der CDU im saarländischen Landtag noch irgendein anderer Vertreter die Mühe gemacht hat, bei der Eröffnungsveranstaltung, in der der Ministerpräsident als Schirmherr geredet hat, in der auch der von Ihnen zitierte Herr Heer und mehrere andere Personen geredet haben, sich das anzuhören, was dort gesagt wurde, und sich damit auseinanderzusetzen? Es wäre schön gewesen, wenn Sie damals dabei gewesen wären. Vielleicht hätte sich dann auch die eine oder andere Anzeige erübrigt.

(Zurufe der Abgeordneten Beck (CDU) und Presser (CDU). – Abg. Müller (CDU): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

Ja bitte.

Abg. Müller (CDU):

Herr Kollege Gillo, Sie werden am Montag dieser Woche im „Spiegel“ zitiert. Ich darf Ihnen das Zitat kurz vorhalten, weil ich danach fragen möchte. Es heißt dort zunächst: „Kajo Breuer, Vorsitzender der Grünen-Fraktion im Saarbrücker Stadtrat, bezichtigt die Union, mit Diffamierungen, Verdrehungen und bewußten Mißverständnissen das Klima vergiftet zu haben.“ Dann heißt es: „Vor diesem Hintergrund – so der Vorwurf des SPD-Landtags-

abgeordneten Peter Gillo – hätten sich die Täter geradezu ermuntert fühlen können.“ Ich frage Sie: Ist dieses Zitat richtig, und stehen Sie zu ihm?

Abg. Gillo (SPD):

Ich habe in meiner Erklärung unter anderem auch festgestellt, daß der Anschlag in einer für bundesrepublikanische Verhältnisse ungewöhnlichen und extrem emotionalisierten Atmosphäre stattgefunden hat.

(Abg. Vogtel (CDU): Ist das Zitat richtig? – Zuruf von Ministerpräsident Klimmt.)

Darf ich das bitte einmal zu Ende führen? – Ich habe dann gesagt, daß vor dem Hintergrund dieser Atmosphäre die Täter sich geradezu ermuntert fühlen müßten. Von der CDU steht in diesem Abschnitt kein Wort. Ich gebe Ihnen gleich meine gesamte Erklärung. Sie ist auch an die Presse verteilt worden. Niemand, der nichts Böswilliges tun will, kann daraus ableiten, daß ich Ihnen, Herr Müller, oder der CDU vorgeworfen hätte, sie sei an dem Anschlag als geistiger Urheber beteiligt.

(Zurufe von der CDU.)

Ich bitte Sie, die Erklärung, die ich Ihnen gleich gebe, zur Kenntnis zu nehmen, und zwar in ihrer vollen Länge. Das ist alles, was ich derzeit zu dieser Angelegenheit hier zu sagen habe.

(Weitere Zurufe von der CDU.)

Wenn wir jetzt darüber reden, ob nicht alle Parteien hier im saarländischen Landtag die gleiche Resolution verabschieden könnten, die in Niedersachsen verabschiedet wurde, möchte ich Ihnen – gerade weil Sie sagen, die Ausstellung sei einseitig und sollte in einen Gesamtkontext eingeordnet werden – den Kernsatz unseres Antrages noch einmal vorlesen und Sie, nachdem Sie zugehört haben, bitten, doch zuzustimmen. Der Kernsatz lautet: „Der Landtag des Saarlandes hofft, daß sich auch weiterhin die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere junge Menschen, in der Ausstellung und auf Begleitveranstaltungen darüber informieren, daß für eine umfassende Bewertung des Verhaltens deutscher Soldaten im Vernichtungskrieg die Einbettung in die damalige politische und zeitgeschichtliche Situation unverzichtbar ist. Zur Gesamtbewertung gehört auch das wichtige Kapitel des Widerstandes von Wehrmachtsangehörigen gegen Hitler.“ Das ist also das, was Sie nach Ihrer Auffassung an dieser Ausstellung vermissen.

(Zurufe der Abgeordneten Beck (CDU) und Vogtel (CDU).)

Präsident Kasper:

Das Wort hat der Abgeordnete Peter Gillo.

Abg. Gillo (SPD):

Können Sie denn nicht angesichts dieser Kernaussage über Ihren Schatten springen und diesem Text, dem auch die CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag zugestimmt hat, ebenfalls Ihre Zustimmung geben? Vielleicht kämen wir dann, was die sachliche Debatte über diese Ausstellung angeht, ein gutes Stück weiter.

Jetzt übergebe ich Ihnen noch das Original meiner von Ihnen zitierten und geprügelten Presseerklärung. – Bitte schön.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Kasper:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Wir kommen zuerst zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Landtagsfraktion. Es ist beantragt worden, über die drei Punkte, über die zu beschließen ist, Einzelabstimmung durchzuführen.

(Präsident Kasper)

Ich komme zur Abstimmung über Punkt 1 des CDU-Antrags. Wer für die Annahme dieses Punktes ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer möchte sich der Stimme enthalten? - Ich stelle fest, daß Ziffer 1 des CDU-Antrages einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu Ziffer 2 des CDU-Antrags. Ich bitte, darüber abzustimmen. Wer der Ziffer 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, daß Teil 2 des CDU-Antrags abgelehnt ist.

Wir kommen zur Abstimmung über Punkt 3 des Antrags der CDU-Fraktion. Ich bitte um Abstimmung. Wer für die Annahme von Punkt 3 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, daß Teil 3 des CDU-Antrags angenommen ist.

(Ministerpräsident Klemm: Bei Nichtbeteiligung der SPD-Fraktion an der Abstimmung.)

Bei Nichtbeteiligung der SPD. So ist es im Protokoll richtig vermerkt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Landtagsfraktion und der Bündnis 90/Die Grünen-Landtagsfraktion. Ich verweise auf die Drucksache 11/1969. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, daß dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen ist.

Zum Verfahrensstand eine kurze Bemerkung. Wir werden jetzt die Sitzung unterbrechen. Ich mache darauf aufmerksam, daß interfraktionell vereinbart wurde, daß die Punkte 8 und 15, in denen es um den Autostandort Saarland geht, von der Tagesordnung abgesetzt sind. Die Beratung wird in der nächsten Sitzung nachgeholt. Wir setzen nach der Unterbrechung die Sitzung fort mit den Punkten 9 und 10 der Tagesordnung. Da geht es um Zweisprachigkeit in den Kindergärten.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15.15 Uhr.

(Die Sitzung wird von 14.04 Uhr bis 15.18 Uhr unterbrochen.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort und kommen zu den Punkten 9 und 10 der Tagesordnung:

Beschlußfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend konsequente Förderung der Zweisprachigkeit in Kindergärten und Schulen (Drucksache 11/1941),

Beschlußfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Förderung der Zweisprachigkeit in Kindergärten (Drucksache 11/1952).

Zur Begründung des Antrages der CDU-Landtagsfraktion erteile ich das Wort Frau Monika Beck.

Abg. Beck (CDU):

Frau Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich empfinde es als normal, daß die Landesregierung und die SPD jetzt durch die Lande ziehen und behaupten, sie hätten die Zweisprachigkeit entdeckt. Der Kollege Leinen, der noch nicht da ist, sagt immer wieder, die SPD ist für Zweisprachigkeit. Ich kann es nur begrüßen, obwohl es natürlich, wenn man fair miteinander umginge,

(Zurufe von der SPD)

schon in Ordnung wäre, wenn man darauf hinweisen würde, daß dies eine Initiative von uns war. Herr Kollege Portz, Sie gehören diesem Ausschuß gar nicht an, in dem das besprochen wurde. Was

glauben Sie, wie lange es gedauert hat, bis wir die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses zur Tränke getragen hatten. Aber gut, Schwamm drüber. Die Ministerin hat 28 Kindergärten eingerichtet. Ich möchte noch einmal sagen, daß dies von der Auswahl der Kindergärten her vernünftig erfolgt ist, weil sie gemeinsame Grundschuleinzugsbereiche haben.

Aber, Frau Minister Wackernagel-Jacobs, was ich beim Besuch verschiedener Kindergärten, die zweisprachig eingerichtet sind, erleben mußte, läßt zwei Schlüsse zu. Entweder es interessiert Sie nicht, bzw. Ihr Haus interessiert sich nicht dafür, und Sie können nicht kontrollieren, welche Arbeit dort geleistet wird, oder - was das Fatalere wäre - die Landesregierung will, daß das Projekt zum Scheitern verurteilt ist.

Ich muß noch einmal auf zwei Dinge hinweisen. Die Voraussetzung für den Erfolg dieser zweisprachigen Kindergärten ist: Wir brauchen eine Muttersprachlerin, die mit den Kindern nur in Französisch kommuniziert, und wir brauchen in dem Eintauchen in die französische Sprache genügend Zeit für die Kinder. Ich mußte mit Entsetzen feststellen, daß es Einrichtungen gibt, in denen Muttersprachlerinnen eingestellt sind, die mir erzählen, daß sie mit den Kindern sowohl in Deutsch als auch in Französisch kommunizieren. Dann ist dieses ganze Projekt von Anfang an tot. Wenn die Kinder erleben, daß diese Französin ihre eigene Muttersprache versteht, ist das ganze Engagement, das dieses Projekt zum Erfolg führt, daß nämlich die Kinder versuchen, mit der Erzieherin in einer Sprache zu kommunizieren, von der sie glauben, daß es die einzige Sprache ist, die die Erzieherin versteht, zum Scheitern verdammt.

Sie haben - ich will das nicht im einzelnen bewerten - in Ihrem Ministerium eine Personalentscheidung getroffen, die ich nur dahingehend zu kritisieren habe, daß die eigentliche Identifikation dieser Person in ihrer Erfahrung mit der interkulturellen Erziehung liegt. Das, was wir mit Liedchensingen, mit Bildchenanmalen, mit Deutsch und Französisch gemischt in den früheren Kindergärten wie in diesem Kindergarten in Kleinblittersdorf erlebt haben. Ich habe den Eindruck, daß diese Person, die Sie zur Betreuung eingesetzt haben, nicht diese Überzeugung hat, daß es nur einen Weg gibt, der zur Zweisprachigkeit führt.

Hinzu kommt, daß ich bei meinen Besuchen erfahren mußte, daß teilweise das Ministerium überhaupt noch nicht vor Ort war. Sie lassen dort die Träger allein, Sie lassen die Erzieherinnen allein. Sie lassen die Vorschulausschüsse, die Eltern allein. Ich bin mittlerweile in einer Situation, in der ich gebeten werde, in diese Einrichtungen zu kommen und dort Informationsarbeit zu leisten. Frau Minister, ich brauche doch als Opposition keine Regierungsarbeit zu machen! Das müssen Sie wirklich selber tun.

(Beifall bei der CDU. - Zurufe von der SPD.)

Ich danke Ihnen, daß Sie sagen, daß es unglaublich ist. Es kann nicht sein, daß wir Ihnen das Konzept liefern, daß wir die Überzeugungsarbeit bei den Eltern und den Erzieherinnen leisten, und dann sind Sie noch nicht einmal in der Lage, das umzusetzen und es zu begleiten. Das ist wirklich unglaublich. Ich danke Ihnen für die Unterstützung, die Sie der Opposition als Mitglied der SPD-Fraktion gewähren.

(Beifall bei der CDU.)

Frau Minister, Sie müssen jetzt wirklich in die Gänge kommen. Ich weiß wohl, daß Sie jetzt zu einem Treffen eingeladen haben, zu einem Symposium mit Erzieherinnen von einer Montessori-Schule in Paris. Das ist alles prima. Ich nehme an, der Hintergrund ist, daß Sie diesen französischen Erzieherinnen unser deutsches Betreuungssystem ein bißchen näherbringen wollen. Aber Sie dürfen doch nicht vergessen, daß die Zweisprachigkeit nach bestimmten Kriterien vermittelt werden muß, sonst ist sie nicht erfolgreich. Deshalb fordere ich Sie heute von dieser Stelle aus auf, wirklich sich selbst einzubringen und zu schauen, daß die Erzie-

(Abg. Beck)

herinnen, sowohl die deutschen wie auch die französischen, die in den Einrichtungen arbeiten, von Ihnen und Ihrem Ministerium begleitet werden.

Ich mußte mir von der ehemaligen Vorsitzenden der Wirtschaftsjunioren in einer Presseberichterstattung vorhalten lassen, daß die CDU in der Person eines CDU-Bürgermeisters gegen dieses Projekt sei und daß die SPD sich dafür einsetze. Sie und andere Eltern wollen also, daß ein weiterer Kindergarten zweisprachig eingerichtet wird. Ich habe mehrere Anfragen von weiteren Kindergärten, die daran interessiert sind, unabhängig von dem finanziellen Hintergrund. Es gibt dort auch Elterninitiativen, die möglicherweise bereit sind, sich finanziell zu engagieren. Dann stellt sich die Frage, wo wir französische Muttersprachlerinnen finden, die als Erzieherinnen in den Einrichtungen tätig werden können.

Ich habe Sie vor vielen, vielen Monaten von dieser Stelle aus aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß in Ihrem Ministerium eine Stelle eingerichtet ist, die aktiv die Anwerbung, die Bewerbung von französischen Muttersprachlerinnen betreiben kann und die einen Pool vorhält, der bei Bedarf abgerufen werden kann.

Vor kurzem war ich mit Kollegen beim Landesarbeitsamt und habe dort das Problem angesprochen. Ich wurde dann zurückgerufen und mußte mir sagen lassen, daß es dort eine Kartei offener Stellen für Erzieherinnen gibt. Natürlich wurde nicht abgefragt, welcher Sprachhintergrund vorhanden ist. Man hat mir dann empfohlen, um weiterzukommen, ich solle doch in der Zeitung einen Aufruf lancieren und werben dafür, daß sich solche Erzieherinnen melden. Auch hier, Frau Minister: Das ist Ihre Aufgabe. Das ist nicht die Aufgabe einer Abgeordneten der Opposition. Ich erwarte von Ihnen, daß Sie uns nachher genau Antwort geben, was Sie getan haben, was Sie zu tun gedenken und ob Sie eine Möglichkeit sehen, hier in Zukunft weiterzukommen.

Ich habe vorhin gesagt, wir haben 28 Kindergärten. In drei Jahren verlassen diese Kinder ihre Einrichtung. Bis dahin – so ist es im Elsaß und in Sarreguémès, wie wir alle gemeinsam feststellen konnten, Herr Kollege Leinen – sollten diese Kinder, wenn sie richtig betreut werden, wie es das Projekt ABCM seit zehn Jahren erfolgreich macht, alles in Französisch verstehen können.

Wenn Sie es aber so machen, wie ich es jetzt in den Einrichtungen erleben mußte, dann werden wir Kinder haben, die drei Liedchen singen können und in Französisch blau von rot unterscheiden können. Das erste, was Sie jetzt machen müssen, ist, daß Sie dafür sorgen, daß diese Kinder, die jetzt in den Einrichtungen sind, so in Französisch betreut werden, daß sie in die Lage versetzt werden, wie das im Elsaß, in Lothringen und im Baskenland der Fall ist, daß sie die andere Sprache komplett verstehen.

(Beifall bei der SPD.)

Und dann, lieber Herr Schulminister Wittling, erwarte ich, daß Sie in den Grundschulen nicht, wie es bei der Frau Minister noch im Kopf herumspukt, weil sie es vor einiger Zeit hier ausgeführt hat, eine Stunde hinterher, wenn die Kinder keinen Unterricht haben, sie noch in Französisch betreuen lassen oder daß Sie vielleicht, was ich Ihnen leider unterstellen muß, weil das bisher das Konzept der Landesregierung war, einmal in der Woche Französisch ab der dritten Klasse anbieten, vermittelt von saarländischen Lehrern. Wenn Sie das im Hinterkopf haben, Herr Minister, sage ich Ihnen eines: Dann werde ich die Eltern mobilisieren, daß Ihnen Hören und Sehen vergeht.

(Zurufe.)

Ja, das kann ganz gefährlich werden. Fragen Sie einmal die Kollegen meiner Fraktion. Die wissen, daß das gar nicht so einfach ist, Herr Kollege Schmitt.

(Abg. Schmitt (SPD): Ich habe keinen Ton gesagt!)

Wirklich nicht? – Dann bitte ich um Entschuldigung. Aber da Sie ja sonst immer der größte Bläffer hier im Saal sind, habe ich natürlich gedacht, Sie wären es auch diesmal wieder. Ich nehme das zurück. Wenn es ein anderer Kollege war, der hier gebrüllt hat, dann entschuldige ich mich bei Ihnen. Diesmal waren Sie es nicht, warten wir auf ein andermal. – Herr Minister, Sie müssen ab der ersten Klasse Sachunterricht – –

(Zuruf.)

Es hat sich erwiesen, daß Rechnen ein günstiges Fach ist, daß die Fächer Sachunterricht, Geographie, Biologie oder Naturkunde, wie man das nennt, in französischer Sprache unterrichtet werden können. Kommen Sie mir nicht mit der abstrusen Idee, den Kindern ab der ersten Klasse ein- oder zweimal die Woche Französischunterricht anzubieten. Dann haben Sie nämlich nichts, aber auch gar nichts begriffen. Und dann sind Sie mit daran schuld, wenn wir hier nicht endlich zu einer Sprachkompetenz und damit zu einer europäischen Kompetenz kommen, mit der der neue Ministerpräsident sich immer schmückt.

Nun weiß ich ja, daß Sie nicht untätig waren. Ich weiß zum Beispiel aus einem Gespräch, das ich mit dem Präsidenten des Conseil général, Monsieur Leroy, führen durfte, daß schon Gespräche stattfinden. Ich habe vorgestern erfahren, daß das Departement Moselle bereit ist, zusätzliche finanzielle Mittel in die Hand zu nehmen, um französische Erzieherinnen oder Lehrerinnen einzustellen. Was ich Ihnen aber nicht zutraue ist, daß Sie wirklich in der Lage sind, in dem Zeitraum von zweieinhalb Jahren – und nur noch so viel Zeit haben wir – einen Austausch hinzubekommen, der es ermöglicht, daß auch saarländische Lehrerinnen für eine gewisse Zeit nach Frankreich gehen und sich zur Verfügung stellen, um dort in französischen Ecoles maternelles zu unterrichten. Denn die Töne, die ich aus dem Ministerium von Ihren Beamten höre, die sie teilweise auch in Publikationen äußern, daß es sehr schwierig sein wird, die saarländischen Lehrerinnen und Lehrer davon zu überzeugen, einen solchen Austausch freiwillig zu machen, wenn Sie diesen Weg ernsthaft versuchen wollen, dann ist er zum Scheitern verurteilt. Sie müssen bei Neueinstellungen darauf achten, daß in den Arbeitsverträgen eine Klausel enthalten ist, daß bei Neueinstellungen eine Austauschverpflichtung unter Berücksichtigung der familiären Situation bewerkstelligt wird. Ich bitte Sie also beide ganz herzlich, bringen Sie in Ordnung, daß die Kindergärten, die zweisprachig sind, ordentlich betreut werden, und tummeln Sie sich, Herr Minister, daß Sie in zweieinhalb Jahren in den Grundschulen einen Austausch hinbekommen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Zur Begründung des Antrages der SPD-Landtagsfraktion erteile ich das Wort Frau Abgeordneten Irntraud Engeldinger.

Abg. Engeldinger (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sprachkompetenz ist für ein Land im Herzen Europas unverzichtbar. Wegen der unmittelbaren Nachbarschaft zu Frankreich kommt dem Erlernen der französischen Sprache im Saarland schon immer besondere Bedeutung zu. Hier im Hause besteht auch Einigkeit darüber, daß es von Vorteil ist, wenn bereits im frühen Kindesalter mit Zweisprachigkeit begonnen wird. Zuletzt haben wir vor einem halben Jahr die Förderung der Zweisprachigkeit behandelt. Wir verabredeten uns einstimmig, daß wir die Thematik in den Ausschüssen ausführlich behandeln und die weitere Entwicklung mit begleiten wollen. Die Arbeit im Ausschuß ist nicht öffentlichkeitswirksam. Nur so kann ich es mir erklären, daß Sie, Frau Beck, den Antrag vom September heute wiederholt haben. Sie interessiert anscheinend nicht, daß wir im Ausschuß verabredet haben, daß wir uns zunächst von den zweisprachigen Einrichtungen informieren lassen wollen, um daraus die Schlüsse zu ziehen, die für unsere weitere Vorgehensweise notwendig sind. Bevor die zweisprachigen Kindergärten uns ihre Erfahrungen berichten können, müssen sie erst Erfahrung sammeln.

(Abg. Engeldinger)

Frau Beck, Ihre Schwarzmalerei kann ich nicht teilen. Auch ich habe Einrichtungen besucht, und diese entsprachen den Vorstellungen, die durch die Kriterien der Landesregierung festgelegt wurden. In unserem Antrag vom Oktober 1997 hatten wir eine Art Bestandsaufnahme gemacht. Es wurde eine Vielzahl von Aktivitäten aus den letzten Jahren aufgelistet, die das Erlernen der französischen Sprache fördern. Damals war der Landtag der Ansicht, daß die bestehenden Angebote weiterzuentwickeln sind und daß auch neue Wege beschritten werden müssen. Und genau dies ist geschehen. 28 Kindertageseinrichtungen im Saarland streben Zweisprachigkeit an, 18 Einrichtungen führen ihre interkulturellen Projekte fort. Das heißt, bereits heute leisten 10 Prozent der saarländischen Kindergärten einen wichtigen Beitrag zur Europäisierung in der Saar-Lor-Lux-Region.

Das Konzept zweisprachige Kindergärten, das von dieser Landesregierung ins Leben gerufen wurde, erscheint der SPD-Fraktion vielversprechend, denn die Fähigkeit, Sprachen zu lernen, ist in der frühen Kindheit besonders groß. Ein Kind das spielerisch und selbstverständlich Französisch lernt, wird sich leicht tun, wenn weitere Fremdsprachen gefordert sind. Multikulturalität in der Kindheit wird helfen, Vorurteile gegenüber fremden Kulturen und Völkern erst gar nicht aufkommen zu lassen. Von diesem Konzept ist uns bekannt, daß alle Beteiligten davon überzeugt sind: die Eltern, die Kindergartenteams und die Träger. Das ist die Erfahrung, die zumindest ich gemacht habe.

Die Landesregierung hat ihrerseits die Weichen für eine Weiterentwicklung des gut angenommenen Konzeptes gestellt. In den zweisprachigen Kindergärten sollen im Rahmen der gesetzlichen Personalisierungsmöglichkeiten dauerhaft mehr französischsprachige Fachkräfte eingesetzt werden. Und für die dreijährige Anlaufphase fördert das Land die zunächst zusätzlichen Fachkräfte mit 65 Prozent der anfallenden Personalkosten und übernimmt damit, über seinen gesetzlich festgelegten Anteil hinaus, auch die Kosten für Eltern und Träger. Die restlichen 35 Prozent tragen die jeweiligen Landkreise und der Stadtverband Saarbrücken. Das Land stellt somit jährlich zusätzlich 1,4 Millionen DM zur Verfügung. Mittelfristiges Ziel ist, während oder spätestens nach der Anlaufphase die französischsprachigen Fachkräfte dauerhaft in die personelle Normalbesetzung einzubringen.

Voraussetzung für die Aufnahme in den nun festgelegten Kreis der zweisprachigen saarländischen Kindergärten war zum einen der Wunsch der Träger, an diesem Projekt teilzunehmen, aber auch ein entsprechender Spielraum in der personellen Ausstattung. Ein weiteres Auswahlkriterium war die Konzentration der Standorte auf Einzugsbereiche von Grundschulen, um für die Zukunft Weiterführungschancen zu eröffnen. Die Auswahl der Standorte ist in allen Fällen in enger Abstimmung mit den Beteiligten erfolgt.

Zur Fortführung der Zweisprachigkeit in der Grundschule hatte Ministerin Wackernagel-Jacobs bei der Debatte im September bereits ihre Vorstellungen sehr ausführlich definiert. Damit ist klar gestellt, daß Möglichkeiten entwickelt werden, die die Angebote zur Zweisprachigkeit im Kindergartenbereich ab der ersten Grundschulklasse fortführen. Wie die Entwicklung darüber hinaus weitergeht, wie es im CDU-Antrag gefordert ist, darüber brauchen wir heute noch nicht zu reden. Der CDU sagt das saarländische Konzept offensichtlich so gut zu, daß sie es flächendeckend fordert. Dies betrachten wir zunächst als ein Kompliment an die Landesregierung.

(Zurufe von der CDU und Lachen.)

Die Beteiligung der Träger, der Eltern und der Landkreise kommt im Antrag der CDU überhaupt nicht vor. Ziel der Landespolitik muß es allerdings sein, im Einvernehmen mit den Eltern und den Einrichtungsträgern zu handeln. Dies gilt auch für den von uns gewollten Austausch von deutschen und französischen Erziehern

und Erzieherinnen. Damit das funktioniert, gehört zu diesem Austausch wie zum ganzen Konzept fachliche und organisatorische Unterstützung sowie pädagogische Betreuung.

(Abg. Beck (CDU): Das ist richtig. Wo ist sie?)

Die Möglichkeit des Austausches darf aus unserer Sicht nicht vernachlässigt werden. Auf Grund der unterschiedlichen Bildungssysteme dürfte es allerdings kein kurzer Weg sein. Fachliche und organisatorische Unterstützung ist auch notwendig für den weiteren Ausbau und die Vertiefung lebendiger Partnerschaften mit französischen Vorschuleinrichtungen. Diese Partnerschaften sind unschätzbare Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches und der gegenseitigen Hospitation für Erzieherinnen und Erzieher. Gerade deshalb ist die Einrichtung einer Schulungsklasse mit Französinnen und Luxemburgerinnen zusammen an der Sozialpflugschule in Saarlouis von so großer Bedeutung.

Sie sehen, Kolleginnen und Kollegen von der CDU, auch nach unserer letzten Diskussion hier im Plenum war die Landesregierung weiter tätig. Entweder Sie wissen das nicht oder Sie wollen es nicht zur Kenntnis nehmen. Ihre Vorgehensweise nach der Methode Brechstange halte ich auf jeden Fall für den falschen Weg.

Der CDU-Antrag fordert nach wie vor die flächendeckende Einrichtung von zweisprachigen Kindergärten. Dies ist eine überzogene Forderung, sie geht an der Realität, der Akzeptanz vorbei.

(Abg. Beck (CDU): Du lieber Gott!)

Unabhängig davon, daß wir jeden Zwang beim Erlernen von Fremdsprachen im Kindergarten wie in der Grundschule für nicht hilfreich halten, übersehen Sie total, daß die Landesregierung nicht allein im Boot sitzt. Denn auch hier müssen die Träger der Kindertageseinrichtungen und der Grundschulen, die Landkreise und die Eltern in unseren Augen gleichberechtigte Partner sein und haben deshalb auch ein Wort mitzureden. Wir lehnen den Antrag der CDU ab.

(Abg. Beck (CDU): Es steht nichts drin, was in den Kommunen abgelehnt werden könnte.)

Meine Damen und Herren, Sprachkompetenz ist für eine erfolgreiche Berufstätigkeit im Saar-Lor-Lux-Raum ein wertvoller Standortfaktor und sollte von möglichst vielen Saarländerinnen und Saarländern erworben werden können. Mit unseren Vorstellungen der zweisprachigen Kindertageseinrichtungen haben unsere Kinder im Saarland die Chance, spielerisch Sprachlernvermögen zu erwerben. Das Konzept ist für die Region im Herzen Europas ein wichtiger Baustein im Standortwettbewerb. Wir sind somit auf dem richtigen Weg. Ich bitte Sie um die Zustimmung zum Antrag der SPD.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Gabriele Bozok.

Abg. Bozok (B 90/Grüne):

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema Zweisprachigkeit in Kindergärten entwickelt sich zu einem Dauerthema in unserer parlamentarischen Debatte. Ich kann es verstehen auf Grund der Ausführungen der Kollegin Beck, wenn nicht so umgesetzt wird, was das Parlament schließlich schon einmal beschlossen hat, wie es sein sollte. Das Argument mit Verweis in den Ausschuß, Frau Kollegin Engeldinger, greift insofern nicht, als im Ausschuß natürlich sehr vieles dahingeschleppt werden kann. Ich sehe auch nicht ein, warum Erfahrungen hier zuerst gemacht werden sollen; denn wir wissen doch alle, daß sehr positive Erfahrungen und übertragbare Erfahrungen aus dem Elsaß, aus Saargemünd und der Nachbarregion vorhanden sind.

(Zuruf der Abgeordneten Engeldinger (SPD).)

(Abg. Bozok)

Wir könnten also sehr wohl viel schneller und zielgerichteter Zweisprachigkeit in Kindergärten, und zwar in allen Kindergärten im Saarland haben. Wer will schon die Auswahl treffen! Niemand kann eine gerechte Auswahl treffen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU.)

Es ist ein wichtiges Thema, weil wir die Kinder dadurch kompetent machen in der Sprache des Nachbarlandes, gleichzeitig aber auch dazu befähigen, eine weitere Sprache viel leichter zu erlernen, als sie es ohne diese Kenntnisse könnten.

Ich will noch einmal kurz – vieles wurde schon gesagt – die Position der Grünen-Landtagsfraktion deutlich machen. Wie schon im Plenum im vergangenen September betont, halten wir es für richtig und hilfreich, Kindern so früh wie möglich den Zugang zu einer zweiten Sprache zu ermöglichen, in dem Fall zur Sprache des unmittelbar angrenzenden und nahen Nachbarlandes. Dazu gibt es auch kaum eine andere Position; ich habe in der gesamten Debatte bisher von nirgendwoher gehört, daß jemand sich dagegen sträubt, den Kindern sozusagen kinderleicht die Sprache des Nachbarlandes zu vermitteln. Warum es richtig und hilfreich ist, das zu tun, brauche ich deshalb nicht noch einmal auszuführen, das haben wir schon ausgetauscht.

In der Sache sind wir uns wohl auch alle einig. Über den Weg dahin sind wir durchaus unterschiedlicher Meinung. Wir haben es nicht für richtig gehalten, zusätzliches Personal und damit Geld in einige wenige Modellkindergärten zu stecken. Das führt zu Ungerechtigkeiten und könnte leicht als Alibi gebraucht werden – die Ausführungen von Frau Kollegin Engeldinger haben mich darin wieder bestärkt –, als Alibi nämlich bis zur nächsten Wahl, und dann hat es sich.

Die flächendeckende Versorgung mit Zweisprachigkeit in den Kindergärten ist das Ziel, da schließe ich mich den Ausführungen im CDU-Antrag durchaus an. Das Ziel Zweisprachigkeit kann nach meiner Auffassung klüger und kostengünstiger angegangen werden und damit auch das Ziel Flächendeckung schneller erreicht werden, und zwar durch den Austausch von Erziehern und Erzieherinnen mit den lothringischen Nachbarn und durch die zunehmende Einstellung von Französisch sprechenden Erziehern und Erzieherinnen da, wo neu eingestellt wird. Wir halten das nach wie vor für den richtigen Weg. Dieser Weg ist zwar weniger spektakulär und langsamer, führt aber nicht zu dem fatalen Gegenrechnen, wie in der Vergangenheit durchaus in den einzelnen Gemeinden und Kreisen geschehen.

Zum zweiten Punkt des CDU-Antrages; auch das war bereits in der Vergangenheit unsere Position. Die Sprachenkenntnisse, die im Kindergarten erworben werden, müssen natürlich konsequent in der Grundschule weiter ausgebaut und vertieft werden. Daran führt überhaupt kein Weg vorbei. Es ist albern, hier noch einmal darüber zu sprechen. Es ist einfach eine Aufgabe der Landesregierung, dies zu bewerkstelligen und zu zeigen, daß sie diese Aufgabe, diese Arbeit erledigt. Es geht also kein Weg daran vorbei, Unterricht in Französisch bereits in der ersten und zweiten Klasse der Grundschule anzubieten.

Allerdings soll auch hier der Unterricht möglichst spielerisch und ganzheitlich gestaltet werden, also so fortgesetzt werden, wie im Kindergarten angesetzt wurde. Der Presse war zu entnehmen, daß Minister Wittling durchaus in diese Richtung denkt. Wir möchten ihn ausdrücklich ermutigen und auffordern, möglichst bald zu Entscheidungen zu kommen, die Lehrpläne entsprechend anzupassen und uns im Parlament oder im Ausschuß dazu zu berichten.

Auf Grund der gemachten Ausführungen stimmen Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag der CDU-Fraktion zu. Dem Antrag der SPD-Fraktion wollte ich zunächst, weil er für mich durchaus positiv klang, auch zustimmen. Allein das von Frau Engeldinger Vorgetragene, also das Problem mit Flächendeckung, das Problem mit der Methode Brechstange kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

Von daher sind mir dann doch zu viele Fallen drin, wie ich auf Grund Ihrer Ausführungen gesehen habe. Aus dem Grunde werden wir dem Antrag der SPD-Landtagsfraktion nicht zustimmen können. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Hollinger:

Das Wort hat Frau Ministerin Wackernagel-Jacobs.

Ministerin Wackernagel-Jacobs:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist richtig, daß wir die letzte Debatte zu diesem Thema vor einem halben Jahr hier hatten. Ich kann auch gut verstehen, daß wir es noch einmal im Plenum diskutieren. Ich wäre aber auch einverstanden, bestimmte Details über die Umsetzung in einzelnen Kindergärten im Ausschuß zu diskutieren. Aber ich finde es auch in Ordnung, wenn wir hier diskutieren. Ich würde gerne die Gelegenheit wahrnehmen, zunächst ein paar Fakten darzustellen. Frau Beck, ich glaube, ich habe auch öffentlich immer ganz deutlich gemacht, daß es u.a. vor allem auch Ihr Engagement war, was das Thema vorangebracht hat. Ich habe das immer gewürdigt. Ich bin nie irgendwo aufgetreten und habe gesagt, das ist ganz allein mein Ding, ich habe mir das ausgedacht.

(Zuruf der Abgeordneten Beck (CDU).)

Sie haben sehr viel für dieses Thema getan. Es war der Abgeordnete Leinen, der nicht ganz so spektakulär, aber mindestens ebenso nachhaltig die Landesregierung zu diesem Thema sozusagen initiiert und geschoben hat. Von daher waren Sie beide es gemeinsam. Wir haben diese Anregung aufgegriffen und diesen Druck – diesen positiven Druck, ich nenne das wirklich ausdrücklich positiven Druck –, und wir haben uns für einen Weg entschieden. Wir haben uns nicht für den Weg entschieden, daß wir alle Erzieherinnen austauschen. Wenn Sie handeln müssen, sehen Sie die Dinge manchmal anders, als wenn Sie sie aus der Opposition heraus anregen. Sie müssen ganz pragmatisch erst einmal auch die Personen werben und finden, die Erzieherinnen werben, die für den Austausch bereit sind. Denn wir kommen gleich zu einem Problem, daß nämlich die Bereitschaft bei den deutschen, bei den saarländischen Erzieherinnen, diesen Austausch zu machen, gar nicht pauschal so groß ist, sondern wächst und wachsen muß.

Ich würde gerne an fünf Punkten die Fakten kurz benennen. Der erste Punkt ist die Frage der Personalisierung. Sie haben eben angesprochen, wir brauchen die Stellenvermittlung. Ich muß jetzt einfach auch öffentlich klarstellen, Frau Beck, von diesen 28 Einrichtungen haben 22 Einrichtungen voll personalisiert – ich habe die Listen hier, ich kann Ihnen die Listen mit Namen, mit den Muttersprachlerinnen, mit den Französisinnen geben; ich stelle sie Ihnen auch gerne im Rahmen des Ausschusses zur Verfügung –, jeweils ein oder zwei Stellen, je nachdem, wieviel sie haben wollten. 22 von 28 Einrichtungen haben voll personalisiert. Die 23. Einrichtung hat ihre Bewerbungsgespräche abgeschlossen und stellt zum 1. Mai ein. Das hat etwas damit zu tun, daß die Personen nicht früher verfügbar sind. Wir haben zwei weitere Einrichtungen, die in der Phase der Bewerbungsgespräche sind; das heißt, auch hier sind Anwärterinnen/Interessentinnen vorhanden. Wir haben drei Einrichtungen, die im Ausschreibungsverfahren sind.

Von daher, meine ich, muß man einfach doch zurechtrücken: Die Personalisierung gelingt, es hat nicht allzu viele Schwierigkeiten gegeben. Es ging zwar in der Tat langsamer, als Sie und ich es vielleicht erhofft haben. Aber es hat sich durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit und auch durch die Vermittlungshilfe im Ministerium durch das Fachpersonal, die versucht haben, Nachfrager und Anbieter zusammenzubringen, ergeben, daß nun wirklich bis auf zwei oder drei Einrichtungen, die im Ausschreibungsverfahren sind, alle voll personalisiert haben oder in den nächsten Wochen einstellen.

Zum Inhaltlichen. Die Reaktion auf die Inhalte ist absolut positiv. Ich würde gerne nach dem Plenum mit Ihnen darüber sprechen, in welchen Einrichtungen Sie waren und an welchen Detaileinrich-

(Ministerin Wackernagel-Jacobs)

tungen Sie Kritik haben. Ich werde jeder Kritik nachgehen; da haben Sie völlig recht. Aber ich will auch sehr deutlich sagen, daß das Fachpersonal und die eine zusätzliche Kraft, die wir eingestellt haben, zwar in der Vergangenheit interkulturelle Arbeit gemacht haben, aber daß die Konzepte, daß das Konzept, das Ihre Anregung war und das wir auch aufgegriffen haben, genau aus der Feder dieser Frau stammt, die absolut davon überzeugt ist: „Eine Person - eine Sprache“ ist das richtige Konzept. - Bitte.

Abg. Beck (CDU):

Können Sie uns sagen, wo Personal Ihres Ministeriums in wie vielen Einrichtungen, die zweisprachig eingerichtet sind, schon präsent und vor Ort war?

Ministerin Wackernagel-Jacobs:

Genau diese Frage habe ich auch gestellt.

(Zuruf.)

Die Zahl werde ich Ihnen sofort nachliefern, sie wird eruiert. Ich habe eine Tätigkeitsliste zusammenstellen lassen, was wir gemacht haben seit vergangenen Herbst oder seit dem Zeitpunkt vor einem halben Jahr. Ich nenne Ihnen jetzt nur einmal das Detail der Informations- und der Fortbildungsveranstaltung und der Gesprächskreise. Es begann im Oktober 1998. Damals waren es Träger, Leiterin und Erzieherin; es waren noch nicht die französischen personalisiert. Damals waren es siebzig Personen. Im November 1998 gab es eine zweite Veranstaltung bereits mit französischen Erzieherinnen. Damals waren es sechzig Teilnehmer.

(Abg. Beck (CDU): Wie viele Franzosen waren dabei?)

Das steht hier nicht, das liefere ich Ihnen im Ausschuß nach. - Im Januar haben wir eine Veranstaltung mit den Fachberatern der Träger gemacht; denn Sie müssen sehen, wir setzen nicht nur auf Einzelberatung - das machen wir auch -, wir setzen auch auf die Multiplikation durch die Fachberatung, denn dafür haben wir ja die Fachberatung und dafür wollten wir sie ja auch. Also fanden wir es richtig und notwendig, mit allen Fachberatern und Fachberaterinnen der einzelnen Träger eine Veranstaltung zu machen. Die war im Januar und hatte fünfzehn Teilnehmer. Die Fachberatung ist natürlich eine viel kleinere Gruppe.

Im Februar gab es die erste Fortbildungsveranstaltung im engeren Sinne. An dieser Fortbildungsveranstaltung, die zwei Tage dauerte und die sich an die konkrete zweisprachige Einrichtung wandte, nahmen fünfunddreißig Personen teil. Ich will Ihnen damit eigentlich sagen, daß wir in einem engen Dialog sind. Das, was die Mitarbeiterin darüber hinaus tut, ist Einzelberatung, was Organisation und Konzeption angeht. Ich fordere Sie noch einmal auf, wenn Sie in Einzelfällen Kritisches hören, sagen Sie es mir. Aber ich wäre Ihnen einfach dankbar, wenn Sie diese Fakten zur Kenntnis nähmen und mir damit die Möglichkeit gäben, das richtigzustellen. Denn das Projekt, das im letzten halben Jahr begonnen hat, das wachsende Teilnahme hin zu 28 Kindergärten hat, muß ja auch in die Realität umgesetzt werden.

Ich schließe nicht aus, daß es da in dem einen oder anderen Kindergarten hakt, aber dafür sind wir da, dafür ist die Fachberatung da. Ich bin relativ sicher, daß wir in einem weiteren halben Jahr - ich vermute, daß Sie dann vielleicht noch einmal einen Antrag für das Plenum stellen; ich würde es auch begrüßen, dann hätten wir ungefähr ein volles neues Kindergartenjahr - über eine andere Bilanz verfügen können. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die besten Ideen, die wir im Kopf haben, nicht immer in zwei Monaten zu vollziehen sind, sondern daß wir natürlich allen handelnden Menschen auch die Zeit und den Raum geben müssen, mit den Dingen umzugehen und es sozusagen einzuüben.

Zum Inhaltlichen muß man sagen, daß die Resonanz der Eltern absolut positiv ist. Ich verweise im übrigen auf die Presse - die haben Sie sicherlich auch gelesen -, es gab zahlreiche sehr schöne, positive Artikel auch in der Saarbrücker Zeitung. Sowohl die Eltern als auch das deutsche und französische Fachpersonal

sind sehr positiv auf das Thema eingestellt und sind sehr froh mit den Erfahrungen, die sie bisher gemacht haben. Wenn Sie einzelne Fälle kennen, wo es nicht so positiv war, lassen Sie uns das bitte bilateral klären.

Zum Thema Austausch. Ich betone das noch einmal, ich habe das vor einem halben Jahr betont: Das Thema Austausch ist die richtige Idee. Daran gibt es überhaupt nichts zu rütteln. Es ist für mich auch die Idee, die eigentlich die wesentliche Perspektive hat, das heißt, für eine Dauerlösung kommen wir überhaupt nicht ohne Austauschprogramme zurecht. Aber es ist so, daß die Umsetzung dieser absolut richtigen Idee langsamer geht, als ich es mir wünsche und als Sie es sich wahrscheinlich auch wünschen und ebenso Herr Leinen.

Die Schwierigkeit - wir hatten das im September diskutiert - liegt in den unterschiedlichen Ausbildungsabschlüssen und deren Anerkennung. Die zahlreichen Gespräche, die auch in Metz geführt wurden, haben noch einmal deutlich die Ablehnung betont, daß die französische Seite keine Austauschmöglichkeit für die Erzieherin in einer Ecole maternelle im Austausch oder im Ersatz mit einer deutschen Erzieherin sieht, weil sie von der Ausbildung und von der Rolle, die sie in der Ecole maternelle hat, eine andere Funktion hat. Aber die französische Seite bemüht sich; ich will das ganz deutlich sagen.

Das letzte Gespräch, das gerade erst vor einigen Tagen geführt worden ist, hat ergeben, daß auf der Basis eines Vorschlages, der vom Landkreistag gekommen ist - denn auch der Landkreistag hat sich für die Kindergärten, die sich hier engagiert haben - -

(Zuruf von der CDU.)

Die Unterstützung des Landkreistages mußten wir uns ja auch ein bißchen erarbeiten, das muß man auch einmal sagen. Aber ich bin froh, daß wir sie haben. Der Landkreistag hat seinerseits einen Vorschlag gemacht und auch mit der französischen Seite verhandelt. Dieser Vorschlag sieht so aus, daß die französische Seite bereit ist, in die Ecole maternelle eine sogenannte pädagogische Zweikraft dazuzustellen - in Deutschland würde man sagen eine AB-Maßnahme, also eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme - und diese Person, die dann auch Mitarbeiterin in der Ecole maternelle ist, die auch eine gewisse fachliche Qualifikation hat, in Austausch zu den deutschen Erzieherinnen zu bringen. Es wird jetzt eine deutsch-französische Arbeitsgruppe geben mit der Inspection, mit den französischen Gemeinden, mit den deutschen Kindergärten, mit den Betroffenen, die Interesse daran haben, mit dem Landkreistag und mit dem Land, um das zahlenmäßig genau umzusetzen und zu definieren.

Die zweite Möglichkeit, die wir gesehen haben - ich hatte das auch angesprochen - zu einem Austausch, war der Austausch mit den sogenannten Jardins d'enfants oder mit anderen außerschulischen Einrichtungen. Das hat sich als schwierig herausgestellt. Wir waren uns ja einig, die sind in der Minderheit, es macht etwa zehn Prozent des ganzen Angebotes aus. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die deutschen Erzieherinnen eigentlich nur dann zum Austausch bereit sind - ich sage „bisher“, ich hoffe, daß sich da etwas bewegt -, wenn sie nicht umziehen müssen, also wenn der neue Einsatzort relativ nah ist. Das kann ich erst mal sehr gut verstehen. Die Recherche hat im Detail ergeben, daß Lothringen nur über vier Jardins d'enfants verfügt. Von daher müssen wir überlegen, ob wir auch auf elsässisches Gebiet ausweichen - dann haben wir aber wieder größere Fahrwege - oder ob das vielleicht zahlenmäßig doch nicht der Punkt ist, der Chancen ausmacht. Wir haben Kontakt aufgenommen zu katholischen Einrichtungen in Frankreich, und Gespräche mit der Diözese in Metz stehen aus, so daß wir möglicherweise mit den kirchlichen - also katholischen und damit nichtstaatlichen - Einrichtungen einen solchen Austausch beginnen können.

(Ministerin Wackernagel-Jacobs)

Ein dritter Punkt, der zu dem Thema Austausch gehört, ist relativ konkret. Er bewegt noch nicht die Masse, aber inhaltlich gefällt er mir sehr gut; das ist das Thema binationale Ausbildung. Wir haben dieser Tage einen Antrag gestellt auf EU-Mittel Leonardo, und wir beginnen bereits im Herbst 1999. Der Inhalt sieht folgendermaßen aus. Die binationale Ausbildung hat verschiedene Elemente. Im wesentlichen wenden wir uns in der Stufe 1 an Erzieherinnen, die schon zwei Jahre die Ausbildung haben. Sie wissen, im dritten Jahr machen die ihr Anerkennungsjahr. Wir gründen eine Saar-Lor-Lux-Klasse, also eine Drei-Länder-Klasse; die Betroffenen durchleben gemeinsam in dieser trinationalen Klasse das Anerkennungsjahr. In diesem Anerkennungsjahr ist nun ein Element, daß sie gemeinsam in einer Klasse sitzen und damit auch kommunizieren, reden, lernen, tun.

Zum zweiten sieht es so aus, daß sie einen Großteil ihrer praktischen Zeit, die das Anerkennungsjahr beinhaltet, nicht im Heimatland machen, sondern in dem anderen Land, in Lothringen oder in Luxemburg. In diesem Anerkennungsjahr wird auch ein Intensivsprachkurs mitgedacht, der die sprachliche Qualifikation unterstützt, um in dem anderen Land den Einsatz zu ermöglichen. Damit verbunden wird sein eine Art Zusatzzertifikat für internationale Pädagogik und grenzüberschreitende und interkulturelle Erziehung. Das beginnt diesen Herbst. Das ist die Stufe 1.

Die Stufe 2 sieht so aus, daß wir uns bemühen, eine bi- oder trinationale Ausbildung von Anfang an zu beginnen. Also das war sozusagen der pragmatische Einstieg mit denen, die jetzt ins Anerkennungsjahr kommen. Das Weiterführende wird sein, daß wir praktisch von Anfang an eine internationale Klasse – so kann man es ja bei drei Nationen eigentlich schon nennen – gründen wollen.

Zum Thema Begleitung und fachliche Unterstützung habe ich bereits einiges gesagt. Die Fortbildung, die Gesprächskreise, die wir angeboten haben, haben eine große Nachfrage. Es beginnt in den nächsten Tagen ein regelmäßiger Arbeitskreis aller deutschen und französischen Erzieherinnen der 28 Einrichtungen. Wir haben das Informations- und Dokumentationszentrum aufgebaut und fertiggestellt, und es wird rege in Anspruch genommen.

Lassen Sie mich noch einen Satz zu der schulischen Weiterführung sagen. Sie haben das eben so freundlich bezeichnet als etwas, was mir damals im Kopf herumgespuckt sei. Also das, was Sie so nannten, ist einfach der pragmatische Weg gewesen, wenn es in den schulischen Bedingungen schwierig ist,

(Zuruf von der CDU)

in der ersten Grundschulklasse es weiterzuführen. Ich hatte damals aber gesagt, ich kann mir auch wirklich kreative, unbürokratische Lösungen vorstellen, daß eine betreute Schule bis 13.00 Uhr dies in einer deutsch-französischen Kombination macht und dort die Sprachkompetenz weitergeführt wird. Das sehe ich jetzt gar nicht so sehr als einen Spuk, sondern das ist meines Erachtens schon ein recht vernünftiges Konzept. Aber ich kann Sie insofern beruhigen, Frau Beck: Es hat sich auch etwas im Bildungsministerium getan. Die Diskussion und die Debatten auf der Arbeitsebene und auch zwischen dem Kollegen Wittling und mir haben dazu geführt, daß der Kollege Wittling deutlich gesagt hat, daß er bereit ist, in den Standorten – 28 Kindergärten bedeuten 23 Standorte – sukzessive und schrittweise dafür zu sorgen, daß der Anschluß, der Erhalt der französischen Sprachkompetenz im ersten Schuljahr gesichert wird. Auf diesem Stand sind wir. Ich bin froh gewesen, daß er diese Aussage gemacht hat und daß das wirklich im Konkreten nun im Bildungsministerium diskutiert und auch umgesetzt wird.

Ich möchte abschließend noch sagen, daß ich sehr dankbar bin für kritische Begleitungen und Anregungen, aber daß ich einfach auch froh wäre, wenn Sie mir die Möglichkeit gäben, die Fakten klarzustellen. Ich bin jederzeit bereit, im Ausschuß darüber zu reden.

Eine ganz kleine Anekdote sozusagen am Schluß. Es gibt mehr und mehr Diplomarbeiten an der Universität, die sich für dieses Thema interessieren, und die Projekte, die wir haben, werden wir von unserer Seite her begleiten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schreier.

Abg. Schreier (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist gut, daß wir uns bewußt geworden sind, was wir an Chancen verpassen würden, wenn wir die Möglichkeit, in diesem Saarland die Zweisprachigkeit zu intensivieren, dieses Land zu einem zweisprachigen Land zu machen, nicht nutzen würden. Ich bin also froh darüber, daß insbesondere durch die Initiative der CDU-Fraktion und durch den Nachdruck, mit dem die CDU-Fraktion das betrieben hat, jetzt auch die Landesregierung in dieser Weise einen Schritt nach vorne gegangen ist, jedenfalls was den Kindergarten betrifft.

Ich will mich aber nicht zur Frage des Kindergartens äußern, sondern ich will mich jetzt schon zur Frage der Fortsetzung der schulischen Weiterführung der Zweisprachigkeit äußern. Da habe ich den Eindruck, daß es einen Bruch geben könnte zwischen dem, was im Kindergarten vorzubereiten versucht wird, und dem, was vom Kultusministerium dann anschließend zu verantworten ist. Ich will deshalb noch mal auf die Frage eingehen: Was stellt man sich denn unter der Zweisprachigkeit vor? Denn Einigkeit darüber scheint mir die Voraussetzung zu sein, daß dieser Bruch nicht entsteht. Die Idee im Kindergarten ist eben nicht die Idee der Schule, der Schulwirklichkeit von heute. Vielmehr ist die Frage, wie es uns gelingt, sozusagen die normale Sprachkompetenz eines Kindes zu nutzen, um es zweisprachig werden zu lassen. Das haben Sie in zweisprachigen Familien. Und so wie das in zweisprachigen Familien gelingt, kann es gelingen, wenn das Kind sehr jung, sehr klein sich mit zwei Sprachen auseinandersetzen muß. Dies kann nur über muttersprachlichen Einsatz gehen, und das scheint ja in den Kindergärten jetzt anzulaufen.

Ich habe den Eindruck – wenn der falsch ist, dann sagen Sie das hier an diesem Rednerpult –, daß das Kultusministerium, was die Schule betrifft, diesen Denkansatz noch nicht aufgenommen hat, sondern daß sich das Ministerium immer noch in den alten Strukturen des Fremdsprachenunterrichts befindet und daß das Ministerium sozusagen unter schulischen Aspekten dann die muttersprachlich vorgebildeten Kinder aufnehmen würde. Dies wäre ein schlimmer Bruch. So kann es nicht gehen. Deshalb fordern wir, daß wir uns jetzt schon daranmachen, nicht erst dann, wenn die Kinder sozusagen kurz vor der Schultür stehen, daß wir jetzt schon darangehen, die muttersprachliche Vorbildung lückenlos in der Schule aufzunehmen und fortzuführen.

Dies ist der Denkanatz, und in dieser Richtung müssen wir handeln. Das ist das erste. Die Lückenlosigkeit des Unterrichtens, eigentlich geht es nicht um das Unterrichten, sondern die Beschäftigung mit der anderen Sprache, mit der Sprache des Nachbarn. Natürlich muß sie auf anspruchsvollem Niveau passieren. Dies kann nicht passieren, indem man nur französische Kinderlieder singt. In einer Familie, in der ein kleines Kind herangezogen wird und mit der Sprache konfrontiert wird, ist es ja auch nicht so, daß das Kind erst französische Lieder singt und sich dann steigert, sondern es geht um den generellen und ständigen Austausch mit der Sprache, und der muß dann gegeben sein.

Deshalb ist es so wichtig, daß wir jetzt schon darangehen, die Lehrer auszusuchen, die das auch können. Denn in der Grundschule haben wir die Lehrer nicht, die die französische Sprache als Muttersprache vermitteln können. Wir müssen sie also suchen, und das ist nicht einfach. Dies gebe ich gerne zu.

(Abg. Schreier)

Ich habe mich auch deshalb zu Wort gemeldet, weil ich hier einen Fall vortragen möchte, in dem Ihr Ministerium, Herr Minister Wittling, Chancen, die sich anbieten, einfach aus bürokratischen, verwaltungsmäßigen Überlegungen ablehnt.

Ich habe hier die Petition, die Eingabe einer Französin mit einem Lebenslauf, der wie folgt aussieht. Die Frau wohnt im Saarland, stammt aus Lothringen, hat in Lothringen, in Thionville Abitur gemacht, in Philosophie – Lettres, hat dann von 1970 bis 1973 in Frankreich Literaturwissenschaften studiert, hat 1973 ihr Staatsexamen in Frankreich abgelegt, Diplôme de licence des lettres mit dem Nebenfach Englisch. Dann – man höre und staune, wie weit wir eigentlich schon waren vor Ihrer Zeit – ist sie angestellt worden als Lehrerin am technisch-gewerblichen und sozialpflegerischen Berufsbildungszentrum in Saarlouis mit dem Fach Französisch, als Französin. Schon 1973 hat sie dort – zwei Jahre – unterrichtet.

Dann hat sie sich weitergebildet am Institut d'Etudes Françaises in Saarbrücken und hat 1977 das Staatsexamen Diplôme d'Etudes Françaises d'allemand hier abgelegt, hat 1977 bis 1978 vier Semester an der damaligen Pädagogischen Hochschule in Saarbrücken studiert, und siehe da, 1980 ist sie eingestellt worden am Krebsberg-Gymnasium in Neunkirchen und hat dort unterrichtet, bis sie dann aus persönlichen Gründen, weil sie geheiratet und ein Kind bekommen hat, unterbrochen hat. Und nun wollte sie sich wieder bewerben für die Fortsetzung ihrer Tätigkeit bei Ihnen im Ministerium.

Jetzt lese ich Ihnen mal den Brief vor, den Ihr Ministerium einer Muttersprachlerin geschrieben hat, die bereits im saarländischen Schuldienst unterrichtet hat, die von ihrer Fachkompetenz, von den Diplomen her und von der Berechtigung, die ihr dann auch anerkannt worden ist, sicher eine Fachkraft wäre, die wir normalerweise wie die Stecknadel im Heuhaufen suchen.

Ich lese Ihnen mal vor, was das Ministerium und das Prüfungsamt ihr dann schreiben: Sehr geehrte Frau ..., nach Maßgabe des § 1 Absatz 1 der Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige berufliche Ausbildung abschließen ..., für den Beruf des Lehrers ... steht eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften von einem Angehörigen eines Mitgliedstaates nach einem mindestens dreijährigen Hochschulstudium abgeschlossene Ausbildung für den Beruf des Lehrers der ihr entsprechenden Lehramtsbefähigung gleich, wenn sie sich auf mindestens zwei Fächer des Lehramtes erstreckt und der Nachweis der für die Berufsausübung erforderlichen deutschen Sprachkenntnisse erbracht wird. Nachweislich der von Ihnen bei Ihrer persönlichen Vorsprache vorgelegten Unterlagen erwarben Sie ... einem Diplom über die Licence in Deutsch gleichgestellt wurde. Damit weisen Sie die für die Lehrerausbildung für die Sekundarstufe in Frankreich erforderliche Hochschulprüfung (in Ihrem Fall für die Fächer Französisch und Deutsch) nach. Den Abschluß Ihrer Lehrerausbildung nach französischem Recht ... belegen Sie jedoch nicht. Damit findet die o.g. Verordnung auf die von Ihnen nachgewiesene Ausbildung keine Anwendung. Ich bedaure daher, Ihre Ausbildungsnachweise einer entsprechenden Lehramtsbefähigung nach saarländischem Recht nicht gleichstellen zu können. Ihre Antragsunterlagen sende ich Ihnen hiermit zu meiner Entlastung zurück.

Meine Damen und Herren, wenn wir mit solchen Leuten, die möglicherweise an einem Eckchen irgendwo nicht den hundertprozentigen Nachweis nach allen Verordnungen bringen können, die im Saarland wohnen, Muttersprachler sind, im saarländischen Schuldienst bereits Unterricht in Französisch gehalten haben und nachgewiesen haben, daß sie es können, so umgehen, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn wir auf der Suche nach Muttersprachlern nicht fündig werden.

Ich habe Ihnen diesen Fall bewußt vorgetragen, weil ich glaube, daß es gerade im Saarland noch eine Vielzahl solcher Lehrkräfte, solcher Muttersprachler gibt. Es ist sicher schwierig, das Hin und Her adäquat zu regeln. Aber wir sollten etwas unbürokratischer an diese Frage herangehen. Wir müssen auch einmal ein Auge zu-drücken, wenn wir die Chance, unsere Kinder muttersprachlich, zweisprachig aufwachsen zu lassen, auch wirklich nutzen wollen. Deshalb bitte ich Sie, schmettern Sie solche Anträge nicht auf solche Art und Weise ab, sondern gehen Sie da mit etwas mehr Offenheit heran, damit wir das große Ziel, das wir ja alle gemeinsam wollen, dann auch tatsächlich in die Praxis umsetzen können.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Hollinger:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Leinen.

Abg. Leinen (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Ziel, die Fremdsprachenkompetenz im Saarland zu erhöhen, ist doch ein gemeinsames Ziel. Man sollte nicht in solchen Debatten den Eindruck erwecken, als wären wir da auseinander.

(Zuruf der Abgeordneten Beck (CDU).)

Das ist mehrmals gemeinsam beschlossen worden. Sie, Frau Beck, haben nicht die Konzeption geliefert, das ist nicht richtig. Unser Arbeitskreis Europa, Rainer Braun, Imtraud Engeldinger, Willi Portz und viele andere haben seit Jahren an dem Thema der Zweisprachigkeit vom Kindergarten über die Schulen gearbeitet.

(Lachen bei der CDU.)

Wir dürfen uns freuen, daß wir über die Parteigrenzen hinweg hier an einem Strang ziehen. Es sollte keiner das Urheberrecht für sich beanspruchen. Es ist eher gut, daß wir in der Richtung einer Meinung sind. Natürlich gibt es Unterschiede im Tempo. Es ist hier ja gesagt worden, daß es schwieriger ist, diese Forderung von dem Nullpunkt an umzusetzen, als man sich das vielleicht so vorstellen mag.

An der Stelle muß ich einmal ein ganz großes Kompliment aussprechen an das Sozialministerium, an die Ministerin auch persönlich. Ich erinnere mich noch daran, als wir darüber geredet haben, ein oder zwei Modellkindergärten zu machen. Danach hat die Ministerin alle Kindergärten im Saarland angesprochen, und immerhin 28 haben in einem ersten Schritt begonnen. Das ist eine großartige Leistung, das muß man hier würdigen.

(Beifall bei der SPD.)

Ein Beginn, eine großartige Leistung, wenn man gehört hat, was an Detailarbeit notwendig ist, dieses auch umzusetzen, zu personalisieren, von der Ausbildung der Erzieherinnen bis zu den Inhalten einer zweisprachigen Ausbildung. Wir waren ja zusammen bei dem zweisprachigen Kindergarten und der Schule in Luxemburg. Sie müssen doch auch sagen, daß da eine Vorarbeit notwendig ist, damit man wirklich die Lehrpläne und die Spielpläne sachgerecht und kompetent den Kindern vortragen kann. Das geht doch nicht per Knopfdruck von jetzt auf morgen früh. Ich bin sehr, sehr zufrieden, daß wir mit 28 Kindergärten nicht nur entlang der Grenze, sondern wirklich in allen Landkreisen begonnen haben und insofern auch das ganze Land einbinden, weil wir immer gesagt haben, es bleibt nicht bei den 28, sondern es ist ein erster Schritt.

An der Stelle, Kollegin Bozok, möchte ich Sie bitten, doch noch mal nachzudenken, wie Sie sich nachher entscheiden. Wenn Sie nämlich den Antrag nachlesen, den Frau Engeldinger vorgetragen hat, so heißt es dort, daß die 28 Kindergärten für uns ein erster Schritt sind, also nicht das Ende, sondern der Anfang einer Entwicklung, die sich im Land ausbreiten soll. Die Aussage, daß man

(Abg. Lefnen)

nicht mit der Brechstange in einem Zug, flächendeckend, personalisieren und materialisieren kann, ist zutreffend. Das muß man ehrlich zugestehen, daß dies nicht möglich ist.

Der zweite Absatz sagt es dann noch deutlicher. Ziel der Landespolitik muß sein, im Einvernehmen mit den Einrichtungsträgern weitere Kindergärten einzurichten, bis wir das Land abgedeckt haben.

(Zuruf der Abgeordneten Bozok (B 90/Grüne).)

Das haben wir mehrmals auch so besprochen und immer betont, daß wir erst einmal anfangen und nicht den dritten Schritt vor dem ersten tun. Ich sage Ihnen noch mal: Wir wollen nicht aufhören bei den 28, sondern wir haben mit dieser großen Zahl von 28 Kindergärten in allen Landkreisen begonnen, und zwar nicht nur entlang der Grenze, wo man leichtere Bedingungen hätte beim Austausch der Erzieherinnen. Wir haben ja gehört, daß es durchaus schwierig ist, einen solchen Austausch über weite Entfernungen zu organisieren.

Ich mache dem Sozialministerium also ein Kompliment. Wenn ich höre, daß von 28 Kindergärten 22 personalisiert sind, daß Fortbildungsprogramme auf den Weg gebracht sind, sogar trinationale Ausbildungslehrgänge stattfinden, wir also die Luxemburger mit ins Boot nehmen, dann ist das auf einem guten Wege. Wir sollten das Ministerium auch konstruktiv begleiten, damit dies wirklich bis zum Ende durchdacht und durchgezogen wird.

Ich will an dieser Stelle noch auf drei Punkte eingehen, die in der Debatte angesprochen worden sind. Es ist gar keine Frage, daß zwischen dem interkulturellen Modellversuch und dem zweisprachigen Kindergarten ein echter Unterschied, eine echte Weiterentwicklung liegen muß. Das heißt, die Kinder sollten nicht nur Liedchen singen können, sondern die müssen dann nach mehreren Jahren sprechen können. Das muß das Ziel sein, daran gibt es keinen Zweifel. Auch die Programme müssen so gestaltet werden, daß die Kinder sprechen können.

Der zweite angesprochene Aspekt ist auch wichtig. Mit muttersprachlichen Erzieherinnen oder Lehrkräften geht es besser als mit Lehrkräften aus dem Saarland, die dann von den Kindern doch immer wieder in ihrer Landessprache, in Deutsch, angesprochen werden können. Der Weg ist bereitet, daß wir diesen Austausch organisieren. Es ist nun mal nicht so leicht, auf der einen Seite die Ecole maternelle, eine Regelschule mit all dem, was schulisch in Frankreich dazu als Voraussetzung mitgebracht wird, und auf der anderen Seite den Kindergarten auf einen Nenner zu bringen.

Es freut mich zu hören, daß durch unsere Kontakte mit den Nachbarn in Lothringen das Element der zweiten pädagogischen Kraft eingeführt wird. So können unsere Erzieherinnen und die zweite pädagogische Kraft kompatibel gemacht werden, so daß wir überhaupt in der Lage sind, auf der Ebene der Kindergärten diese Kräfte auszutauschen. In der Schule ist das nachher leichter wegen der gleichartigen Ausbildung.

Es wäre sicherlich nicht zu verantworten – das haben wir auch klar gesagt –, wenn die im Kindergarten begonnene Fremdsprachen- und Zweisprachenbildung nicht nahtlos in der Schule fortgeführt würde. Die Kinder würden alles, was sie gelernt haben, binnen der zwei Jahre wieder vergessen haben und müßten quasi im dritten Schuljahr neu anfangen. Es freut mich, daß angesichts der schwierigen Verhältnisse, die wir im Land haben, der Kultusminister mit dem Sozialministerium auf einem gemeinsamen Weg sind und sagen: Wenn wir einen Kindergarten begonnen haben, muß auch in diesem Raum eine Grundschule vorhanden sein, die in den ersten beiden Schuljahren die Zweisprachigkeit fortsetzt.

Meine Damen und Herren, wir sind in der Zielrichtung einer Meinung. Das Projekt Zweisprachigkeit im Saarland ist auf den Weg gebracht, und zwar mit 28 Kindergärten und nicht nur mit zwei Modellkindergärten, also doch ein eindrucksvoller Start. Wenn die heutige Debatte einen Zweck hat, dann den, wieder in Erinnerung

zu rufen, daß wir auf diesem Wege gemeinsam und nicht gegeneinander vorangehen sollten. Sie haben allerdings in Ihrem Antrag die Forderung, jetzt flächendeckend vorzugehen. Das unterscheidet uns als Regierungsfraktion von Ihnen und auch die Regierung von der Opposition. Es ist flächendeckend nicht möglich, sondern es geht nur Schritt für Schritt. Diesen Weg sind wir gegangen, und den wollen wir auch erfolgreich weitergehen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Das Wort hat Herr Minister Wittling.

Minister Wittling:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bereits im Herbst vergangenen Jahres ist das Thema „Zweisprachigkeit in Kindergärten und Grundschule“ im Landtagsplenum diskutiert und in den Ausschüssen vertieft worden. Ich denke, wir sollten in der Tat nicht den Eindruck erwecken, als seien wir im Landtag in der Sache beziehungsweise in dem Anliegen, die Fremdsprachenkompetenz zu stärken, auseinander. Wir sollten auch nicht den Eindruck erwecken, als stünden wir bei dem Thema „Fremdsprachenkompetenz in den Schulen unseres Landes“ erst am Anfang. Auch sollten wir nicht den Eindruck erwecken, als seien wir gar am Ende der Skala der Bundesländer angelangt.

Ich will deswegen noch mal die Aktivitäten in der Fremdsprachenarbeit insgesamt im schulischen Bereich etwas näher darstellen und nur am Rande folgendes erwähnen. Was dieses Thema in den heutigen Grundschulen anbelangt, so sind wir schon einmal weiter gewesen. In den fünfziger Jahren hatten wir mehr Fremdsprachenunterricht in den Volksschulen. Er ist in den fünfziger Jahren abgeschafft und erst viele Jahre später wieder in den Hauptschulen eingeführt worden. Also ist im Grunde mehr als eine Dekade ins Land gegangen, wo in den Volksschulen, später Grund- und Hauptschulen, Fremdsprachen- beziehungsweise Französischunterricht eben nicht stattgefunden hat.

Die Landesregierung hat seit 1985 der Fremdsprachenarbeit insgesamt, insbesondere der französischen Spracharbeit, in den Schulen ein besonderes Augenmerk gewidmet. Wir sind es gewesen, die im Jahre 1987 – damals zunächst an 55 Grundschulen – in einer zweijährigen Modellphase den Französischunterricht erprobt und dann ab 1989 für alle Grundschulen als Wahlbereich geöffnet und nach Beteiligung aller Grundschulen ab 1992 sogar verpflichtend für alle Schülerinnen und Schüler in die Stundentafel der Grundschule aufgenommen haben.

Nur am Rande will ich Ihnen einmal zitieren, was meine bayerische Kollegin, Frau Hohlmeier, kürzlich im Rahmen einer Regierungserklärung gesagt hat.

(Abg. Feibel (CDU): Eine sehr gute Frau.)

Hören Sie zu, Herr Abgeordneter Feibel, dann werden Sie vielleicht etwas nachdenklich werden. Sie hat zum Thema Fremdsprachenkenntnisse folgendes ausgeführt: „Fremdsprachenkenntnisse müssen daher für einen möglichst großen Teil der Schüler zur Selbstverständlichkeit werden. Bayern beginnt damit in der Grundschule innerhalb der nächsten sechs Jahre.“ Das heißt also, bis zum Jahr 2005 wird in den Jahrgangsstufen 3 und 4 der bayerischen Grundschule Fremdsprachenunterricht eingeführt.

(Zurufe von der CDU.)

Das bedeutet, meine Damen und Herren: Wo wir 1992 gewesen sind, wird Bayern im Jahr 2005 angelangt sein.

(Abg. Schreier (CDU): Die können ja nicht gut einen Austausch mit Österreich machen, oder?)

(Minister Wittling)

Herr Abgeordneter Schreier, man kann doch Fremdsprachen in den Grundschulen lehren, ohne Grenzregion zu sein. Im übrigen zeigt ein Blick auf die Landkarte der Bundesrepublik Deutschland, daß Bayern eben auch Grenzregionen hat.

(Weitere Zurufe von der CDU.)

Das ist nun einmal ein Sachverhalt. Ich war bei den Grundschulen und habe dargestellt, im Jahre 1992 ist in allen Grundschulen in den Klassenstufen 3 und 4 für alle Schülerinnen und Schüler in die Stundentafel der Grundschule der Französischunterricht aufgenommen worden. Jeder weiß in unserem Land, daß wir auch an den weiterführenden Schulen dem Französischunterricht besondere Präferenz einräumen. Ich denke nur an die bilingualen Zweige an einigen ausgewählten weiterführenden Schulen, an das kooperative Fremdsprachenmodell an den erweiterten Realschulen in Kleinblittersdorf und Großrosseln durch grenznahen Lehreraustausch mit dem unmittelbar benachbarten Collège in Grosbliederstroff und Petite Rosselle, den kooperativen grenznahen Fremdsprachenunterricht an der erweiterten Realschule in Überherrn. Ich möchte ganz besonders die Einrichtung eines grenznahen und grenzüberschreitend wirkenden Zentrums hervorheben, des Centre Transfrontalier für die Zusammenarbeit zwischen dem Saarland und dem Departement Moselle.

Meine Damen und Herren, ich will damit noch einmal auf meine Eingangsbemerkung zurückkommen. Ich finde, man soll nicht den Eindruck erwecken, als stünden wir, was das Thema Stärkung der Fremdsprachenkompetenz anbelangt, in unserem Land am Anfang. Wir sollten auch nicht den Eindruck erwecken, als ob wir in der Riege der Länder der Bundesrepublik Deutschland am Ende sind. Das Gegenteil ist der Fall. Wir sind vorne.

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben seit einigen Jahren, nämlich seit 1992, als für alle Schülerinnen und Schüler in der Grundschule in die Stundentafel der Französischunterricht aufgenommen worden ist, natürlich auch Erfahrungen gesammelt. Diese Erfahrungen sind so, daß sich die bisherige Fremdsprachenarbeit in den Klassenstufen 3 und 4 der Grundschule nahezu ausschließlich auf saarländische Grundschullehrer stützen mußte. Das hatte nicht nur seinen Grund in der Frage der Austauschbereitschaft saarländischer Lehrerinnen und Lehrer mit der französischen Seite, sondern auch darin, daß die Personalisierung der Schulen auf der französischen Seite durch die Zentralregierung in Paris erfolgt und das Departement in diesem Bereich keinen Handlungsspielraum hat. Das hat praktisch dazu geführt, daß die bisherige Fremdsprachenarbeit in den Klassenstufen 3 und 4 in der Grundschule sich nahezu ausschließlich auf saarländische Grundschullehrer hat stützen müssen.

Meine Damen und Herren, das bedeutet auch, daß wir, und davon gehe ich allerdings aus, bezüglich eines Konzeptes für den Beginn der Fremdsprachenarbeit in den Klassenstufen 1 und 2 auch in den nächsten Jahren in besonderem Maß auf uns selbst angewiesen sein werden. Unsere Verstellung geht dahin, daß wir aus den Kindergärten eine sinnvolle Überleitung zu den entsprechenden saarländischen Grundschulen anstreben. Voraussetzung dafür ist freilich, daß die notwendigen zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrer, die auch qualifiziert sind, zur Verfügung stehen. Ich sage Ihnen einmal – das ist hier in der Debatte etwas untergegangen –, daß hinter diesem Schlagwort „Konzept“ außerordentlich unterschiedliche Vorstellungen zu stehen scheinen. Ich mache das an den Stichworten fest, die hier genannt worden sind.

Frau Bozok hat gesagt, sie stelle sich vor, daß der Fremdsprachenunterricht, also der Französischunterricht, in den Grundschulen so ähnlich gemacht wird wie in den Kindergärten. Sie, Frau Beck, haben gesagt, Ihre Vorstellung sei, daß Fremdsprachenkompetenz, Französischkompetenz vermittelt wird durch Sachunterricht in der Grundschule ab der ersten Klassenstufe. Und schließlich, das ist ja kein Geheimnis, kann man unter „Konzept“ natürlich auch ver-

stehen die Einführung des Französischunterrichts in der Grundschule ab der ersten Klassenstufe als klassischer Französischunterricht.

(Abg. Beck (CDU): Das wollen Sie.)

Ich bin doch noch nicht zu Ende, Frau Abgeordnete, es wäre wirklich schön, wenn ich etwas zu Ende sagen könnte, ohne daß mir im Halbsatz irgend etwas unterstellt wird.

(Beifall bei der SPD.)

Der Abgeordnete Schreier hat gesagt, er wolle keinen klassischen Französischunterricht haben, sondern er wolle, daß man sich mit der französischen Sprache im Unterricht beschäftigt, was ja keine Antwort gibt auf die Frage, wie eigentlich ein Konzept aussehen soll.

Meine Damen und Herren, für mich stehen nun zwei Sachen fest. Zunächst einmal bin ich der festen Überzeugung, daß die Vermittlung von Fremdsprachenkompetenz im Sinne von Bilingualität in der Grundschule sich qualitativ unterscheiden muß von der Art und Weise der Vermittlung von Fremdsprachen in den Kindergärten. Das ist ein qualitativer Unterschied, und daran möchte ich festhalten. Der zweite Punkt, und darüber kann man diskutieren, ist die Frage: Soll in der Grundschule klassischer Französischunterricht ab der ersten und zweiten Klassenstufe stattfinden oder soll der Sachunterricht in der Grundschule zum Teil in französischer Sprache stattfinden? Beides halte ich für diskutabile Ansätze.

Aber, meine Damen und Herren, an einem führt kein Weg vorbei, nämlich daß auch dann, wenn man zur zweiten Alternative kommt, nämlich Begegnung mit Fremdsprache im Sachunterricht, das zwingend zur Folge haben muß, daß der Anteil des Sachunterrichts in den Grundschulen ausgeweitet werden muß. Das heißt, mit dem bisherigen Volumen des Sachunterrichts in den Grundschulen kann es nach meiner Auffassung dann nicht sein Bewenden haben. Beides, sowohl die Einführung von Fremdsprachenunterricht, von klassischem Französischunterricht in der ersten und zweiten Grundschulklasse, als auch die Alternative, nämlich Vermittlung von Fremdsprachenkompetenz ab der ersten und zweiten Klassenstufe in der Grundschule im Rahmen des Sachunterrichts, macht zwingend erforderlich, daß dieses Angebot zusätzlich gemacht werden muß, also nicht im Rahmen der vorhandenen Stundentafel abgedeckt werden kann, weil alles andere zu einer qualitativen Absenkung des Niveaus in den Grundschulen führt; und dieses halte ich nicht für vertretbar.

Meine Damen und Herren, das sind die unterschiedlichen konzeptionellen Ansätze, mit denen man an dieses Thema herangehen kann. Wir sind gegenwärtig dabei, Überlegungen mit den sich daraus ergebenden Auswirkungen anzustellen, nämlich bis hin zu der Frage, welche Anforderungen dann an die Lehrerinnen und Lehrer zu stellen sind. Diese Frage muß mitbeantwortet werden. Sie ist unterschiedlich zu beantworten, je nach dem, welches Konzept man verfolgt. Jedes dieser Konzepte wird mit Gewißheit seine Vorteile und Nachteile aufweisen. Deshalb hielte ich es für verfehlt, am Anfang dieser Debatte das eine Konzept zu verwerfen und das andere Konzept zu favorisieren. Nach meiner Auffassung sollte die Diskussion jedenfalls am heutigen Tage offen sein.

Meine Damen und Herren, wir möchten auch, daß an allen Grundschulen, die von diesem Projekt, das jetzt in den Kindergärten auf den Weg gebracht worden ist, berührt sind, ein gemeinsamer schulischer Einstieg in den Fremdsprachenunterricht gewählt wird.

Meine Damen und Herren, ich halte in diesem Zusammenhang natürlich dann auch eine Diskussion über das Volumen des fremdsprachlichen Unterrichts in den ersten Klassenstufen der Grundschule für erforderlich. Dann wird man sich zu unterhalten haben: Erste Alternative – klassischer Fremdsprachenunterricht in der ersten und zweiten Klassenstufe, welches Volumen er haben soll, oder zweite Alternative – Fremdsprachenkompetenzvermittlung im Sachunterricht. Auch dann muß man sich mit der Frage ausein-

(Minister Wittling)

andersetzen, welches Volumen das haben soll. Aus der Diskussion zwischen Ihnen beiden, Frau Beck und Herr Schreier, entnehme ich, daß auch in dieser Frage bei Ihnen eine abschließende Meinungsbildung nicht vorhanden ist. Das muß beim gegenwärtigen Stand der Dinge nicht von Nachteil sein.

Meine Damen und Herren, ich komme in diesem Zusammenhang noch einmal auf den wesentlichen Punkt zurück. Erstens. Was die Fremdsprachenkompetenz in unseren Schulen anlangt, stehen wir nicht am Anfang, sondern sind auf einem guten Weg, und in der Bundesrepublik Deutschland sind wir unzweifelhaft Spitze, auch in bezug auf die Begegnung mit der Sprache des Nachbarn. Das wollen wir weiter ausbauen.

(Beifall bei der SPD.)

Zweite Bemerkung. Wir möchten, daß der Weg der Zweisprachigkeit, der in den Kindergärten begonnen wird, in den Grundschulen ab der Klassenstufe I in einer Qualität fortgeführt wird, die wirklich die Fremdsprachenkompetenz der Schülerinnen und Schüler stärkt. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir so gute Schritte gehen, um die Fremdsprachenkompetenz in unserem Land zu stärken und damit einen wichtigen Beitrag für das zusammenwachsende Europa zu leisten. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Beck.

Abg. Beck (CDU):

Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Vorsitzender Peter Müller sagt immer, das Saarland muß das Bayern des Südwestens werden. Was Sie uns jetzt vorgetragen haben, Herr Minister, läßt uns hoffen, daß wir besser als Bayern werden.

(Zurufe von der SPD.)

Sie haben Ministerin Hohlmeyer erwähnt. Sie sagt, man müßte mit der Fremdsprache in der Grundschule beginnen. Ich kann dazu nur sagen: Diese nette Ministerin Hohlmeyer, die einen so großen und bedeutenden Vater hatte, kann vielleicht – wie man in Bayern sagt – auch noch der göttlichen Eingebung teilhaftig werden. Sie, Herr Minister Wittling, haben in Ihrer Rede gezeigt, daß Sie nichts begriffen haben.

(Sprechen bei der SPD.)

Ich möchte Sie, Herr Kollege Leinen, wirklich bitten, solange Sie noch hier im Parlament sind – es ist ja noch ein bißchen Zeit –: Nehmen Sie den Minister an die Hand und fahren Sie mit ihm nach Sarreguemines, Colmar oder Wissembourg – das ist ja alles gar nicht so weit –, damit er einmal sieht, welches System funktioniert und welches nicht.

(Zuruf von der SPD.)

Wie können Sie sich hierinstellen und sagen, das Niveau in der Grundschule sinke, wenn wir Kinder, die drei Jahre im Kindergarten auf Französisch betreut wurden und diese Sprache deshalb verstehen, im Sachunterricht der Grundschule in Französisch unterrichten?

(Zurufe von der SPD.)

Ich kann Ihnen Ergebnisse zu Studien vorlegen, die in Frankreich vor über zwanzig Jahren begonnen wurden und im Elsaß seit zehn Jahren, Herr Minister, wissenschaftlich begleitet werden. Die Ergebnisse besagen folgendes: Die Kinder, die im frühen Alter zweisprachig aufwachsen können, erhalten in der Grundschule einen ganz normalen Unterricht mit nicht mehr und nicht weniger Stunden als die Kinder, die einsprachig aufgewachsen sind. Das gleiche gilt für die Prüfungen. Sie wissen, daß in Frankreich zen-

tral geprüft wird. Hören Sie jetzt einmal zu und sagen Sie es auch den Beamten in Ihrem Ministerium. Ich bin gern bereit, das alles schriftlich nachzureichen, wenn Sie mir jetzt nicht glauben. Kinder, die mit drei Jahren begonnen haben, zweisprachig aufzuwachsen, die in den Kindergärten entsprechend betreut wurden, die in der Grundschule zweisprachigen Sachunterricht bekommen haben und die im Sachunterricht der weiterführenden Schulen zweisprachig unterrichtet wurden, sind in ihrer Muttersprache Französisch bei weitem besser als die einsprachig erzogenen Kinder. Außerdem sind sie in Mathematik bedeutend besser. Ich gebe zu, Kollege Schreier sagt ab und zu, wir können auch Französischunterricht machen.

(Zuruf.)

Aber, Herr Minister Wittling, er ist auch Lehrer und war auch noch nicht in einer französischen Schule. Aber diejenigen, die bei der Veranstaltung im Schloß dabei waren, sind doch hoffentlich von dem überzeugt, was ich gesagt habe. Man hat doch erleben können, daß die Kinder, die am Sachunterricht der Grundschule teilnehmen, alles, was auf Deutsch gesagt wurde, verstanden haben und antworten konnten.

Natürlich haben Sie recht, wenn Sie sagen, wir waren im Saarland schon einmal weiter. Um darüber zu diskutieren, hatte Herr Professor Raasch vom Sprachenrat die Kollegen Leinen und Bozok und mich zu einer großen Veranstaltung eingeladen. Natürlich sind wir zu spät dran, aber das hat bei uns im Saarland historische und politische Gründe, auf die ich heute sicher nicht einzugehen brauche. Das ist uns doch klar. Aber wenn Sie 1985, als Sie an die Regierung kamen, mit dem richtigen Konzept begonnen hätten, wären wir jetzt schon wesentlich weiter.

Was den Antrag der SPD anbelangt, muß ich ihn, nachdem Frau Kollegin Engeldinger hier gesprochen hat, noch einmal hinterfragen. Frau Engeldinger, Sie haben sich auf Anträge von uns aus dem Jahr 1997 bezogen, bei denen Sie immer nachgezogen haben. Sehen Sie sich einmal den Antrag von uns an, dem Sie zugestimmt haben. Dort steht nämlich, daß die Kindergärten im Saarland kontinuierlich und flächendeckend zweisprachig eingerichtet werden müssen. Wenn Sie heute sagen, wir wollen einmal sehen, ob das die Eltern und die Träger wollen, sage ich Ihnen eines. Für die 28 zweisprachigen Kindergärten, die eingerichtet wurden, mußte man doch die Eltern, Erzieherinnen und Träger nicht prügeln! Die standen bei der Ministerin Schlange! Da ist doch die Überzeugungsarbeit schon längst geleistet. Es gibt bei den Erzieherinnen keinen Widerstand mehr. Das wurde vorher in den entsprechenden Gremien besprochen.

(Zurufe.)

Und dann haben sie entschieden, sie stellen einen Antrag.

(Zuruf von der SPD: Wo leben Sie denn?)

Kollege Braun, Sie waren sicher in einer Einrichtung in Kleinblittersdorf. Ich gebe zu, Sie haben sich lange um sie gekümmert. Aber ich kenne wirklich alle diese Kindergärten und habe vorab an Diskussions- und Informationsveranstaltungen teilgenommen, die von ihnen durchgeführt wurden.

Vizepräsidentin Hollinger:

Frau Kollegin Beck, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Beck (CDU):

Wenn sie auf meine Redezeit nicht angerechnet wird, ja.

Abg. Engeldinger (SPD):

Frau Kollegin Beck, ich habe Ihren Antrag von 1997 vorliegen. Dort steht: „Der Landtag des Saarlandes spricht sich für die Einrichtung zweisprachiger Kindergärten aus und fordert alle Beteiligten auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß bestehende

(Abg. Engeldinger)

Vorschuleinrichtungen sukzessive zweisprachig eingerichtet werden.“ Etwas anderes steht auch in unserem heutigen Antrag nicht. Das nehmen Sie doch hoffentlich auch zur Kenntnis.

Abg. Beck (CDU):

Dann suchen Sie bitte noch den Antrag vom 10. September heraus und lesen ihn auch noch vor. Darum würde ich Sie herzlich bitten, damit wir das komplett haben.

(Zurufe.)

Sukzessive zweisprachig einrichten heißt, daß alle Kindergärten im Saarland irgendwann zweisprachig eingerichtet sein müssen.

(Weitere Zurufe.)

Nur das macht Sinn. Sonst haben Sie wieder Jugendliche, die zweisprachig sind, und andere, die diese Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt nicht vorweisen können. Sonst haben Sie eine Ungerechtigkeit in diesem Land, die darin besteht, daß sich – wie der ehemalige Ministerpräsident – die einen zu Hause ein französisches Kindermädchen leisten können, während die Kinder der Eltern, die das dafür notwendige Geld nicht haben, einsprachig aufwachsen. Diesen Weg wollen wir doch hoffentlich nicht gemeinsam gehen!

Unser Ziel, Herr Minister, kann nicht sein, daß die Kinder ein bißchen Französisch können. Unser Ziel muß sein, daß wir in einigen Jahren eine zweisprachige Jugend haben. Der Antrag der SPD spricht davon, daß die Initiative der Landesregierung begrüßt wird. Frau Minister, Sie selbst haben das fairerweise korrigiert und darauf hingewiesen, daß wir alle beteiligt waren. Sagen Sie einmal der SPD-Fraktion, daß sie vielleicht in Zukunft auf Ihre Äußerungen mehr Rücksicht nimmt und nicht in dem alten Ritual steckenbleibt: Nur, was die Regierung macht, ist gut, und alle anderen taugen nichts. Das soll sie zurücknehmen.

Wenn ich vom Einfließen der französischen Sprache in den Kindergartenalltag lese, merke ich schon wieder, daß beim Abfassen dieses Antrags einige nicht wußten, wovon sie reden. Da fließt nicht die Sprache in irgendwelche Stunden ein, sondern diese Kinder werden während der Hälfte der Zeit ihrer Anwesenheit im Kindergarten französisch betreut. Die sollten in dieser Zeit nur die französische Sprache hören.

An dem Antrag der SPD-Fraktion ist meiner Meinung nach auch nicht in Ordnung, daß Landesregierung, Kindergartenträger, Landkreise und Stadtverband aufgefordert werden, den Austausch weiter voranzutreiben. Die können alle mithelfen, Frau Minister, aber als Voraussetzung den Austausch politisch zu entscheiden – über den organisatorisch-technischen Ablauf kann man reden –, das muß ausschließlich von der Landesregierung geleistet werden. Nur dann hat es in Frankreich eine Chance, daß es auch durchgeführt wird.

Herr Minister Wittling, als Sie vorhin gesprochen haben, wurde mir deutlich, daß Sie im Grunde nicht wissen, wovon wir hier seit 1997 reden.

(Abg. Schmitt (SPD): C'est incroyable!)

C'est incroyable, c'est vrai. Wir haben uns durchgekämpft, daß Frau Minister Wackernagel-Jacobs, ein Teil der SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion erkannt haben, daß, wenn das Ziel die Zweisprachigkeit ist, es nur einen Weg gibt, nämlich den, den das Elsaß gegangen ist. Dort funktioniert es. Hören Sie auf, die Sprachkompetenz als Spielwiese zu betreiben und sich zu überlegen, wie wir es am besten machen. Wie es am besten gemacht wird, haben die Franzosen uns bereits vorexerziert. Deshalb bitte ich Sie, gehen Sie dran und setzen Sie das Konzept um.

Ich sage Ihnen noch einmal: Die größte Erfahrung in diesem Bereich sowohl in den Kindergärten als auch in den Grundschulen und in den weiterführenden Schulen hat ABCM im Elsaß. Setzen

Sie sich ins Auto, Herr Minister, und schauen Sie sich diese Einrichtungen einmal an. Nehmen Sie an einem Unterricht teil, und dann werden wir hier in Zukunft mit der Debatte viel schneller zu Ende sein. Dann werden wir nämlich gemeinsam von einem Konzept reden. Bisher sind Sie offensichtlich noch nicht überzeugt, welcher Weg in dieser Frage der richtige ist.

Wir als CDU-Fraktion wollen so schnell wie möglich die zweisprachige Erziehung bei allen saarländischen Kindern umgesetzt sehen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Landtagsfraktion, Drucksache 11/1941. Wer für die Annahme der Drucksache 11/1941 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, daß der Antrag Drucksache 11/1941 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Landtagsfraktion, Drucksache 11/1952. Wer für die Annahme der Drucksache 11/1952 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, daß der Antrag Drucksache 11/1952 einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu den Punkten 11 und 12 der Tagesordnung:

Beschlußfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Perspektiven saarländischer Seniorenpolitik – Solidarität der Generationen (Drucksache 11/1943),

Beschlußfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend eine Gesellschaft für alle Lebensalter – Internationales Jahr der Senioren 1999 als Chance für die Gesellschaft begreifen und nutzen (Drucksache 11/1946).

Zur Begründung des Antrages der SPD-Landtagsfraktion erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Erika Ternes.

(Unruhe und Sprechen.)

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit. Wer Gespräche führen möchte, tue das bitte vor der Tür.

Abg. Ternes (SPD):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! In der aktuellen altpolitischen Diskussion werden Begriffe wie Generationenkonflikt oder Generationenkrieg und Solidarität der Generationen häufig gegeneinandergestellt. In Zusammenhang mit den Finanzierungsproblemen der Alterssicherungssysteme sind allerdings auch noch andere Begriffe kreiert worden. Da gibt es Begriffe wie Rentnerschwemme, Alterslast, Rentnerberg, die Alten plündern die Jungen aus, Zechpreller zu Lasten unserer Kinder und vieles andere mehr. Solche Wortschöpfungen tragen nicht gerade dazu bei, den Solidaritätsbegriff zwischen den Generationen positiv darzustellen. Damit zielt man bewußt auf eine erwartete Stimmungslage bei den jüngeren Menschen, und von dort kommen dann auch häufig entsprechende Rückmeldungen.

Die Angst, daß die Beitragslast zu den Sozialversicherungen erdrückend für die Jüngeren wird, läßt viele auf die Barrikaden gehen. Sie belastet das Verhältnis zwischen den Generationen. Dabei wird dann allerdings übersehen, daß Generationenbeziehungen sich nicht nur auf den finanziellen Bereich beschränken, sondern auch soziale Hilfs- und Unterstützungsleistungen beinhalten, die oft von den älteren an die jüngeren Generationen zurückfließen, sei es bei der Versorgung von Kindern, sei es bei der

(Abg. Ternes)

Pflege kranker Familienangehöriger usw. Das Verhältnis zwischen Alt und Jung kann also nicht nur reduziert werden auf die Probleme in Zusammenhang mit der Rentenversicherung mit dem Solidaritätsvertrag. Viele Eltern und Großeltern unterstützen ihre Kinder und Enkel auch finanziell, so daß manches, was vom Vermögen oder vom Einkommen abgezweigt werden kann, zurückfließt an die Nachkommenschaft, an die Kinder, an die Enkel, sei es als regelmäßige finanzielle Hilfe, als Schenkung, als Hilfe bei einer Anschaffung oder auch als Erbschaft.

Die wechselseitige Partizipation der Generationen voneinander wird dann besonders deutlich, wenn man sie über einen längeren Zeitraum betrachtet. Dazu gehört auch folgender Aspekt. Das heutige Niveau des volkswirtschaftlichen Leistungsvermögens ist nicht der Erfolg der heute jungen Generation. Dafür haben vielmehr die älteren Generationen gearbeitet, sie haben es auch finanziert. Die Straßen, auf denen die jungen Menschen heute mit ihren Autos fahren, sind von den älteren Generationen gebaut und finanziert worden.

Der Sozialwissenschaftler Winfried Schmähl von der Uni Bremen hat in der Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung gesagt: „Die Produktivität der Arbeitsleistung hängt elementar vom Bestand an Realkapital und öffentlicher Infrastruktur ab, die von den jetzt älteren Generationen geschaffen worden ist. Diese Vorleistungen sind ein wichtiger Faktor für Niveau und Entwicklung des Sozialproduktes und entscheiden nicht zuletzt über den Lebensstandard der Jüngeren und über das Maß an öffentlicher Förderung von Kindern und Familien.“ Man kann es auch so sagen: Die heute Älteren haben ihren Beitrag zum Generationenvertrag bereits geleistet.

Kolleginnen und Kollegen, die öffentliche Diskussion wird von zwei recht unterschiedlichen Altersbildern dominiert. Da ist zum einen die Gruppe der Älteren, die hilfs- oder pflegebedürftig sind, da sind zum anderen die Senioren und Seniorinnen in gutsituierten Verhältnissen, ständig auf Achse oder als Dauerurlauber auf Mallorca. Dabei wird häufig die größte Gruppe übersehen, das sind diejenigen, die zwischen diesen beiden Gruppen stehen, die mit relativ kleinen oder einem mittleren Einkommen sich ein selbständiges Leben in den eigenen vier Wänden organisieren, die nicht hilfs- oder pflegebedürftig sind und mit ihren bescheidenen Einkommen auch nicht ständig in der Weltgeschichte umherreisen können. Aber gerade aus dieser Gruppe kommen viele, die ein hohes ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement zeigen. Dies gilt sowohl für das Vereinsleben wie auch im Bereich der Nachbarschaftshilfe. Sie sind gesundheitlich fit und nicht auf Hilfe angewiesen. Sie wollen aktiv sein und am gesellschaftlichen Leben partizipieren. Ihre Einkommenssituation läßt diese Teilnahme am öffentlichen Leben auch zu, ist für ein Leben in Luxus aber zu gering.

Wenn man sich die Rentenstatistiken ansieht, so sind es nach wie vor die älteren Frauen, die am unteren Ende der Einkommensskala liegen. Bei den Versichertenrenten bis 1.200 DM sind zum Beispiel 74 Prozent, also fast drei Viertel Frauen, 22,8 Prozent sind Männer, die in dieser Einkommensgruppe liegen. Dagegen sieht es bei den Renteneinkommen über 2.400 DM etwas anders aus. 1,2 Prozent der Bezieher dieser Einkommensgröße sind Frauen und 25 Prozent Männer. Je höher also die Einkommen liegen, um so eher sind Männer diese Einkommensbezieher, bei kleineren Einkommen dominieren in der Häufigkeit nach wie vor die Frauen. Vor diesem Hintergrund halte ich es für ziemlich abwegig, pauschal von der vermögenden oder reichen älteren Generation zu sprechen, wie das derzeit oft getan wird. Ich meine, da war es aus Gründen sozialer Gerechtigkeit auch dringend nötig, daß die neue Bundesregierung die von der Vorgängerregierung beschlossene Rentenkürzung wieder zurückgenommen hat. Damit ist ein Wahlversprechen eingelöst worden.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, im Saarland leben zur Zeit 198.400 Personen über 65 Jahre; dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 17,1 Prozent. Eine statistische Hochrechnung sagt aus, daß im Jahre 2030 etwa 242.500 Personen im Saarland über 65 Jahre leben werden. Dies entspricht einem prozentualen Anteil von 26,2 Prozent. Diese Entwicklung verlangt von der Politik entsprechende politische Weichenstellungen. Nun sind die Interessenlagen und Lebensstile von Seniorinnen und Senioren genauso vielfältig und unterschiedlich wie die in anderen Altersgruppen auch. Altenpolitik ist also eine Querschnittsaufgabe. Schon von daher kann unser Antrag nicht all die verschiedenen Bedürfnisse der alten Menschen aufgreifen, die sicherlich vorhanden sind. Wir haben uns deshalb auch bewußt auf einige wesentliche Aspekte beschränkt.

Die demographische Entwicklung und gerontologische Forschungsergebnisse eröffnen für ältere Menschen neue Perspektiven. Ihr Lebensstandard und ihre Interessen sind so unterschiedlich wie bei den jüngeren Menschen auch. Ich habe das eben schon einmal erwähnt. Darauf muß Altenpolitik reagieren und dafür muß sie die geeigneten Rahmenbedingungen schaffen. Dies gilt für alle Bereiche politischer Gestaltung. Die heutige Generation von Seniorinnen und Senioren hat andere Bedürfnisse und für sich andere Lebensmuster für den Ruhestand entworfen, als dies sicherlich noch vor einigen Jahren der Fall war. Alte Menschen wollen Lebenskontinuität und den Erhalt ihrer Selbständigkeit, solange es irgendwie geht, und sie wollen am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben teilnehmen. Dazu ist die Schaffung altengerechter Wohnungen ebenso notwendig wie eine Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur, die ihrer Mobilität und ihren Bedürfnissen und Wünschen entspricht. Land und Kreise haben unter anderem durch die Einrichtung von Wohnberatungsstellen diesem Wunsch bereits Rechnung getragen. Neben 661 Altenwohnheimplätzen, die dem Heimgesetz unterliegen, sind in allen Kreisen Angebote betreuten Wohnens entstanden. Das Beratungs- und Informationsangebot für Ältere muß allerdings umstrukturiert, gebündelt und noch effektiver gestaltet werden.

Seniorinnen und Senioren sollen verstärkt für freiwilliges gesellschaftliches Engagement gewonnen werden, denn ehrenamtliches Engagement kann durchaus sinnstiftend sein und das Gefühl vermitteln, gesellschaftlich gebraucht und anerkannt zu werden. Ältere Menschen beklagen sich oft, vor allen Dingen wenn sie alleine leben, über Einsamkeitsgefühle, über Isolation und dergleichen. Hier könnte ehrenamtliches Engagement sich in der Tat positiv auswirken. Die Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit Landkreisen und Kommunen dafür zu sorgen, daß wohnortnahe stationäre und ambulante Pflege- und Hilfsangebote entsprechend der jeweiligen demographischen Entwicklung vorgehalten werden. Darüber hinaus muß dafür gesorgt werden, daß sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich die Qualität der Pflege sichergestellt wird. Die neue Bundesregierung hat mit dem Kabinettsbeschluß für eine bundeseinheitliche Regelung in der Altenpflegeausbildung einen wichtigen Schritt in diese Richtung getan, der auch eine Verbesserung der Pflegequalität nach sich ziehen wird.

Einen weiteren Schritt in dieser Richtung erwarten wir von der Novellierung des Pflegeversicherungsgesetzes, insbesondere qualitative und finanzielle Verbesserungen für die Mitglieder der Pflegeversicherung. Ich denke, hier haben wir im ambulanten Bereich noch die meisten Probleme. Das Krankenhausnotopfer ist weggefallen, und die Erhöhung der Zuzahlung zu Medikamenten wurde zurückgenommen. Dies sind Entscheidungen, die dazu beitragen, die Verschlechterung in der Einkommenssituation Älterer rückgängig zu machen, sie entlasten also den Geldbeutel und verbessern die wirtschaftliche Lage älterer Menschen. Von der Rentenreform 2000 erwarten wir insbesondere eine Verbesserung der Einkommenssituation der Rentnerinnen und Rentner, vor allem für den Personenkreis mit Kleinstrenten. Darüber hinaus erwarten wir Verbesserungen bei der Altersversorgung der Frauen.

(Abg. Ternes)

Vor kurzem hat der Landesseniorenbeirat seine Arbeit aufgenommen. Von ihm erhoffen wir, daß neue Impulse in die Gestaltung der saarländischen Altenpolitik einfließen werden. Dieses Gremium entspricht der zunehmenden Bedeutung des Bevölkerungsanteils der Älteren. Dies sollte zu einer stärkeren Orientierung politischer Entscheidungs- und Gestaltungsgremien an den Bedürfnissen älterer Menschen führen. Im Saarland wurden in den beiden letzten Jahrzehnten – ich denke, das kann man durchaus sagen – enorme Schritte nach vorne getan. Ich meine hier den Bereich der Altenhilfe und der Altenpolitik. Es wurde eine flächendeckende Struktur ambulanter und stationärer Hilfs- und Pflegeangebote geschaffen. Ergänzt wird dieses Netz durch Einrichtungen der Altenbildung und der Altenkultur. Eine Vielzahl von Vereinen bietet Älteren die Möglichkeit der aktiven und passiven Mitarbeit an.

Lassen Sie mich zum Schluß insbesondere all diesen Vereinen und Initiativen und damit auch allen ehrenamtlich in der Altenarbeit Tätigen danken. Mit der heutigen Diskussion wollen wir hier im Landtag dazu beitragen, daß anläßlich des Internationalen Jahres der Senioren Altenpolitik einmal mehr ins Blickfeld der Öffentlichkeit rückt, und wir wollen die notwendigen Verbesserungen in der Angebotsstruktur für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger unterstützen.

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Zustimmung für unseren Antrag. Ich kündige hier an, daß wir den Antrag der CDU – bis auf den letzten Absatz – unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Zur Begründung des Antrages der CDU-Landtagsfraktion erteile ich das Wort Frau Abgeordneten Monika Bachmann.

Abg. Bachmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die dritte Lebensphase gewinnt zunehmend Bedeutung in unserer Gesellschaft. Ältere Menschen leben heute nicht nur länger, sie erleben ihr Alter Gott sei Dank auch gesünder als früher. Sie begreifen ihr Alter als eine eigenständige, gute Lebenszeit. Erfahrungswerte, Kompetenz und Sachverstand der Seniorinnen und Senioren werden viel zu wenig genutzt, auch von diesem Parlament. Solidarität und Gemeinsinn zu fördern, das muß die zentrale Leitlinie unserer zukünftigen Politik auch in diesem Landtag sein.

Aus diesem Grund hat die CDU-Fraktion frühzeitig die Einrichtung eines Landesseniorenbeirates gefordert. Dieser Landesseniorenbeirat – das ist eben angesprochen worden – hat mittlerweile seine Arbeit aufgenommen und wird mit Sicherheit – davon bin ich überzeugt – die Interessen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger dieses Landes vertreten. Der CDU ging es bei Einrichtung eines Landesseniorenbeirates darum, älteren Menschen die Möglichkeit zu geben, Wünsche, Kritik und Anregungen selber auszudrücken. Dabei ist nicht nur die große Politik das Entscheidende, sondern zum Beispiel die seniorenrechtliche Gestaltung von örtlichen Gegebenheiten. Der Seniorenbeirat ist ein wichtiges Instrument, um die politischen Entscheidungsträger in den Gemeinden, in den Kreisen und im Land, die aus eigenem Erleben keine Kenntnis von den besonderen Bedarfslagen und Problemsituationen älterer Menschen haben, für deren Belange zu sensibilisieren.

Meine Damen und Herren, angesichts der Tatsache, daß der Anteil der älteren Menschen immer größer wird, hätten wir es als CDU-Fraktion seit Jahren sehr gerne gesehen, wenn wir einen zukunftsweisenden Mittelansatz im Haushalt gefunden hätten. Frau Ministerin, im Kapitel 07 09 (Altenpolitik) kann ich nur zwei Seiten entdecken, und dies seit Jahren. Diese zwei Seiten beschränken sich auf die Hilfe zur Pflege in Alten- und Pflegeeinrichtungen, die Krankenhilfe und die Zuwendungen zur Ausbildung von Pflegern und Altenpflegern. Bei der Titelgruppe „Zukunftsprogramm für ältere Bürgerinnen und Bürger“, meine Damen und Herren, finden wir einen Ansatz von 24.000 DM.

Ältere Menschen sind für unsere Gesellschaft unentbehrlich. Sie haben sehr viel für ein gutes Miteinander der Generationen einzubringen. Die Verantwortung für ältere Menschen ist nach unserer Auffassung eine generationenübergreifende Aufgabe. Jung und Alt sind füreinander verantwortlich. Die Senioren haben durch ihre Lebensleistung für den Wohlstand, den wir heute haben, gesorgt. Deshalb haben sie einen Anspruch auf Solidarität mit den Jungen. Es entspricht der Würde des älteren Menschen, ihn in seinen Fähigkeiten zu stärken, seine Kenntnisse und Lebenserfahrungen zu nutzen und nicht „alt“ mit „hilfsbedürftig“ gleichzusetzen. Betreuung und Hilfe darf die Senioren nicht entmündigen.

(Beifall bei der CDU.)

Mit der Pflegeversicherung, meine Damen und Herren, ist ein neues Kapitel unserer Politik für ältere Menschen aufgeschlagen worden. Die CDU-geführte Bundesregierung, Frau Ministerin, hat eingelöst, was jahrelang von der SPD nur versprochen worden war.

(Abg. Feibel (CDU): Sehr richtig!)

Beispiele. Damit älteren Menschen Lebenschancen eröffnet wurden – davon haben nicht nur die älteren Menschen profitiert, sondern auch das Saarland durch die Entlastungen in der Sozialhilfe –, sind Spielräume entstanden, die wir in der Altenhilfe nutzen sollten.

(Beifall bei der CDU.)

Ich rede jetzt nicht von ein paar tausend DM, Frau Ministerin, sondern ich rede von zirka 50 Millionen DM, die wir in diesem Land durch die Pflegeversicherung eingespart haben. Die sollten wir zum Beispiel dafür nutzen, ältere Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung selbstbestimmt leben zu lassen, einen sozialen Dialog mit älteren Menschen und ihren Interessenverbänden zu führen und jeder Form von Entmündigung entgegenzutreten. Ein wichtiger Punkt: ein wirkliches Zukunftsprogramm für ältere Menschen aufzulegen – ich habe die Zahlen eben genannt –, das die Altenhilfeplanung modernsten Erkenntnissen anpaßt.

Wir von seiten der CDU fordern die Landesregierung auf, eine trägerneutrale und dezentrale Beratung sicherzustellen und die jeweilige Bezuschussung von 1,30 DM zu belassen. Sie nicken mir zu, Frau Ministerin; Sie wissen, daß in den Richtlinien 1,60 DM steht, immer nur 1,30 DM gezahlt wurde und von Ihrem Ministerium aus – so wird es mir berichtet – das gekürzt wird. Frau Ministerin, ich mache Ihnen einen Finanzierungsvorschlag. Die nötigen 750.000 Mark könnten Sie doch locker beim Neubau der Saarlandvertretung in Berlin abzwacken; dort geben wir leicht 31 Millionen aus. Nehmen Sie es dort weg, Sie bekommen die Zustimmung unserer Fraktion. Sie haben jederzeit unsere Zustimmung, wenn Sie dies so machen.

(Beifall bei der CDU.)

Weitere Punkte: das betreute Wohnen für Senioren in Zusammenarbeit mit den Gemeinden weiterzuentwickeln und zu fördern, die pflegerische Infrastruktur von den Privaten bis hin zu den Sozialstationen nach den Bedürfnissen der älteren Menschen und der Pflegeversicherung auf- und umzubauen, Vereine und Selbsthilfegruppen in der Altenhilfe in ihrer ehrenamtlichen Arbeit in verstärktem Maße zu unterstützen, bestehende Gesetze und Richtlinien auf ihre Wirksamkeit und mit dem Ziel der Entbürokratisierung zu überprüfen, bei Planungs- und Umbaumaßnahmen an öffentlichen Gebäuden die Interessen und die Bedürfnisse älterer Menschen zu beachten, bei Planungs- und Neuordnungsvorhaben im ÖPNV die Interessen und Bedürfnisse älterer Fahrgäste besonders zu berücksichtigen, die Pflegequalität der ambulanten Pflegedienste, ebenso die Pflege- und Wohnqualität in den teilstationären und stationären Einrichtungen sicherzustellen und zu kontrollieren, daß Qualität herrscht und nicht nur Quantität.

(Abg. Bachmann)

Wir fordern die Bundesregierung auf, neben der gesellschaftlichen, kulturellen und politischen vor allem die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Seniorinnen und Senioren bei der geplanten Rentenreform sowie bei der ökologischen Steuerreform zu beachten.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, viele ältere Menschen engagieren sich in ehrenamtlichen Diensten. Ohne ihre aufopfernde Mitarbeit wäre so manche Selbsthilfegruppe oder Nachbarschaftshilfe und so mancher Verein überhaupt nicht mehr vorstellbar. Hier bringen Senioren ihre Erfahrungen ein, sie übernehmen wichtige Aufgaben für die Gesellschaft. Deshalb wird die CDU auch in Zukunft das Ehrenamt stärken.

Bereits in der Vergangenheit hat die CDU-geführte Bundesregierung zukunftsweisende Entscheidungen mit Blick auf den demographischen Wandel getroffen. 1983, meine Damen und Herren Kollegen der Sozialdemokratie, hat der damalige Bundesfamilienminister Heiner Geißler mit Unterstützung der gesamten CDU/CSU erstmals in der Sozialgeschichte unseres Landes die Kindererziehung als rentenbegründend und rentensteigernd eingeführt. Das war zum Beispiel unser fundamentaler Beitrag zu einer eigenen Alterssicherung der Frauen, die sich entweder ganz oder teilweise für Familienarbeit entscheiden konnten.

(Beifall bei der CDU.)

Das war im übrigen ein fundamentaler Beitrag zugunsten einer Verbesserung der Vereinbarung von Familie und Beruf. 1993 wurden insgesamt 32 Seniorenbüros in das Modellprojekt der Bundesregierung aufgenommen. 1994, Frau Ministerin, konnte dieses Programm schon auf 43 Seniorenbüros ausgeweitet werden. Ein weiterer Punkt. Der Wohnraumkündigungsschutz stellt sicher, daß ältere Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Es gibt viele, viele andere Dinge mehr.

Wohnen im Alter – das war das Thema des Zweiten Altenberichtes der CDU-geführten Bundesregierung. Dieser Bericht war dem für das Jahr 2000 angekündigten Altenbericht vorgelagert. Wir fordern an dieser Stelle von seiten der CDU-Fraktion die neue Bundesregierung auf, diese Arbeit kontinuierlich fortzuführen und im Jahr 2000 den Altenbericht der Öffentlichkeit vorzustellen.

Eine wesentliche Frage in der Zukunft wird sein, wie das hohe Niveau an Solidarität unter den Generationen in den EU-Ländern aufrechterhalten werden kann. Aufgrund jeweils anderer Voraussetzungen haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in den vergangenen Jahren unterschiedliche Fortschritte bei der Entwicklung und Umsetzung von Politik für ältere Menschen gemacht. Gleichwohl lassen sich in Europa eine Reihe von vergleichbaren Zielsetzungen bei der Förderung einer selbständigen Lebensführung älterer Menschen feststellen.

Die neugewählte Bundesregierung muß darauf hinwirken, einen gemeinsamen Katalog von politischen Zielen zusammenzustellen, der den politischen Handlungsrahmen zur Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen durch die Politik der einzelnen Mitgliedstaaten in der Gemeinschaft festlegen soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, 1999 ist das Internationale Jahr der Senioren. Die älter werdende Gesellschaft, meine Damen und Herren, braucht uns in keiner Weise zu beängstigen. Wir sollten es als ein Geschenk annehmen. Ich zitiere an dieser Stelle sehr gerne UNO-Generalsekretär Kofi Anan. Er hat bei der Eröffnung des Internationalen Jahres folgendes gesagt – ich zitiere –: Zu Beginn des Internationalen Jahres der Senioren stellen wir fest, daß die gestiegene Lebenserwartung eine der großen Errungenschaften des 20. Jahrhunderts ist. Wir sollten uns verstärkt darum bemühen, mehr aus diesem Geschenk zu machen, damit dies eine der großen Errungenschaften des 21. Jahrhunderts wird.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns die Frage stellen, in welcher Gesellschaft wir zukünftig leben wollen oder müssen. Ich glaube, das Zusammenleben von Älteren und Jungen ist die zen-

trale Frage der Zukunft. Den älteren Menschen sollte man wesentlich mehr als bisher die Gelegenheit geben, ihre Erfahrungen und ihre Kreativität in die Gesellschaft einzubringen. Ich will darauf hinweisen, daß der Anteil der Einwohner von 65 und mehr Jahren von 15 Prozent Anfang der neunziger Jahre auf rund 30 Prozent im Jahr 2030 steigen wird.

(Abg. Gehring (CDU): Alle rüstig.)

Alle rüstig, Herr Kollege Gehring. – Die soziale Marktwirtschaft und das Gesundheitssystem können in dieser Form wohl nur erhalten bleiben, wenn es eine veränderte Bürgergesellschaft geben wird, bei der auch die sehr agilen älteren Menschen Aufgaben übernehmen.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, ältere Menschen wissen, daß körperliche, soziale und geistige Aktivität sie nicht nur jünger, sondern auch gesünder erhalten wird nach dem Motto: Wer rastet, der rostet. Weil gerade die Mehrzahl dieser älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligt, finden ich, meine Damen und Herren, und alle Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion es eine Ungeheuerlichkeit, wenn sich Herr Müntefering erlaubt, daran zu denken, ab einem Alter von 60 Jahren diesen Menschen den Führerschein streitig zu machen.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jeder will lange leben, aber niemand will alt sein. Alt ist immer nur der andere. Es ist richtig, daß in der Vergangenheit die Parteien, die Wirtschaft, die Mode und der Zeitgeist eindeutig auf die Jugend gesetzt haben. Dieser Jugendwahn ist erst abgekühlt, als man gemerkt hat, daß die Gesellschaft immer älter wird und daß man sich langsam auch von der Werbung ins eigene Fleisch schneidet.

(Beifall bei der CDU.)

Die persönliche Hinwendung, Zuneigung und medizinische wie finanzielle Versorgung älterer Menschen wird eines der großen Aufgabefelder der Zukunft sein. Gerade deshalb sind ältere Menschen in unserer Gesellschaft unverzichtbar.

Frau Präsidentin, ich bin in einer Minute fertig. Sie erlauben mir, daß ich zu Ende rede. Meine Redezeit ist zu Ende, ich kürze das ab. – Bei weitem nicht jeder, der älter ist, ist krank und hilfebedürftig. Diese Menschen haben ein Recht auf Zukunft. Schöne Worte bei Kaffeemittagen oder ein Zahlenwerk im Landesaltenplan reichen nicht aus. Diese Bürgerinnen und Bürger wollen mitreden, mitarbeiten, sie wollen ernst genommen werden. Senioren- und Altenpolitik darf nicht von der finanziellen Lage des Landes abhängig sein. Altenpolitik hat auch in schwierigen Zeiten zu gelten.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ich bitte Sie ganz herzlich, dem Antrag der CDU-Fraktion zuzustimmen. Kollegin Termes von der SPD hat angekündigt, daß es eine Änderung gibt, mit der wir uns einverstanden erklärt haben. Der letzte Satz unseres Antrages wird geändert. Er hat gelautet: Weiter fordert die Landesregierung Bundesverkehrsminister Müntefering auf, diskriminierende Äußerungen in Richtung Führerscheinentzug für Senioren künftig zu unterlassen. Wir ändern dies ab in den Satz: Der Landtag des Saarlandes fordert Bundesverkehrsminister Müntefering auf, keine pauschalen Regelungen bezüglich der Altersbegrenzung beim Führerscheinbesitz anzustreben.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Bozok.

Abg. Bozok (B 90/Grüne):

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man dem Bild, das von den Medien vermittelt wird, glaubt, dann ist unsere Gesellschaft geprägt von jungen, dynamischen, erfolgreichen Menschen. Im Erwerbsleben ist man mit 40 oder 45 Jahren oft schon zu alt, um noch als leistungsfähig gesehen zu werden. Es spricht auch Bände, wenn ein privater Fernsehsender eine bei älteren Menschen beliebte Sendung aus dem Programm streicht, weil die Werbebranche in den Menschen ab 50 Jahren keine attraktive und konsumbereite Zielgruppe sieht, deshalb keine Werbungszeiten einkauft und diese Einnahmen dem Sender fehlen.

Dieses Bild zurechtzurücken, ist ein wichtiges Anliegen auch von Seniorenpolitik. Zum einen ist es ein wichtiges Anliegen, weil wir einen demographischen Wandel haben: Geburtenrückgang, Wanderungssaldo und längere Lebenserwartung verändern das qualitative Gleichgewicht zwischen den Generationen deutlich. So wird der Anteil der über Sechzigjährigen in den nächsten 32 Jahren von 21 auf 35 Prozent ansteigen, der Anteil der unter Zwanzigjährigen dagegen von 22 auf 16,8 Prozent sinken, das Erwerbspotential um zirka 10 Prozent abnehmen. Die Folgen dieses demographischen Wandels werden die Gesellschaft als Ganzes treffen: die sozialen Sicherungssysteme, den Arbeitsmarkt, das Bildungssystem, die politischen Machtverhältnisse, die Infrastruktur, den Wohnungsmarkt, die Formen des Zusammenlebens und die Demokratieentwicklung. Im Gegensatz zu anderen gesellschaftlichen Entwicklungen, von denen nur bestimmte Gruppen betroffen sind, betreffen die Auswirkungen des demographischen Wandels nicht nur die Gesellschaft als Ganzes, sondern auch jede und jeden einzelnen.

(Zuruf des Abgeordneten Feibel (CDU).)

So muß sich die Politik konzentriert mit diesen Veränderungen befassen. Seniorenpolitik muß aber auch deshalb ein wichtiges Anliegen sein, weil das Bild des alten Menschen, das in der Gesellschaft vorherrscht, der Wirklichkeit nicht gerecht wird. Ältere und alte Menschen heute sind Menschen, und einige von uns gehören ja durchaus auch dazu –

(Zurufe und Sprechen.)

Von meinem Kollegen Hartz lerne ich ununterbrochen, und er freut sich auf sein Altenteil. Es steht ihm auch zu, und er ist fit. Ich gönne ihm das alles, ja, ich habe überhaupt kein Problem, das zu sagen, weil Altsein nicht Gebrechlichkeit, Hilfsbedürftigkeit heißt und weil ich es den Menschen gönne, ihre Rente gut und fit auszuleben. – Also: Ältere und alte Menschen heute sind Menschen, die mitten in der Gesellschaft stehen, die ihre Erfahrungen einbringen und weitergeben, auf deren Einfluß wir einfach nicht verzichten können. Deswegen begrüßen wir es, daß die SPD-Fraktion – und die CDU-Fraktion hat nachgezogen – jetzt mit diesem Thema in den Wahlkampf einsteigt und Positionen zur Diskussion stellt. Wir hoffen natürlich, daß Sie damit nicht nur Wählerstimmen sichern wollen, sondern daß Sie wirklich etwas tun wollen, meine Damen und Herren.

Apropos „etwas tun“: Leicht verwundert sind wir ja schon über manche Forderungen im Antrag. Hier hätte die Landesregierung in der Vergangenheit durchaus Möglichkeiten gehabt, den Positionen der SPD-Fraktion, wie sie heute dargestellt werden, zu folgen, so etwa bei der Umstrukturierung der bestehenden Beratungsdienste, die eine trägerneutrale und einrichtungsübergreifende Beratung sicherstellen soll, oder auch bei der stärkeren Akzentuierung und Verbesserung der ambulanten und teilstationären Dienste. Nun gut, wir begrüßen es, daß die SPD sich hier in die Richtung positioniert, die wir Grünen für richtig halten. Insgesamt unterstützen wir

den Antrag der SPD-Landtagsfraktion genau so wie den der CDU-Landtagsfraktion.

Zu einzelnen Punkten. Eine angemessene und ausreichende Rente ist mit Sicherheit eine wichtige Voraussetzung – es wurde schon so ausgeführt –, am kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben zu können. Dies gilt vor allem für Frauen, die aufgrund unterbrochener Erwerbsarbeit oder ausschließlicher Familienarbeit unter dem Rentenniveau der Männer liegen und vielfach noch arm sind. Alte Menschen schämen sich oft, den Weg zum Sozialamt zu gehen. Oder sie wollen diesen Schritt nicht machen, weil sie wissen, daß dann ihre Kinder zu ihrem Unterhalt herangezogen werden, was sie manchmal aus ganz verschiedenen persönlichen Gründen nicht wollen. Wir Grünen haben deshalb eigene Konzepte erarbeitet und auf Bundesebene vorgelegt. Ich nenne hier die Grundsicherung, die eine transparente und bedarfsgerechte Unterstützung für alle die Menschen vorsieht, die aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, für die Sicherung ihres Lebensunterhaltes zu sorgen. Dabei haben wir ganz stark an die alten Menschen gedacht. Ich nenne unsere Konzepte der Rentenreform, die wir diskutieren. Wir wollen dabei die unsteten Erwerbsverläufe vor allem der Frauen berücksichtigen und damit den Realitäten Rechnung tragen und für gerechte Verhältnisse sorgen. Ich will mit diesen wenigen Bemerkungen sagen: An den Grünen in Bonn wird es nicht scheitern, in diesem Bereich Verbesserungen voranzubringen.

Beim ÖPNV treffen Sie unsere alten Forderungen, nämlich bei Planungen und Neuordnungen die Interessen älterer und – ich will das ergänzen und betonen – schwächerer Fahrgäste stärker zu berücksichtigen.

(Abg. Feibel (CDU): Wie halten Sie es denn beim Individualverkehr?)

So bemühe ich mich seit einiger Zeit, sehr geehrter Herr Kollege Feibel, auf die zuständigen Stellen bei der Neugestaltung von Bahnhöfen und Unterstellplätzen der Saarbahn einzuwirken, also daß genau diese Belange berücksichtigt werden. Wir brauchen barrierefreie Zugänge, kontrastreiche Gestaltung von Informationen und Geleitwege für sehbehinderte Menschen, zu denen ja oft auch die älteren Menschen gehören. Wir brauchen deutliche Ansagen der Stationen in Bussen und Bahnen und vieles mehr. Ich denke auch, es ist sehr wichtig, im Zug – oder auch im ÖPNV überhaupt – Begleitpersonal zur Verfügung zu stellen.

Ein weiteres Thema ist das Verbleiben in den eigenen vier Wänden. Das ist für alte Menschen, denke ich, besonders wichtig. Eine gewohnte Umgebung, der Kontakt zum Umfeld, die gewachsenen Beziehungen, die vertrauten Verhältnisse – all das wird mit dem zunehmenden Alter immer wichtiger. Deswegen sind alle Angebote auszubauen, alten Menschen diese Möglichkeiten zu geben und sie auch dann zu geben, wenn sie nicht mehr für sich selber sorgen können. Das Verbleiben in der Familie ist längst nicht mehr die Norm. Auch dem müssen wir mit unserer Politik Rechnung tragen. Ambulante Dienste übernehmen – Bitte schön, Herr Kollege Feibel. Entschuldigung, ich habe Sie nicht gesehen.

Abg. Feibel (CDU):

Sie sind im Thema jetzt schon ein bißchen weiter. Aber ich wollte einmal zurückfragen. Sie sprechen da von deutlichen Ansagen an Haltestellen, von Zugängen möglichst barrierefrei zu den Bahnhöfen. Das klingt alles sehr gut. Was wollen Sie denn dort machen – Sie sind ja nun in Bonn mit an der Regierung –, wo es darum geht, den Menschen Mobilität zu sichern, bei denen der Zug nicht fährt, die Stadtbahn nicht fährt, der Bus nicht fährt? Da geht es um den Individualverkehr. Und da verteuern Sie über eine wirklich ungerechte Energiesteuer die Mobilität der alten Menschen. Wie wollen Sie denn das in Ordnung bringen? Sagen Sie doch dazu ein paar Sätze.

Abg. Bozok (B 90/Grüne):

Frau Präsidentin, ich bitte Sie, diesen Beitrag nicht meiner Redezeit zuzuordnen. - Herr Kollege Feibel, vielleicht wissen Sie auch, daß sehr viele ältere Menschen, die zum Beispiel nicht genügend Einkommen haben, gar nicht die Gelegenheit haben, ein eigenes Auto zu besitzen.

(Abg. Feibel (CDU): Dann wird es ja noch teurer.)

Für diese Menschen ist es sehr wichtig, daß der öffentliche Personennahverkehr günstig und ortsnah gestaltet wird. Das als Grundlage. Das dient im übrigen nicht nur den älteren Bürgerinnen und Bürgern, sondern allen. Was jetzt die Frage der Ökosteuer angeht, Benzinpreis: Da wurde immer wieder gesagt, daß es zu Ausgleich bei den sozial besonders Betroffenen kommen soll, daß auch das berücksichtigt werden muß in der Reform. Und das ist sicherlich ein gemeinsames Anliegen, diese Bedürfnisse der älteren Menschen zu berücksichtigen und nicht ihre Mobilität über den Weg einzuschränken. Gleichwohl bin ich der Auffassung, daß die Förderung des ÖPNV der beste Weg ist, auch älteren Menschen gerecht zu werden. - Noch eine Zwischenfrage? Bitte.

Abg. Vogtel (CDU):

Frau Kollegin Bozok, würden Sie dessen ungeachtet einräumen, daß die Frage der Abgabe eines Führerscheins bei älteren Menschen, die sich ohnehin kein Auto leisten können, aus welchen Gründen auch immer, sich einfach nicht stellt? Daß es aber für viele Menschen gerade auf dem Lande, wo auch der Kollege Feibel herkommt - ich im übrigen auch -, schon eine wichtige Frage ist, die Mobilität gegebenenfalls auch durch Individualverkehr sicherzustellen?

Abg. Bozok (B 90/Grüne):

Es ist natürlich überhaupt keine Frage, daß man sich dagegen wehren muß, daß der Bundesverkehrsminister den Führerscheinentzug ab einem bestimmten Alter haben will. Das ist dermaßen unsäglich und politisch dumm, daß gar nicht mehr darüber geredet werden muß.

(Beifall bei der CDU.)

Ich fahre nun fort in der Gesamtbetrachtung der Seniorenpolitik. Ambulante Dienste übernehmen zunehmend die Funktion der Versorgung alter Menschen. Deswegen ist es wichtig, daß die ambulanten Dienste über Fachpersonal verfügen, das auf die Bedürfnisse eingehen kann, auch einmal Zeit für ein Gespräch hat und nicht nur im Galopp die für das körperliche Wohlbefinden notwendigen Dienste erledigt. Die Bedingungen, nach denen die ambulanten Dienste dieses Fachpersonal einstellen können, müssen von der Politik vorgegeben werden.

Wohnen im Alter kann aber auch bedeuten, die bisherige Wohnung nicht zu verlassen und in altersgerechte Wohnungen umzuziehen. Wir halten viel davon, wenn schon umgezogen werden soll - wenn die alten Menschen sich zum Beispiel dafür entscheiden -, dann Wohnungen oder Wohnanlagen im Zentrum des lokalen Lebens anzusiedeln. Da hat Riegelsberg mit dem Projekt der AWO jetzt ein interessantes Angebot gemacht. Ich denke, das ist der richtige Weg. Das muß mit Interesse begleitet werden. Im Zentrum ist eine Anlage für ältere Menschen, und wenn das nicht auf die grüne Wiese abgeschoben wird,

(Zuruf des Abgeordneten Gehring (CDU))

dann ist das, egal wo es ist, ob in Friedrichtsthal oder Riegelsberg, der richtige Weg. Es muß für die alten Menschen möglich sein, mit jungen Menschen, mit Kindern der Umgebung Kontakt zu halten und zu bekommen. Und es muß möglich sein, an den ganz normalen Angeboten des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens in der Wohnumgebung teilzunehmen und nicht auf eigene seniorengerechte Angebote angewiesen und eventuell abgeschoben zu sein. Das kann niemand wollen.

Initiativen, die also darauf zielen, die Generationen zusammenzubringen, müssen unterstützt werden. Ich denke - um nur ein paar Beispiele zu nennen - an Babysitterdienste, ich denke an regelmäßige Kontakte und Besuche von alten Menschen in Kindergärten oder in der Umgebung oder in Grünanlagen oder in benachbarten Wohnungen. Ich denke an Kontakthalteangebote der Betriebe an ihre in Pension gehenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Lassen Sie mich noch einmal in Kürze die bündnisgrünen Positionen in der Altenpolitik skizzieren. Wir wollen eine möglichst weitgehende Erhaltung der Selbständigkeit älterer Menschen, Wohnungs- und Betreuungsangebote müssen so gestaltet sein, daß ältere Menschen in ihrem gewohnten Umfeld auch im Pflegefall bleiben können. Die Förderung der Selbständigkeit muß mit einem qualitativen und quantitativen Ausbau der sozialen Dienste einhergehen, der sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet. Bündnisgrüne Politik setzt auf soziale Gerechtigkeit zwischen den Generationen, und da wird Solidarität vorgelebt, denke ich. Das, was die alte Generation vorlebt, das lehren wir die junge Generation und erfahren wir von ihr. Alte dürfen nicht in Armut gedrängt werden. Junge müssen eine Zukunft haben, und die mittlere Generation soll nicht überfordert werden. Nur so kann es aufgehen.

In diesem Sinne werden wir Grüne den Anträgen von SPD-Fraktion und CDU-Fraktion zustimmen, denn das ist eine Seniorenpolitik, die wir mittragen können. Deshalb werden wir wie gesagt beiden Anträgen zustimmen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei B 90/Grüne.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Das Wort hat Frau Ministerin Wackernagel-Jacobs.

Ministerin Wackernagel-Jacobs:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es sehr gut und ich möchte mich auch bedanken, daß Sie die Grundsatzdebatte zur Lage der älteren Generation vom letzten Mal auf heute verschoben haben wegen meiner Krankheit, so daß ich die Gelegenheit habe, das mitzudiskutieren. Dafür war ich Ihnen wirklich dankbar.

Es ist ein ganz wichtiges Thema, und die Zahlen in den vergangenen Diskussionen haben das schon gezeigt - Sie haben das auch erwähnt, Frau Bachmann -: Wir entwickeln uns dahin, daß wir im Jahr 2030 etwa 30 Prozent der saarländischen Bevölkerung in einem Alter über 60 Jahren haben werden. Ich will Ihnen noch eine andere Zahl nennen, die die Verschiebung deutlich macht. Wir hatten zum Beispiel 1979 - ich habe mal einen Vergleich gemacht mit der Zahl derer, die in der Altersstufe null bis 20 Jahre sind, also sozusagen Junge und Ältere gegenübergestellt - auf das Saarland bezogen von null bis 20 Jahren etwa 300.000 Menschen, und etwa 200.000 waren über 60. Jetzt ist es bereits umgekehrt, so daß wir etwa 220.000 Menschen von null bis 20 haben und 250.000 Menschen über 60. Ich will das einmal dieser Diskussion voranstellen, weil ich verhindern möchte, daß wir eine reine Althilfediskussion führen.

Ich finde, diese Entwicklung an sich ist überhaupt nicht problematisch, sondern ist eine Entwicklung, die sich in weiten Bereichen ohne die Hilfe der Politik vollziehen kann - nicht überall -, die in weiten Bereichen auch ohne staatliche Eingriffe bleiben sollte. Und ich möchte, daß wir das auch einmal betonen: daß eigentlich unser seniorenpolitisches, unser altenpolitisches Denken nicht nur so ein stützendes und Hilfskonzept sein muß, sondern auch ein sehr stark animierendes. Es ist eine Entwicklung, die sich vor allen Dingen in den Familien abspielen wird und abspielt in den Gemeinden, in den Vereinen, eine Entwicklung, die sich auch - das sage ich jetzt im Hinblick auf die erwähnte Geschichte mit den Privatsendern, was ich unsäglich finde - in den Angeboten darstellen wird. Denn diese mehr älteren Menschen werden ja auch

(Ministerin Wackernagel-Jacobs)

die Nachfrager sein. Das heißt, auch im Stadtbild werden wir deutlich wahrnehmen, daß diese älteren Menschen eigentlich eine immer größer werdende Gruppe der Nachfrager sein werden.

Aber Sie haben alle völlig recht: Wir reden hier eigentlich nicht über eine homogene Gruppe von älteren Menschen, sondern die Menschen in der Gruppe über 60 sind in den unterschiedlichsten Lebenslagen, haben ganz unterschiedliche Bedürfnisse, auch unterschiedliche Interessen, haben unterschiedliche Mobilitätsmöglichkeiten und sind auch in sehr unterschiedlicher gesundheitlicher Verfassung. Von daher wird es sehr schwierig sein, über eine einheitliche Gruppe zu reden. Denn die ist es nicht. Wir haben sicherlich den größten Teil der Menschen ab 60 Jahren, in fittem und rüstigem Zustand. Das sind Menschen, die eine Menge an Lebenserfahrung haben, die selbständig sind und auch bleiben wollen, die auch Ratgeber sein möchten für die nachfolgende Generation und die zusammen mit den jüngeren Menschen eigentlich Zukunft gestalten wollen, die sich auch einmischen, auch in den Gemeinden sinnvoll einmischen und Vorschläge für Planungen, für Entwicklungen – sei es ÖPNV oder Raumplanung – machen. Das sind Menschen, die ihre eigenen Kinder, die Familien der Kinder unterstützen, auch finanziell zum Teil. Und es sind Menschen, die viel Zeit haben, die endlich ohne Arbeit sind – viele sind glücklich darüber, manche vielleicht nicht –, und sie haben die Möglichkeit, ihren Interessen nachzugehen.

Ich will noch einen anderen Punkt erwähnen, den wir einfach auch bei unseren Konzepten mitbedenken sollten. Ein Mensch, der heute in den Ruhestand geht – und meistens gar nicht erst mit 65, sondern deutlich jünger –, hat in der Regel, gemessen an der Lebenserwartung, mindestens noch zwanzig Jahre vor sich. Das war früher ganz anders. Früher ist ein Mensch mit 65 in den Ruhestand gegangen, hatte eine geringere Lebenserwartung und war körperlich zum Teil auch wesentlich ausgelaugter. Das heißt, wenn wir wissen, daß zwanzig, dreißig Jahre und davon viele aktive Jahre vor den Menschen liegen, so bedeutet das, daß auch die Lebensplanungskonzepte noch mal ganz anders betrachtet werden müssen. Von daher werbe ich dafür, daß wir nicht nur über diese Hilfskonzepte – darüber auch –, sondern auch über die aktivierenden, unterstützenden Konzepte reden. Ich möchte, daß wir die Normalität nicht aus dem Blick verlieren, auch wenn wir uns dann über politische Handlungsnotwendigkeiten unterhalten.

Ein wichtiger Punkt – Sie haben das auch beide erwähnt – in den Anträgen ist sicherlich der finanzielle Bereich, nämlich der Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung. Die gesetzliche Rentenversicherung hat ein deutliches Einnahmenproblem aufgrund der Situation der Arbeitslosigkeit. Aber die gesetzliche Rentenversicherung muß auch Konzepte finden, wie sie die deutlich längeren Rentenbezugszeiten und die früher einsetzenden Rentenbezugszeiten anpaßt. Ich erhoffe mir in der Tat, daß die jetzige Bundesregierung ein schlüssiges Konzept entwickelt. Dessen Eckpunkte kennen wir alle noch nicht. Aber ich muß deutlich sagen, ich hoffe sehr, daß es eine wirkliche Reform wird, eine, die auch den Namen verdient und die von längerfristiger Bedeutung sein wird und nicht von der Hand in den Mund einfach nur die Problematik für ein paar Jahre verschiebt.

Die jetzige Bundesregierung hat den eingeführten demographischen Faktor ausgesetzt für die Jahre 1999/2000. Ich persönlich hatte ihn auch für falsch gehalten, aber es ist sicherlich umstritten. Ich habe diesen demographischen Faktor – also die Senkung der Bemessungsgrenze – deshalb für falsch gehalten, weil ich die Befürchtung hatte und viele andere auch, daß es einige an Rentnerinnen und Rentnern mehr unter die Sozialhilfeniveau-Schwelle gedrängt hätte. Wir wissen heute, daß im Saarland etwa sieben Prozent – ich beziehe mich auf saarländische Zahlen – der Sozialhilfeempfänger und – empfängerinnen Menschen über 65 sind. Und wir wissen auch, daß das nicht die ganze Realität widerspiegelt, denn es gibt eine Menge älterer Menschen, die nicht den Antrag auf Sozialhilfe stellen, obwohl sie eigentlich berechtigt wären.

Von daher glaube ich, daß eine zukünftige Reform wirklich umfassend sein muß. Sie muß alle Alterssicherungssysteme einbeziehen, sie muß sich auch mit dem Thema Erwerbsunfähigkeit und Berufsunfähigkeitsrente beschäftigen. Sie muß Regelungen zur Lebensarbeitszeit und Altersteilzeit finden, und sie muß sich mit der eigenständigen Alterssicherung der Frau stärker befassen und eine Reform der Hinterbliebenenversorgung regeln. Von daher ist das ein Bereich, der deutlicher politischer, staatlicher Eingriffe und Regelungen bedarf. Ich glaube, da sind sich auch hier im Parlament alle einig, daß wir diesbezüglich sehr gespannt und sehr kritisch das begleiten werden, was an Reformkonzepten in Bonn kreiert wird.

Es gibt sicherlich noch ganz starken weiteren politischen Handlungsbedarf, und zwar da, wo die älteren Menschen Unterstützung brauchen und wollen. Ich will aber voranschicken, was Sie alle auch schon betont haben: Es muß das wichtigste Ziel sein, den älteren Menschen sowohl die Selbstständigkeit als auch die Eigenverantwortlichkeit zu erhalten, sie zu unterstützen, ihre Neugierde zu erhalten und ihr Wissen und ihre Erfahrung zu nutzen.

Deshalb brauchen wir zunächst einmal diese – wie ich es nannte – animierenden Konzepte. Sie haben völlig recht, Frau Bachmann, das Modellprojekt der alten Bundesregierung mit den Seniorenbüros, das im Saarland auch genutzt wurde – wir haben fünf dieser Art –, ist gut. Das ist eine sehr sinnvolle, kreative und gute Angelegenheit. Wir haben solche Büros in Saarbrücken, St. Wendel, Merzig und Neunkirchen. In Saarlouis ist man den Weg der sogenannten Seniorenmoderatoren gegangen, was dem ein wenig ähnlich ist. Von daher glaube ich, daß das wirklich eine gute Sache war.

Daraus entstanden sind die Erfahrungs- und Wissensbörsen, wovon wir im Saarland sechs haben. Das sind Börsen, die das Know-how der älteren Menschen und das, was sie anzubieten haben und was sie gerne machen würden, an solche Menschen vermitteln, die etwas brauchen. Auch das von Ihnen angesprochene Babysitting kann im Rahmen einer solchen Börse vermittelt werden. Alte Menschen können ihre Ressourcen, also das, was sie können und wissen, dort zur Verfügung stellen. Dies funktioniert auch sehr gut.

Es gehört nicht nur die geistige Beweglichkeit dazu, es gehört auch das Körperliche dazu. In Saarlouis hat vor einigen Jahren ein sehr gutes Modellprojekt begonnen, was jetzt als Projekt mit dem Thema „Fit und vital älter werden im Saarland“ in allen Landkreisen umgesetzt wird. Das sind körperliche Aktivierungsmaßnahmen und Angebote. Es wird sehr gut angenommen. Ich bin froh, daß sich alle Landkreise daran beteiligen. Finanziert wird es von den Kreisen, dem Saarländischen Turnerbund und dem Land.

Es ist absolut notwendig und richtig, das ehrenamtliche Engagement älterer Menschen zu unterstützen. Auch dies versuchen wir noch mal deutlich zu machen, indem wir in den nächsten Wochen – nach Ostern – den runden Tisch Ehrenamt erneut zusammenrufen. Es fließt natürlich auch gerade in das ein, was die Seniorenbeiräte auf kommunaler Ebene und auf Landesebene machen. Wir haben leider erst in fünf Gemeinden Seniorenbeiräte. Ich meine, es müßten noch viel mehr werden, denn auch hier gibt es eigentlich eine doppelt spannende Funktion. Es ist nicht nur ein Engagement der Älteren, daß sie in ihrem Alltag ein Engagement, eine Aufgabe haben, sondern das, was sie anregen und tun und aus ihrer Lebenserfahrung heraus für die Gemeinden anregen können, kommt den anderen älteren Menschen in der Gemeinde zugute. Von daher appelliere ich sehr deutlich an die einzelnen Gemeinden, hier noch viel mehr zu tun. Fünf Seniorenbeiräte auf Gemeindeebene sind zu wenig.

Das Thema Wohnen wurde von allen als das zentrale erkannt. Ich glaube, Selbstständigkeit im Alter bedeutet vor allem, in der vertrauten Umgebung bleiben zu können, auch die sozialen Kontakte, die Nachbarschaft behalten zu können und ein Wohnumfeld vorzufinden, in dem die Dienstleistungen wohnortnah zur Verfügung stehen. Alte Menschen haben eigentlich im wesentlichen keine anderen Wohnbedürfnisse als junge Menschen. Aber das haben

(Ministerin Wackernagel-Jacobs)

Untersuchungen ergeben – sie sind wesentlich länger, nämlich 70 Prozent des Tages in einer Wohnung. Von daher brauchen sie die Angebote stärker vor Ort.

Wir haben im Saarland auch eine besondere Situation. Während im Bundesdurchschnitt etwa ein Drittel der Bevölkerung über 65 ein eigenes Haus hat, haben im Saarland zwei Drittel der älteren Menschen ein eigenes Haus. Von daher ist das Bedürfnis dieser Menschen, dort zu bleiben, sehr viel größer als in anderen Regionen. Wir haben schon Anfang der neunziger Jahre zusammen mit der Architektenkammer sogenannte Wohnraumanpassungsstrategien diskutiert, Konzepte entwickelt. Daraus ist mittlerweile eine Wohnberatungsstelle in jedem Landkreis entstanden. Das ist eine Beratungsstelle, die eben mit den älteren Menschen die Wohnungen anschaut, die auch Vorschläge macht, wie man nachrüstet, wie Stolperfallen wegkommen, ob zum Beispiel Griffe an der Badewanne installiert werden müssen, wie also eine Wohnung derart umgerüstet wird, daß der alte Mensch dort selbständig auch alleine leben kann.

Besonders gut gefällt mir folgendes. Es gibt im Saarland eine Menge an Arbeitsmarktprojekten, die sich zur Aufgabe gemacht haben, diese Umrüstungen, die zum Teil verschiedene Handwerke betreffen und die zum Teil, wenn man es über die Handwerker macht, für alte Menschen vielleicht gar nicht bezahlbar wären, für alte Menschen in den Gemeinden vorzunehmen. Der ASB beispielsweise macht ein wunderbares Projekt, das sehr stark nachgefragt wird. Wir haben das sehr früh erkannt, dies ist ein sehr wichtiger Schwerpunkt unserer Altenpolitik.

Die Mobilität ist ein weiterer Punkt. Ich glaube, da müßten wir auch gemeinsam im Jahr der Senioren noch viel mehr Druck machen, denn es ist in der Tat richtig, daß gerade im ÖPNV die Zu- und Abgangswege zu den Haltestellen, die Fahrpläne der Busse, der Einsatz von Niederflurbussen, auch das Tarifsystem verbessert und transparenter gemacht werden müssen. Es müßte auch besser verzahnt werden. Es müßte Veranstaltungen für alte Menschen geben, die zum Ziel haben, daß die Busse auch zu den für die alten Menschen richtigen Zeiten fahren. Hier muß noch einiges gemacht werden.

Lassen Sie mich noch folgendes sagen. Ich halte die Vorstellung, daß man einem Menschen ab einem bestimmten Alter den Führerschein entzieht, für undenkbar. Das müssen wir überhaupt nicht diskutieren, ich halte diesen Vorschlag nicht für richtig.

(Beifall bei SPD und CDU.)

Und nun zu den Überlegungen in Richtung eines behutsamen Hilfenetzes. Das heißt, wenn ein alter Mensch es nicht mehr schafft, alleine und selbständig zu bleiben, braucht er ein behutsames Netz an Hilfen. Dazu müssen zunächst einmal genügend ambulante Pflegedienste vorhanden sein. Wir haben im Saarland 170 solcher Angebote zur Verfügung, wir haben also eigentlich ein flächendeckendes Netz. Auch haben wir mittlerweile ein gutes Angebot an betreuten Wohnformen in allen Landkreisen. Ich gebe Ihnen recht, Frau Bachmann, hier hapert es nicht an der Quantität, auch nicht an der Qualität, sondern an der Transparenz.

Es ist selbst für einen Profi schon fast nicht mehr überschaubar, wer hier was anbietet. Deshalb haben wir uns entschlossen – das wird in den nächsten zwei Wochen herauskommen –, eine Handreichung zusammenzustellen, die den älteren Menschen und ihren Familien – die älteren Menschen werden in der Regel durch ihre Kinder beraten – eine Entscheidungshilfe für die diversen Angebote gibt. Es handelt sich um einen Kriterienkatalog, mit dem die Menschen für sich festlegen können, worauf sie achten müssen oder wollen und was eine gute und eine nicht so gute Einrichtung ist.

Ich will nur kurz erwähnen, daß wir aus unserer Sicht ein ausreichendes Angebot an Tages- und Kurzzeitpflegeplätzen haben, etwas mehr als 600. Wir haben ein hervorragendes System von geriatrischer Rehabilitation, auch dies gehört dazu. Das heißt, daß

auch alte Menschen noch mal so gut rehabilitiert werden können, daß sie auch nach Krankheit in ihre Selbständigkeit zurückkehren können. Und wir haben im Saarland eine ausreichende Zahl an Pflegeplätzen.

Ich will anmerken, daß wir im Saarland etwas unter dem Bundesdurchschnitt liegen, was das Leben in Heimen und Einrichtungen angeht. Wir liegen hier bei etwa 3,5 Prozent, der Bundesdurchschnitt beträgt 4,2 Prozent. Das ist ein Hinweis darauf, daß familiäre Strukturen, auch Betreuung und Unterstützung im familiären Verbund im Saarland ausgeprägter sind. Das sehe ich sehr positiv, und darauf sind wir auch sehr stolz. Ich will aus frauenpolitischer Sicht anmerken, daß das natürlich auch etwas zu tun hat mit der etwas niedrigeren Frauenerwerbsquote. Das heißt, diese Pflegeleistung und diese Unterstützungsleistung wird von Frauen erbracht. Das darf man einfach nicht verschweigen in diesem Zusammenhang.

Ich will erwähnen, daß die Beratungs- und Koordinierungsstellen, die Sie angesprochen haben, zur Zeit in der Diskussion sind, nicht etwa in der Richtung, sie zu schließen und das Geld einzusparen, sondern wie Sie bin ich der Auffassung, daß sie trägerneutral sein sollten. Was wir anfinanziert haben und was wir auch am Anfang gesagt haben, das wollen wir noch mal überprüfen.

(Zuruf von der CDU: Und dezentral.)

Das ist richtig. Das ist dezentral, aber oftmals nicht trägerneutral. Ich habe den Eindruck – in dieser Diskussion sind wir mit den Trägern –, daß das teilweise nicht objektiv genug, also nicht transparent genug läuft. Von daher wäre ich froh, wenn Sie uns in dieser Diskussion unterstützen würden. Es ist deutlich, wir wollen dieses Geld auch weiterhin einsetzen. Es geht hier nicht ums Sparen, sondern es geht darum, daß wir hier mit den Trägern – da sind die mit uns nicht so ganz zufrieden, weil sie es gerne anders hätten –

(Zuruf von der CDU.)

Aber ich glaube, daß eine Trägerneutralität für die älteren Menschen auf jeden Fall die bessere Hilfestellung und Hilfeleistung geben kann.

Der Landesseniorenbeirat ist erwähnt worden, der seine Arbeit aufgenommen hat. Ich hoffe, daß das Jahr der Senioren dazu beiträgt, wirklich das in den Blickpunkt zu rücken, was wir im Saarland an behutsamen und kräftigen Hilfsstrukturen haben, und daß es dazu beiträgt, das Miteinander von Jung und Alt – wie ich es gerne hätte – als eine Selbstverständlichkeit im Saarland praktizieren zu können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Kolleginnen und Kollegen, darf ich jetzt um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten und darum, die Gespräche einzustellen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen ab über den Antrag der SPD-Landtagsfraktion, Drucksache 11/1943. Wer für die Annahme der Drucksache 11/1943 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, daß der Antrag Drucksache 11/1943 einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Landtagsfraktion, Drucksache 11/1946. Die CDU-Landtagsfraktion schlägt eine Neuformulierung des letzten Absatzes vor. Die Neuformulierung lautet: Der Landtag des Saarlandes fordert den Bundesminister für Verkehr, Müntefering, auf, keine pauschalen Regelungen bezüglich der Altersbegrenzung beim Führerscheinbesitz anzustreben.

(Vizepräsidentin Hollinger)

Wer für die Annahme der Drucksache 11/1946 einschließlich der Neuformulierung des letzten Absatzes ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, daß der Antrag Drucksache 11/1946 einstimmig angenommen ist.

Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Beschlußfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion, der CDU-Landtagsfraktion und der Bündnis 90/Die Grünen-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Entschließung zu Entwicklungsperspektiven des saarländischen Gesundheitswesens (Drucksache 11/1967).

Zur Begründung des Antrages erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Armin Lang.

Abg. Lang (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten Jahren haben wir vielfach über die Gesundheitspolitik hier gestritten. Heute werden wir in großer Solidarität und Eintracht einen sehr wegweisenden Antrag hier beschließen. Vielleicht ist auch jetzt die Zeit reif dazu. Manchmal muß gut Ding auch Weile haben. Wir haben verabredet, daß wir bereits in der nächsten Sitzung des zuständigen Ausschusses die interfraktionelle Arbeitsgruppe zusammenstellen werden. Ich sichere als Ausschußvorsitzender eine schnelle und kollegiale Behandlung zu.

Worum geht es? Wir haben im Saarland eine qualitativ hochwertige Versorgung im gesundheitlichen Bereich. Ich erinnere nur an die Investitionen im Krankenhauswesen, die wir in den letzten Jahren durchgeführt haben. Es gibt eigentlich keinen Kreis mehr ohne neues oder total erneuertes Krankenhaus. Gerade weil der Kollege Feibel jetzt die Augen zusammenzieht, sage ich, im Bereich der Unikliniken haben wir in den letzten zwölf Jahren fast eine halbe Milliarde DM ausgegeben. Ich denke, auch im Saarpfalz-Kreis ist sehr viel geschehen. Wir haben auch im Bereich der strukturellen Veränderung gerade im stationären Bereich - ich sage nur das Stichwort Psychiatriereform - oder, was eben die Frau Minister anspricht, im Bereich der geriatrischen Versorgung eine ganz hervorragende Ausstattung zustande gebracht. Quantitativ liegen wir in den meisten Bereichen über dem Bundesdurchschnitt. Das gilt für die Krankenhausbetten, das gilt für die Ärzteversorgung. Zwischen 91 und 97 haben wir im Bereich der niedergelassenen ärztlichen Versorgung einen Zuwachs von 21 Prozent, im Bereich der stationären Versorgung, was die ärztlichen Personalstellen angeht, einen Zuwachs von 19 Prozent. Wir haben die höchste Apothekendichte. Wir liegen bei den Arznei-, Heil- und Hilfsmittelausgaben weit über dem Bundesdurchschnitt. Nur beim Rettungsdienst liegen wir unter dem Bundesdurchschnitt bei trotzdem sehr hervorragender Versorgung. Da müssen wir uns auch einmal bei dem Rettungszweckverband bedanken, auch bei den Ehrenamtlichen, die nach wie vor mit dabei sind.

Diese Überkapazitäten sind nicht ohne Folgen. Wir leben im Grunde, um es mit einem Satz zu sagen, über unsere Verhältnisse, denn die regionalen Kassen, die wir haben, haben Beiträge, die über dem Bundesdurchschnitt liegen, und zwar ganz erheblich, mit an der Bundesspitze. Wenn wir uns zurückerinnern, vor wenigen Tagen deutete der Kreditbedarf bei einer dieser Kassen darauf hin, daß die Tendenz möglicherweise sogar noch steigend ist.

Bei den bundesweiten Solidargemeinschaften haben wir interne Ausgleichszahlungen. Dennoch haben wir zusammengenommen insgesamt pro Jahr einen Zuflußbedarf an Mitteln aus dem übrigen Bundesgebiet von mehr als 600 Millionen DM. Im Rahmen des bundesweiten Risikostrukturausgleichs, im Rahmen der internen Ausgleichszahlungen, sind diese Summen von rund 600 Millionen DM zusammengekommen. Das ist ein erheblicher Teil, der aus den beitragsstärkeren Regionen trotz hohem regionalen Beitrag ins Saarland fließen muß, und dies bei höheren Ausgaben, das heißt also üppigeren Strukturen. Ich denke, da muß man auch einiges tun.

Deshalb ist unsere Initiative konsequent. Wir sagen, schrittweise Anpassung der Kapazitäten an diesen Bundesdurchschnitt ist notwendig. Natürlich, in den Bereichen, wo wir nicht Begründungen besonderer Art haben, wenn wir hier auch zusätzliche Bedarfe haben, wären die hohen Ausgaben gerechtfertigt. Aber die Begründung, die wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hatten, daß wir aufgrund der Schwerindustrie erheblich höheren Versorgungsbedarf haben, diese Begründung zieht immer weniger. Richtig ist, wenn wir uns im Bereich der Wirtschaftsstruktur mehr an den Bundesdurchschnitt annähern, dann können wir auch im Bereich der sonstigen Strukturen, der Kostenstrukturen und der Inanspruchnahme von Strukturen im Gesundheitswesen nicht so erheblich über dem Bundesdurchschnitt liegen. Das heißt also konsequente schrittweise Anpassung der Kapazitäten, schrittweise Anpassung der Strukturen und schrittweise Anpassung der Kosten.

Das Gesundheitswesen ist der einzige Bereich, wo wir regional, also auf Landesebene, die Möglichkeit haben, Lohnnebenkosten mitzugestalten, eben über die Struktur und die Kapazitäten, die wir im Saarland auch über die Preise weitgehend selbst verhandeln. Wo wir Gestaltungsmöglichkeiten haben, müssen wir diese auch nutzen. Das ist keine einfache Operation. Das wissen wir. Da haben wir ganz erheblich widerstrebende Interessen, eine sehr komplizierte Rechtslage, auch Rechtsansprüche. Da geht es auch um Existenzen. Und man sollte nicht unterschätzen, weil wir gerade im Saarland eine aufblühende Medizintechnik haben, davon sind auch Arbeitsplätze betroffen; 6.000 sind allein im Bereich der Medizintechnik tätig. Von daher ist das nicht das entscheidende Problem. Aber die etwas mehr als 32.000 Beschäftigten im Gesundheitswesen wollen natürlich auch, daß wir ihre Anliegen und Interessen ernst nehmen.

Es soll also eine echte Strukturreform auf den Weg gebracht werden. Das können wir aber nur durchsetzen im Konsens, wenn es geht im Dialog und wenn es auch irgendwie geht in Zusammenarbeit mit all denen, die hiervon betroffen sind. Deshalb appellieren wir im Antrag zunächst einmal an die vorrangig Verantwortlichen, also die, die im Rahmen der gesetzlichen Regelungen verpflichtet sind, bedarfsgerechte Strukturen vorzuhalten, aber keine Überversorgung anzubieten. Wir sollten darauf hinwirken, daß sie lediglich bedarfsgerecht ist, und das, was durchsetzbar ist, sollten sie auch auf den Weg bringen. Jetzt sollten sie es tun. Wir wollen als interfraktionelle Arbeitsgruppe dies politisch begleiten, mit den Akteuren gemeinsam arbeiten, auch eigene Vorschläge einbringen, und wir unterstützen damit auch die in diesen Tagen auf den Weg gebrachte Initiative der zuständigen Ministerin. Wir sind aber durchaus selbstbewußt genug, um zu sagen, wir wollen auch Eigeninitiative und eigene Akzente setzen. Ich denke, das werden wir kollegial und kritisch, aber konstruktiv miteinander bearbeiten. Ein anspruchsvolles Vorhaben, das ist unstrittig. Ich denke, wir sollten den Mut haben, einmal ein gemeinsames „Gesundheitsmodell Saarland“ zustande zu bringen. Ich meine, wir schaffen das, und dazu geben wir heute den Startschuß. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Vogtel.

Abg. Vogtel (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich mich trotz der ausgezeichneten Fernsehzeit auf wenige Bemerkungen beschränke.

Ausgangslage unserer Überlegung, einen gemeinsamen Antrag einzubringen, war eigentlich die Vorlage des Krankenhausberichts, der von seinem qualitativen Inhalt nichts anderes ist als ein Sammelurium längst bekannter Daten unter Hinzufügung eines Gutachtens, das wir vor zwei Jahren hier schon einmal sehr ausführlich diskutiert haben, und längst bekannter Statistiken. Die Qualität ist - um es kurz zu sagen - genau so, wie wir sie erwartet haben, nachdem knapp acht Tage nach einem entsprechenden Antrag der CDU-Landtagsfraktion im zuständigen Ausschuß die Landesregierung diese Dinge wohl auf die Schnelle und etwas zusammen-

(Abg. Vogel)

gestoppt dem Parlament übergeben hat. Es fehlen dort jegliche Entwicklungsperspektiven der saarländischen Krankenhauslandschaft. Es fehlt auch eine Antwort auf entscheidende Fragen, die wir in dem Antrag, den wir heute gemeinsam mit den anderen Fraktionen dieses Hauses vorgelegt haben, auch inhaltlich begründet haben.

Was sich im Krankenhausbericht an Entwicklungsperspektiven findet, ist – gestatten Sie mir, daß ich es so nenne – die Wiederholung der alten Leier von der besseren Verzahnung der stationären und der ambulanten Gesundheitsversorgung im Saarland. Meine Damen und Herren, das ist rund vierzehn Jahre nach Antritt dieser Landesregierung und der Übernahme der Verantwortung in der Gesundheitspolitik durch sie sicherlich nichts, was noch irgend jemanden vom Stuhl reißt. Ganz im Gegenteil. Seit den seligen Zeiten von Dr. Brunhilde Peter ist das eher ein Synonym dafür, daß man zwar die Probleme erkennt, aber nichts mehr tun will und kann, um ihnen abzuweichen.

Frau Ministerin, gestatten Sie mir auch folgende Bemerkung. Auch das, was Sie – offenbar auf Druck des Parlaments und nachdem der Antrag aller Fraktionen eingegangen ist – am Montag veranstaltet haben, ist nichts, was in diesem Land noch irgend jemanden vom Sockel reißt. Es ist nun einmal eine Reaktion der Landesregierung auf das, was alle Fraktionen dieses Parlaments hier vorgelegt haben. Daß die Konstruktion einer Gesundheitskonferenz – einer kleinen, wie ich der Presse entnommen habe –, die viermal im Jahr tagen soll, ein halbes Jahr vor einer Landtagswahl und vierzehn Jahre nach dem Regierungsantritt einer sozialdemokratischen Partei auf den Weg gebracht wird, ist eigentlich eher eine Bankrotterklärung als eine Initiative, die in irgendeiner Weise noch bemerkenswert wäre.

Im Grundsatz ist das, was Sie wollen, eine vernünftige Konstruktion. Ich füge allerdings folgendes hinzu. Nach dem, was wir von runden Tischen, Gemeinschaftsinitiativen und Konferenzen bei dieser Landesregierung erlebt haben, kann ich nur sagen: Allein mir fehlt der Glaube, daß bei der neuesten Kreation, nämlich der kleinen Gesundheitskonferenz im Saarland, etwas Vernünftigeres herauskommt als bei all den anderen Kaffeekränzchen – wenn ich das so sagen darf –, die die Landesregierung in der Vergangenheit initiiert hat. Ich denke da z.B. an die Saar-Gemeinschaftsinitiative. Wir haben uns ja in wirtschaftspolitischen Debatten dieses Landtages des öfteren darüber unterhalten. Die Saar-Gemeinschaftsinitiative müßte eigentlich in den nächsten beiden Jahren ihr zehnjähriges Bestandsjubiläum feiern. Das bisher einzige Ergebnis, das von dieser Initiative acht oder neun Jahre nach ihrer erstmaligen Einberufung bekannt geworden ist, ist, daß sich alle an dieser Initiative Mitwirkenden zwischenzeitlich offensichtlich darauf verständigt haben, daß das Gesetz über den Weiterbildungsurlaub im Saarland offenbar doch kein so ausschlaggebender Standortfaktor ist, wie es in der Vergangenheit auf der einen oder anderen Seite vermutet worden ist. Daß man acht oder neun Jahre benötigt, um eine derart grundlegende Feststellung zu treffen, ist schon bemerkenswert.

Es ist in der Tat eine relativ einmalige Situation, daß sich eine parlamentarische Oppositionspartei – zudem noch die größte in diesem Land – bereit erklärt, Mitverantwortung zu übernehmen, und zwar gegebenenfalls auch für schmerzliche Korrekturen und Eingriffe im Gesundheitswesen. Wir sind dazu bereit und haben das schon in anderer Form bewiesen. Die CDU-Landtagsfraktion war diejenige, die durch ihren Vorsitzenden Peter Müller bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt Vorschläge unterbreitet hat, auch in anderen Bereichen einzugreifen, in denen es um Standortfaktoren für dieses Land geht. Dieses Angebot ist von der Landesregierung bedauerlicherweise nie aufgegriffen worden. Ganz im Gegenteil: Man hat bestenfalls versucht, die Liste der schmerzlichen Eingriffe, die wir vorgelegt haben, in der Öffentlichkeit dazu zu benutzen, Stimmung gegen die Oppositionspartei zu machen.

Gestatten Sie mir noch zwei kurze Anmerkungen zur inhaltlichen Ausgangslage, die Kollege Lang im übrigen sehr treffend beschrieben hat. Wenn wir feststellen, daß die AOK im Saarland

– also diejenige Krankenkasse, die regional strukturiert ist – ihre Beiträge zu Jahresbeginn auf nunmehr 14,4 Prozent erhöhen mußte, und wenn wir gleichzeitig feststellen – insoweit ist die Analyse der AOK sicherlich nicht falsch –, daß der wesentliche Teil des Kostenanstiegs auf die Krankenhauslandschaft und den Anstieg der Arzneimittelpreise zurückgeht, muß man sich einmal überlegen, was das heißt. Die AOK im Saarland hat heute Beiträge, die ein Prozent über den AOK-Beiträgen im Durchschnitt der alten Bundesländer liegen. Die Situation bei den Ersatzkassen, die bundesweit organisiert sind, ist im übrigen nicht anders; nur wird dort ein interner Finanzausgleich mit den anderen Landesregierungen vorgenommen. Ich will jetzt nicht darüber reden, daß es hier auch um 700 bis 800 saarländische Beschäftigte bei der Selbstverwaltungsorganisation geht – das ist uns allen bekannt – und daß wir dafür sorgen müssen, daß die Eigenständigkeit der AOK Saarland und damit ihre Arbeitsplätze erhalten bleiben. Es ist ja absehbar, wann diese Erhaltung nicht mehr gelingt, wenn wir nicht eingreifen.

Ich spreche jetzt einmal über etwas ganz anderes. Wenn wir durchschnittliche Facharbeiterlöhne zugrunde legen und feststellen, daß saarländische Arbeitnehmer – wenn ich die Zahl richtig in Erinnerung habe, sind es rund 280.000 an der Zahl – die Hälfte von einem Prozent Beitragsunterschied im Verhältnis zum Durchschnitt der alten Bundesländer zahlen, dann heißt dies, daß saarländische Arbeitnehmerfamilien, soweit sie in der AOK versichert sind, allein durch diesen höheren Krankenversicherungsbeitrag mehr belastet werden, als sie durch eine Maßnahme entlastet werden, die die neue Bundesregierung als den familienpolitischen Durchbruch bezeichnet hat: die Erhöhung des Kindergeldes um 30 DM. Ich meine, das können wir so nicht hinnehmen. Wir können es nicht hinnehmen mit Blick auf die Arbeitnehmer im Saarland. Wir können es auch nicht hinnehmen mit Blick auf den Standortfaktor „Lohnnebenkosten“. Armin Lang hat dazu etwas gesagt. Deshalb sind wir bereit, auch zu schwierigen Entscheidungen im Parlament beizutragen, sie politisch verantwortlich mitzubegleiten. Und wenn wir darüber reden, geht es eben in allererster Linie um die Krankenhauslandschaft im Saarland.

Wir wissen alle – das ist seit Jahren Thema Nr. 1 –, daß es insbesondere bei der Maximalversorgung im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet einen Bettenüberhang gibt. Dabei räume ich ein, daß man über die Trennschärfe zwischen Maximal- und Schwerpunktversorgung diskutieren kann, weil sie in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gesehen und definiert wird. Aber wir müssen in diesem Bereich eingreifen. Wir müssen eingreifen, weil wir die Situation der Arbeitnehmer in diesem Land verändern wollen. Wir müssen eingreifen, weil wir insbesondere die Lage der Arbeitslosen in diesem Land verändern wollen. Es kann deshalb nicht sein – ich sage das mit sehr großem Selbstbewußtsein –, daß wir dieses Thema immer dann von der Tagesordnung nehmen, wenn irgendwelche Wahlen vor der Tür stehen.

Die CDU-Landtagsfraktion ist bereit, hier in einen konstruktiven Meinungsbildungsprozeß einzutreten, aber auch Entscheidungen zu treffen und politisch mitzubegleiten. Ich darf Sie alle auffordern, unserem Beispiel zu folgen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Bozok.

Abg. Bozok (B 90/Grüne):

Meine Damen und Herren, seit Jahren heißt es – jetzt noch einmal aktualisiert durch eine Studie der VdAK –, daß das Saarland bundesweit die größte Dichte an Krankenhausbetten hat und daß es im Schnitt mehr Krankenfälle hat als sonstwo in der Bundesrepublik. Ich will auf die Ergebnisse der Studie nicht eingehen, denn es gibt auch Kritik an der Aktualität der Zahlen und die Vermutung einer einseitigen Sichtweise. Die Zahlen und Entwicklungen der im Krankenhaus behandelten Fälle werden wir uns

(Abg. Bozok)

gemeinsam sicher noch genauer ansehen – eventuell mit noch aktuelleren Zahlen, sollten sie bis dahin vorliegen –, wir werden auch gemeinsam möglichen Ursachen auf den Grund gehen.

Festzuhalten bleibt: Das Saarland leistet sich die höchsten Krankenhauskosten, gleichzeitig erhalten die Kassen im Saarland hohe Ausgleichszahlungen im Rahmen des Risikostrukturausgleiches. Das kann auf Dauer nicht funktionieren. Auch hier müssen wir im Saarland weg vom Image des ewigen Empfängers, ja Bittstellers. Wir müssen die Gründe analysieren und aus eigener Kraft Lösungen finden. Das haben wir attestiert durch den gemeinsamen Antrag, das wollen wir gemeinsam angehen, das ist notwendig.

Von daher haben wir Bündnisgrünen uns Ihrem Vorschlag, Herr Lang, angeschlossen. Fraktionsübergreifend, gemeinsam mit den Selbstverwaltungspartnern und mit dem Gesundheitsministerium, müssen wir zu tragfähigen Strukturen und Lösungen kommen. Sie zu finden, ist nicht einfach. Es geht darum, die Versorgung der saarländischen Bevölkerung auf einem qualitativ hohen Niveau zu sichern, nicht nur in den Städten, sondern auch in der Fläche, gleichzeitig die hohen Ausgaben zu reduzieren und Arbeitsplätze im Gesundheitswesen zu erhalten.

Da in dieser Gemengelage natürlich die verschiedenen Interessen aufeinanderprallen, ist das Gesundheitswesen ein treffliches Wahlkampfthema. Vielleicht gelingt es – und so verstehe ich Ihren Vorstoß, meine Damen und Herren von der SPD –, in diesem Bereich unnötige Polemik herauszuhalten, wenn wir gemeinsam nach tragfähigen Lösungen suchen.

Auf Bundesebene wird zur Zeit die Gesundheitsstrukturreform 2000 vorbereitet. Das, was wir im Saarland in konzentrierter Form an Problemen haben, ist bundesweit ein strukturelles Problem im Gesundheitswesen. Die Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, die Strukturen der gesundheitlichen Versorgung zu verändern. Noch vor der Sommerpause soll der entsprechende Gesetzentwurf den Bundestag passieren. Bereits im nächsten Jahr soll die Gesundheitsstrukturreform 2000 greifen. Die Ziele dieser Reform sind mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit bei stabiler Entwicklung der Finanzen, kein Leistungsabbau und die Beschaffung von zusätzlichen Einnahmen für die gesetzliche Krankenversicherung.

Ein Baustein hin zu mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit ist: Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung. Im Interesse der Patientinnen und Patienten soll die Versorgung so organisiert werden, daß sie sich an den Versorgungsbedürfnissen der Kranken orientiert und nicht an bestehenden Strukturen. Dazu gehört eine Koordination zwischen Haus- und Fachärzten, zwischen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungserbringern, zwischen dem ambulanten und stationären Bereich. So sollen zum Beispiel Krankenhäuser in eingeschränktem Umfang auch zur Teilnahme an fachärztlicher Versorgung zugelassen werden. Vertragsärzte sollen sowohl ambulant als auch kurzstationär im Krankenhaus behandeln können. Auch bei der Großgeräteplanung soll es zu stärkeren Abstimmungen zwischen dem ambulanten und dem stationären Bereich kommen. Auf diese Weise sollen Überkapazitäten abgebaut und die Anschaffung überflüssiger Geräte verhindert werden. Das ist sicherlich auch im Saarland ein Problem.

Ein weiterer Baustein ist die Stärkung der hausärztlichen Versorgung. Es soll sichergestellt werden, daß Patientinnen und Patienten zur richtigen Zeit am richtigen Ort behandelt werden. Hausärzte sollen die Funktion von Lotsen übernehmen, also die Betreuung durch geeignete ärztliche und nichtärztliche Spezialisten organisieren und koordinieren. Im stationären Bereich sollen in Zukunft die Länder und Krankenkassen gemeinsam die Rahmenplanung vornehmen. Schrittweise will man zur monistischen Finanzierung übergehen, daß also die Krankenkassen die Investitionskosten übernehmen. Ich nenne nur einige Bausteine der Reform auf Bundesebene, die bei der Problembewältigung im Saarland helfen können.

Genau so würden wir die Diskussion gerne angehen. Das, was auf Bundesebene geplant ist, sollten wir nutzen, also die stärkere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung, die Stärkung der Hausärzte im Sinne einer Lotsenfunktion, die gemeinsame Krankenhausplanung durch Land und Kassen. Wenn es uns gelingt, diese Ansätze früh und richtig umzusetzen, können wir Kosten sparen.

Warum sollten wir beispielsweise im Saarland nicht sogar eine Vorreiterrolle spielen bei der Umwandlung von Krankenhausbetten? Wir sollten keinen Abbau von Betten betreiben, sondern einen bestimmten Bettenanteil umwandeln zur kurzstationären Behandlung, in Verzahnung mit den ambulanten Versorgungsstrukturen. Hier liegen durchaus Chancen, und wir sind gerne bereit, in den anstehenden Gesprächen unsere Vorstellungen einzubringen und gemeinsam an tragfähigen Lösungen mitzuarbeiten. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Das Wort hat Frau Ministerin Wackernagel-Jacobs.

Ministerin Wackernagel-Jacobs:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zunächst festhalten, daß ich froh bin, daß die heutige Debatte weit über den Inhalt des Krankenhausberichtes hinausgeht, daß wir den Blick auch auf den niedergelassenen Bereich und andere Bereiche werfen. Ich bin auch sehr froh, daß die drei Fraktionen zu einer gemeinsamen Entschließung gekommen sind.

Trotzdem möchte ich zwei Punkte klarstellen. So sehr ich auch, Herr Vogtel, Frau Beck eingeräumt habe, daß Ihre Initiative und damit der parlamentarische Druck bestimmte Dinge im zweisprachigen Bereich forciert haben, so muß ich Sie leider aufklären, daß es in diesem Fall nicht aufgrund einer Initiative der CDU zum Handeln gekommen ist. Der Krankenhausbericht war bereits im Dezember/Januar fertig. Auch ich finde ihn übrigens trocken, er ist eher eine statistische Zusammenstellung. Das ist aber das, was sozusagen von Gesetzes wegen gefordert ist. Der kann auch nicht in einer Woche zusammengestellt werden. Daß er dann im März erst weitergeleitet wurde und daß das zeitlich mit Ihrer Presseerklärung zusammenfiel, ist darauf zurückzuführen, daß es, bevor der Bericht im Ministerrat beschlossen wurde, noch Anregungen aus anderen Häusern gab. Der Bericht geht dann immer wieder zurück und wird noch einmal überarbeitet. Auf diese Weise hat Ihre Presseerklärung recht gut den Zeitpunkt getroffen, als er dann bei uns zur Verabschiedung anstand. Er ist aber nicht innerhalb von einer Woche zusammengestellt worden, weil Sie eine Pressemitteilung gemacht haben.

(Vizepräsident Meyer übernimmt den Vorsitz.)

Zum zweiten muß ich klarstellen, daß das, was derzeit an Gesundheitsplanungsaktivitäten im Lande läuft, auch nicht auf Ihre Initiative zurückzuführen ist, sondern einen Vorlauf hatte, der in den Herbst letzten Jahres zurückreicht. In Herbst vergangenen Jahres waren die zwei Jahre um, die im Krankenhausplan genannt sind. Nach zwei Jahren, so steht dort geschrieben, behält sich die Landesregierung vor, den stationären Bettenbedarf, das heißt die Krankenhausplanung, erneut zu überprüfen. Pünktlich, als diese zwei Jahre um waren, hat die Landesregierung erneut die Initiative ergriffen und seither ziemlich viele Gespräche und Verhandlungen geführt.

Was neu ist, Herr Vogtel, und was bisher in keinem anderen Bundesland stattgefunden hat, ist, daß wir nicht nur bilateral und regional mit den Krankenhäusern und mit den Kassen sprechen, sondern daß wir erstmals den niedergelassenen Bereich mit an den Tisch gebracht haben. Die Einzelgespräche, die bereits im Januar und Februar stattgefunden haben, haben das eingeleitet, was am Montag in der sogenannten kleinen Gesundheitskonferenz thema-

(Ministerin Wackernagel-Jacobs)

tisiert wurde, die im übrigen am 4. März hätte stattfinden sollen und wegen meiner Krankheit auf den Montag dieser Woche verschoben wurde.

In dieser kleinen Gesundheitskonferenz sitzen die Saarländische Krankenhausgesellschaft mit zehn Krankenhausträgern - also dem Vorstand -, der Vorsitzende und der Geschäftsführer der Kassenärztlichen Vereinigung, die saarländischen Kassen bzw. die Landesverbände der Kassen, die im Saarland vertreten sind und die Landesregierung. Das heißt, die Initiative ging nicht auf Ihre - -

Vizepräsident Meyer:

Frau Ministerin, darf ich einen kurzen Moment unterbrechen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Zeit ist schon fortgeschritten, ich weiß das, aber ich bitte doch ganz herzlich um mehr Aufmerksamkeit und mehr Ruhe für die Rede von Frau Ministerin Wackernagel-Jacobs.

Ministerin Wackernagel-Jacobs:

Ich danke Ihnen. - Ich weiß, das Thema ist schwierig, aber trotzdem sollten Sie im Kopf haben, daß dieses Thema jede Familie interessiert, ein Thema, das für alle Menschen im Land wirklich wichtig ist. Es geht um die Struktur und die Angebotsstruktur der saarländischen Gesundheitsversorgung. Wir haben, wie Herr Lang deutlich ausgeführt hat, im Saarland in allen Bereichen, nicht nur im Krankenhausbereich, auch im niedergelassenen Bereich, deutliche Überkapazitäten.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Wir haben seit 1990 einen Zuwachs an niedergelassenen Ärzten von fast 50 Prozent. Wir hatten 1990 zirka 1.000, etwas mehr. Wir haben jetzt mehr als 1.500. Die partizipieren alle von dem Topf der Versicherungsbeiträge, und irgendwann kann das nicht mehr gut gehen. Ich will Ihnen eine weitere Zahl nennen. Auch bei der Arzneimittelverschreibung liegen wir pro Kopf 12 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Es ist natürlich klar, daß mehr Ärzte auch mehr verschreiben. In diesem Bereich sind wir auch aufgefordert, genauer hinzuschauen. Und dies war die Intention dieser von mir ins Leben gerufenen sogenannten kleinen Gesundheitskonferenz, die parallel läuft mit einer Umstrukturierung, die seit Ende dieses Jahres im Ministerium stattgefunden hat. Ich habe quer über den Abteilungen eine Sonderprojektgruppe eingesetzt. Ich habe sie herausgelöst aus den Abteilungsstrukturen, und seit 1. Januar arbeitet die Sonderprojektgruppe mit dem Versuch, diesen integrierten Planungsansatz voranzubringen.

Ich erhoffe mir von dieser Diskussion einerseits in der Konferenz, aber vor allem von den harten Verhandlungen mit der KV Aufschluß darüber, wie man wieder zu einem Abschwung im niedergelassenen Bereich kommen kann, wie wir die Krankenhausstrukturen in einer bestimmten Kommune - regional und verzahnt betrachtet mit dem niedergelassenen Bereich - verbessern, optimieren und damit auch etwas verschlanken können, wie wir verhindern können, daß jedes Krankenhaus aufrüstet. Nicht jeder muß immer alles anbieten, sondern wir müssen eine Ressortabgrenzung finden. Es muß ein Krankenhaus für die Grund- und Basisversorgung geben. Und daran anknüpfend muß dort möglicherweise eine Notdienstzentrale sein. Auch da möchte ich die KV hinbewegen, daß sie in den einzelnen Kommunen ihren nächtlichen Dienst und Wochenenddienst an ein Krankenhaus legt. Das ist transparent, das versteht der Bürger. Da ruft er nicht zehnmal rum und das Telefon wird zehnmal weitergeschaltet und am Schluß ist er bei einem Arzt, von dem er noch nie etwas gehört hat. Es geht darum, daß wir mit dem vorhandenen Geld - -

(Zuruf.)

Wir werden letztlich nichts sparen, aber wir müssen das Ziel haben, die Beiträge stabil zu halten, mit dem Geld, das wir in den Töpfen der GKV haben, besser zu wirtschaften und es da, wo Unsinnigkeiten gemacht werden, umzuschichten. Wir müssen dort Geld einsparen, damit wir für andere Bereiche - z. B. zugunsten der älteren Menschen, was wir eben diskutiert haben, zugunsten schwer Kranker und innovativer Medikamente - Geld frei haben.

Dies geschieht übrigens interessanterweise in einem Wahljahr. Sie wissen, man kann mit Schließung von Krankenhäusern und diesen Debatten überhaupt keinen Blumentopf gewinnen. Also ich glaube, daß Sie nicht den Vorwurf machen können, daß wir uns derartig populistisch verhalten. Wir greifen aber pünktlich nach zwei Jahren ein höchst schwieriges Thema, ein unpopuläres Thema, auf, weil wir glauben, daß wir, wenn wir alle zusammenstehen, die handelnden Akteure im Gesundheitswesen und die politisch Verantwortlichen - und deshalb bin ich so froh, daß die drei Fraktionen sich hier einig sind -, im Konsens die Dinge wirklich umschichten können, daß wir da, wo die Leute doppelt und mehrfach untersucht werden, was überhaupt nicht zum Vorteil der Patienten ist - -

(Zuruf.)

Der Patient ist verwirrt, jeder Arzt sagt etwas anderes, er wird dreimal geröntgt wegen der gleichen Sache, es liegen drei Bilder vor und alle haben etwas gekostet. Ich glaube, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, daß es uns gelingen könnte, in einem kleinen, überschaubaren Land modellhaft etwas auf den Weg zu bringen, was die anderen Länder bisher nicht auf den Weg gebracht haben. Die anderen Länder liegen alle im Streit miteinander, machen sich Vorwürfe. Der eine Sektor sagt dem anderen, du bist schuld, du produzierst die Mehrkosten, der andere sagt, nein, ich war das nicht. So kommen wir im Gesundheitsbereich nicht weiter. Ich erhoffe mir wirklich, daß wir im Saarland in diesem Jahr und im kommenden Jahr Strukturveränderung, Strukturanpassung und Optimierung im Gesundheitsangebot schaffen, die den Patienten hilft. Nur um die Patienten kann es uns gehen. Es geht uns weniger um die Sanierung der Ärzteschaft. Die sollen ihre Arbeit tun. Es geht uns um das Wohl der Patienten. Deshalb bin ich sehr froh, daß Sie diese gemeinsame Arbeit unterstützen.

Ich bin gestern gefragt worden, wie sich das eine Gremium zum anderen verhält. Ich erhoffe mir von dem Gremium, was Sie installieren über die Fraktionen und über die Selbstverwaltung - auch wir sollen ja Mitglied sein -, eine kritische Begleitung und auch eine angeregte Diskussion dessen, was wir tun sollen, was die Landesregierung begonnen hat.

Lassen Sie mich am Ende sagen. Ich war ein bißchen verwundert über die erste Fassung Ihres Antrages. Da kam die Landesregierung überhaupt nicht vor. Ich hätte mich eigentlich zurücklehnen und sagen können, die Landesregierung ist hier überhaupt nicht in der Pflicht. Da ich aber finde, daß wir eine gesundheitspolitische Verantwortung und einen gesundheitspolitischen Auftrag haben, bin ich sehr froh, daß Sie meine Anregung, die Landesregierung als Adressat mit aufzunehmen, aufgenommen haben. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Meyer:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag. Wer für die Annahme der Drucksache 11/1967 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, daß der Antrag Drucksache 11/1967 einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Beschlußfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Agrartell der Agenda 2000 (Drucksache 11/1968).

Zur Begründung erteile ich das Wort Frau Kollegin Christel Steitz.

Abg. Steitz (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Trotz fortgeschrittener Zeit wollen wir Ihnen nicht ersparen, diesen Punkt aus aktuellem Anlaß hier noch zu behandeln. Sie wissen,

(Abg. Steitz)

daß die Diskussionen zur Agenda in vollem Gange sind und daß die wichtigen Fragen wahrscheinlich in der nächsten Woche verabschiedet werden sollen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es kam wie es kommen mußte. Was wir immer befürchtet haben, Minister Funke hat mit seiner dilettantischen Verhandlungsführung ein für die deutsche Landwirtschaft völlig unakzeptables Ergebnis erreicht, weil er statt zu agieren nur moderiert hat. Die Einkommen gehen erheblich zurück. Die Abhängigkeit von staatlichen Beihilfen wird erhöht. Das war nie die Linie, die wir – die CDU – verfolgt haben.

(Beifall bei der CDU.)

Gleichzeitig wird der nationale Haushalt mit weiteren 14 Milliarden DM belastet. Auch das war nie das Ziel der Agenda 2000. Das Ziel einer deutschen Entlastung wurde völlig verfehlt. Mit diesem Ergebnis sind die deutschen Landwirte, aber auch die deutschen Steuerzahler die großen Verlierer. Dieses Verhandlungsergebnis, meine Damen und Herren, wenn es so verabschiedet werden sollte, hemmt die Leistungsträger. Mit „Leistungsträger“ meine ich die Betriebe, die sich schon in den letzten Jahren auch in unserem Lande auf den gemeinsamen europäischen Markt und auf den Weltmarkt eingestellt haben, um sich für die Liberalisierung der Märkte, die kommen soll, voranzutreiben.

Deutsche Interessen, meine Damen und Herren, wurden in den Agendavorschlägen vernachlässigt. Damit ist die Bundesregierung der Bedeutung dieses Wirtschaftsbereiches – ich komme noch darauf zu sprechen – nicht gerecht geworden.

(Beifall bei der CDU.)

Ich möchte in meinem Redebeitrag der allgemeinen Auffassung entgegenzutreten, Agrarpolitik sei ein Politikbereich, der nur die landwirtschaftlichen Betriebe betrifft. Die gemeinsame europäische Agrarpolitik besteht seit über vierzig Jahren. Sie war immer der Motor für eine europäische Integration. Agrarpolitik bedeutet auch Politik für Verbraucher, für die Ernährungsindustrie, für Gewerbe, für Handwerk, für Forschung und viele nachgelagerte Betriebe. Agrarpolitik ist auch Mittelstandspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

4,5 Millionen Arbeitnehmer sind allein im Bereich Ernährungsindustrie in der Bundesrepublik tätig. Im Saarland sind es 7.000 Beschäftigte.

Ich will Ihnen mit diesen Zahlen verdeutlichen, welchen Stellenwert die Landwirtschaft als Produzent von Rohstoffen für die Ernährungswirtschaft hat. Die landwirtschaftlichen Unternehmen sind gleichzeitig Abnehmer von Betriebsmitteln und Investitionsgütern. Das darf man auch nicht vergessen. Im vorgelagerten Bereich gilt dies vor allem für den Landhandel, für Futtermittelindustrie, das Transportgewerbe, die Pflanzenzuchtunternehmen, die Landmaschinenindustrie und sektorspezifische Dienstleistungsunternehmen. Deshalb ist die Standortfrage der vor- und nachgelagerten Bereiche sehr eng an die Existenz einer heimischen Landwirtschaft gebunden.

(Beifall des Abgeordneten Gehring (CDU).)

Eine weitere für unser Land sehr wichtige Leistung der landwirtschaftlichen Betriebe ist die Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft, die sie durch Nutzung erhalten und pflegen.

Meine Damen und Herren, seit Bestehen des Gemeinsamen Marktes hat es immer Reformen gegeben. Die Landwirtschaft hat sich immer den Veränderungen und Herausforderungen gestellt. Es hat ein enormer Strukturwandel stattgefunden. Dieser wird und muß weitergehen, damit auch zukünftig eine flächendeckende Bewirtschaftung möglich ist, jedoch mit weniger Betrieben, dafür aber mit einer enormen Ausweitung der betrieblichen Kapazität. Im Saarland sind dafür längst die Weichen gestellt. Nur in 20 Prozent der jetzt noch bestehenden Betriebe sind überhaupt Nach-

folger bereit, diese Betriebe weiterzuführen. Das bedeutet, wenn ich jetzt die Zahlen nehme: Von 1.700 Betrieben werden in zehn Jahren noch etwa 300 bis 400 Betriebe bestehen. Seit März 1998 liegen die Vorschläge der künftigen gemeinsamen Agrarpolitik in der sogenannten Agenda 2000 auf dem Tisch. Wir sagen ja zu Reformen, meine Damen und Herren, dort, wo sie notwendig und sinnvoll sind. Wir sagen aber nein zu unnötigem und hektischem Aktionismus.

(Beifall bei der CDU.)

Wir sagen auch nein zur Abkehr von bewährten Prinzipien der gemeinsamen Agrarpolitik. Die 1992er Reform war eine gute Grundlage für eine Reform der Agrarpolitik. Diese hätte man weiterführen sollen, dann hätte man sich 14 Milliarden Mark ersparen können.

Ich komme zu etwas Wichtigem, um das deutlich zu machen. Man kann nicht die Bedingungen des Weltmarktes für die deutsche Landwirtschaft akzeptieren, da doch in Deutschland ganz andere Produktionsbedingungen auf Grund ökologischer Erfordernisse bestehen. Das ist genau der Punkt. Eine Flut von Gesetzen und Verordnungen gibt der deutschen Landwirtschaft die Richtung an. Das ist auch richtig so. Naturschutzgesetz, Pflanzenschutzgesetz, Wassergesetz, Tierschutzgesetz, Düngemittelverordnung, Gülleverordnung, Landesbauordnung, Milchhygieneverordnung usw. usw., ich könnte noch einige nennen: diese Gesetze bilden die Grundlage der Produktion. Deshalb, meine Damen und Herren, hätte bei der Diskussion der Grundsatz im Vordergrund stehen müssen, faire Handelsbedingungen zu schaffen, um die in Deutschland anerkannten hohen Standards offensiv einzubringen und international abzusichern. Das hätte Grundlage sein müssen bei den Diskussionen zur Agenda 2000 im Agrarbereich.

(Beifall bei der CDU.)

Diese Forderungen richten wir heute noch einmal an die Bundesregierung, vor allen Dingen an den Bundeslandwirtschaftsminister, aber auch an den Bundeskanzler: sich dafür einzusetzen, daß die Rahmenbedingungen auf EU-Ebene weiter harmonisiert werden. Das wäre Grundbedingung der Agenda 2000. Es darf nicht sein, meine Damen und Herren, daß die zu begrüßenden hohen Standards bei Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz nur die deutsche Landwirtschaft einseitig auf Dauer mit hohen Kosten belasten. Es kommen ja weitere Belastungen auf nationaler Ebene hinzu: Ökosteuer, Senkung der Vorsteuerpauschale und Streichung anderer steuerlicher Begünstigungen, ferner die Reduzierung des Agrarhaushaltes um 90 Millionen DM für 1999. Diese Belastungen kommen, wie gesagt, noch hinzu.

Die Vorschläge der Kommission sind darauf ausgerichtet, die Erzeugerpreise für Getreide, Rindfleisch und Milch in Richtung Weltmarkt zu entwickeln. Dies bedeutet – das will ich an Zahlen deutlich machen –, daß die Interventionspreise deutlich gesenkt werden: für Getreide um 20 Prozent von 23,60 DM je Doppelzentner – Sie wissen, wieviel Mehllanteil in einem Kilo Brot ist: 18 Pfennig –; für Rindfleisch um 20 Prozent; für Milch um 15 Prozent von jetzt 61 Pfennig Erzeugerpreis auf 51 Pfennig. Einen Liter Milch zu erzeugen, kostet 40 Pfennig, 20 Pfennig waren bisher der Verdienst der Landwirte; bei 10 Pfennig ist das ein enormer Ausfall, den die Betriebe einfach nicht verkraften können.

Meine Damen und Herren, ich denke, das ist nicht hinnehmbar; das ist für unsere Partei nicht hinnehmbar. Ich bin gespannt, wie sich die SPD-Fraktion diesen Fragen stellt. „Dies ist nicht hinnehmbar“, diese Aussage stammt von Minister Funke. Er hat die Vorschläge als Kahlschlag für den ländlichen Raum bezeichnet. „Preissenkungen nur, soweit es die Märkte zwingend erfordern“, auch Minister Funke. Der Minister hat bei den Verhandlungen vergessen, meine Damen und Herren, daß er, bevor die Verhandlungen begonnen haben, diese Einschätzung formuliert und mitgetragen hat.

(Abg. Steitz)

Es war ein technischer Fehler der deutschen Ratspräsidentschaft, den ursprünglichen Kommissionsvorschlag weitgehend unverändert in die Schlußverhandlungen mit einzubeziehen. Man hat noch einen geringeren Ausgleich vorgeschlagen, als ursprünglich vorgesehen, das muß man sich einmal vorstellen. Trotzdem haben wir jetzt 14 Milliarden Mark mehr. Funke hat stets gesagt, die Flächenstilllegung müsse beibehalten werden – 10 Prozent – als Instrument der Mengensteuerung. Damit hat er einen Prozentsatz von 0 empfohlen.

Ich kann jetzt nicht genau sagen, ob dies korrigiert worden ist. Die neuesten Zahlen habe ich noch nicht vorliegen, ich habe sie nicht bekommen. Hier mache ich einmal ein Fragezeichen, aber es war erst vorgesehen, die Flächenstilllegung völlig abzuschaffen, was ein völliger Irrsinn ist. Die zehn Prozent obligatorische Flächenstilllegung war anerkannt bei den Landwirten. Diese Flächenstilllegung hat natürlich auch dazu beigetragen, den Markt flexibel zu gestalten.

Bei der Diskussion über die Milchmarktordnung hat sich Minister Funke immer eindeutig gegen eine allgemeine Aufstockung der Milchquotenregelung ausgesprochen. Jetzt ist es so, daß er eine Anhebung um 2,4 Prozent befürwortet. Diese Quotenregelung hat dazu geführt, daß der Milchmarkt einigermaßen ausgeglichen war. Wenn jetzt um zwei Prozentpunkte erhöht wird, bedeutet das nochmals eine Mengenerweiterung, was natürlich dann zur Folge hat, daß der Preis wahrscheinlich längerfristig noch einmal gesenkt wird. Die Aufstockung der Quote führt zu zusätzlichen Belastungen des Marktes auf Kosten der Milcherzeuger.

Auch mit seinem Vorschlag für die Marktordnung Rindfleisch hat sich der Bundeslandwirtschaftsminister nicht von den Vorstellungen der EU-Kommission lösen können, die den Bauern einen Prämien-Wirrwarr sondergleichen beschert. Meine Damen und Herren, wenn man liest, was jetzt alles vorgesehen ist, so ist das wirklich eine Zumutung für die Landwirtschaft nicht nur in Deutschland, sondern in der EU.

(Beifall bei der CDU.)

Wir haben in unserem Antrag Vorschläge formuliert, die zur Marktentlastung führen könnten, meine Damen und Herren. Es ist der falsche Weg, die Agrarförderung mit zusätzlichen Umweltauflagen zu verbinden. Zusätzliche Leistungen sind immer mit zusätzlichen Kosten verbunden. Auf die Umweltleistung der deutschen Landwirtschaft habe ich hingewiesen. Natürlich begrüßen wir freiwillige Leistungen auch der EU, die nicht in Zusammenhang mit der Agrarförderung stehen. Programme auf freiwilliger Basis finden natürlich unsere Zustimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Osterweiterung ist eine historische Chance, um Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu schaffen.

(Beifall bei der CDU.)

Die Erschließung neuer Märkte, neuer Absatzmärkte eröffnet wirtschaftliche Perspektiven für die Industrie und auch für die Agrarwirtschaft. Die überwiegend landwirtschaftlich orientierte Struktur der aufzunehmenden osteuropäischen Länder erfordert aber die Vereinbarung über einen längeren – ich will mich nicht festlegen auf ein Jahr, man rechnet etwa bis zum Jahre 2002 – Anpassungszeitraum, um die Finanzierbarkeit der Osterweiterung sicherzustellen. Bis zum Beitritt müssen die Beitrittsländer ihrerseits die entsprechenden Bedingungen erfüllen, meine Damen und Herren. Wir brauchen eine Agrarreform, die den europäischen Haushalt nicht stärker belastet, sondern entlastet.

(Beifall bei der CDU.)

Die Vorschläge führen zu hohen Ausgaben, niedrigeren Einkommen, erhöhen die Bürokratie und machen die Landwirte noch stärker von staatlichen Transferleistungen abhängig; und das wollen sie nicht. Wir sagen ja zu Reformen, wir sagen aber auch: Weniger Subventionen, mehr Gerechtigkeit innerhalb der EU,

Landwirte müssen Einkommen über den Markt erzielen; wenn Liberalisierung der Märkte, dann unter gleichen Wettbewerbsbedingungen, klare Aussagen über gemeinsame EU-Agrarpolitik nach dem Jahre 2006.

Hier macht die Kommission überhaupt keine Aussage. Es wäre wichtig, meine Damen und Herren, wenn die Landwirte wüßten, ab 2006 ist die Liberalisierung der Märkte, dann könnten sich die Landwirte innerhalb dieser sieben Jahre darauf einstellen. Auch dies fehlt, meine Damen und Herren, und damit fehlt für die saarländischen – die deutschen – Landwirte, aber auch für die europäischen Landwirte die Planungssicherheit, die sie eigentlich brauchten. – Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Meyer:

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort der Frau Kollegin Roswitha Hollinger.

Abg. Hollinger (SPD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorab: Dies war sicherlich nicht die letzte Rede der Kollegin Steitz hier im Plenum, wie das spaßeshalber zu Beginn ihrer Rede gesagt worden ist.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte deshalb jetzt auch nur gezielt auf den Antrag der CDU-Landtagsfraktion zum Agrarteil der Agenda 2000 eingehen und die saarländischen Aspekte außen vor lassen, weil wir als SPD-Landtagsfraktion vorhaben, im Mai eine große agrarpolitische Aussprache hier im Landtag durchzuführen. Da kommt also auch selbstverständlich die Antwort zur Großen Anfrage der CDU-Landtagsfraktion, die Ihnen ja bereits ein halbes Jahr schriftlich vorliegt, und die, so denke ich, inhaltlich aussagt, daß es der saarländischen Landwirtschaft in fast allen Bereichen überbundesdurchschnittlich gut geht.

(Beifall bei der SPD.)

Also wir werden im Mai eine agrarpolitische Aussprache, verbunden sicherlich auch mit einem entsprechenden Antrag, hier im Plenum führen. Deswegen bitte ich um Verständnis, daß ich mich jetzt auf das beschränke, was auch Inhalt Ihres Antrages ist, nämlich den Agrarteil der Agenda 2000.

Kollegen und Kolleginnen, am 24. und 25. März soll ja nun auf dem EU-Gipfeltreffen in Berlin endgültig über das Reformpaket Agenda 2000 entschieden werden. Daran wird mit großer Wahrscheinlichkeit – so sieht es aus – der Rücktritt der EU-Kommissare nichts ändern können. Mit der Agenda 2000 werden die Agrar-, Finanz- und Strukturpolitik der Europäischen Union grundlegend reformiert. Diese Reform ist gerade auch im Hinblick auf die geplante Osterweiterung der EU dringend geboten.

Die Landwirtschaftsminister der EU haben sich am vergangenen Donnerstag über die Kosten der geplanten Agrarreform geeinigt. Die Einigung steht unter dem Vorbehalt einer Gesamtlösung zur Agenda 2000, der die fünfzehn Mitgliedstaaten zustimmen müssen – und dies einstimmig. Der Kompromiß der Agrarreform ist nach einem dreiwöchigen Verhandlungsmarathon zustande gekommen. Es war nicht einfach, fünfzehn Staaten der EU mit ganz unterschiedlichen Ansprüchen auch nur annähernd unter einen Hut zu bekommen. Die Staats- und Regierungschefs hatten den Landwirtschaftsministern auf dem Petersberger Gipfel vor drei Wochen vorgegeben, das Agrarbudget auf dem Stand von 1999 einzufrieren. Die Vorschläge der Minister sehen für die sieben Jahre bis 2006 Gesamtausgaben von 614 Milliarden DM vor. Damit wird die Vorgabe um rund 14 Milliarden DM überschritten.

Nationale Sonderwünsche verteuern die Reform. Für Deutschland springt dabei heraus – so sage ich einmal ganz salopp –: höhere Rückflüsse durch den Wegfall der Neunzig-Tier-Obergrenze pro Betrieb und die Erweiterung der Grundfläche für die neuen Bundesländer um 150.000 Hektar. So hatte jedes der fünfzehn EU-

(Minister Maas)

Die Gründe sind vielfältig. Ich verweise nur auf die Berichterstattung über Massentierhaltung, Tiertransporte, BSE und Schweinepest. All das hat dazu geführt, daß ein breiter Diskussionsprozeß eingesetzt hat, der es notwendig macht, entsprechende Antworten zu liefern. Diese sind nun vorerst vorgelegt worden. Es ist ein Kompromiß, der sicherlich nicht alle zufriedenstellt, das ist nun einmal so bei einem Kompromiß. Aber ich denke, er ist eine vernünftige Grundlage, auf der die Staats- und Regierungschefs am 24./25. März im Rahmen des Gesamtpaketes Agenda 2000 abschließend entscheiden können.

Ich will noch einmal kurz einige Punkte ansprechen, bei denen es auch Veränderungen gegeben hat und wo man attestieren muß, daß Forderungen der Landwirtschaft auch nachgekommen wurde.

Zum ersten: deutliche Preissenkungen beim Rindfleisch. Sie wissen, die Stützpreise werden in drei Stufen um 20 Prozent gesenkt und die von der EU-Kommission vorgeschlagene Interventionspreissenkung von 30 Prozent ist vom Tisch. Das ist, glaube ich, eine ganz wesentliche Forderung gewesen. Es gibt eine zeitliche Streckung der Preissenkungen bei den Ackerbaukulturen und bei Milch. Bei den Regelungen des Milchmarktes haben die Verhandlungen klar gezeigt, daß ohne eine Milchreform eine Einigung über den Agrarteil der Agenda und die Verlängerung der Quotenregelung nicht möglich gewesen wäre. Die Reform wird wegen der begrenzten finanziellen Möglichkeiten mit der Maßgabe realisiert werden, daß die Preissenkung um 15 Prozent in drei Schritten erst ab dem 1. April 2003 vollzogen wurde. Auch hier ist man der Landwirtschaft entgegengekommen. Zu bedauern ist allerdings, daß in Brüssel keine klare Entscheidung über die Zukunft der Milchquotenregelung über das Jahr 2006 hinaus getroffen worden ist. Und wie es derzeit aussieht, wird der Ausstieg aus der Milchquotenregelung nicht vor dem Jahr 2006 erfolgen.

Was die Ackerbaukulturen angeht, so wird der Interventionspreis für Getreide in zwei Schritten – und zwar um 10 Prozent zum 1. Juli 2000 und um weitere 10 Prozent zum 1. Juli 2001 – gesenkt werden. Ferner wird der Regelstilllegungssatz in den Jahren 2001 und 2002 auf 10 Prozent und danach auf Null festgesetzt. Die deutlichen Anhebungen der Rinderprämien sind Ihnen sicherlich auch nicht verborgen geblieben. Ich brauche nicht gesondert darauf hinzuweisen.

Wichtig erscheint mir aber vor allen Dingen, darauf hinzuweisen, daß die Vermeidung einseitiger regionaler Belastungen möglich geworden ist. Bei der Gewährung der Ausgleichszahlung erfolgt keine betriebsgrößenabhängige degressive Staffelung. Eine Entscheidung, die insbesondere den Gegebenheiten in den neuen Bundesländern Rechnung trägt, aber auch einer ganzen Reihe saarländischer Betriebe Vorteile bieten dürfte.

Für das Saarland von ganz besonderer Bedeutung ist die vorgesehene Verordnung zur Förderung der Entwicklung der ländlichen Räume. Sie ist sozusagen die neue zweite Säule europäischer Agrarpolitik, und diese Verordnung ermöglicht unter anderem die Fortführung unseres Kulturlandschaftsprogrammes, mit dem die Leistungen der Landwirte für Natur und Umwelt honoriert werden. Zu erwähnen ist weiter eine verbesserte Förderung der Junglandwirte, weil die Aufgabe der Höfe tatsächlich ein großes Problem ist, eine gezielte Investitionsförderung im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe. Allesamt Maßnahmen, die für die Landesregierung von hoher Bedeutung sind und seit Jahren auch konsequent verfolgt werden. Nicht zuletzt wird bei der künftigen Förderung für den ländlichen Raum ein integraler Ansatz eingeführt werden. Damit können auch Maßnahmen im außerlandwirtschaftlichen Bereich gefördert werden, insbesondere um die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit des ländlichen Raumes zu stabilisieren und zu verbessern. Wir haben im Ministerium hierfür extra eine Agentur ländlicher Raum gegründet, die ihre Arbeit aufgenommen hat und die genau in diesem Bereich tätig werden kann. Ich gehe davon aus, daß es auch hier dazu kommen wird, wesentliche Verbesserungen herbeizuführen.

Sobald die Verordnung über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes Rechtskraft erlangt hat, wird das Fachressort nach Anhörung der Interessenverbände ein landesspezifisches Programm erstellen und in Brüssel vorlegen. Das Land wird die von der EU gebotenen Kofinanzierungen, die zum Teil über 50 Prozent betragen, in vollem Umfang in Anspruch nehmen. Die Beschlüsse zur Agenda 2000 stellen – ich will das gar nicht in Abrede stellen – ohne Zweifel hohe Anforderungen an die Anpassungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe. Aus diesem Grund ist die Europäische Union bei der bevorstehenden WTO-Runde gefordert, einen angemessenen Außenschutz für die europäische Landwirtschaft sicherzustellen. Auch wird die Intervention als Instrument der Marktordnung künftig wohl keine nennenswerte Bedeutung mehr haben. Und deshalb muß sich auch die heimische Landwirtschaft noch stärker als bisher den Anforderungen der regionalen und europäischen Märkte stellen. Angesichts der Tatsache, daß der Strukturwandel in der saarländischen Landwirtschaft – im Gegensatz zu den übrigen alten Bundesländern – vergleichsweise weit fortgeschritten ist, dürften die saarländischen Landwirte doch weitgehend bessere Ausgangsbedingungen haben, die Herausforderungen der Agenda 2000 zu meistern.

Was allerdings die verwaltungsökonomische Umsetzung der Regelung anbelangt, ist es noch dringend notwendig, daß insbesondere zum einen das Prämiensystem deutlich vereinfacht wird, die Prämien von der Produktion entkoppelt werden und mittelfristig eine sogenannte Grünlandprämie, die wir schon lange fordern, zum Tragen kommt. Die Landesregierung wird die bisherige Agrarstrukturpolitik, die entscheidend mit dazu beigetragen hat, daß die saarländischen Landwirte im bundesweiten Vergleich gute Einkommen erwirtschaften, kontinuierlich fortsetzen.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf die umfassende Antwort – sie ist eben schon angesprochen worden – vom 14.9.1998 auf die schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion zur Lage der saarländischen Landwirtschaft. Aus ihr geht hervor, daß die saarländische Landwirtschaft gegenüber der bäuerlichen Wirtschaft in den übrigen Bundesländern eine gute Ausgangslage zur Umsetzung der Agenda haben wird. Vor dem Hintergrund, daß sich der Agrarrat nach äußerst schwierigen Verhandlungen auf einen tragfähigen Kompromiß verständigt hat, besteht kein Anlaß, darauf zu drängen, auf EU-Ebene über den Agrarteil der Agenda 2000 neu zu verhandeln. Aus diesem Grund sehe ich auch keine Notwendigkeit, den Antrag der CDU-Landtagsfraktion weiter zu verfolgen. Ganz im Gegenteil, ich denke, wenn Ihnen dieses Thema so wichtig wäre, wie es hier vorgegeben wurde, hätten Sie sich wenigstens die Mühe machen können, in Ihren Antrag die aktuellen Änderungen und Vorschläge, die mittlerweile auf dem Tisch liegen, auch einzuarbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Meyer:

Ich erteile das Wort Frau Kollegin Monika Beck.

Abg. Beck (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister! Sie haben offensichtlich der Kollegin Hollinger nicht zugehört. Denn sie hat vorhin ausgeführt, daß man davon ausgehen kann, daß bei den kommenden Verhandlungen noch das eine oder andere geändert wird. Deshalb ist es eigentlich ein bißchen unfair, der Kollegin Steitz so etwas vorzuwerfen.

Liebe Kollegin Hollinger, Sie haben mit großem Pathos in der Stimme gesagt, den saarländischen Landwirten geht es gut. Da ist mir bewußt geworden, warum Herr Lafontaine Landwirt im Nebenerwerb werden will. Das ist also der eigentliche Grund.

Wir haben das große Problem, daß die deutsche EU-Ratspräsidentschaft den Mund sehr, sehr voll genommen hat. Diese ganze Präsidentschaft ist begleitet von Pleiten und Pannen. Groß getönt wurde über eine Nettoentlastung der Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedsland, und dieses wurde gekoppelt mit der Agenda 2000. Es waren Verhandlungen, da ging es als Möglichkeit, als

(Abg. Beck)

Korridor um eine Kofinanzierung. Herr Minister, Sie irren – die Kofinanzierung ist am Veto der Franzosen gescheitert. Da kann man wirklich von Helmut Kohl lernen, wie man Europapolitik macht. Vor einiger Zeit hat er ein Interview im Fernsehen gegeben, in dem er eindrucksvoll berichtet hat, wie das damals war mit der Europäischen Zentralbank und dem Standort Frankfurt. Das war diplomatisch vorbereitet durch Einzelgespräche vor allen Dingen durch die Achse Frankreich und Deutschland, die Kernzelle der europäischen Einigung. Ich habe den Eindruck, daß die Bundesregierung diplomatisches Vorgehen mit dilettantischem Vorgehen verwechselt.

Wenn wir den Zusammenhang von Agenda 2000 und Osterweiterung sehen, haben wir eigentlich darüber gesprochen, daß die Summe eingefroren werden soll. Ursprünglich stand eine Reduktion im Raum, und was ist passiert? Der deutsche Landwirtschaftsminister hat noch 14 Milliarden DM draufgelegt.

(Zuruf der Abgeordneten Hollinger (SPD).)

Natürlich beinhaltet die Vereinbarung, die vorgelegt wurde, eine deutliche Erhöhung der Ausgaben für den Agrarbereich. Deshalb, Kollegin Hollinger, werden Sie erleben, daß, wenn die Bundesregierung nicht ganz ihr Gesicht verlieren will und eine Nettoentlastung letztlich herauskommen muß, dies nur über die Kürzung der Strukturfonds möglich sein wird. Darunter wird das Saarland am meisten zu leiden haben.

(Beifall bei der CDU.)

Der Rücktritt der EU-Kommission in ihrer Gänze hat natürlich deutlich gemacht, daß wir dringend die Verträge von Amsterdam angehen müssen. Es muß eine stärkere Demokratisierung, eine Stärkung des Europäischen Parlaments erfolgen, damit dieses Parlament wesentlich weitergehende Kontrollbefugnisse hat, als dies heute der Fall ist. Derzeit soll ja die Kommission auch vom Ministerrat kontrolliert werden, und Chef dieses Ministerrates ist im Moment die Bundesrepublik Deutschland. Dort ist ebenfalls dilettantisch gearbeitet worden. Der Eklat bei der Kommission stand im Raum und war voraussehbar.

(Zurufe von der SPD.)

Nachdem wir das große Glück hatten, daß der Hasenbrot-Minister zurückgetreten ist und dadurch der Euro nach oben ging, haben wir natürlich jetzt das Problem, daß wir durch den Rücktritt der Kommission, den Ratspräsident Schröder, der Strahlemann im Miniformat, nicht bemerkt hat, wieder Turbulenzen an der Börse und an den Finanzmärkten haben.

Wenn die EU-Ratspräsidentschaft nicht in einem Fiasko enden soll, kann ich nur sagen: Schröder muß so schnell wie möglich handeln. Ohne Kommission, ohne seinen Unterhändler Finanzminister wird dies zu einer Schwächung der Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland führen. Das bedeutet auf der anderen Seite eine Stärkung der Mitgliedsstaaten, die natürlich zu Recht ihre eigenen Interessen verfolgen.

Ich kann Herrn Schröder nur auf folgendes hinweisen. Er sollte sich einmal anschauen, wie die frühere Bundesregierung dies getan hat, und soll lernen, wie Helmut Kohl es gemacht hat, über den Sie immer gelächelt haben. Wir sehen jetzt, wohin eine SPD-Regierung die europäische Einigung führen wird.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Meyer:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Stritter (SPD): Wegen großer Selbstbeherrschung.)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag. Wer für die Annahme der Drucksache 11/1968 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, daß der Antrag Drucksache 11/1968 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Bevor ich die Sitzung schließe, erteile ich das Wort zur Geschäftsordnung Herrn Kollegen Peter Müller.

Abg. Müller (CDU):

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Maas hat vorhin bereits für die Landesregierung ein Wort gesagt, ich möchte mich ein Stück weit zum Sprecher des Parlamentes machen. Nach allem menschlichen Ermessen war dies die letzte Sitzung, die vom Vizepräsidenten des saarländischen Landtages Gerd Meyer präsiert worden ist. Ich möchte mich bei ihm für die Führung des Amtes des Vizepräsidenten des saarländischen Landtages sehr herzlich bedanken.

(Beifall des Hauses.)

Ich denke, er hat das Amt in der dem Amt angemessenen und gebotenen Unparteilichkeit geführt. Er war ein Präsident, der bei der Wahrnehmung dieses Amtes keine Parteien kannte, der das Amt so ausgeübt hat, wie es sicherlich vorbildhaft ist. Dafür schulden wir ihm Dank. Ich wünsche ihm für seinen weiteren Weg alles Gute und viel Erfolg im Namen der Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses. Ein Dankeschön an unseren Vizepräsidenten.

(Anhaltender Beifall des Hauses.)

Vizepräsident Meyer:

Ich darf mich herzlich bedanken und erteile das Wort zur Geschäftsordnung Herrn Kollegen Dr. Rainer Tabillion.

Abg. Dr. Tabillion (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Dies ist einer der seltenen Fälle, wo ich mich inhaltlich voll meinem Vorredner von der Opposition anschließen kann.

(Heiterkeit und Beifall des Hauses.)

Kollege Müller hat Gerd Meyer auch schon im Namen der SPD-Fraktion gedankt. Ich will es dennoch auch noch einmal für unsere Fraktion tun – die Fraktion der Grünen eingeschlossen –, weil ich der Auffassung bin, Gerd Meyer hat wirklich seine Funktion als Vizepräsident dieses Hauses sehr sachlich, überparteilich und kollegial verwaltet und ausgeführt. Dafür ein ganz herzlicher Dank von der SPD-Fraktion.

(Beifall des Hauses.)

Wir waren zufrieden mit ihm, auch mit der Art, wie er hier sachlich argumentiert hat als Innenpolitiker, als jemand, dem die Kommunalpolitik sehr am Herzen liegt. Ich glaube, es ist ihm leicht gefallen, dieses Haus gut zu führen, denn es ist doch irgendwo saarländische Mentalität, die aus ihm spricht. Deshalb war er auch wirklich ein sehr gut geeigneter Vizepräsident für dieses Haus.

Er wird uns nicht ganz fehlen. Er wird eine andere wichtige Position im Saarland übernehmen. Das ist natürlich auch insofern schön, als sich zeigt, daß es trotz absoluter Mehrheit einer Partei auch durchaus der Fall sein kann, daß Kolleginnen und Kollegen anderer Couleur wichtige Funktionen im Land wahrnehmen. Das freut uns, das finden wir gut. Wir wünschen Gerd Meyer in seiner neuen Funktion, in der er weiterhin tätig sein kann für den Sport und die Vereine, viel Erfolg und natürlich auch Erfolg und alles Gute ganz persönlich, lieber Gerd Meyer.

(Beifall des Hauses.)

Vizepräsident Meyer:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich darf mich ganz herzlich für die lobenden Worte und den freundlichen Applaus bedanken. Ich freue mich, daß ich am Ende meiner parlamentarischen Tätigkeit noch einmal zur Gemeinsamkeit der Fraktionen im saarländischen Landtag beitragen konnte.

Natürlich ist ein solcher Abschied aus dem Parlament nach fast 24 Jahren mit etwas Wehmut verbunden. Aber ich freue mich, heute feststellen zu können, daß ich bei aller Unterschiedlichkeit in der politischen Meinung und der damit verbundenen kontroversen Auseinandersetzung in der Sache die positive Erfahrung eines insgesamt menschlich anständigen Umgangs miteinander im saarländischen Parlament gemacht habe.

Ich danke Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für faire und gute Zusammenarbeit in all diesen Jahren. Ich wünsche Ihnen für die Zukunft weiterhin viel Erfolg beim gemeinsamen politischen Engagement zum Wohle unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger.

Gestatten Sie mir noch eine persönliche Bemerkung. Ich würde mich freuen, wenn wir uns am nächsten Mittwoch beim Abschiedstreffen noch einmal sehen würden.

Ich schließe damit die Sitzung, wünsche einen guten Nachhauseweg und einen schönen Abend.

(Beifall des Hauses.)